Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Das Handbuchprojekt »Anatomie der Staatssicherheit« ist eines der ältesten Vorhaben des Forschungsbereiches der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Es wurde bereits im Jahr 1993 begonnen – wenige Monate nach der Gründung der Abteilung »Bildung und Forschung« und stellt dem wissenschaftlichen Fachpublikum wie auch anderen interessierten Nutzern von Stasi-Akten in kontinuierlich erscheinenden Teillieferungen umfassendes Grundwissen zum MfS zur Verfügung: die Entwicklung der Gesamtinstitution MfS in ihrem historischen Kontext, die Geschichte seiner wichtigsten Arbeitsbereiche, grundlegende Darlegungen zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern sowie verschiedene Übersichten und Materialien zur Struktur des MfS und ihrer Entwicklung, Kurzbiographien des Leitungspersonals und eine Edition der wichtigsten Grundsatzdokumente. Das »MfS-Handbuch« folgt der Verpflichtung der BStU zur »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes« (§ 37 Abs. 1 Nr. 5 Stasi-Unterlagen-Gesetz) und ist ein wichtiger Baustein und zugleich ein unerlässliches Hilfsmittel für die MfS-Forschung.

Inzwischen sind 20 Teillieferungen publiziert, das Projekt tritt damit in seine Endphase, und es ist an der Zeit, die Struktur des Vorhabens im Hinblick auf die Fertigstellung einer Neujustierung zu unterziehen. Das Projekt hat den Forschungsbereich der BStU wesentlich länger beschäftigt als ursprünglich gedacht, was insbesondere einer unvermutet schwierigen Quellen- und Erschließungslage geschuldet ist. Das Konzept aus dem Jahr 1993 erwies sich im Laufe der Zeit an mehreren Stellen als überholungsbedürftig. Daher wurde Veränderungen an der Gliederung des Gesamtwerkes vorgenommen, die sich in der neu gefassten Gliederung widerspiegeln (siehe Übersicht): Einige Kapitel, die in ihrem wesentlichen Inhalt durch andere Handbuchteile oder andere Publikationen abgedeckt sind, wurden gestrichen. Das betraf vor allem den ursprünglichen Baustein II »Arbeits- und Strukturprinzipien«, der zum größeren Teil im Kapitel »Geschichte der Staatssicherheit« aufgeht. Es betraf auch einige nicht oder überwiegend nicht operative Diensteinheiten (AGM, Abt. XII, HA KuSch), die sich als insgesamt weniger bedeutsam erwiesen haben als zunächst angenommen und bei denen einige wesentliche Aspekte ihrer Tätigkeit von anderen, bereits erschienenen BStU-Publikationen beleuchtet werden. Die »auftragnehmenden« Diensteinheiten (HA III, HA VIII, Abt. M, Abt. 26) werden dagegen nicht in einem zusammenfassenden Kapitel, sondern – ausführlicher als in der ursprünglichen Planung – in einzelnen Handbuchteilen behandelt. Hierdurch haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte geringfügig zugunsten von Darlegungen zur »operativen« Tätigkeit verschoben.

Die einzelnen Handbuchteile erscheinen jeweils unmittelbar nach ihrer Fertigstellung als Broschüre und als Pdf-Datei im Internet. Kostenlose Downloads werden bereitgestellt auf der Website: http://www.bstu.bund.de

Berlin, Januar 2008

Ü B E R S I C H T Ü B E R D A S G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT
– MfS-Handbuch –

Geschichte der Staatssicherheit
- **Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR**

Wichtige Dienstbereiche
- Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen
- Hauptabteilung II: Spionageabwehr
  Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr
- Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr
- Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
  Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung
  Hauptabteilung IX: Untersuchungsorgan
- Abteilung XIV: Haftvollzug
- Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft
- Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund
- Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«
  Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung
- Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG): Flucht, Übersiedlung
- Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK)
- Abteilung M: Postkontrolle
- Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung
- Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)
- Rechtsstelle
- Hochschule des MfS (JHS)
- Parteiorganisation der SED im MfS
- Objektdienststellen

Mitarbeiter
- Die hauptamtlichen Mitarbeiter
- Die inoffiziellen Mitarbeiter

Anhang
- Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989
  Organisationsstruktur der territorialen Diensteinheiten (BV, KD) 1989
  Übersicht zur Entwicklung der Diensteinheiten 1950–1989
- Kurzbiographien
- Grundsatzdokumente

Die mit • versehenen Bände sind bereits erschienen. Der vorliegende Band ist in der Gliederung fett hervorgehoben.

Walter Süß

Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR

Geschichte der Staatssicherheit, Teil III

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 2009

ISBN 978-3-942130-03-5

urn:nbn:de:0292-97839421300356

INHALT

Zu Beginn und am Ende der achtziger Jahre stand das Herrschaftssystem des osteuropäischen Kommunismus vor fundamentalen Herausforderungen. Während aber die »polnische Krise« 1980/1981 noch vorübergehend unter Kontrolle gebracht wurde, scheiterten die Mächtigen am Ende des Jahrzehnts. In der Zwischenzeit hatten sich sowohl in den internationalen Rahmenbedingungen wie innerhalb der betreffenden Gesellschaften und schließlich auch im Inneren der Machtapparate Veränderungen vollzogen, die eine repressive Lösung der Krise verhinderten. Selbst Erich Mielke hat im Herbst 1989 für Lösungsvarianten plädiert, die er acht Jahre zuvor den Genossen in der polnischen Führung noch als »Kapitulantentum«[1] angekreidet hatte. Die zum Teil weltgeschichtlichen Veränderungen, die zu dieser Positionsverschiebung geführt haben, standen außerhalb seiner Macht. Aber der Sicherheitsapparat, den Mielke wie kein anderer prägte, hatte nach seinen Kräften versucht, es nicht so weit kommen zu lassen. Von diesen Bemühungen, deren Scheitern nicht von vornherein feststand, handelt diese Darstellung.

Die Entwicklung des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner nachgeordneten Diensteinheiten wird unter drei Aspekten beleuchtet: Erstens die Tätigkeit des MfS in und nach dem internationalen Umfeld sowohl im Sinne der klassischen Spionage und der Spionageabwehr, wie auch der Abschirmung gegen äußere Einflüsse, die als destabilisierend betrachtet wurden. Zweitens der Beitrag der Staatssicherheit zur Stabilisierung der Diktatur im Innern. Und drittens institutionelle Veränderungen im Sicherheitsapparat als Versuche, sich veränderten Umweltbedingungen und neuen Aufgaben anzupassen. Selbstverständlich gab es zwischen den ersten beiden Aufgabenbereichen viele Überschneidungen, weil der Ideologie der MfS-Kader zufolge für destabilisierende Entwicklungen in der DDR ganz überwiegend äußere Faktoren verantwortlich waren.

I Die latente Krise (1980–1987)

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre machte sich in der DDR wachsendes Unbehagen breit. Die wirtschaftliche Basis des bisherigen Herrschaftsmodells der Ära Honecker erodierte: politische Fügsamkeit im Austausch mit Wohlstandsverbesserungen.[2] Wegen ihrer geringen Effizienz vermochte die zentrale Planwirtschaft die für diese Politik erforderlichen Leistungen nicht dauerhaft zu erbringen.[3] Die Hegemonialmacht Sowjetunion konnte dem nicht mehr abhelfen, weil sie selbst in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war.[4] So wurde die größer werdende Lücke zwischen volkswirtschaftlichem Gesamtprodukt und Verbrauch (auf dennoch im internationalen Vergleich gesehen qualitativ eher niedrigem Niveau) von der DDR-Führung durch wachsende Verschuldung auf den

1 Vgl. Referat Mielkes auf der Kreisparteiaktivtagung am 9.10.1981; BStU, MfS, BdL/Dok. 7034, Bl. 28.

2 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt/M. 1992, S. 234 f.

3 Zur Wirtschaftslage in den 80er Jahren vgl. zusammenfassend Steiner, Andre: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004, S. 191–226; Kusch, Günter u. a.: Schlussbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991; Gutmann, Georg; Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz. In: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hg. v. Eberhard Kuhrt in Zusammenarbeit mit Hannsjörg F. Buck und Günter Holzweißig. Bd. 2, Opladen 1996, S. 7–51, hier 7–17.

4 Vgl. Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht. Frankfurt/M., Leipzig 2000, S. 226–232 (mit Angaben zu weiterführender Literatur).

westlichen Devisenmärkten überbrückt.[5] Ganz erheblich verschärft wurde dieses Problem noch durch die sinkende Konkurrenzfähigkeit von DDR-Produkten auf westlichen Märkten, die immer höhere innere Kosten für die Produktion der Exportwaren zur Folge hatte.[6] Wegen der Diskrepanz zwischen den Versprechen des Systems und seiner tatsächlichen Leistungsfähigkeit, und wegen seiner selbst von systemtragenden Bürgern kaum mehr zu leugnenden Unfähigkeit, den Wettbewerb der Systeme zu gewinnen, wurden die diktatorischen Machtsstrukturen immer schmerzlicher als nicht zu rechtfertigende, illegitime Anmaßung empfunden. Es kam in weiten Teilen der Gesellschaft zu wachsender Entfremdung und Frustration, vereinzelt auch zu offener Kritik. Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit war es, die politischen Konsequenzen dieser Konstellation unter Kontrolle zu halten und ein Umschlagen in offene Instabilität zu verhindern. Solange sich aber an den Ursachen nichts änderte, war das ein hoffnungsloses Unterfangen. Das war auch vielen Stasi-Mitarbeitern bewusst, deshalb versuchten sie sich mit ihren Mitteln an der Beseitigung der Ursachen, der sogenannten begünstigenden Bedingungen, und weiteten ihren Aktionsraum immer mehr aus.

1 Ausgangskonstellation

Das letzte Jahrzehnt der SED-Diktatur begann aus Sicht des Regimes mit einer Fülle von Problemen: Die Konfrontation zwischen den beiden Blöcken hatte sich seit Ende der siebziger Jahre erneut zugespitzt. Die außenpolitischen Erfolge, die die Sowjetunion in den Jahren zuvor in der Dritten Welt meinte errungen zu haben, erwiesen sich als wenig tragfähig. Sicherheitspolitisch waren sie kontraproduktiv, denn vor diesem Hintergrund wurde der Einmarsch in Afghanistan von der westlichen Führungsmacht als sowjetischer Griff nach dem Persischen Golf interpretiert und damit als Expansionismus, dem endlich entschieden entgegengetreten werden müsse. Die Ostpolitik der späten Carter-Regierung und dann vor allem der Regierung Reagan stand damit in unmittelbarem Zusammenhang.[7]

Auch gefährdete die UdSSR mit der Erneuerung ihrer Mittelstreckenraketen in Europa auf qualitativ höherem Niveau (SS-20) die Erfolge ihrer Westpolitik und eröffnete die nächste Runde des nuklearen Wettrüstens. Mit der als Reaktion darauf begründeten Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenraketen bisher ungekannter Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft (Marschflugkörper und Pershing II) auch in der Bundesrepublik führte dies zu einer qualitativ neuen militärischen Bedrohung des sowjetischen Kernlandes. Die Vorstellung, dass nach einer Vorwarnzeit von wenigen Minuten die politischen und mili-

---

5 Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, hat dieses Vorgehen nachträglich mit folgenden Worten resümiert: »Unsere innere ökonomische Kraft hat wirklich nicht gereicht das [die Umsetzung des sozialpolitischen Programms von 1971 – WS] zu schaffen. Also mussten wir, da nicht genug für den Export da war, mehr importieren und die Verschuldung im Ausland erhöhen.« Gespräch mit Dr. Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel, in: Pirker, Theo u. a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995, S. 67–120, hier 73. Zur Entwicklung der Verschuldung in den 80er Jahren vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR-Wirtschaft. In: Deutschland Archiv 28(1995)6, S. 588–602; Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt/M. 1999.

6 Um 1 Mio. DM im Westexport zu erlösen, musste die DDR-Industrie 1981 2,5 Mio. M der DDR aufwenden, 1988 bereits 4,2 Mio. M. Vgl. Jansen, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte. Düsseldorf u. a. 1991, S. 81.

7 Der Sicherheitsberater von Präsident Carter hat diese geopolitische Sichtweise dargelegt in Brzezinski, Zbigniew: Planspiel. Das Ringen der Supermächte um die Welt. Erlangen u. a. 1989, S. 62 f. u. 74–77 (amerikanische Originalausgabe 1986).

tärischen Kommandozentralen ausgelöscht werden könnten, musste die sowjetischen Sicherheitspolitiker beunruhigen.[8]

Die Lage war für die sowjetische Parteidiktatur noch bedrohlicher, als es eine Rückkehr zum Kalten Krieg auf höherem militärtechnischen Niveau ohnehin schon gewesen wäre: In diesen Jahren wurde spürbar, dass das sowjetische Imperium überdehnt war.[9] Die wirtschaftlichen und selbst die militärischen Kapazitäten reichten nicht aus, um gleichzeitig einen Krieg in Afghanistan zu führen und in Polen zu intervenieren, die alten und neuen Bündnispartner in der Dritten Welt zu unterstützen und die Juniorpartnerstaaten in Osteuropa zu subventionieren, darüber hinaus den (selbst im Vergleich zu den osteuropäischen Staaten) bescheidenen Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und Anschluss an jene technischen Innovationen zu finden, die die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt in den siebziger Jahren grundlegend veränderten. Zudem hatten die Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe bei der mikroelektronischen Revolution den Anschluss verpasst. Das war Folge verfehlter wirtschaftspolitischer Prioritätensetzungen, der inneren Leistungsschwäche des Systems und eines gewissermaßen doppelten Embargos: der Abschirmung des (finanziell besser ausgestatteten) militärischen Sektors von der sowjetischen Zivilwirtschaft, verstärkt durch die CoCom-Maßnahmen der westlichen Staaten.[10] Die Sowjetunion hatte sich übernommen, sie hatte den Anschluss verpasst und war dadurch verwundbar geworden.

Für die DDR-Führung wurde die veränderte Konstellation in verschiedener Hinsicht direkt spürbar: Die neue Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen, die seit Ende der siebziger Jahre heraufzog, war für die DDR besonders bedrohlich. Die Szenarien eines direkten militärischen Konflikts zwischen den beiden Supermächten ließen keinen Zweifel daran, dass, wenn es denn dazu kommen sollte, die Bewohner der beiden deutschen Staaten zu den ersten Opfern einer nuklearen Eskalation gehören würden. Durch die Stationierung neuartiger Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten wurde diese Wahrscheinlichkeit noch erhöht. Es war wohl echte Sorge, als Honecker erklärte, er wolle »das Teufelszeug« solcher Raketen nicht auf deutschem Boden.[11] Zugleich macht diese Formulierung das Dilemma deutlich, in dem sich die DDR-Führung befand: Einerseits wurde von der sowjetischen Führungsmacht in der neuen Ost-West-Konfrontation Geschlossenheit gefordert, andererseits hatten die deutsch-deutschen Beziehungen mittlerweile ein Eigengewicht und eine Dynamik entwickelt, die nicht mehr ignoriert werden konnten. Infolge der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 kam es zu einer weiteren Verhärtung der Ost-West-Beziehungen. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO konnten sich dem Drängen der neuen amerikanischen Administration, einen konfrontativen ostpolitischen Kurs zu fahren, nicht länger ganz entziehen.[12] Auch die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen kam zeitweilig zum Stillstand.[13]

---

8 Vgl. Kwizinskij, Julij A.: »Vor dem Sturm«. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin 1993, S. 264 f.

9 Vgl. Adomeit, Hannes: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews. Baden-Baden 1998.

10 Vgl. Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 1999, Kap. 2: Der ökonomische Zusammenbruch.

11 Vgl. Bender, Peter: Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. 3. Aufl., München 1995, S. 253 f.

12 In einer internen Studie des Planungsstabes im Auswärtigen Amt aus jenen Wochen, die durch eine Indiskretion öffentlich geworden war, hieß es: »Die USA […] wollen durch Aufrüstung und durch wirtschaftliche Schwächung der Sowjetunion (Entzug westlicher Kredite und Technologie) sowjetische Zurückhaltung und echte Rüstungsbegrenzung erzwingen. Sie erwarten bei dieser Politik von den Verbündeten eine solidarische Unterstützung. Wir dagegen fürchten, dass eine solche amerikanische Politik zu Wettrüsten und Friedensgefährdung führt. Wir wollen das in unseren Beziehungen mit der DDR, mit der

Nicht weniger beunruhigend musste auf die SED-Führung das sowjetische Verhalten angesichts der revolutionären Krise in Polen wirken. Schon weil es sich um ein Nachbarland handelte, erregte die polnische Entwicklung bei der SED-Politbürokratie Besorgnis. Dem ein Ende zu setzen, war in ihrem unmittelbaren Interesse – und Honecker drängte darauf. Gegenüber dem polnischen Botschafter in Ostberlin argumentierte er, in den Krisen der Jahre 1953, 1956 und 1968 habe sich gewaltsame Repression als probates Mittel gegen »die Konterrevolution« erwiesen.[14] Und in einem Brief an die sowjetische Führung forderte er, »kollektive Hilfemaßnahmen für die polnischen Freunde bei der Überwindung der Krise auszuarbeiten«.[15]

Eine Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in Polen hätte unzweifelhaft zu einer schweren Belastung in den Ost-West-Beziehungen und damit auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik geführt. Dass Honecker im Jahr 1980 eine solche Maßnahme forderte, zeigt, dass er damals noch der inneren Geschlossenheit des Sowjetblocks höhere Priorität als guten Beziehungen zur Bundesrepublik einräumte. Dafür spricht auch, dass er im Vormonat mit der Erhöhung des Mindestumtausches für Besucher aus dem Westen und mit den »Geraer Forderungen«[16] diese Beziehungen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt hatte. Vielleicht hoffte er auch, es würden sich, wie nach der Intervention in der Tschechoslowakei 1968, die Wogen öffentlicher Empörung bald wieder glätten.

Die Spitze der KPdSU hat im Herbst 1980 höchstwahrscheinlich eine begrenzte Intervention in Erwägung gezogen, als Unterstützungsmaßnahme für die Ausrufung des Kriegsrechts durch die neue polnische Führung unter Kania, doch Kania und Jaruzelski hielten den Zeitpunkt noch nicht für gekommen.[17] Ein Jahr später aber, im Dezember 1981, schreckte sie vor jeder Intervention zurück. Sie befürchtete westliche Sanktionen.[18] Zudem war die Weltlage aus ihrer Sicht ohnehin schon sicherheitspolitisch gefährlich angespannt. Statt militärisch zu intervenieren finanzierte sie deshalb bilaterale wirtschaftliche »Hilfemaßnahmen« auf Kosten anderer osteuropäischen Staaten, darunter der DDR: Sie kürzte die Erdöllieferungen um zwei Millionen Tonnen. Die ohnehin schwierige wirt-

---

Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten Erreichte bewahren.« Veröffentlich in: Die Welt v. 25.1.1982, zit. nach: Archiv der Gegenwart, CD-ROM Ausgabe 2000 (künftig: AdG), S. 25408–1.

13 Vgl. Potthoff, Heinrich: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995, S. 20 f.

14 Vgl. den Vermerk über ein Gespräch zwischen E. Honecker und dem polnischen Botschafter Stefan Olszowski am 20.11.1980, dokumentiert in: Kubina, Michael; Wilke, Manfred (Hg.): »Hart und kompromißlos durchgreifen«. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung. Berlin 1995, S. 101–114, hier 111.

15 Vgl. das Schreiben Honeckers an Breschnew v. 26.11.1980, dokumentiert in: ebenda, S. 122.

16 Am 13.10.1980 hatte Honecker in einer Rede in Gera von der Bundesrepublik die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft gefordert, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter und eine Festlegung der Elbgrenze auf der Flussmitte.

17 Vgl. Kramer, Mark: »In Case Military Assistance Is Provided To Poland«. Soviet Preparations for Military Contingencies, August 1980«. In: Cold War International History Project, Bulletin 11 (Winter 1998), S. 102–109.

18 Vgl. den Redebeitrag von KGB-Chef Andropow in der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 10.12.1981. Protokoll dokumentiert in: An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991. Documentary Companion to A Cardboard Castle? Edited by Vojtech Mastny, Malcolm Byrne, Anna Locher, and Christian Nuenlist, Dokument 94 (http://www.isn.ethz.ch/php/collections/coll_wapa/docs/94_full.pdf); Kramer, Mark: Poland, 1980–81. Soviet Policy During the Polish Crisis. In: Cold War International History Project, Bulletin 5 (Spring 1995), S. 1 u. 116–126; Ouimet, Matthew J.: The rise and fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet foreign policy. Chapel Hill u. a. 2003.

schaftliche Situation der DDR wurde damit weiter verschärft: Vor allem der Mangel an Devisen (und damit an Westimporten) und an Brennstoffen nahm spürbar zu.

Die Energiebasis der DDR-Industrie wurde deshalb zurückgesteuert auf die Nutzung der heimischen Braunkohle. Das war ein ökologisch verhängnisvolles und zugleich enorm teures Manöver, das etwa 12 Mrd. Mark kostete, die anderswo abgezogen werden mussten und dort den Mangel verstärkten.[19] Kurzfristig brachte es zudem wenig: In einer Sitzung des Kollegiums des MfS berichtete Mielke Anfang 1982, als Energiesparmaßnahme müssten in diesem Jahr 10 000 Nutzfahrzeuge, 300 Busse und 1 700 Baumaschinen stillgelegt und etwa 12 000 Berufskraftfahrer anderweitig beschäftigt werden.[20] Honecker hatte in dem Gespräch, bei dem ihm die Botschaft von der Kürzung der Öllieferungen überbracht worden war, gewarnt, das bedeute »die DDR zu destabilisieren«. In Moskau sind solche Bedenken wahrscheinlich ernst genommen worden – Breschnew hat angeblich geweint, als er die Entscheidung traf –, aber es existierten keine Spielräume für größeres Entgegenkommen mehr.[21] Das war aus der Sicht der Machthaber das eigentlich Bedenkliche. Bei Honecker hat es vermutlich dazu beigetragen, sich stärker auf die Beziehungen zur Bundesrepublik umzuorientieren und sich dort um Hilfe zu bemühen.[22]

Ein ebenso gravierendes Strukturproblem war der wachsende Rückstand in der Mikroelektronik, die mehr als nur ein einzelner neuer Wirtschaftssektor war. In den folgenden Jahren revolutionierte sie die gesamte Industrie und den Dienstleistungssektor. Die DDR hatte zwar 1976 versucht, der bisherigen Vernachlässigung dieser Technologie entgegenzusteuern, und der Mikroelektronik seither (auf Kosten anderer Industriezweige) einen hohen Stellenwert in der Investitionspolitik eingeräumt. Aber der Kurswechsel erfolgte zu spät und das Vorhaben überstieg die Kräfte einer relativ kleinen Volkswirtschaft, die zudem über einen ausgesprochen innovationsfeindlichen Wirtschaftsmechanismus gesteuert wurde. Allein in den achtziger Jahren wurden dafür 28 Mrd. Mark der DDR und 4 Mrd. Valutamark aufgewandt.[23] In einer vorzüglichen Analyse der aktuellen Situation hat Fred Klinger schon Jahre vor dem Umbruch herausgearbeitet, dass die systembedingte Unfähigkeit, das Innovationspotenzial der Mikroelektronik auszuschöpfen und international mitzuhalten, zu einer »Bestandsfrage des politischen Systems« in der DDR geworden war. Denn davon hänge inzwischen »der ganze Rest gesellschaftlicher Daseinsbedingungen und Zukunftschancen ab: der gesellschaftliche Wohlstand, die Loyalität der Bevölkerung, die notwendigen Ressourcen zur innen- und außenpolitischen Gestaltung, Rang und Einfluss einer Gesellschaft innerhalb der Weltarbeitsteilung.«[24] Die Devisenrentabilität (der

---

[19] Vgl. Kusch u. a.: Schlussbilanz – DDR (Anm. 3), S. 34.

[20] Rede Mielkes auf der Kollegiumssitzung am 19.2.1982; BStU, MfS, ZAIG 8660, Bl. 67–205, hier 174–178.

[21] Vgl. Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen Konstantin Wiktorowitsch Russakow, am 21.10.1981; SAPMO-BA, J IV 2/2A/2431, Anlage PB v. 27.10.1981. Vgl. dazu Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Gutmann; Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR (Anm. 3), S. 55–66.

[22] Vgl. Raschka, Johannes: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 13). Köln u. a. 2000, S. 207–213, 304 f. u. 308.

[23] Steiner: Von Plan zu Plan (Anm. 3), S. 209.

[24] Klinger, Fred: Die Krise des Fortschritts in der DDR. Innovationsprobleme und Mikroelektronik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 3/87 v. 17.1.1987, S. 3–19, hier 18 f. Der einzige Mangel dieser heute noch lesenswerten Analyse ist, dass der Rückstand in der mikroelektronischen Entwicklung mit »etwa fünf Jahren und mehr« zwar grundsätzlich zutreffend benannt, aber immer noch unterschätzt wurde. Zur Innovationsproblematik vgl. auch Maier, Harry: Innovation oder Stagnation. Bedingungen der Wirtschaftsreform in sozialistischen Ländern. Köln 1987.

Verkaufspreis einer Ware in Devisen in Verhältnis zu den Produktionskosten) sank ebenso wie der Anteil von DDR-Industriewaren auf den westlichen Märkten. Zunehmend ähnelte die Außenhandelsstruktur zwischen DDR und westlichen Industrieländern der eines Entwicklungslandes – nur dass sie kaum über eigene Rohstoffe verfügte. Den Entwicklungsrückstand in der Mikroelektronik zu kompensieren, sollte das MfS helfen.

Die DDR-Wirtschaft hatte damit in den achtziger Jahren drei Programme zu verkraften: 1. die Fortsetzung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«, was vor allem hohe Subventionen für Waren des täglichen Bedarfs und ein großdimensioniertes Wohnungsbauprogramm bedeutete, 2. das Mikroelektronikprogramm und 3. die Umsteuerung auf Braunkohle als Substitution für Erdöl und Energiebasis für die heimische Industrie. Jedes dieser Programme war kostspielig und keines – auch die Mikroelektronik per Saldo nicht in nennenswertem Maße – leistete einen Beitrag zur Effizienzsteigerung und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition der DDR. Die Finanzierung dieser Vorhaben war nur möglich auf Kosten der anderen Wirtschaftszweige, durch wachsende Verschuldung und mithilfe von Schalck-Golodkowskis geheimem KoKo-Imperium.

In dem außenpolitischen Dreieck Moskau – Bonn – Ostberlin kam es in den achtziger Jahren zu erheblichen Verschiebungen: Während die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten enger und teilweise der sowjetischen Vormundschaft entzogen wurden, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Ostberlin und Moskau. Zugleich verbesserte sich vor allem ab Mitte der achtziger Jahre das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.[25] Die offenbar gewordene wirtschaftliche Schwäche der sowjetischen Vormacht, die bedrohlich wirkende sicherheitspolitische Situation und wachsende binnenwirtschaftliche Probleme führten zum Ende der Abgrenzungspolitik und zu einer vorsichtigen Umorientierung der SED-Führung auf die Beziehungen zur Bundesrepublik: Dort waren günstige Kredite zu erhalten, der privilegierte Zugang für DDR-Exporte zum bundesdeutschen Markt und Kooperationsgeschäfte erleichterten das Agieren auf dem schwierigen Terrain internationaler Konkurrenz.[26] Auch gab es ein vitales gemeinsames Interesse daran, dass die Zunahme von Spannungen zwischen den beiden Weltmächten nicht auf dem »europäischen Kriegsschauplatz« zu einem heißen Krieg eskalierte. Selbstverständlich war die Reorientierung auf die Bundesrepublik in wirtschaftlicher Hinsicht nur relativ, denn die ökonomischen Verbindungen zur Sowjetunion waren nicht substituierbar: Von dort bezog die DDR 80 Prozent ihrer Rohstoff- und Energiemittel und nur dort konnte sie viele ihrer nicht mehr dem internationalen Standard, dem »Weltniveau«, entsprechenden Industrieprodukte absetzen, etwa die wegen des Fehlens eigener mikroelektronischer Steuerungselemente kaum konkurrenzfähigen Maschinenbauprodukte.[27]

Über die Frage, wie eng die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten werden durften, kam es zwischen Moskau und Ostberlin noch zu Ulbrichts Zeiten und ver-

---

[25] Vgl. den erhellenden Überblick von Bender, Peter: Das ungleichseitige Dreieck. Kräfteverschiebung zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49(2001)6, S. 525–532.

[26] Roesler vertritt überzeugend die These, dass Honeckers Abgehen von der Abgrenzungspolitik der 70er Jahre binnenwirtschaftliche Gründe hatte und die Politik der SED-Führung im letzten Jahrzehnt der DDR nur durch Dominanz außenwirtschaftlicher über außenpolitische Motive zu erklären ist. Roesler, Jörg: Der Einfluss der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre. In: Deutschland Archiv 26(1993)5, S. 558–572, hier 559.

[27] Um das zu verdeutlichen: Maschinenbauerzeugnisse, für die numerische Steuerungselemente nun häufig zum Standard gehörten, machten 1981 32 % des Exports der DDR in die UdSSR aus, aber nur knapp 3 % des Exports in die BRD (1982). Vgl. Handbuch DDR-Wirtschaft. Hg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Reinbek 1985, S. 322 u. 402; Klinger: Die Krise des Fortschritts in der DDR (Anm. 24), S. 16; Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, 1970–2000. Bonn 2003, S. 29–39.

stärkt seit Ende der siebziger Jahre zu Konflikten, die bis in die ersten Jahre der Amtszeit von Michail Gorbatschow hineinreichten.[28] Dabei war die strategische Ausrichtung ihrer Politik auch innerhalb der SED-Führung umstritten, jedoch wurde darüber nicht offen debattiert. Nach Aufzeichnungen, die für den Prozess gegen Honecker 1990 recherchiert worden sind und die ein Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft der DDR veröffentlicht hat,[29] ergibt sich folgendes Bild: Als heimliche Kritiker der Westpolitik von Erich Honecker äußerten sich Anfang der achtziger Jahre Willi Stoph, der Ministerpräsident, und sein Erster Stellvertreter, Werner Krolikowski, zudem Staatssicherheitsminister Erich Mielke und in Verbindung mit ihm der (1985 verstorbene) Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Es wurde in Vier-Augen-Gesprächen heftig räsoniert, faktisch aber scheint man sich im Wesentlichen darauf beschränkt zu haben, dass Krolikowski in Schreiben an die sowjetische Führung den SED-Generalsekretär denunziert hat. Hauptkritikpunkte waren, dass Erich Honecker, Günter Mittag und Alexander Schalck-Golodkowski »Sonderbeziehungen« mit der Bundesrepublik aufbauen würden und ihre Politik einen »Westdrall« habe, während ihr »Verhältnis zur Sowjetunion [...] unvermindert schlecht, heuchlerisch und demagogisch« sei.[30] Zugleich werde »die Gefährlichkeit der Erhöhung der Abhängigkeit der DDR von kapitalistischen Staaten« durch wachsende Kreditaufnahme im Westen ignoriert.[31] Die düsteren Diagnosen der wirtschaftlichen Lage der DDR in Krolikowskis »Notizen«, besonders der wachsenden Verschuldung, waren zutreffend, die Alternativvorschläge aber der Situation unangemessen.

Honeckers Westpolitik ist intern offenbar sehr kritisch beobachtet und die Moskauer Führung zumindest zeitweilig genau informiert worden.[32] Das dürfte dazu beigetragen haben, dass Honeckers Wunsch, die Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen mit einem Besuch in die Bundesrepublik zu krönen, bis in die Ära Gorbatschow hinein von den sowjetischen »Freunden« blockiert worden ist.[33] Als etwa die SED-Spitze im

---

[28] Vgl. Bender: Das ungleichseitige Dreieck (Anm. 25), S. 527–529.

[29] Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Berlin 1991, S. 122–126 u. 340–356; Ders.: Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski. Berlin 1992, S. 59–62 u. 353–357. Vgl. zur Genesis dieser Quellen Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972 (Zeithistorische Studien, 10). Berlin 1997, S. 18 u. 25; Nakath, Detlef; Stephan, Gerd-Rüdiger: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987. Berlin 1995, S. 21–24. Diese Fraktionierung wird bestätigt durch Werner Großmann, den letzten Chef der HV A. Er sprach Ende der 90er Jahre in einem Interview über die Existenz zweier »politischer Richtungen« im Politbüro: Auf der einen Seite Honecker, Mittag und Schalck, die eine weitere Annäherung an die Bundesrepublik als Lösung für die inneren Probleme der DDR betrachtet hatten, und auf der anderen Seite Stoph und Krolikowski, die »für eine stärkere Hinwendung zum sozialistischen Lager« eingetreten seien. »Dazu zählte auch die HV A.« Interview mit Werner Großmann. In: Der Freitag v. 5.2.1999.

[30] Notiz von Werner Krolikowski über Erich Honecker und seine Politik v. 16.12.1980, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 340–344. Günter Mittag geht in seinen Erinnerungen auf diese heimliche Fraktionierung im Politbüro im Ton höchster Empörung ein, stützt sich allerdings nur auf die damals neue Veröffentlichung von Przybylski. Immerhin scheint sie seine eigenen Erfahrungen zu bestätigen. Vgl. Mittag, Günter: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme. Berlin, Weimar 1991, S. 35–43.

[31] Notiz von Werner Krolikowski über ein Gespräch zwischen Willi Stoph und Erich Mielke am 13.11.1980, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 345–348.

[32] Aus sowjetischer Sicht war ihr Informationsstand trotzdem mehr als unzureichend. Das beklagt zumindest der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn Julij Kwizinskij in seinen Memoiren: »Vor dem Sturm« (Anm. 8), S. 260–266.

[33] Im März 1983 hatte Krolikowski in einer Notiz, die nach einigen Formulierungen offenkundig für die sowjetische Seite bestimmt war, den Rat gegeben: »Er [Honecker] sollte aber auch jetzt nicht in die BRD fahren dürfen, denn das wäre nicht zum Nutzen für die DDR und unserer gemeinsamen Interessen.« No-

August 1984 nach Moskau zitiert wurde, um einen informell bereits vereinbarten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik zu untersagen, erinnerten die sowjetischen Vorwürfe stark an die für sie bestimmten »Aufzeichnungen« von Werner Krolikowski.[34] Für die Geschichte der Staatssicherheit ist dieser politische Hintergrund deshalb von erheblicher Bedeutung, weil die Stasi-Führung mit ihren Aktivitäten den Konsequenzen der Politik des Generalsekretärs gegensteuern wollte, zugleich aber in ihrem Handlungsspielraum durch dessen übergeordnete Prioritäten eingeengt war.

Die Annäherung zwischen Bonn und Ostberlin hatte weitere Effekte, die die Staatssicherheit in den achtziger Jahren in hohem Maße beschäftigen sollten: die Verdichtung zwischenmenschlicher Kontakte und zunehmender Ausreisedruck. Einige Zahlen zur Verdeutlichung: Von 1980 bis 1988 hat sich die Zahl von Besuchen aus der Bundesrepublik und Westberlin in der DDR von 5,3 auf etwa 5,7 Millionen pro Jahr zwar nur geringfügig verändert.[35] In umgekehrter Richtung aber – aus der DDR in der Bundesrepublik – stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Besuchsreisen von 1,6 auf 7,8 Millionen. In »dringenden Familienangelegenheiten« (unterhalb des Rentenalters) stieg die Zahl der genehmigten Reisen von 40 000 auf 1,1 Millionen.[36] Der Grund war eine Ausweitung der dafür zulässigen Antragsgründe, vor allem um »runde Geburtstage« von Verwandten.[37]

Ebenso wuchs die Anzahl der Antragsteller auf ständige Ausreise in den achtziger Jahren ganz erheblich: von 21 500 (1980) auf 113 500 (1988) und wenn auch die Anzahl der Ausreisegenehmigungen im gleichen Zeitraum von 4 400 auf 25 300 fast versechsfacht wurde, so blieb sie doch immer weit hinter jener der Ausreisewünsche zurück. Das heißt, eine stetig wachsende Anzahl von Menschen hatte innerlich bereits mit der DDR gebrochen, wartete zunehmend ungeduldig nur noch darauf, sie endlich verlassen zu dürfen, und war hinsichtlich möglicher Protestaktionen schwer kalkulierbar.

In Honeckers Ansprache auf dem X. Parteitag der SED im April 1981 war von all den skizzierten Schwierigkeiten wenig zu spüren. Sie war im üblichen Duktus gehalten:

> »Die Deutsche Demokratische Republik, der erste sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden, stellte trotz wütender Attacken des Gegners seine politische Stabilität unter Beweis, steigerte seine wirtschaftliche Leistungskraft und erwies sich als Eckpfeiler des Friedens in Europa. [...] Während in der Welt des Kapitals in der zurückliegenden Zeit eine Krise auf die andere folgte, setzte sich bei uns der Aufschwung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens fort.«[38]

---

tiz von Werner Krolikowski zur inneren Lage in der DDR v. 30.3.1983, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 349–356, hier 353.

34 Vgl. Niederschrift über das Treffen zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernenko am 17.8.1984, in Moskau; SAPMO-BA, DY 30/2380 (Büro Honecker), Bl. 60–135 (http://www.isn.ethz.ch/php/documents/collection_wapa/docs/104_full.pdf).

35 Vgl. Bender: Die »Neue Ostpolitik« (Anm. 11), S. 359.

36 Zahlenangaben nach Plück, Kurt: Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. V/3, S. 2015–2064, hier 2025.

37 Anordnung über Regelungen zum Reiseverkehr von Bürgern der DDR, 15.2.1982 (GBl. I DDR, 17.3.1982, S. 187). Sie löste die früheren, weniger weit gefassten Regelungen ab: die Anordnung v. 17.10.1972 über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR (GBl II DDR Nr. 61, S. 653) und die Anordnung 2 v. 14.6.1973 über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR (GBl. I DDR Nr. 28, S. 269).

38 Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 11. bis 16. April 1981. Berlin 1981, S. 28–151, hier 28.

Ein halbes Jahr zuvor hatte der SED-Generalsekretär durch die Erhöhung des Mindestumtausches und die »Geraer Forderungen« – möglicherweise auf Breschnews Veranlassung[39] – die Beziehungen zur Bundesrepublik erheblichen Spannungen ausgesetzt, aber nun äußerte er sich zuversichtlich: »für die Zusammenarbeit der DDR und der BRD sei es durchaus möglich, zu neuen positiven Ergebnissen in der Entwicklung der Beziehungen zu kommen«.[40] Der doppelte Druck, einerseits von sowjetischen Abgrenzungsforderungen und Misstrauen des »Moskauer Flügels« im Politbüro und andererseits Honeckers eigener Strategie, durch größere Nähe zur Bundesrepublik Entlastung bei den inneren Problemen zu finden, führte zu einer widersprüchlichen Politik der SED-Spitze. Sie oszillierte zwischen Abgrenzung und Annäherung, zwischen verstärkter und nachlassender Repression, zwischen Nachgiebigkeit und Verhärtung gegenüber Ausreisewünschen. Das verschärfte die innere Lage und machte der Staatssicherheit ihre Aufgaben schwer.

2 Aufgaben und Aktivitäten des MfS

Das politische Leben in der DDR unter Honecker war in Fünfjahresrhythmen strukturiert: die SED hielt – jeweils kurz nach der KPdSU – ihren Parteitag ab, die Wirtschaft wurde durch Fünfjahrespläne gesteuert und entsprechend hatte auch das Ministerium für Staatssicherheit einen auf fünf Jahre angelegten »Arbeitsplan«. Für die Staatssicherheit hatte ihr Plan für die erste Hälfte der achtziger Jahre die Form eines langen Referats von Erich Mielke vor den führenden Stasi-Funktionären, das zugleich der Auswertung des SED-Parteitages im Vormonat diente und damit die Anleitung durch die Partei bezeugen sollte.[41] Selbstverständlich konnte sich der Minister nicht in Gegenposition zum SED-Generalsekretär bringen, aber die Akzente setzte er doch deutlich anders, was wohl nicht nur dadurch zu erklären ist, dass dessen Rede halböffentlich gehalten worden war und die seine im Geheimen.

Spionage und Absicherung nach außen

Von den beiden Hauptaufgabenfeldern der Staatssicherheit – Absicherung nach außen, einschließlich Spionage, und Stabilisierung nach innen – wurde von Mielke eingangs über die äußere Lage gesprochen. Da er das MfS »als eine zuverlässige Kampfabteilung der ruhmreichen sowjetischen Tscheka« betrachtete,[42] sollen zuerst gemeinsame geheimpolizeiliche Aktivitäten thematisiert werden. Die Absicherung des eigenen Machtbereichs nach außen wurde in den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren zunehmend zu einer multilateralen Angelegenheit. Während die kleineren Warschauer-Pakt-Staaten die neuen Möglichkeiten nutzten, um vor allem aus wirtschaftlichem Interesse eigenständigere Beziehungen zu den westlichen Staaten auszubauen, vertieften die osteuropäischen Geheimdienste ihre Zusammenarbeit unter Führung des sowjetischen KGB. In die gemeinsamen Vorhaben, über die im Folgenden berichtet wird (RJaN, Abwehr der KSZE-Folgen, SOUD), war jeweils das gesamte MfS – HV A und »Abwehr«, Ministerium und Bezirksverwaltungen – in mehr oder minder großem Maße eingebunden.

---

39 Krolikowski schrieb in seiner für die sowjetische Führung bestimmten »Notiz« vom 30.3.1983, dass Honecker Forderungen an die BRD »in seiner Geraer Rede zum Ausdruck brachte, nachdem ihn Genosse Breschnew dazu gedrängt hatte«, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 353.

40 Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 11. bis 16. April 1981. Berlin 1981, S. 47.

41 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191.

42 Schlusswort Mielkes auf der Kreisdelegiertenkonferenz im MfS zur Vorbereitung des X. Parteitags am 20.–21.2.1981; BStU, MfS ZAIG 3967, Bl. 1–54, hier 13.

Kooperationsfelder mit dem KGB

Nachdem Mielke in der Rede vor dem Parteiaktiv den »Übergang des Imperialismus zur Politik der Konfrontation« in eher allgemeinen Worten angeprangert hatte,[43] kam er auf eine Befürchtung zu sprechen, die nicht aus Honeckers Parteitagsrede, sondern direkt aus Moskau stammte: »Erstrangige Bedeutung hat das rechtzeitige Erkennen von Anzeichen zur Vorbereitung eines Überfalls auf die sozialistischen Staaten durch die USA und ihre NATO-Bündnispartner, einschließlich eines Raketen- und Kernwaffenschlages«.[44] Offenbar war Mielke zuvor informiert worden, dass Breschnew und Andropow im gleichen Monat die KGB-Generalität mit der Mitteilung alarmierten, dass die USA einen nuklearen Überraschungsschlag gegen die Sowjetunion planten.[45] Diesen Hintergrund hat er allerdings verschwiegen. Wahrscheinlich auf sowjetischen Wunsch gab es in seiner Rede keinerlei Bezug auf die Moskauer KGB-Konferenz. Dabei war dort die ernsthafte Befürchtung geäußert worden, die USA bereiteten einen »Enthauptungsschlag« gegen die sowjetischen Kommandozentren vor – was den Beginn des Dritten Weltkriegs bedeutet hätte.[46] Auf der besagten Konferenz wurde deshalb der Startschuss für die Operation »RJaN« (*Raketno-Jadernoe Napadenie* = Raketenkernwaffenangriff) gegeben, die das MfS und insbesondere die Hauptverwaltung A in den folgenden Jahren erheblich beschäftigte.[47]

Um ein solches Vorhaben des Feindes frühzeitig aufzudecken, sollte – neben der Spionage in den einschlägigen westlichen Institutionen – von der Ersten Hauptverwaltung des sowjetischen Geheimdienstes ein Merkmalskatalog erarbeitet werden. Es ging um schwer manipulierbare, indirekte, aber »objektive« Indikatoren, anhand derer Schlüsse auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriffskrieg möglich werden sollten: die Häufung von nächtlichen Regierungssitzungen, die Hortung von Blutkonserven, die Verbringung der Familienangehörigen von Entscheidungsträgern ins Ausland usw. Im November 1981 wurden die ersten Agenten des KGB und des militärischen Geheimdienstes GRU im Westen

---

43 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 15.

44 Ebenda, Bl. 26.

45 Gordiewsky datiert diese Konferenz nur ungefähr, mit »Mai 1981«. Vgl. Andrew, Christopher; Gordiewsky, Oleg: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. München 1990, S. 752.

46 Berichtet wurde darüber zuerst von dem KGB-Residenten in London, Oleg Gordiewsky, der seit 1974 zugleich für den britischen Geheimdienst arbeitete. Zu den Hintergründen und zur Ernsthaftigkeit dieser Befürchtung vgl. Fischer, Benjamin B.: A Cold War Conundrum (CIA, Centre for the Study of Intelligence), 1997 (www.cia.gov/csi/monograph/coldwar/source.htm).

47 Heinz Busch, Referatsleiter für »militärische Auswertung und Information« in der später für RJaN zuständigen Abteilung VII (Auswertung) der HV A, der im Januar 1990 die Seite gewechselt hat, interpretiert den Beginn dieser Operation ebenfalls als Ausdruck dafür, dass die sowjetische Führung nunmehr einen Krieg mit den USA über kurz oder lang für unvermeidlich hielt. Vgl. Busch, Heinz: Die Militärspionage der DDR. Berlin 2001 (unveröfftl. Manuskript), S. 75 f. Das wird bestätigt durch die Schilderung eines Gesprächs zwischen dem zuständigen Leiter der I. Hauptverwaltung (Aufklärung) des KGB, Wladimir A. Krjutschkow, und Werner Großmann. Krjutschkow habe zu seiner Verwunderung im Sommer 1982 »von einem unmittelbar bevorstehenden Raketen-Kernwaffen-Angriff der NATO-Staaten« gesprochen. Die HV A wusste es dank ihres Agenten »Topas« im NATO-Hauptquartier besser. Vgl. Großmann, Werner: Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs. Berlin 2001, S. 137; Mastny, Vojtech: Did East German Spies Prevent a Nuclear War? (Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact. Stasi Intelligence on NATO; November 2003) (http://www.isn.ethz.ch/php/documents/collection_17/texts/mastny.pdf). Zu »Topas« vgl. Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. BStU. Berlin 1998, S. 45.

entsprechend instruiert.[48] Mit der Einbeziehung seiner Verbündeten aber tat sich der KGB offenbar schwer.[49] Erst im Mai 1982 wurden die Aufklärungsorgane der anderen Warschauer-Pakt-Staaten umfassend informiert.[50] Die Fertigstellung des Merkmalskataloges verzögerte sich stark.[51] Die entsprechende »Ständige Operative Anweisung, NATO-Vorbereitungen für eine Nuklearattacke auf die UdSSR zu enthüllen«, ist am 17. Februar 1983 von der KGB-Führung erlassen worden.[52]

Im MfS war der Gedanke, man müsse gegen einen Überraschungsangriff gewappnet sein, nicht ganz neu. Bereits Mitte der sechziger Jahre war, im Zusammenhang mit der Entwicklung des Konzepts der »flexible response« in den USA, ein Befehl Mielkes »zum rechtzeitigen Erkennen einer akuten Kriegsgefahr« erlassen worden, der allerdings von einem relativ konventionellen Szenario ausging: Der Feind würde eine Spannungsperiode bis hin zum Krieg eskalieren.[53] Die HV A, deren Chef Markus Wolf der grundlegenden Annahme eines geplanten Überraschungsangriffs skeptisch gegenüberstand,[54] brauchte nach der Information durch den KGB noch einmal fast drei Jahre, bis sie den entsprechenden Ministerbefehl und die dazu gehörige Durchführungsbestimmung ausarbeitete. Erheblich später als in anderen osteuropäischen Staaten, etwa beim bulgarischen Geheimdienst,[55] wurde im Februar 1985 – die ärgsten Spannungen waren bereits überstanden – von Mielke der einschlägige Befehl 1/85 »zur Verhinderung eines überraschenden Raketenkernwaffenangriffs gegen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft« erlassen.[56] Für die Geschichte der Staatssicherheit ist diese Regelung auch deshalb interessant, weil in der Durchführungsbestimmung zu dem Befehl der HV A erstmals eine Führungskompetenz gegenüber den »Abwehrdiensteinheiten« eingeräumt wurde.[57]

---

48 Vgl. Andrew, Christopher; Gordiewsky, Oleg: Comrade Kryuchkov's instructions. Top secret files on KGB foreign operations, 1975–1985. Stanford 1993, S. 64.

49 Vgl. Busch: Die Militärspionage der DDR (Anm. 47), S. 80 f. u. 86.

50 Vgl. HV A: Bericht über die Entwicklung und den erreichten Stand der Arbeit zur Früherkennung gegnerischer Angriffs- und Überraschungsabsichten (Komplex RJAN) v. 23.4.1986; BStU, MfS, AGM 1021, Bl. 32–44, hier 32.

51 Im September 1982 beklagte sich Mielke gegenüber dem neuernannten KGB-Vorsitzenden Fedortschuk, sein Vorgänger Andropow habe einen Merkmalskatalog für die Vermeidung von »Überraschungen« versprochen, der noch immer nicht eingetroffen sei. Vgl. Notiz über die Gespräche zwischen dem Vorsitzenden des KfS der UdSSR, Genossen Generaloberst Fedortschuk, und dem Minister für Staatssicherheit der DDR, Genossen Armeegeneral Mielke, am 9./10.9.1982, in Moskau; BStU, MfS, ZAIG 5383, Bl. 1–71, hier 16.

52 In englischer Übersetzung dokumentiert in: Andrew; Gordiewsky: Comrade Kryuchkov's instructions (Anm. 48), S. 69–81.

53 Befehl 40/68 über die Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur Ausschaltung des Überraschungsmoments und zum rechtzeitigen Erkennen einer akuten Kriegsgefahr v. 2.12.1968; BStU, MfS, BdL/Dok. 1509; vgl. Wolf, Stephan: Die Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2004, S. 11 f.

54 Vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. Düsseldorf, München 1997, S. 331 f.

55 Für das bulgarische Komitee für Staatssicherheit (KDS) wurde eine entsprechende Instruktion am 9.3.1984 erlassen. Vgl. Baev, Jordan; Grozev, Kostadin: Bulgarian Intelligence & Security Services in the Cold War Years. Sofia 2005 (CD-ROM), S. 82.

56 Befehl 1/85 Aufgaben der Diensteinheiten des MfS zur frühzeitigen Aufklärung akuter Aggressionsabsichten (...), insbesondere zur Verhinderung eines überraschenden Raketenkernwaffenangriffs gegen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft v. 15.2.1985, GVS-o008-1/85; BStU, MfS, BdL/Dok. 4817.

57 1. DB zum Befehl 1/85 v. 5.6.1985 über die Allseitige Nutzung der Möglichkeiten der Diensteinheiten des MfS zur frühzeitigen und zuverlässigen Beschaffung von Hinweisen auf akute feindliche Aggressionsabsichten, -vorbereitungen und -handlungen, unterzeichnet von Generaloberst Wolf, GVS-o008-12/85; BStU, MfS, BdL/Dok. 4818.

Insgesamt 238 Indikatoren – von Änderungen in der Trinkwasserversorgung bis zu Auffälligkeiten im Reiseverkehr – waren kontinuierlich zu beobachten.[58] Im Vordergrund sollte allerdings weiter die klassische Spionage stehen: »das Eindringen in die Geheimnisse der gegnerischen Entschlussfassung«.[59] Die Ausweitung von Kompetenzen für die HV A widersprach Mielkes sonstigem Bestreben, den als widerspenstig geltenden Aufklärungsapparat möglichst weitgehend unter seine Kontrolle zu bringen. Vielleicht ist das, in Verbindung mit der Skepsis von Wolf gegenüber dem gesamten Vorhaben, die Erklärung dafür, dass es so lange gedauert hat, dieses Dokument zustande zu bringen.

Engeren Realitätsbezug hatte ein anderes Feld verstärkter multilateraler Kooperation unter Führung des KGB: der Versuch, die destabilisierenden Konsequenzen der Öffnung zum Westen, auf die sich die kommunistischen Staaten mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingelassen hatten, unter Kontrolle zu halten.[60] Seit 1974 wurden in Dreijahresabständen Konferenzen zum Kampf gegen die »ideologische Diversion« abgehalten. Dabei wurden Lageeinschätzungen und Methoden der Repression abgeglichen, und gemeinsame Aktionen im westlichen »Operationsgebiet« abgesprochen.[61] Bis Ende der siebziger Jahre sind keine positiven Auswirkungen der Vereinbarung über »Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen« (der sog. Korb 3 der Schlussakte von 1975) zu verzeichnen, im Gegenteil: Das Bemühen der Sicherheitsfunktionäre galt allein dem Ziel, solche Forderungen zurückzuweisen und Bürgerrechtsgruppen, die sich darauf beriefen, zu unterdrücken. Im Zusammenhang mit der zunehmend angespannten internationalen Lage seit Beginn der achtziger Jahre und der Schwächung der sowjetischen Position auf dem Feld internationaler Politik änderte sich das: Nun wurde es zu einem vorrangigen Ziel, den Einfluss der konfrontativen US-Politik möglichst zurückzudrängen, Differenzen zwischen den westlichen NATO-Staaten zu befördern und dort Verbündete zu suchen. Aus Sicht der DDR-Führung war das, vor allem wegen ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik, besonders wichtig. Werner Irmler, der Chef der ZAIG, erklärte im November 1983 in Sofia, »dass es uns aufgrund des objektiv notwendigen Bündnisses mit der westlichen Friedens- und Antikriegsbewegung, mit Pazifisten und Christen im Westen und in unseren Ländern erschwert wird, gegen bei uns unter der Flagge des Friedenskampfes organisierte, in Wirklichkeit aber antisozialistische Ziele verfolgende Gruppen und Kräfte vorzugehen«.[62] Auf die Bedeutung dieser Einsicht für die innere Lage wird noch zurückzukommen sein. Sie änderte jedenfalls nichts daran, dass die Vertreter der DDR-Staatssicherheit im Kreis ihrer internationalen Kooperationspartner bemüht waren, mit einer Vielzahl gemeinsamer Aktionen, westlichen Einflüssen entgegenzuwirken. Sie spielten dabei insofern eine Vorreiterrolle, als sie darauf drängten,

---

58 Vgl. HVA: Katalog ausgewählter Indikatoren zur Früherkennung gegnerischer militärischer Aggressionsvorbereitungen und Überraschungsabsichten, insbesondere von Maßnahmen zur Vorbereitung eines überraschenden Raketenkernwaffenangriffs (KWA) v. 20.6.1985; BStU, MfS, ZOS 3309, Bl. 1–24. In den folgenden Monaten ist die Zahl der Indikatoren auf 292 erhöht worden; vgl. HVA: Bericht über die Entwicklung v. 23.4.1986, Bl. 32–44, hier 38.

59 Referat Mielkes vor dem erweiterten Kollegium des MfS am 7.6.1985, in dem er auf RJaN ausführlich eingegangen ist; BStU, MfS, BdL/Dok. 8185, S. 15–26, hier 17.

60 Vgl. Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution. Frankfurt/M. 1999.

61 Dazu ausführlicher Süß, Walter: Wandlungen der MfS-Repressionstaktik seit Mitte der siebziger Jahre im Kontext der Beratungen der Ostblock-Geheimdienste zur Bekämpfung der »ideologischen Diversion«. In: »Das Land ist still – noch!« Herrschaftswandel und Opposition in der Ära Honecker. Hg. v. Leonore Ansorg u. a. Köln, Weimar 2009, S. 111–134.

62 Ausführungen des Leiters der Delegation des MfS auf der multilateralen Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung der ideologischen Diversion (Sofia, November 1983); BStU, MfS, ZAIG 8691, Bl. 1–43, hier 23.

den Begriff der »ideologischen Diversion« und damit den Kreis der Verdächtigen immer mehr auszuweiten. Gerade diese Tendenz zur Uferlosigkeit des Bedrohungsgefühls, die wenigstens teilweise auf die spezifische Situation der DDR als seminationaler Staat zurückzuführen war, führte allerdings zu wenig praktikablen Konsequenzen. Erich Mielke hat die daraus resultierende Hilflosigkeit Mitte der achtziger Jahre vor Mitarbeitern der Hauptabteilung II mit folgenden Worten angedeutet: »Im Grunde genommen ist jeder Diplomat aus dem kapitalistischen Ausland ein Spion, sammelt Informationen. Wir können aber doch nicht jeden Diplomaten, jeden Botschafter verhaften. So muss man die Sache sehen. Gleiches gilt für die Journalisten.«[63] Welche Lehre konnte ein Mitarbeiter der Spionageabwehr aus diesen Worten ziehen?

Ein weiterer Ansatzpunkt zu multilateraler Kooperation unter Federführung des sowjetischen KGB war die bereits im Jahr 1973 in Verhandlungen mit dem KGB-Chef Juri Andropow in Aussicht genommene Einrichtung eines »Systems der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner« (SOUD).[64] Das stand im Kontext der verstärkten Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung durch die Staatssicherheit in jenen Jahren, auf die im Zusammenhang mit der inneren Überwachung noch zurückzukommen sein wird.

Bei SOUD ging es aus Sicht des MfS darum, die vermehrten Westkontakte seit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags und der Aufnahme einer Vielzahl von diplomatischen Beziehungen durch die DDR geheimdienstlich abzusichern.[65] Die Vereinbarung darüber ist schließlich Ende 1977 unterzeichnet worden. Teilnehmerstaaten waren Bulgarien, Ungarn, die DDR, Kuba, die Mongolische Volksrepublik, Polen, die UdSSR und die Tschechoslowakei. Gemäß Artikel 1 des Abkommens sollte es der Sammlung von »Informationen über Personen, Institutionen und Organisationen [dienen], die subversive Tätigkeit gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft ausüben«.[66] Insgesamt 15 Personenkategorien standen unter diesem Verdacht: Von mutmaßlichen Mitarbeitern westlicher Geheimdienste, über Angehörige von »Zentren der politisch-ideologischen Diversion«[67] bis hin zu Terroristen. Im Jahr 1985 wurden dieser illustren Runde »subversiver« Personen auch noch Diplomaten, Mitarbeiter von Kulturinstitutionen, Auslandskorrespondenten westlicher Staaten und Schmuggler hinzugerechnet.[68] Entsprechend dem Erfassungsbeleg (»Formblatt 430«) sollten die Grunddaten zur Person, Informationen zu einigen körperlichen Merkmalen, Wohnort und Adresse, zur Arbeitsstelle und dazu, welcher Personenkategorie der Betreffende zuzurechnen war, und – soweit vorhanden – einige weitere Punkte wie Zugehörigkeit zu Parteien gemeldet werden.[69] Im Zentrum dieses Informationssystems stand der KGB: Der zentrale Server für das Informationssystem stand in Moskau. Dorthin waren die entsprechenden Informationen zu senden.

---

63 Schlusswort Mielkes auf der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation in der HA II (Spionageabwehr) am 4.12.1985; BStU, MfS, ZAIG 3999, Bl. 49.

64 Abkürzung für Sistema Objedinnjonnowo Utschota Dannych (o Protiwnike). Vgl. Wegmann, Bodo; Tantzscher, Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Hg. BStU. Berlin 1996. Auf diese grundlegende Arbeit stützt sich die Darstellung zu diesem Punkt im Wesentlichen.

65 Vgl. ebenda, S. 7–9.

66 Abkommen über das System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner v. November/Dezember 1977; BStU, MfS SdM 425, Bl. 136–142, dokumentiert in: Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 75–79.

67 Das war im Prinzip jede Institution, die sich kritisch mit der inneren Situation im Ostblock beschäftigte, von Forschungseinrichtungen bis zu den Massenmedien.

68 Vgl. Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 22–29.

69 Siehe das Faksimile des Erfassungsbelegs in: ebenda, S. 87–90.

Im MfS wurde SOUD durch einen Befehl Mielkes im Juni 1979 eingeführt und als innere Schaltstelle eine Arbeitsgruppe unter dem Namen »ZAIG/5« eingerichtet.[70] Es dauerte aber noch eineinhalb Jahre bis aus Moskau die Mitteilung kam, das System werde nun in den »Echtbetrieb« übergehen.[71] In den folgenden Jahren wurden (bis einschließlich 1988) etwa 170.000 Datensätze in das SOUD eingegeben, davon durch das MfS der DDR etwa 75.000 (Doppelungen eingeschlossen).[72] Jede Datenbank taugt freilich nur so viel, wie die Informationen, die in sie eingespeist werden. Darum aber war es anscheinend nicht besonders gut bestellt. Noch im Jahr 1988 konstatierte der Leiter der für SOUD zuständigen ZAIG, Werner Irmler, »dass der relativ großen Anzahl von Auskunftsersuchen eine relativ geringe Anzahl von positiven Auskunftsergebnissen gegenübersteht.«[73] Deutlicher benannte etwa zur gleichen Zeit der Leiter des Bereiches EDV in der ZAIG das Problem, der von einer »Trefferquote« von unter einem Prozent bei Auskunftsersuchen des MfS sprach.[74]

Die Entwicklung in Polen als Menetekel

An der Schwelle zwischen multilateralen und unilateralen Außenaktivitäten des MfS stand ein Problem, das aus Sicht Mielkes Anfang der achtziger Jahre höchste Priorität hatte: die Entwicklung in Polen. Das revolutionäre Aufbegehren von Arbeiterschaft und Intelligenz unter Leitung von »Solidarność« in den Jahren 1980/1981, ist von der SED-Führung und damit auch von der Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit keineswegs nur als Turbulenz in einem traditionell unruhigen Nachbarland betrachtet worden.[75] Honecker hatte in seiner Parteitagsrede die »Machenschaften konterrevolutionärer Kräfte« (gemeint war Solidarność) nur kurz erwähnt. Allerdings war das verbunden mit der Mahnung an die polnischen Genossen, sie hätten sich im Dezember 1980 in Moskau verpflichtet, dafür zu sorgen, »dass die Volksrepublik Polen sozialistisch war, ist und bleibt« und war für seine verhüllte Drohung von den Parteitagsdelegierten mit »anhaltendem Beifall« belohnt worden.[76]

Mielke musste in seiner Rede vor dem Parteiaktiv des Ministeriums keine diplomatischen Rücksichten nehmen und ging ausführlicher auf die Lage in dem Nachbarstaat ein. Vor allem aber verknüpfte er die Entwicklung dort mit jener im gesamten sowjetischen

---

70 Befehl 11/79 des Ministers für Staatssicherheit v. 7.6.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 4941, dokumentiert in: Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 80 f. Tatsächlich handelte es sich bei der »ZAIG/5« bis zum Ende um die ZAIG/4/4, d. h. um die Arbeitsgruppe 4 (»SOUD«) innerhalb des Bereichs 4 (Auswertung und Information) der ZAIG. Sie hatte im Jahr 1988 25 Mitarbeiter. Vgl. Wiedmann, Roland (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995, S. 48; Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 38–42.

71 Schreiben des KGB an das MfS v. 14.1.1981; BStU, MfS, SdM 425, Bl. 133, dokumentiert in: Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S.84.

72 Die Gesamtzahl wurde von dem Leiter des SOUD-Arbeitsapparates in Moskau, A. W. Smirnow, auf der 2. multilateralen SOUD-Konferenz (16.–20.5.1988 in Sofia) genannt. Die Zahlen für die DDR wurden auf Basis von Übersichten der ZAIG erstellt. Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 47 u. 62.

73 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung am 8.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 4697, Bl. 13–174, hier 146.

74 Vortrag des Leiters des Bereiches EDV der ZAIG [Oberst Harry Bochmann] zu Grundsatzfragen der Arbeit mit der Zentralen Personendatenbank des MfS (ZPDB), der Personendatenbank der DDR (PDB) sowie der Nutzung des Sonderspeichers 11/79 (gehalten auf dem Weiterbildungslehrgang der Leiter der A/I-Organe der Kreisdienststellen/Objektdienststellen im Januar und März 1989; BStU, MfS, ZAIG 7052, Bl. 57; vgl. Wegmann; Tantzscher: SOUD (Anm. 64), S. 59.

75 Vgl. die ausführliche Dokumentation von Kubina; Wilke (Hg.): »Hart und kompromißlos durchgreifen« (Anm. 14).

76 Bericht des Zentralkomitees der SED an den X. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 11. bis 16. April 1981. Berlin 1981, S. 42.

Machtbereich: »Der Gegner versucht, große Teile der Bevölkerung in einen Gegensatz zur Partei- und Staatsführung, zur sozialistischen Macht, zu ihrer Politik zu bringen; das zeigen besonders deutlich die konterrevolutionären Ereignisse in der VR Polen.« Sein Ziel sei »eine langfristige Erosion der sozialistischen Staatengemeinschaft durch ein Übergreifen des ›polnischen Modells‹ auf andere Länder.«[77] Tatsächlich gab es analoge Wertungen der polnischen Entwicklung etwa bei der amerikanischen CIA.[78]

Das MfS, das seit den siebziger Jahren engere Kontakte zur polnischen Staatssicherheit (StB) pflegte, wurde bereits wenige Wochen nach der Gründung von Solidarność in Polen aktiv. Im September 1980 wurde im Einvernehmen mit der polnischen Seite eine Operativgruppe der Staatssicherheit an der DDR-Botschaft in Warschau mit Außenstellen in Danzig, Stettin, Breslau und Kattowitz eingerichtet.[79] Sie war der Hauptabteilung II zugeordnet und hatte eng mit der Hauptverwaltung A (HV A) zu kooperieren.[80] Laut dem »Arbeitsplan« der Operativgruppe sollte sie DDR-Bürger, die sich in Polen aufhielten, überwachen, die Kontakte zu den polnischen Sicherheitsorganen vor Ort verdichten, detaillierte Berichte über die Lageentwicklung an die Zentrale nach Ostberlin liefern, und sich auch direkt in die polnische Innenpolitik einmischen: »Die Grundlage für die Realisierung der politisch-operativen Hauptaufgaben bilden [...] die internationalistische Unterstützung, entsprechend der Linie unserer Partei, der marxistisch-leninistischen Kräfte, die einen konsequenten Kampf gegen die Konterrevolution führen, insbesondere der polnischen Sicherheitsorgane«.[81]

Auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts blieb die OG Warschau aktiv, baute ihr Netz an inoffiziellen Mitarbeitern weiter aus und pflegte Kontakte zu offiziellen Stellen in Partei und Sicherheitsapparat, um ihre Zentrale stetig zu informieren und um die dogmatischen Kräfte in Polen zielgerichtet zu unterstützen.[82] Mielke misstraute der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) grundsätzlich. Zwei Monate nach der Einführung des Kriegsrechts und der Internierung von Tausenden Solidarność-Aktivisten erklärte er im Februar 1982, zwar sei »der Vormarsch der Konterrevolution in Polen gestoppt«, aber sie sei »noch nicht zerschlagen«. Auch gebe es in der PVAP weiterhin einen Kampf zwischen »revisionistischer« und »marxistisch-leninistischer Linie«, der bis in das Politbüro reiche. Um die Entwicklung zu beeinflussen, forderte er »eine bedeutende Intensivierung der politisch-operativen Arbeit nach und in der VR Polen durch alle Linien- und

---

77 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 42 f.

78 So wurde in einem Memorandum der CIA vom 4.12.1981 (eine Woche vor Ausrufung des Kriegsrechts), verbunden mit der Empfehlung finanzieller Unterstützung für Polen, prognostiziert: »Ich glaube, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die erfolgreiche Implementation von Pluralismus in Polen den Anfang vom Ende des Totalitarismus sowjetischen Typs in Osteuropa bildet, mit außerordentlichen Implikationen für Gesamteuropa und die UdSSR selbst.« »Memorandum for Director of Central Intelligence« von Robert M. Gates über »Assistance to Poland: Tuesday's NSC [National Security Council] Meeting«; CIA Electronic Document Release Center, F-1993-01676, document 177608, 3 S.

79 Zur Tätigkeit des MfS in Polen vgl. Tantzscher, Monika: »Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage!« – Das MfS und die Polnische Krise 1980/81. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. V/3, S. 2601–2760.

80 Zur Anleitung der OG Warschau durch die HA II vgl. Labrenz-Weiß, Hanna: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2001, S. 64–68.

81 OG Warschau: Arbeitsplan für das Jahr 1982 der Operativgruppe in der VR Polen v. 18.11.1981; BStU, MfS, HA II/10 283, dokumentiert in: Tantzscher: »Was in Polen geschieht ...« (Anm. 79), S. 2662–2673.

82 Vgl. Tantzscher, Monika: »Die Feinde des Sozialismus haben alle auf einem Sofa Platz«. Die geheimdienstlichen Beziehungen der DDR zur Volksrepublik Polen. In: Deutschland Archiv 34(2001)2, S. 218–234.

Diensteinheiten«.[83] Auf die Befürchtungen, die sich aus den Ereignissen in Polen hinsichtlich der Entwicklung in der DDR selbst ergaben, wird zurückzukommen sein.

»Operationsgebiet« Bundesrepublik

Im Zentrum der Außenaktivitäten des MfS (ebenso wie der Westpolitik der DDR-Führung) stand auch in den achtziger Jahren selbstverständlich das »Operationsgebiet« Bundesrepublik, einschließlich Berlin (West). Daran beteiligt waren sehr viele Diensteinheiten, auch solche der »Abwehr«.[84] Hauptakteur aber war die Hauptverwaltung A, die bis 1986 unter Leitung von Generaloberst Markus Wolf, dann von Generaloberst Werner Großmann stand.[85] Die Schwerpunktsetzung ihrer Spionageaktivitäten in den achtziger Jahren ist ablesbar an der sektoralen Verteilung ihrer »Objektquellen«, das heißt jener Agenten, denen es gelungen war, in »gegnerische Objekte« einzudringen oder die dort von der HV A angeworben worden waren und Insider-Informationen lieferten.[86] Von den 440 Objektquellen des Jahres 1988 berichteten 39 Prozent aus der Wirtschaft, 38 Prozent aus politischen und staatlichen Institutionen, Parteien und Verbänden, und 13 Prozent aus Militär und Sicherheitsbehörden.[87] Das gibt selbstverständlich nur eine Tendenz wieder: dass der Beschaffung von Informationen aus der Wirtschaft ähnliches Gewicht beigemessen wurde, wie der politischen Spionage. Die Bedeutung von Militär und Sicherheitsbehörden als Spionageobjekte wird bei einer quantitativen Betrachtung gewiss unterschätzt. Die zuvor geschilderte Aktion RJaN etwa, zur Warnung vor einem Raketenangriff, bei der die HV A die Federführung hatte und der hohe Priorität beigemessen wurde, lag quer zu dieser sektoralen Aufteilung, weil gerade indirekte Anzeichen entsprechender Vorbereitungen erkannt werden sollten. Außerdem kam es nicht auf die Menge der Spione, sondern auf ihre Platzierung an: So hatte das MfS seine größten Erfolge auf dem Feld der Militär- und der Gegenspionage. »Topas« alias Rainer Rupp berichtete seit 1977 aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel an die HV A.[88] Joachim Krase hatte 1969 der Stasi seine Dienste angeboten. Er wurde als IM »Günter Fiedler« vom 1. Stellvertreter des Leiters der HA II (Generalmajor Wolfgang Lohse) geführt. Seit 1980 war Krase Chef des Stabes des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr und zugleich stellvertretender Leiter des Militärischen Abwehrdienstes (MAD).[89] Ebenso wertvoll waren zwei weitere »Selbstanbieter«: Klaus

---

83 Rede von Erich Mielke auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 19.2.1982 (Kurzfassung); BStU, MfS, ZAIG 8660, Bl. 1–66, hier 20–22. Zur Situation in Polen infolge des Kriegsrechts vgl. Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990. Mit einem historiographischen Anhang bis 1997. Berlin 1999, S. 269–364.

84 Siehe die Übersicht zur Tätigkeit von Diensteinheiten der »Abwehr« im »Operationsgebiet« bei Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«. Hg. BStU. Berlin 1999.

85 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin (im Erscheinen); Fricke, Karl Wilhelm: Markus Wolf. In: Krüger, Dieter; Wagner, Armin (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 284–309.

86 Eine detaillierte Aufgabenbeschreibung, allerdings in stark ideologisierter Sprache, findet sich in der am 1.1.1980 in Kraft gesetzten Einleitung zur Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, dokumentiert in: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (Anm. 47), S. 471–513, hier 472–474.

87 Ebenda, S. 196–198. Dort finden sich auch detaillierte Übersichten zum Agentenbestand in den einzelnen Institutionen.

88 Vgl. Wagner, Klaus: Spionageprozesse. Spionagemethoden des MfS (HV A) und östlicher (u. a. KGB) sowie nahöstlicher Nachrichtendienste in den Jahren 1977–1990. Brühl bei Köln 2000, S. 118–121.

89 Vgl. Anklage des Generalbundesanwaltes v. 12.3.1993 gegen Dr. Günter Kratsch u. a. (Az. s StE 2/93 - 2). In: Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 4/

Kuron, im Bundesamt für Verfassungsschutz für Gegenspionage zuständig, bot seine Dienste im Jahr 1980 an und wurde 1982 als IM »Berger« (später »Stern«) angeworben.[90] Fünf Jahre später lief sein Vorgesetzter, Hansjoachim Tiedge, direkt in die DDR über.[91] Auch der Bundesnachrichtendienst blieb nicht verschont: So berichtete die Regierungsdirektorin Gabriele Gast alias IM »Gerald« bzw. »Reinhard« der HV A seit 1978 über den Erkenntnisstand bundesdeutscher Dienste zum Warschauer Pakt.[92] In umgekehrter Richtung waren die Erfolge auf diesem Gebiet eher bescheiden: Der Bundesnachrichtendienst hatte nach aktuellem Kenntnisstand keine echten Spitzenquellen in der DDR und Ende der achtziger Jahre waren »neun von zehn DDR-Quellen des BND« überworben worden, arbeiteten also tatsächlich für das MfS.[93] Allerdings wurden solche Defizite zu einem erheblichen Teil gewiss durch überlegene elektronische Überwachung, durch »Reiseagenten« zur Ausspähung von Militäranlagen und durch die Befragung von ausgereisten DDR-Bürgern kompensiert.

Die oben genannten Agenten machten die bundesdeutsche Spionageabwehr für das MfS zu einem weithin offenen Buch. Es wäre allerdings verfehlt, von diesem Teil auf das Ganze zu schließen: Erfolge solcher Größenordnung blieben dem MfS auf anderen Gebieten versagt. In der bundesdeutschen Industrie vermochten die HA XVIII (Wirtschaft) und vor allem der Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) der HV A in einer Reihe von Großunternehmen wie Siemens und IBM Agenten zu platzieren und eine enorme Menge von zum Teil auch militärisch brisanten Informationen zu beschaffen, aber die Innovationsbremsen des bürokratisch-zentralistischen Wirtschaftssystems verhinderten meistenteils ihre effektive Nutzung.[94] Besonders deutlich war das im Fall der Mikroelektronik, einem Schwerpunkt der geheimdienstlichen Bemühungen.[95]

Bei der Devisenerwirtschaftung sehr erfolgreich war der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), der formal Teil des Außenministeriums, faktisch jedoch dem ZK-Sekretär für Wirtschaft, Günter Mittag, untergeordnet war.[96] Sein Leiter, Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, war zugleich Oberst der Staatssicherheit und Offizier im besonderen Einsatz (OibE), Mielke direkt unterstellt. Schalck hatte damit drei Vorgesetzte: Mittag für den wirtschaftlichen Bereich, Honecker für politische Fragen und hinsichtlich eines Teils der Verwendung der erwirtschafteten Devisen und schließlich Mielke

---

2. Teilband: Spionage. Berlin 2004, S. 621–711, hier 631 u. 682–685. Joachim Krase ist 1988 verstorben und wurde nie vor Gericht gestellt.

90 Vgl. Erstinstanzliches Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf v. 6.12.1993 gegen die Leitung der Hauptverwaltung A, Verfahren gegen Markus Wolf (Az. IV-40/92, 3 StE 14/92-3). In: Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 4/ 1.Teilband: Spionage. Berlin 2004, S. 7–153, hier 101–111; vgl. auch Wagner: Spionageprozesse (Anm. 88), S. 222–232.

91 Vgl. Tiedge, Hansjoachim: Der Überläufer. Eine Lebensbeichte. Berlin 1998.

92 Vgl. Erstinstanzliches Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts v. 19.12.1991 gegen Dr. Gabriele Gast (Az. 3 St 8/91 a-d u. 3 BJs 437/90 - 1). In: Marxen; Werle (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht (Anm. 90), S. 981–1006.

93 Vgl. Wössner, Ullrich: Angriffe des MfS auf den Bundesnachrichtendienst. In: Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): »Das Gesicht dem Westen zu ...« DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 393–403, hier 401. Ullrich Wössner ist Direktor beim BND.

94 Vgl. Macrakis, Kristie: Führt effektive Spionage zu Erfolgen in Wissenschaft und Technik? In: ebenda, S. 250–278; Roesler, Jörg: Industrieinnovation und Industriespionage in der DDR. Der Staatssicherheitsdienst in der Innovationsgeschichte der DDR. In: Deutschland Archiv 27(1994)10, S. 1026–1040.

95 Vgl. Buthmann, Reinhard: Kadersicherung im VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Hg. BStU. Berlin 1997.

96 Zur KoKo vgl. Deutscher Bundestag – Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des GG: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski: Werkzeuge des SED-Regimes, 5 Bde., BT-DS 12/7600 v. 27.5.1994.

in Sicherheitsbelangen. Zur Absicherung dieses konspirativen Firmenimperiums wurde 1983 die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) gebildet, eine Aufgabe, die zuvor die HA XVIII/7 in sehr viel kleinerem Maßstab wahrgenommen hatte.[97] Ihr war es – für Stasi-Verhältnisse höchst ungewöhnlich – untersagt, sich in wirtschaftliche Angelegenheiten einzumischen. [98] Das war auch dringend nötig, weil die Tätigkeit der KoKo als semi-marktwirtschaftliche Insel in der Planwirtschaft den Maximen Mielkes in Sachen Wirtschaftspolitik diametral widersprach. Die KoKo, die nach Angaben ihres ehemaligen Chefs in den Jahren von 1972 bis 1989 insgesamt 27 Mrd. DM Gewinn erwirtschaftete,[99] hat vor allem in den achtziger Jahren einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, die Zahlungsunfähigkeit der DDR abzuwenden.[100]

Schalck stand gewissermaßen zwischen den politischen Flügeln im Politbüro: der – wie er sie nannte – »russischen Fraktion: Krolikowski, Stoph und Mielke«[101] auf der einen und Honecker und Mittag auf der anderen Seite. Dabei galt seine primäre Loyalität offenbar dem SED-Generalsekretär und mehr noch dessen Westorientierung. So handelte Schalck 1983 mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß den ersten Milliardenkredit aus,[102] von dem die Politbüromitglieder (mit Ausnahme von Honecker und Mittag) aus den Westmedien erfahren haben sollen.[103] Ob das auch für Mielke galt, ist unklar. Aber wie dem auch war, es würde im einen wie im anderen Fall die Prärogative der Parteispitze gegenüber der Staatssicherheit zeigen.

Im politischen Bereich war das MfS durch Agenten der HV A in allen im Bundestag vertretenen Parteien gut informiert. Die für die Bundesregierung zuständige Abteilung I der HV A führte 1988 32 O-Quellen (die aus dem »Objekt«, das heißt dem Regierungsapparat und nachgeordneten Stellen, Insider-Wissen lieferten) und 9 »Abschöpfquellen« (A-Quellen), die von außen Informationen zu erlangen suchten. Abteilung II, die für die Parteien zuständig war, hatte 36 O-Quellen und 8 A-Quellen.[104] Zudem beschaffte die HA III, deren zentrale Aufgabe das Abhören westlicher Telefonate (Richtfunkstrecken und Autotelefon) war, eine Fülle von Informationen.[105] Im Vordergrund all dieser Aktivitäten stand die Informationsbeschaffung, während Einflussnahme durch Agenten zwar manchmal versucht wurde, aber die Konspiration gefährdete und mangels entsprechenden Potenzials selten erfolgreich war. Der Regierungswechsel 1982 minderte diese Möglichkeiten weiter, denn in der CDU/CSU war die Agentenplatzierung weniger erfolgreich. Der Topagent für diesen Teil des politischen Spektrums, IM »Fichtel« alias Hans-Adolf Kanter,

---

97 Vgl. Befehl 14/83 des Ministers für Staatssicherheit v. 1.9.1983 zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 7777.

98 Vgl. Buthmann, Reinhard: Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2003, S. 29 u. 52.

99 Vgl. Interview mit Alexander Schalck-Golodkowski, in: Pirker, Theo u. a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen. Opladen 1995, S. 143–172, hier 158 f.

100 Vgl. Lösch, Dieter; Plötz, Peter: Die Bedeutung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung für die Volkswirtschaft der DDR (Gutachten des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg). In: Deutscher Bundestag – Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des GG, BT-DS 12/7600, Anhangband, S. 3–158, hier 56 u. 102.

101 Interview mit Alexander Schalck-Golodkowski (Anm. 99), S. 150.

102 Vgl. Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989. Stuttgart 1998 (Geschichte der deutschen Einheit; 1), S. 161–184.

103 Vgl. Handschriftliche Aufzeichnung von Werner Krolikowski v. 16.1.1990, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 321–339, hier 327 f.

104 Vgl. Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (Anm. 47), S. 203 u. 209.

105 Vgl. Schmidt, Andreas: »Aufklärung« des Funkverkehrs und der Telefongespräche in Westdeutschland – Die Hauptabteilung III, in: Knabe: West-Arbeit (Anm. 84), S. 205–244.

musste seine Stelle als führender Lobbyist des Flick-Konzerns in Bonn ein Jahr vor dem Regierungswechsel wegen der gleichnamigen Affäre beenden.[106] Seine Tätigkeit für die HV A hat er deshalb zwar nicht eingestellt, aber die Informationen, die er liefern konnte, verloren an Wert.

Aus den eingangs erwähnten sicherheitspolitischen Gründen galt besonderes Augenmerk der Friedensbewegung, die als innenpolitischer Faktor in der Bundesrepublik betrachtet wurde, der die angestrebte Differenzierung zwischen »realistischen« und »abenteuerlichen« Kräften im »Imperialismus« befördern könnte. Das SED-Politbüro hat deshalb im Juli 1981 beschlossen, die westdeutsche Friedensbewegung gegen die »NATO-Nachrüstung« zu unterstützen.[107] Man versuchte Einfluss zu nehmen, vor allem über die (weitgehend durch die SED finanzierte[108]) DKP und ihre Vorfeldorganisationen, aber auch durch verdeckte, geheimdienstliche Aktivitäten. In dem auf den Politbüro-Beschluss folgenden Monat fertigte die Abteilung II der HV A, die auch für die Friedensbewegung zuständig war, ein »Konzept für politisch aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD«.[109] Ganz wörtlich zu nehmen ist das nicht. Gemeint war: Man wollte die Friedensbewegung durch inoffizielle Mitarbeiter und »Kontaktpersonen« (KP), die in verdeckter Form angesprochen wurden, im eigenen Sinne beeinflussen. Vereinzelt wird das gelungen sein, etwa bei einem Berliner Bundestagsabgeordneten der Grünen, aber es würde zu kurz greifen, wenn man die Breite und die Erfolge dieser Bewegung dem Wirken von Einflussagenten des MfS zuschreibt.[110] Es gab in manchen Befürchtungen und in manchen Forderungen durchaus Parallelen, die es leicht machten, sie als positiv gewertete Entwicklungen beim Beobachtungsobjekt dem eigenen Einwirken zuzuschreiben (und heute rückblickend entsprechende Entwicklungen als Umsetzung von Stasi-Plänen zu deuten). Aber auch damals schon existierte in der Staatssicherheit starkes Unbehagen gegenüber dem fremdartigen »Verbündeten«, das in dem erwähnten Konzept in der Anweisung Ausdruck fand: »Eine wesentliche Aufgabe des Netzes der tätigen IM und KP ist, ein Überschwappen pazifistischer und antisozialistischer Parolen auf die DDR zu verhindern.«[111] Das war nicht nur doppelzüngig, sondern auch unrealistisch, denn zum Aufkommen zumindest pazifistischer Forderungen gab die SED mit ihrer Politik innerer Militarisierung (etwa die Einführung des Wehrkundeunterrichts) selbst erheblichen Anlass.[112] Daran erweist sich zudem, wie begrenzt der Einfluss dieser IM und KP gewesen

---

[106] Vgl. Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (Anm. 47), S. 24; Urteil des OLG Koblenz v. 15.3.1995 gegen Hans-Adolf Kanter, Az. - 3 StE 13/94-3.

[107] Beschluss des SED-Politbüros v. 7.7.1981, SAPMO-BA J IV 2A/2413, dokumentiert in: Ploetz, Michael; Müller, Hans-Peter: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss. Münster 2004, S. 364–367.

[108] Vgl. Deutscher Bundestag – Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des GG, BT-DS 12/7600, Textband, S. 282 f.

[109] Mit Datum 17.8.1981 unterzeichnet von Oberst Gailat, dem Leiter dieser Abteilung, dokumentiert in: Sélitrenny, Rita; Weichert, Thilo: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi. Leipzig 1991, S. 196–200.

[110] Hubertus Knabe, der für sein Buch über die »unterwanderte Republik« bemüht war, seine These gerade an der Friedensbewegung zu demonstrieren, kommt über wenig aussagekräftige Beispiele nicht hinaus und konstatiert selbst, die Stasi-Unterlagen enthielten nur »nebelhafte Bezüge«. Vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 248; vgl. auch Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«. Münster 2003.

[111] HV A/II: Konzept für politisch aktive Maßnahmen [...] v. 17.8.1981, dokumentiert in: Sélitrenny; Weichert: Das unheimliche Erbe (Anm. 109), S. 197.

[112] Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Forcierte Militarisierung im Erziehungswesen der DDR. In: Deutschland Archiv 15(1982)10, S. 1057–1062.

ist, denn in der westlichen Friedensbewegung entwickelte sich zu Beginn der achtziger Jahre gegen den Widerstand der Fellow-Traveller der SED (DKP, SEW und ihre Vorfeldorganisationen) eine starke Strömung, die auf Abrüstung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs drängte und sich für »Entspannung von unten« als gesellschaftliche Untermauerung zwischenstaatlicher Entspannung einsetzte.[113] Die SED und vor allem die Staatssicherheit brachte das in eine schwierige Lage: Einerseits sollte der erwünschte »Bündnispartner« nicht entfremdet, zugleich aber die innere Stabilität nicht gefährdet werden. Im September 1983 deutete Mielke dieses Dilemma mit folgenden Worten an: »Ohne unser Bündnis mit Kräften der progressiven Friedensbewegung im Westen zu stören, gilt es auch weiterhin, politisch-operativ klug und konsequent einen Missbrauch der Friedensbestrebungen für gegen den Sozialismus und seine Politik gerichtete Aktionen zu unterbinden.«[114]

Das zeigt einerseits, dass es nicht nur um Propaganda und verdeckte Funktionalisierung ging, sondern dass hinter der Friedenspropaganda echte Befürchtungen standen (denn sonst hätte man diese »Kräfte« nicht beachten müssen), andererseits ist der Konflikt zwischen außenpolitischen Rücksichtnahmen und innerer Repression für die gesamten achtziger Jahre charakteristisch. In diesen Widerspruch hat sich die SED-Führung zunehmend verwickelt.

Innere Stabilisierung

Noch größere Gefahren für die innere Stabilität der DDR als aus dem Westen kamen aus Sicht des MfS Anfang der achtziger Jahre aus dem Osten. An »Polen« wurde das ganze Spektrum innenpolitischer Befürchtungen der Staatssicherheit deutlich: welche Gefährdungen der Stabilität drohten und worauf das MfS deshalb sein Augenmerk zu richten hatte.

Lehren der polnischen Ereignisse

In seiner Rede zum Fünfjahresplan des Ministeriums ist Mielke im Mai 1981 in verschiedenen Zusammenhängen auf die Lehren der polnischen Ereignisse, deren Ausgang damals noch offen war, zu sprechen gekommen:

- Das Ziel des »Gegners« sei »eine langfristige Erosion der sozialistischen Staatengemeinschaft durch ein Übergreifen des ›polnischen Modells‹ auf andere Länder.« Es gehe ihm darum, »die Vorgänge in der VR [Volksrepublik] Polen auf andere sozialistische Länder, speziell die DDR, die ČSSR und Ungarn zu übertragen«.[115]
- Zielobjekt des »Gegners« sei neuerdings die »Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern«. Deshalb gelte: »Dem Gegner darf keine Möglichkeit geboten werden, in Belegschaften, Gewerkschaftsorganisationen oder wo auch immer nach dem Muster konterrevolutionärer Kräfte in der VR Polen wirksam zu werden. Unser Ziel muss es sein, Arbeitskonflikte vorbeugend zu verhindern.« Es dürften in den Betrieben keine »polnischen Verhältnisse« zugelassen werden.[116]

---

[113] Vgl. Auerbach, Thomas: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981 bis 1987). In: Deutschland Archiv 30(1997)3, S. 369–377; Bickhardt, Stephan: Entspannungspolitik von unten. Aktivitäten von nichtstaatlichen Gruppen und ihre Nachwirkungen. In: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999, Bd. VIII/1, S. 753–775.

[114] Erich Mielke: Grundsätzliche Aufgaben zur Durchsetzung der führenden Rolle der Partei und zur Erhöhung der Kampfkraft (Rede auf der Parteiaktivtagung am 19.9.1983); BStU, MfS, BdL/Dok. 7769, S. 42.

[115] Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 43 f.

[116] Ebenda, Bl. 114, 90 u. 88.

- Als durch gegnerisches Einwirken besonders gefährdet (und damit gefährlich) galten zudem »Kunst- und Kulturschaffende, Angehörige der wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und medizinischen Intelligenz, Jugendliche, Studenten, Kirchenkräfte, kirchlich gebundene Bevölkerungskreise usw.«[117]
- Aber auch hinsichtlich der Massenmedien (die in der DDR stärker noch als in anderen kommunistischen Staaten gegängelt wurden) wurde wegen »ideologischen und personellen Einbrüchen, die ihm [dem Gegner] in diesem Bereich in Polen gelungen sind«, von Mielke gewarnt: »Viele Kader in diesem Bereich bei uns geben sich progressiv, zeigen sich sehr loyal. Dennoch müssen wir sehr gewissenhaft aufklären und verantwortungsbewusst einschätzen, wie sie sich in einer komplizierten Lage verhalten würden, wenn eine eindeutige Parteilichkeit notwendig ist, wenn Standhaftigkeit von ihnen verlangt wird.«[118]
- Selbst den kommunistischen Parteien könne man nicht uneingeschränkt vertrauen, denn es gebe Versuche, »einzelne kommunistische Parteien politisch und ideologisch zu unterwandern [...], Rechtsopportunismus, den sogenannten Eurokommunismus, revisionistisches Gedankengut« zu fördern.[119] Dabei war gewiss eher an Parteien wie die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei oder die Kommunistische Partei Italiens gedacht. Aber auch in der DDR sei zu rechnen mit »Versuche[n] zur Schaffung feindlicher personeller Stützpunkte in der SED, den befreundeten Parteien und den Massenorganisationen«[120] und – »in Auswertung der Ereignisse in Polen« – mit der »Verbreitung sozialdemokratischen, revisionistischen und anderen bürgerlichen Gedankengutes«.[121]

Bemerkenswert an diesem Bedrohungsszenario ist nicht die Benennung schon seit langem als staatsfeindlich geltender Milieus wie der Kirche oder oppositioneller Kreise, sondern dass selbst die Angehörigen institutioneller Säulen des Regimes grundsätzlich als potenziell unzuverlässig galten. Die Entwicklung in Polen hatte anscheinend wieder gezeigt, dass auf niemanden bedingungslos Verlass war und damit alte stalinistische Denkmuster umfassenden Verdachts revitalisiert. Man kann das aber auch anders interpretieren: Die Entwicklung in Polen bot eine hervorragende Begründung dafür, den Machtanspruch des MfS im Staatsapparat zu bekräftigen.

Wer ist wer?

Wenige Wochen vor Mielkes Rede zum »Arbeitsplan« des Ministeriums hatte im April 1981 eine andere Dienstkonferenz stattgefunden, auf der eine Orientierung gegeben worden war, die in allen Diensteinheiten auszuwerten war und die für die Entwicklung der folgenden Jahre wahrscheinlich von noch größerer Bedeutung gewesen ist. Es ging um die Frage: »Wer ist wer?«[122] Die Frage selbst war nicht neu, sondern gehörte zum Standardrepertoire geheimpolizeilicher Überwachung. Ein halbes Jahr zuvor hatte Mielke sie im Zusammenhang mit Polen gestellt, aber ganz traditionell auf Personen bezogen, die in der

[117] Ebenda, Bl. 116.
[118] Ebenda, Bl. 155.
[119] Ebenda, Bl. 37.
[120] Ebenda, Bl. 133.
[121] Ebenda, Bl. 117.
[122] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz v. 3.4.1981 zu Problemen und Aufgaben der weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung zur Klärung der Frage »Wer ist wer?«; BStU, MfS, BdL/Dok. 7385. Zur Auswertung in allen Diensteinheiten vgl. ebenda, S. 157 f.

Vergangenheit als »Träger konterrevolutionärer, revisionistischer und reformistischer Auffassungen« identifiziert worden seien.[123]

Inzwischen hatte er den Glauben verloren, dass die polnische Partei die Lage aus eigenen Kräften unter Kontrolle bekommen würde, und sogar daran, dass deren Führung unter Kania dazu überhaupt gewillt war.[124] In der DDR war die Lage anders – angeblich waren »alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens [...] durch hohe Stabilität gekennzeichnet«[125] –, doch wer garantierte, dass das so bleiben würde und wie würden sich manche Kader in einer Krise verhalten? Auf wen würde dann noch Verlass sein? In Mielkes Worten:

> »Die Klärung der Frage ›Wer ist wer?‹ [...] heißt, auf den konkreten Verantwortungsbereich bezogen, eine Antwort darauf zu geben, wer der Feind ist, wer eine feindlich-negative Haltung, wer aufgrund des Wirkens feindlich-negativer und anderer Einflüsse zum Feind werden kann, wer den Feindeinflüssen unterliegen und sich vom Feind missbrauchen lassen könnte, wer eine schwankende Position einnimmt und auf wen sich Partei und Staat jederzeit verlassen und zuverlässig stützen können.«[126]

Es ging also nicht nur darum, vergangenes oder aktuell abweichendes Verhalten aufzuspüren, sondern auch um Prognosen künftigen Verhaltens. War die Aufgabe erst einmal so gestellt, dann konnte daraus die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sie »grundsätzlich nur vom MfS realisiert werden [kann]. Dazu ist kein anderes staatliches Organ in der Lage, denn nur das MfS besitzt die dazu erforderlichen spezifischen Mittel, Methoden und operativen Möglichkeiten.«[127] Mit »offizielle[n] Informationen über die vermutliche politische Einstellung der betreffenden Person« komme man dabei nicht weiter, es gelte »das reale Persönlichkeitsbild aufzuklären und eventuell vorgetäuschte positive Eigenschaften und Verhaltensweisen aufzudecken«.[128] Das könne man nur mithilfe inoffizieller Mitarbeiter im jeweiligen beruflichen und privaten Umfeld. Schon in diesem Ansatz war ein Dominanzanspruch des MfS enthalten, denn seine Zustimmung war bei einer Reihe von Kaderentscheidungen in anderen staatlichen Bereichen erforderlich. Die entsprechenden »Sicherheitsüberprüfungen«, die es schon lange zuvor gegeben hatte, wurden Anfang der achtziger Jahre systematisiert und ausgeweitet.[129] Überprüfungsrelevante Aktivitäten wie Dienst- und Privatreisen nahmen in diesen Jahren erheblich zu. Für die Mitarbeiter des MfS bedeutete das gesteigerten Arbeitsaufwand. Gegen Ende des Jahrzehnts klagte selbst Mielke, dass die Sicherheitsüberprüfungen »einen regelrechten Massencharakter« angenommen hätten. Belastet würden dadurch vor allem die Kreisdienststellen:

---

[123] Vgl. Referat des Genossen Minister auf einer Dienstbesprechung mit Leitern ausgewählter op. HA/Abt. und der BV/V zu den Ereignissen in der VR Polen, 2.10.1980; BStU, MfS, ZAIG 8609, Bl. 109.

[124] Besonders deutlich hat Mielke das etwa zur gleichen Zeit in einer Rede vor SED-Kadern im MfS zum Ausdruck gebracht: »Trotz vieler Beteuerungen und großer Worte hat sich die polnische Führungsspitze nach wie vor nicht zu entschiedenen Maßnahmen im Kampf gegen die Konterrevolution entschlossen. Sie ist bisher nicht gewillt, mit aller Konsequenz die staatlichen Machtmittel gegen die Feinde einzusetzen. Sie beharrt auf ihrer Linie der politischen Lösung der Krise, auf politischen Aktivitäten, die durch einige administrative Maßnahmen unterstützt werden sollen.« Referat Mielkes auf der Kreisparteiaktivtagung am 9.10.1981; BStU, MfS, BdL/Dok. 7034, Bl. 30 f.

[125] Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 155.

[126] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz v. 3.4.1981 zu Problemen und Aufgaben der weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung zur Klärung der Frage »Wer ist wer?«; BStU, MfS, BdL/Dok. 7385, Bl. 7.

[127] Ebenda, Bl. 17.

[128] Ebenda, Bl. 37 u. 61.

[129] Vgl. Richtlinie 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen v. 17.11.1982, dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2004, S. 397–422.

»In den letzten Jahren hat der Umfang der zu realisierenden operativen Ermittlungen[130] ständig zugenommen. So stieg die Zahl der operativen Ermittlungen im MfS insgesamt in den letzten 6 Jahren um fast das doppelte (ca. 400 000 im Jahr 1987). Die Kreisdienststellen realisierten davon sowohl im Auftrag anderer Diensteinheiten als auch für sich selbst weit mehr als die Hälfte.«[131]

Es gab Kreisdienststellen, die in den achtziger Jahren ganz überwiegend mit solchen Überprüfungen beschäftigt waren, obwohl zumindest vereinzelt – entgegen der ausdrücklichen Weisung Mielkes – offizielle Stellungnahmen der Vorgesetzten und die berufliche Position im Staatsapparat zur Entscheidungsgrundlage gemacht wurden.[132]

Die Personalpolitik von Partei und Staat war keineswegs der einzige Bereich, in dem die Staatssicherheit Einfluss nahm. Man ging davon aus, dass es in vielen Bereichen »begünstigende Bedingungen« für unerwünschtes, potenziell staatsgefährdendes Verhalten gab, zu deren Beseitigung das MfS beitragen sollte. Damit wurde dessen Aufgabenbereich fast uferlos. Das MfS, so Mielke im Mai 1981, habe zu achten auf

»Erscheinungen des Ignorierens oder der Verletzung von Parteibeschlüssen, Gesetzen und Verordnungen, des Missbrauchs übertragener Befugnisse, der Korruption, persönlicher Bereicherung, der Manipulation und Schönfärberei, von Pessimismus und unzureichender Initiative zur Überwindung von Mängeln und Missständen oder auch ungenügender politischer und erzieherischer Arbeit. Das betrifft auch Erscheinungen der Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Herzlosigkeit gegenüber Bürgern, der ungenügenden Beachtung ihrer Rechte, der Missachtung ihrer berechtigten Vorschläge, Hinweise und Kritiken sowie die unzureichende Wahrnehmung der rechtlichen Pflichten durch Leiter von Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen, um nur einiges zu nennen.«[133]

Offenbar befürchtete die Staatssicherheit eine weitere Vertiefung der Kluft zwischen »dem Bürger« und der Bürokratie. Das Bearbeitungsobjekt war in diesem Fall der Staats- und Wirtschaftsapparat, dem gegenüber man sich als Oberaufseher gerierte. Eigentlich wäre das Sache der jeweiligen Hierarchie und der Parteiorganisationen gewesen, aber ihnen traute man anscheinend nicht mehr zu, entsprechende Verhaltensnormen durchzusetzen. Doch auch ein Apparat von der Größe des MfS stieß mit diesem Anspruch an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Mielke selbst kam, im Kontext jener Rede überraschend, darauf zu sprechen, zugleich sollte aber auf den Überwachungs- und Anleitungsanspruch keineswegs verzichtet werden:

---

[130] »Operative Ermittlung« ist ein Sammelbegriff für die »Einschätzung von Personen in den operativen Prozessen, wie Bearbeitung von Operativen Vorgängen, Operativen Personenkontrollen, Sicherheitsüberprüfungen, Aufklärung/Überprüfung von IM-Kandidaten usw. Vgl. »Ermittlung, operative«. In: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. BStU. Berlin 1996, S. 114.

[131] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) v. 26.10.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 7844, S. 213 u. 226. Von 1981 bis 1986 stieg die Zahl der operativen Ermittlungen, einschließlich der Sicherheitsüberprüfungen, durch die Kreis- und Objektdienststellen von ca. 150 000 auf ca. 250 000. Vgl. Referat des Leiters der ZAIG [Werner Irmler] auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 67.

[132] Vgl. Lutz Bormann [Oberleutnant in der KD Dresden-Stadt]: Die Herausarbeitung der wesentlichsten Persönlichkeitseigenschaften zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen; BStU, MfS, JHS 21336, Bl. 7, 14 u. 38 f.

[133] Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 125.

»Wir können es uns nicht mehr leisten, anderen Organen und Einrichtungen Aufgaben abzunehmen, für die diese eigentlich verantwortlich sind. Das verlangt aber zugleich unsere Einflussnahme darauf, dass sie ihre Verantwortung voll wahrnehmen, weiter zu erhöhen und darin nie nachzulassen. Hier darf uns nichts aus der Hand gleiten.«[134]

Wirtschaftsprobleme aus Stasi-Sicht

Die Wirtschaft war der Bereich, der Anfang der achtziger Jahre Anlass zu besonderer Beunruhigung gab. Selbstverständlich war das dem MfS nicht verborgen geblieben. Im Vorfeld des X. SED-Parteitages war die Hauptabteilung XVIII beauftragt worden, eine kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage in der DDR zu erstellen.[135] Eine Arbeitsgruppe unter dem Abteilungsleiter für Planungs- und Finanzorgane (HA XVIII/4) kam vor allem wegen der wachsenden, anscheinend nicht mehr kontrollierbaren Verschuldung zu einem vernichtenden Ergebnis und benannte als Hauptverantwortliche für das sich abzeichnende Desaster Günter Mittag und Alexander Schalck-Golodkowski (die beiden Hauptprotagonisten einer stärkeren Westorientierung).[136] Doch Mielke war es offenbar zu riskant, sich mit Honeckers engsten Mitarbeitern anzulegen. Das Material wurde vernichtet und die Autoren erhielten einen schweren Rüffel. Diese Episode zeigt das damalige Kräfteverhältnis zwischen SED-Generalsekretär und Stasi-Chef. Zur gleichen Zeit beklagte Mielke gegenüber Ministerpräsident Stoph den verhängnisvollen Einfluss von Mittag auf Honecker. Da er aber der Überzeugung war, dass Honecker ihn selbst aus dem Politbüro »lieber heute als morgen entfernen« und das nur wegen der sowjetischen Genossen nicht wagen würde,[137] konnte er es auf keinen offenen Konflikt im Machtzentrum ankommen lassen.

Unterhalb dieser Ebene aber sah Mielke die Staatssicherheit weiter in der Pflicht, einen Beitrag dazu zu leisten, die Wirtschaftsfunktionäre auf Linie zu halten. Die Frage »Wer ist wer?« bot dafür einen unmittelbaren Ansatzpunkt:

»Insbesondere kommt es darauf an, herauszuarbeiten, wer sich vorbehaltlos hinter unsere Wirtschaftspolitik stellt und um Leistungszuwachs kämpft, wer diese Position verlässt oder sie gar nicht erst bezieht, wer Aufgaben ausweicht, wer deren Durchführung verschleppt und damit letztlich die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben behindert.«[138]

Da die SED-Führung zu dieser Zeit gezwungen war, der drohenden Zahlungsunfähigkeit entgegenzuwirken, versuchte sie, die Westimporte drastisch zu reduzieren.[139] Mielke nutzte diese Kurskorrektur, die durch aktuelle Schwierigkeiten verursacht worden war, um seiner grundsätzlichen Position Nachdruck zu verleihen. Er forderte in der Rede vom Mai 1981, »die speziellen Kräfte und Mittel des MfS zur Kontrolle der Durchsetzung der lang-

---

[134] Ebenda, Bl. 273.

[135] Dazu ausführlich Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1997, S. 74–79.

[136] Der Leiter dieser Arbeitsgruppe, Oberst Horst Roigk, fasste das Ergebnis ihrer Analyse nachträglich in dem Satz zusammen: »Nach einer Woche wussten wir, dass die Volkswirtschaft der DDR am Zusammenbrechen war. Schon 1980.« Interview mit »Dr. Horst R.«, in: Karau, Gisela: Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Frankfurt/M. 1992, S. 20–34, hier 27.

[137] Notiz von Werner Krolikowski über ein Gespräch zwischen Willi Stoph und Erich Mielke am 13.11.1980, in: Przybylski: Tatort Politbüro (Anm. 29), S. 345–348.

[138] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz v. 3.4.1981 zu Problemen und Aufgaben der weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung zur Klärung der Frage »Wer ist wer?«; BStU, MfS, BdL/Dok. 7385, Bl. 75.

[139] Vgl. Roesler: Der Einfluss der Außenwirtschaftspolitik (Anm. 26), S. 565.

fristigen Importablösungen« zu nutzen.[140] Sehr viel deutlicher noch war in diesem Punkt ein Manuskript für eine Rede des Ministers vor dem Kollegium des MfS im folgenden Jahr:

> »Die eingetretenen äußeren Bedingungen [...] verbieten, dass [...] weiterhin ein Teil unseres Wachstums und unseres Lebensniveaus auf Pump finanziert werden. [...] Es geht dabei [Exporterhöhung und Importverringerung] um die Tilgung aufgenommener Kredite und die Zahlung fälliger Zinsen, es geht, um das in unserem Kreis ganz deutlich zu sagen, um die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR.«[141]

Ganz so deutlich wollte Mielke dann doch nicht werden: Die zitierte Passage hat er nicht vorgetragen.

Keinen Dissens mit der politischen Führung gab es in einem anderen Punkt: dem straffen Zentralismus Mittag'scher Wirtschaftssteuerung. Das entsprach auch den ordnungspolitischen Vorstellungen der Stasi-Führung, die bemüht war, das Ihre zu seiner Durchsetzung beizutragen. Eine Dienstanweisung »zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft« wurde ausgearbeitet, mit der die Strukturen des Überwachungssystems an die Ende der siebziger Jahre durchgesetzte zentralistische Kombinatsstruktur angepasst wurden.[142] In dieser Dienstanweisung wurde außerdem »die Bekämpfung revisionistischer und reformistischer Theorien zur Politischen Ökonomie des Sozialismus« zu einer zentralen Aufgabe erklärt. Ebenso fühlte sich die Staatssicherheit zuständig für das Herangehen an Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Auf diesem unzweifelhaft hochspezialisierten Feld sollten die Stasi-Mitarbeiter darauf achten, dass sich die Fachleute »prinzipiell auf Eigenlösungen [...], auf die volle Ausschöpfung der inneren Ressourcen und Potenzen der DDR und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, vor allem der UdSSR, [...] orientieren.«[143] Es würde die Wirtschaftsmanager kaum getröstet haben, hätten sie gewusst, dass jenen MfS-Mitarbeitern, die in ihren Kompetenzbereich hineinredeten, seitens ihrer Vorgesetzten »Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie« abverlangt wurden.[144]

Die beiden Aufgabenbereiche, bei denen die Staatssicherheit sich in besonders hohem Maße kompetent fühlte, waren Betriebsunfälle und Kaderpolitik. Havarien, die sich aus dem überalterten, desolaten Zustand vieler Anlagen ergaben, sollten möglichst präventiv verhindert werden. Die Mitarbeiter der Linie XVIII des MfS bemühten sich deshalb in manchen Fällen, Forderungen der Betriebsleiter nach Lieferung von Ersatzteilen und Ersatzinvestitionen auf ihren speziellen Wegen Nachdruck zu verleihen. Allerdings stießen sie dabei auf die gleichen Hindernisse wie die Wirtschaftsfunktionäre selbst: die allgegenwärtige Mangelwirtschaft und die gerade in den achtziger Jahren viel zu geringen Mittel für Ersatzinvestitionen.[145] War es zu »Schadensfällen« gekommen, dann – erklärte

140 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 82 f.

141 Rede-Manuskript für Mielke auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 19.2.1982 (ungekürzte Fassung); BStU, MfS, ZAIG 8660, Bl. 67–205, hier 142.

142 DA 1/82 zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR v. 30.3.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 54191, dokumentiert in: Buthmann: Kadersicherung (Anm. 95), S. 136–162; vgl. dazu Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII (Anm. 135), S. 79–87.

143 Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 41.

144 Ebenda, S. 138. In der gleichen Rede gab Mielke ein Beispiel einschlägiger Kompetenz, als er hinsichtlich der ebenso kostspieligen wie ökologisch schädlichen Rückkehr zur Braunkohle behauptete: »Ein bedeutender Effektivitätszuwachs wurde durch die zunehmende Umstellung der Produktion auf einheimische Rohstoffe und Energieträger erreicht.« Ebenda, S. 34.

145 Vgl. beispielhaft Hertle, Hans-Hermann; Gilles, Franz-Otto: Stasi in die Produktion – Die »Sicherung der Volkswirtschaft« am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den

Mielke in seiner Rede vom Mai 1981 – dürften einschlägige Untersuchungen »nicht von vornherein auf eventuelle objektive Ursachen orientiert werden, sondern [sie] müssen mehr als bisher die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es sich um feindliche oder andere verbrecherische Aktivitäten handelt«.[146] Das war in einer Zeit, zu der ein großer Teil der technischen Anlagen in der DDR-Wirtschaft bereits auf Verschleiß gefahren wurde,[147] geradezu eine Aufforderung zur Desinformation. Im Unterschied zu den fünfziger Jahren wurde allerdings nicht erst eine angebliche Tat konstruiert, zu der dann propagandistisch passende »Täter« gesucht wurden, sondern wenn – was die Regel war – sich der Sabotageverdacht in Luft aufgelöst hatte, wurde das auch konstatiert. Eine Überblicksanalyse der von der Hauptabteilung XVIII in den Jahren 1986/1987 untersuchten Havarien und Brände kam zu dem Ergebnis, dass es sich zwar in 12 Prozent der Fälle um Brandstiftung gehandelt habe, dem aber in keinem Fall politische Motive zugrunde gelegen hätten.[148]

Der Einfluss, den das MfS mittels Sicherheitsüberprüfungen, Sicherheitsbeauftragten und inoffiziellen Mitarbeitern in einschlägigen Schlüsselpositionen auf die Personalpolitik nahm, war besonders verhängnisvoll. Zwar behauptete die Staatssicherheit, sie würde vor allem gegen fachlich inkompetente Leiter vorgehen, aber schon das war eine Anmaßung und ein Versuch, verdeckter Einflussnahme, denn als inkompetent galten Wirtschaftsfunktionäre, die sich nicht »vorbehaltlos« hinter die SED-Wirtschaftspolitik stellten.[149] Auf der Dienstkonferenz im April 1981, die der Frage »Wer ist wer?« gewidmet war, wurden die Kriterien, an denen solche Funktionäre von der Staatssicherheit gemessen wurden, von Mielke umschrieben:

> »Nicht zu übersehen ist aber auch, dass unserer Volkswirtschaft noch immer Schaden dadurch zugefügt wird, dass manche Leiter nur ungenügend fachlich geschult sind, ihrer Verantwortung nicht nachkommen bzw. glauben – weil sie politisch-ideologisch aufgeweicht sind –, mit Praktiken, wie sie im Westen üblich sind, uns übers Ohr hauen zu können.«[150]

Es gab Wirtschaftsfunktionäre, die sich der Einmischung durch das MfS zu widersetzen suchten.[151] Die Staatssicherheit steuerte dem durch verdeckte Einflussnahme und durch die Einschaltung übergeordneter Stellen gegen.[152] Ein wirksames Instrument waren zudem die Sicherheitsüberprüfungen von Reisekadern, die für ihre Betriebe in den Westen fahren sollten. Die Interessen des MfS und jene der Wirtschaft standen dabei oft im Gegensatz, weil für die Staatssicherheit Aspekte wie die Gewähr, dass der Betreffende von einer

---

Chemiekombinaten. In: Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. BStU. Berlin 1995, S. 118–137.

146 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 88.

147 Vgl. Gutmann; Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR (Anm. 3), S. 11 f.

148 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII (Anm. 135), S. 96 f.

149 Vgl. Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz v. 3.4.1981 zu Problemen und Aufgaben der weiteren Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung zur Klärung der Frage »Wer ist wer?«; BStU, MfS, BdL/Dok. 7385, S. 75.

150 Ebenda, S. 76 f.

151 So berichtete ein Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle Leipzig-Land über »zum Teil unausgeprägte sicherheitspolitische Denk- und Verhaltensweisen [...], die sich z. B. darin zeigen, dass durch den Generaldirektor eines Kombinates festgelegt wurde, Kontakte zum MfS nur mit Genehmigung des Generaldirektors zu unterhalten.« Peter Rudolph: Die Aufgaben der Referatsleiter und Mitarbeiter der KD Leipzig-Land hinsichtlich des politisch-operativen Zusammenwirkens mit wirtschaftsleitenden Einrichtungen bei der Vorbereitung und ständigen Qualifizierung des Einsatzes bestätigter Reisekader für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet sowie deren politisch-operative Sicherung; BStU, MfS, JHS 20303, S. 24 f.

152 Vgl. DA 1/82 zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR v. 30.3.1982; BStU, MfS, BdL/Dok. 54191, dokumentiert in: Buthmann: Kadersicherung (Anm. 95), S. 148 f.

Dienstreise auch wieder zurückkehrte, und sein parteiliches Auftreten für die DDR im Ausland absoluten Vorrang hatten, während – wie ein MfS-Offizier klagte – der staatliche Leiter »die Einschätzung der fachlichen Aufgabenerfüllung des Kaders als das Wesentliche für seinen Einsatz ansieht«.[153] Faktisch musste bei diesen Überprüfungen auch die Staatssicherheit oft Zugeständnisse machen, weil ihre Mitarbeiter »Angst vor Terminüberschreitungen und deren Folgen« hatten.[154] Mit der Verdichtung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik wuchsen diese Probleme.

Konflikte um Reise und Ausreise

Gesellschaftlicher Widerspruch äußerte sich in den achtziger Jahren in verschiedenen Formen, die von Resistenz bis hin zu offener Opposition reichten. Am meisten zu schaffen machten der Staatssicherheit in jenen Jahren Bürger, die mit der DDR innerlich abgeschlossen hatten und das Land verlassen wollten. Ihre Zahl nahm seit Mitte der siebziger Jahre ständig zu, obwohl seither auf diesem Gebiet ein Schwerpunkt der MfS-Aktivitäten lag.[155] Die Antragssteller auf Ausreise wurden in den Abteilungen Inneres der Räte der Bezirke bzw. der Kreise einbestellt, vorgeblich um ihre Anträge zu erläutern, tatsächlich in den meisten Fällen, um sie von diesem Vorhaben abzubringen, sie einzuschüchtern oder »zurückzugewinnen«.[156] In diesen Abteilungen Inneres wurden »IM in Schlüsselpositionen« und Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) platziert.[157] Letztere Spezies von hauptamtlichen Stasi-Offizieren, die mit einem anderen Beruf und meist in ziviler Position legendiert waren, gab es schon seit Anfang 1957.[158] Sie waren in verschiedenen Bereichen tätig: in den zentral geleiteten Kombinaten als »Sicherheitsbeauftragte«, im Staatsapparat vor allem in kaderpolitischen Schlüsselpositionen, in der Militärabwehr, beim Zoll und bei der Kriminalpolizei, bei den Grenztruppen, in den Besucherbüros in Westberlin und in der Westspionage generell. Selbst im Parteiapparat waren sie platziert, wo sie für die parteimäßige Anleitung der Staatssicherheit zuständig waren, womit sich die Stasi gewissermaßen selbst überwachte.[159] In den siebziger Jahren war ihre Zahl geradezu exponentiell

---

[153] Lutz Bormann [Oberleutnant in der KD Dresden-Stadt]: Die Herausarbeitung der wesentlichsten Persönlichkeitseigenschaften zur Einschätzung der sicherheitspolitischen Eignung von Personen (20.6.1988); BStU, MfS, JHS 21336, Bl. 26.

[154] Ebenda, Bl. 14.

[155] Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995.

[156] Die Voraussetzungen für eine Ausreisegenehmigung, die als Konzession an den KSZE-Prozess 1983 in einer Ministerratsverordnung rechtlich festgelegt worden waren, waren äußerst eng. Letztlich galten fast nur Familienzusammenführungen bei Verwandten ersten Grades als Antragsgrund. Vgl. Verordnung zur Regelung von Fragen der Familienzusammenführung und der Eheschließung zwischen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Ausländern v. 15.9.1983; GBl. DDR Teil I Nr. 26, §§ 7 f.

[157] DA 2/83 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 13.10.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7770, dokumentiert in: Lochen, Hans-Hermann; Meyer-Seitz, Christian (Hg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern. Köln 1992, S. 87–133, hier 116.

[158] Die einschlägigen dienstlichen Anweisungen zu den OibE sind dokumentiert in Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (Anm. 47), S. 286–289, 389–405, 443 f. u. 858–898.

[159] Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1995, S. 23–26; Schumann, Silke: Die Parteiorganisation der SED im MfS (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1998, S. 43–47; Wolf: Die Hauptabteilung I (Anm. 53), S. 12 u. 42; Wunschik, Tobias: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2009, S. 8, 20, 28 f., 51 f., 57 f., 70 f., 82 u. 90.

vermehrt worden,[160] unter anderem wegen des Ausbaus von diplomatischen Vertretungen der DDR, in denen OibE regelmäßig im Sicherheitsbereich eingesetzt wurden, und des KoKo-Imperiums unter Leitung des OibE-Obristen Schalck-Golodkowski.[161]

OibE in den Abteilungen Inneres hatten mehrere Aufgaben: Erstens sollten sie die Antragsteller aushorchen, Indizien für Straftatbestände ermitteln und vor allem alle Anzeichen für »Bestrebungen, sich zur Durchsetzung ihrer feindlich-negativen Absichten zusammenzuschließen«, registrieren und weitermelden.[162] Dabei konnten zugleich durch IM oder bei konspirativen Wohnungsdurchsuchungen und Abhörmaßnahmen zuvor ermittelte Sachverhalte, die gerichtlich nicht verwendbar waren, »offizialisiert« werden.[163] Zweitens lieferten sie Informationen, die unterhalb strafrechtlicher Verfolgung bei Maßnahmen der »Verunsicherung und Zersetzung« verwendet werden konnten. Aufgrund ihrer Kenntnis konnten sie drittens Entscheidungshilfe in Einzelfällen (die letztlich vom Minister entschieden wurden) liefern, in denen das MfS eine Ausreisegenehmigung befürwortete, obwohl die »rechtlichen Voraussetzungen« gemäß Ausreiseverordnung nicht bestanden, damit größerer politischer Schaden vermieden wurde.[164] Im Zusammenhang mit der Aufseherposition, die sich das MfS gegenüber den anderen Staatsorganen anmaßte, waren zwei weitere Punkte von Relevanz: Die OibE in den Räten der Bezirke sollten darauf achten, dass ihre Kollegen in den Abteilungen Inneres ihre Arbeit ordentlich erledigten. Das konnte zur Verschärfung oder zur Abmilderung von Maßnahmen führen – je nachdem, welchen Kurs die MfS-Führung gerade verfolgte, ob »Rückgewinnung« oder Einschüchterung und Abschreckung im Vordergrund stand.[165] Dabei hatten die OibE formell kein Weisungsrecht, das über ihre legendierte Position hinausging – die Entscheidung traf in solchen

---

[160] Von 1970 bis 1979 stieg ihre Zahl von 797 auf 2 921, von 1980 bis 1983 von 3 090 auf 3 471, dann fiel ihre Zahl bis 1989 auf 2 232. Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 555–557.

[161] Vgl. Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II (Anm. 80), S. 49 f.; Buthmann: Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (Anm. 98), S. 10 f.

[162] DA 2/83 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 13.10.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7770, dokumentiert in: Lochen; Meyer-Seitz (Hg.): Die geheimen Anweisungen (Anm. 157), S. 104 u. 114.

[163] Vgl. Klaus Köhler: Die funktionellen Pflichten von Offizieren im besonderen Einsatz in den Bereichen »Innere Angelegenheiten« und ihre politisch-operative Wirksamkeit zur Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen in Durchsetzung der DA 2/83 des Ministers (31.7.1984); BStU, MfS, JHS 20195. Der Autor war Major der Abteilung VII (Überwachung des MdI und der VP) der BV Karl-Marx-Stadt.

[164] Das galt z. B. bei ernst zu nehmender Androhung demonstrativen Suizids oder bei besonders »hartnäckigen« Antragstellern. Vgl. DA 2/83 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 13.10.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7770, dokumentiert in: Lochen; Meyer-Seitz (Hg.): Die geheimen Anweisungen (Anm. 157), S. 118.

[165] Manchmal gingen beide Linien sogar durcheinander. Als zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen im I. Quartal 1984 eine regelrechte Genehmigungswelle erfolgte (insgesamt wurde 21 000 Anträgen entsprochen), wies Mielke die Leiter der Diensteinheiten an, einerseits die »Unterbindung und Zurückdrängung« von Übersiedlungsersuchen als »Hauptaufgabe« des MfS zu betrachten, warnte aber andererseits vor undifferenziertem Vorgehen gegen Antragsteller, weil das zur Verfestigung der Ausreiseabsicht führe. Die Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen Antragsteller musste jeweils mit dem Leiter der Hauptabteilung IX (Untersuchung) abgestimmt werden. Vgl. Schreiben Mielkes v. 8.2.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 5143.

Fällen der Stellvertreter des Ratsvorsitzenden für Inneres.[166] Aber sie konnten über ihre Position hinaus Entscheidungen beeinflussen. So sollten sie darauf dringen, dass die Räte ihre Möglichkeiten nutzten, um Umstände, die zur Antragstellung geführt hatten, eventuell zu beseitigen (z. B. ein ungelöstes Wohnungsproblem), damit der Antragsteller »zurückgewonnen« werden konnte.[167]

Das war nicht ganz erfolglos, aber dennoch war in den gesamten achtziger Jahren die Zahl der Erstantragsteller immer höher als die Zahl derjenigen, die ihren Antrag zurückgenommen haben. Dabei handelte es sich um keinen linearen, sondern um einen zyklischen Prozess: Gerade Genehmigungswellen lösten eine Fülle von Neuanträgen aus. Exemplarisch ist in dieser Beziehung das Jahr 1984: In diesem Jahr stieg (vor allem im I. Quartal) die Zahl der Ausreisegenehmigungen auf mehr als das Vierfache (von 6 700 auf 29 800) und daraufhin die der Neuanträge auf Übersiedlung ebenfalls um das Vierfache (von 14 800 auf 57 600).[168] Das Regime reagierte nicht mit einer neuerlichen Ausweitung der Genehmigungen, sondern mit einer Repressionswelle wegen »Straftaten im Zusammenhang mit Versuchen zum Erzwingen der Übersiedlung«.[169] Der Druck im Kessel stieg, weil diejenigen, die zur Übersiedlung entschlossen waren, die ihren Arbeitsplatz vielleicht bereits verloren hatten und ihre Zukunft ohnehin nur noch im Westen sahen, auch nicht vor offenem Protest und direkter Konfrontation mit der Staatsmacht zurückschreckten.

Die verstärkte Genehmigung von Westreisen war ein Versuch der SED-Führung, den Druck zu mindern. Aus Sicht der Staatssicherheit handelte es sich bei der Erweiterung der Reisegründe in »dringenden Familienangelegenheiten« im Jahr 1982 zugleich um eine politische Konzession. Erich Mielke erklärte vor dem Kollegium des MfS, es handle sich um eine Zusage, die von Honecker (im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR[170]) gemacht worden war,[171] um »dieser Regierung einen Rückhalt gegen den Druck der USA-Administration und die Angriffe der CDU/CSU zu geben«. Durchaus zutreffend fügte er hinzu, »dass damit die Anzahl der Antragsteller und der An-

---

166 Vgl. Klaus Köhler: Die funktionellen Pflichten von Offizieren im besonderen Einsatz in den Bereichen »Innere Angelegenheiten« und ihre politisch-operative Wirksamkeit zur Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchen in Durchsetzung der DA 2/83 des Ministers (31.7.1984); BStU, MfS, JHS 20195, Bl. 37 f.; Hans Lehmann: Die Möglichkeiten der Bereiche Inneres im Bezirk bei der Organisierung der Differenzierung, Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen, die Übersiedlung nach der BRD oder Westberlin zu erreichen sowie zur Unterstützung politisch-operativer Aufgaben des MfS und deren praktische Nutzung; BStU, MfS, JHS 20229, Bl. 6 f. Major Lehmann war in der Abteilung VII (Überwachung des MdI und der VP) der BV Leipzig beschäftigt.

167 Vgl. Eberhard Thoß: Die Rolle und Funktion der OibE in den Abteilungen Innere Angelegenheiten bei den Räten der Kreise; BStU, MfS, JHS 20255, Bl. 20–22. Der Autor, ein Oberstleutnant, war als Leiter der Abteilung VII (Überwachung des MdI und der VP) in der BV Potsdam tätig.

168 Vgl. Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anm. 155), S. 50.

169 Vgl. ZAIG: Übersicht über die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit [...], dargestellt an der Entwicklung der Ermittlungsverfahren im Zeitraum vom 1.1.1984 bis 31.12.1984 v. Februar 1985; BStU, MfS, ZAIG 13913, Bl. 79–106, hier 97.

170 Erstmals war die Ausweitung der Reisegründe in einem »Non-Paper« der DDR enthalten, das Rechtsanwalt Wolfgang Vogel am 21.8.1980 Bundeskanzler Schmidt im Auftrag Honeckers überbracht hatte. Der damals geplante Besuch war von Schmidt bekanntlich wegen der Lage in Polen eine Woche später abgesagt worden. Vgl. Vermerk zu dem »Gespräch H. Schmidt – Wolfgang Vogel am 21. August 1980 (Brahmsee)« in: Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente. Bonn 1997, S. 535–543.

171 Wörtlich sagte Mielke: »Wir dokumentieren damit, dass die in politischen Gesprächen auf höchster Ebene erzielten Vereinbarungen von uns realisiert werden.«

träge auf Reisen in dringenden Familienangelegenheiten erheblich ansteigen werden«.[172] Den Preis musste die Staatssicherheit akzeptieren. Aber er sollte möglichst klein gehalten werden. Der Minister forderte, dass

> »auch unter den neuen Lagebedingungen ausnahmslos nur solchen Antragstellern eine Ausreisegenehmigung [gemeint: Genehmigung zu einer Westreise] erteilt wird, die eine positive oder zumindest loyale Einstellung zur Politik haben, bei denen feste ideelle, materielle und familiäre Bindungen in der DDR vorhanden sind und bei denen auf der Grundlage der vorliegenden Aufklärungsergebnisse geschlossen werden kann, dass sie bei ihrem Aufenthalt im nichtsozialistischen Ausland feindlich-negativen Einflüssen widerstehen werden.«[173]

Das setzte voraus, dass die Staatssicherheit über alle diese Personen informiert war – eine Aufgabe, die zur weiteren Ausweitung des Überwachungssystems führte. Von erheblicher Bedeutung für die Stimmungslage war der Effekt, den die Berichte der Reisenden nach ihrer Rückkehr auf die Daheimgebliebenen hatten. Mitte der siebziger Jahre hatte Mielkes Stellvertreter Beater vor Genossen von anderen osteuropäischen Geheimdiensten noch versucht, den damals neuen Reiseregelungen (die ungleich restriktiver waren, als dann in den 80er Jahren) Positives abzugewinnen. Er hatte behauptet, die Reisen »wirken sich positiv aus, weil die dabei angestellten Vergleiche zwischen dem Leben im Kapitalismus und im Sozialismus zu unseren Gunsten ausfallen«.[174] Ein gutes Jahrzehnt später erklärte dagegen, wahrscheinlich auf Basis von Informationen des MfS, die Abteilung Sicherheitsfragen beim ZK der SED: »Nicht wenige Bürger der DDR, die von Reisen in das nichtsozialistische Ausland zurückkehren, sind von den Lebensverhältnissen im Kapitalismus geblendet.«[175] Die Formulierung war denunziatorisch, aber der zugrunde liegende Sachverhalt dürfte zutreffend beobachtet gewesen sein.[176] Entsprechende Erzählungen im Familien- oder im Freundeskreis waren mit den Mitteln der Geheimpolizei ebenso wenig zu unterbinden wie die Resonanz, die sie auslösten.

Der Kampf um Bürgerrechte

Stimmungen konnte die Staatssicherheit nur sehr begrenzt beeinflussen, wo sie aber in Handlungen umschlugen, hatte sie einen Ansatzpunkt. Gegen oppositionelle Bestrebungen ging die Staatssicherheit zu Beginn der achtziger Jahre verschiedentlich noch mit Härte vor. Dass ihr ursprünglich der Spielraum dazu von der SED eingeräumt wurde, hing an einer Thematik, die sich seit Ende der siebziger Jahre als übergreifend für die verschiedenen Bürgerrechtsgruppen herauskristallisierte und die zugleich für die außenpolitischen Bemühungen der SED zentral war: die Friedensfrage, um die es zu Legitimationskonlikten kam. Dass der Frieden in Europa gefährdet sei, war zwar Konsens, aber damit endeten auch schon die Gemeinsamkeiten. Die SED und mit ihr die Staatssicherheit schrieb die Schuld an der aktuellen Lage ausschließlich dem westlichen »Imperialismus« zu und setzte dagegen die Maxime »Der Frieden muss bewaffnet sein!«. Gemeint war damit, dass die Warschauer-Pakt-Staaten bewaffnet sein müssten, um den Frieden zu sichern. Angesichts

---

[172] Material über die erweiterte Kollegiumssitzung v. 19.2.1982 zur Auswertung der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen; BStU, MfS, ZAIG 8660, Bl. 2–66, hier 32.

[173] Ebenda, Bl. 34.

[174] Beratung der Leiter der Abwehrdienste der Staatssicherheitsorgane der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, Prag 17. – 21.3.1975; BStU, MfS, ZAIG 5104, Bl. 1–265, hier 95.

[175] Abteilung Sicherheitsfragen beim ZK der SED: Informationen und Schlussfolgerungen zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros v. 9.11.1988: Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland v. 3.3.1989; BA Berlin, DY 30 IV C 2/12/52, Bl. 363–379, hier 364.

[176] Vgl. Krätzschmar, Sabine; Spanier, Thomas: Ankunft im gelobten Land. Das erste Mal im Westen. Berlin 2004.

der eigenen Aufrüstung mit SS-20, des Einmarsches in Afghanistan und der militärischen Drohungen gegen Polen war das eine wenig überzeugende Parole. Die Friedensbewegung in der DDR dagegen kritisierte das Wettrüsten beider Seiten, die wechselseitigen Feindbilder und die Abgrenzungsrhetorik und forderte, die weitgehend zum Stillstand gekommene Entspannungspolitik zwischen den Staaten durch eine Entspannungspolitik von unten, zwischen den Gesellschaften, zu ergänzen. Zudem sollte man nicht vorrangig die andere Seite kritisieren, sondern im eigenen Land mit Deeskalation beginnen.[177] Die SED-Politik, die auf Entspannung und Abrüstung zwischen den Blöcken, zugleich aber auf innere Militarisierung setzte, bot dafür viele kritische Ansatzpunkte. Die Einführung des »Wehrkundeunterrichts« als Pflichtfach in den oberen Schulklassen im Jahr 1978 hatte weit über Bürgerrechtszirkel und Kirchengemeinden hinaus Protest ausgelöst.[178] Im März 1982 wurde ein novelliertes Wehrdienstgesetz veröffentlicht, das im Mobilmachungsfall die allgemeine Wehrpflicht auch für Frauen verordnete.[179] Das war der entscheidende Anstoß für die Entstehung einer oppositionellen Frauenfriedensbewegung.[180] In Ostberlin und anderen Städten wurden Gruppen gegründet, die sich »Frauen für den Frieden« nannten und zivilen Widerstand ankündigten.[181] Sie sammelten Unterschriften und machten ihren Protest öffentlich. Eine der Reaktionen der Staatsmacht war, dass Ende 1983 einige Aktivistinnen in Ostberlin festgenommen wurden und gegen zwei von ihnen, die länger in Haft blieben, ein Strafverfahren wegen »landesverräterischer Nachrichtenverbindung« eröffnet wurde.

Die beiden, Ulrike Poppe und Bärbel Bohley, hatten enge Beziehungen zu den westdeutschen »Grünen«. Das bewahrte sie zugleich vor Schlimmerem: Der öffentliche Protest und der Imageschaden für die DDR in der Bundesrepublik und darüber hinaus waren so groß, dass die Anklage nach sechs Wochen fallen gelassen werden musste und beide wieder freikamen. Für die Situation in den achtziger Jahren war das typisch: Durch das politische Strafrecht wurden oppositionelle Aktivitäten mit hohen Haftstrafen bedroht, aber die SED war nicht mehr in der Lage, es gegen etwas bekanntere Oppositionelle tatsächlich anzuwenden. Strafrechtliche Verfolgung mit Inhaftierung durch die Hauptabteilung IX des MfS traf in mehr als drei Viertel der Fälle Ausreisewillige, die mit öffentlichem Protest oder über westliche Institutionen auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht hatten.[182] Aber

177 Vgl. Wensierski, Peter u. a. (Hg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982. Hattingen 1982; sehr erhellend der Einleitungsaufsatz von Wolschner, Klaus: Was bewegt die Friedensbewegung in der DDR? Unfertige Vorbemerkungen zu einer unfertigen Realität; ebenda, S. 29–41.

178 Vgl. den Artikel »Wehrerziehung« in: DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann). Bonn 1985, S. 1467–1470; Sachse, Christian: »Disziplin muss geübt werden!«. Zur Geschichte und pädagogischen Praxis der Wehrerziehung in der DDR. In: Mertens, Lothar (Hg.): Unter dem Deckel der Diktatur. Soziale und kulturelle Aspekte des DDR-Alltags. Berlin 2003, S. 137–164.

179 § 3 Abs. 5 des Gesetzes über den Wehrdienst v. 25.3.1982; GBl. I DDR 1982, S. 221.

180 Vgl. Kukutz, Irena: Die Bewegung »Frauen für den Frieden« als Teil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. VII, S. 1285–1408; vgl. auch Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1998, S. 459–461, 495–497 u. 579–582.

181 Die ZAIG hat am 2.5.1988 eine relativ umfassende, auch historisch ausgerichtete Information über sogenannte alternative Frauengruppen in der DDR für den Stasi-internen Gebrauch angefertigt. BStU, MfS, ZAIG 5785, Bl. 2–7, dokumentiert in: Kukutz: Die Bewegung »Frauen für den Frieden« (Anm. 180), S. 1339–1343.

182 Vgl. Joestel, Frank: Verdächtigt und beschuldigt. Statistische Erhebungen zur MfS-Untersuchungstätigkeit 1971–1988. In: Engelmann, Roger; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. BStU. Berlin 1999, S. 303–327, hier 320.

selbst bei dieser Gruppe verringerte die Praxis des Häftlingsfreikaufs den Abschreckungseffekt.[183]

Mit Veränderungen der normativen Bestimmungen versuchte sich die Staatssicherheit auf die neuen Bedingungen einzustellen. Zu nennen ist vor allem die Dienstanweisung 2/85 zur »Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«, die Mitte der achtziger Jahre erlassen wurde.[184] Das war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Es gab in diesem Fall keine Vorgängerregelung, die mit dem Erlass dieser Dienstanweisung außer Kraft gesetzt worden wäre. Der Grund dafür war selbstverständlich nicht, dass das Thema neu gewesen wäre – entsprechende Aktivitäten hatten immer schon zum Kernbereich der Aufgaben des MfS gehört.[185] Jetzt aber schienen die Umstände eine besondere Regelung notwendig zu machen. Zudem hatte die Ausarbeitung dieser Dienstanweisung durch die Hauptabteilung XX und die ZAIG immerhin zwei Jahre in Anspruch genommen,[186] was dafür spricht, dass erheblicher Klärungsbedarf bestand.

Mielke hatte die grundsätzliche Orientierung dieser Dienstanweisung bereits im September 1984 erläutert.[187] Seine Rede enthielt recht widersprüchliche Ausführungen zum Umgang mit der erstarkenden Bürgerrechtsbewegung. Es gebe inzwischen, berichtete der Minister, »ca. 100 sogenannte Friedenskreise, ca. 50 sogenannte Ökologie- bzw. Umweltgruppen sowie mehrere ›Frauengruppen‹, die zunehmend stärker bestrebt sind, in ihrem antisozialistischen Vorgehen zusammenzuwirken«.[188] Sie würden »Friedensseminare, Friedenswerkstätten, Umwelttreffen, Bluesmessen und dergleichen« abhalten, bei denen schlimme Dinge geschähen: »Auf solchen Treffen werden untereinander ›Erfahrungen‹ ausgetauscht, heizt man sich auf der Grundlage antisozialistischer, pseudopazifistischer, neutralistischer und anderer Auffassungen und Positionen gegenseitig auf, wird Hetze betrieben, weckt oder bestärkt man ›solidarische Gefühle‹.« Die Staatssicherheit habe all das genau im Blick, kenne die Gruppen und ihre »Führungskräfte«.[189] Das müsse auch so bleiben:

> »Wir müssen jederzeit wissen, wo sie sich aufhalten, damit, wenn in der gegebenen Situation die Befehle erteilt werden, die notwendigen Maßnahmen eben auch mit aller Konsequenz und mit vollem Erfolg durchgesetzt werden können. Und vor diesem Kreis sage ich auch ganz offen: Wir werden nicht zögern, wenn es die Situation zweckmäßig erscheinen lässt bzw. erfordert, gegen diese Kräfte kompromisslos zuzuschlagen.«[190]

---

[183] Vgl. Raschka, Johannes: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers. Dresden 1998 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien, 14), S. 79–81.

[184] DA 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit v. 20.2.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 5083, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 129), S. 432–455.

[185] Vgl. etwa Direktive zur Verbesserung der Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit v. 3.2.1960; BStU, MfS, BdL/Dok. 2633.

[186] Vgl. Rudi Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 27.

[187] Später erklärte er: »Die Dienstanweisung Nr. 2/85 ist im untrennbarem Zusammenhang mit meinen Aufgabenstellungen und Orientierungen auf der zentralen Dienstkonferenz am 12. September 1984 zu sehen.« Referat auf der erweiterten Kollegiumssitzung zur weiteren Vorbereitung des XI. Parteitages der SED am 7.6.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 8185, S. 44.

[188] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 155.

[189] Ebenda, S. 156 f.

[190] Ebenda, S. 163. Zu der »Mobilmachungsplanung«, auf die mit diesen Worten angespielt wird, vgl. Auerbach, Thomas unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Hg. BStU. Berlin 1995.

An diesen Formulierungen ist zu erkennen, wie gerne die Stasi-Spitze zugeschlagen hätte. Doch zu entscheiden, ob das als zweckmäßig zu gelten hatte, lag nicht in ihrer Kompetenz, sondern allein bei der SED-Führung. Der Minister für Staatssicherheit drückte das so aus:

> »Wichtigster Grundsatz unserer Arbeit zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit ist politisch kluges, durchdachtes, um- und weitsichtiges Handeln. […] Die strategische Linie der Partei darf auf keinen Fall gestört werden. […] Allen operativen Mitarbeitern ist deshalb immer wieder bewusst zu machen, dass die Aufgaben zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit einen zutiefst politischen Charakter tragen.«[191]

Die »strategische Linie der Partei« aber war darauf gerichtet, Honeckers Herzenswunsch nach einer Westreise doch noch zu erfüllen, der wachsenden, vor allem wirtschaftlichen Schwierigkeiten mithilfe der Bundesrepublik Herr zu werden und dafür auch politische Zugeständnisse zu machen. Dass die Bekämpfung der Bürgerrechtsbewegung einen »politischen Charakter« trug, bedeutete, dass die Maßnahmen der Staatssicherheit und die Aktivitäten ihrer einzelnen Mitarbeiter den von der SED-Spitze definierten politischen Prioritäten unterzuordnen waren.

Der Erlass der Dienstanweisung 2/85 ist in diesem Kontext zu sehen. Ihr vorrangiger Zweck war, die geheimpolizeiliche Repression gegen die Bürgerrechtsbewegung straffer zentraler Kontrolle zu unterwerfen, um die Subordination unter die Partei und ihre jeweiligen Interessen zu gewährleisten. Die »Federführung« für alle Maßnahmen in diesem Bereich wurde der Hauptabteilung XX übertragen, jedoch hatte »die Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« als »Aufgabe aller operativen Diensteinheiten« zu gelten.[192] Auf insgesamt fünfzehn Diensteinheiten wurden spezifische Aufgaben übertragen, die in der Regel nicht neu, nun aber in Absprache mit der HA XX zu erledigen waren.[193] Aus der Dienstanweisung lassen sich vier Stufen der Zentralisierung von Entscheidungen herauslesen, die zugleich Rückschlüsse auf die Motivation für diese Neuregelung zulassen. Auf der ersten Stufe, die nicht weiter erläutert wurde, konnten die Diensteinheiten eigenverantwortlich aktiv werden. Die zweite Stufe betraf Maßnahmen, die als so »bedeutsam« galten, dass auf jeden Fall eine Abstimmung mit der Linie XX (HA XX bzw. Abteilungen XX in den BVfS) erforderlich war. Sie hatte zu erfolgen:

> »– wenn mit größeren Auswirkungen in der Öffentlichkeit gerechnet werden muss,
> – wenn damit bedeutsame zentrale politische Entscheidungen verbunden sind bzw. im engen Zusammenhang stehen,
> – wenn diese den Charakter staatlicher Sanktionen besitzen«.[194]

---

[191] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 169.

[192] Vgl. DA 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit v. 20.2.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 5083, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 129), S. 434.

[193] Genannt wurden die HV A (Spionage), die Hauptabteilungen I (Militärabwehr), II (Spionageabwehr), III (Funkaufklärung), VI (Passkontrolle und Tourismus), VII (Überwachung des Innenministeriums und der Volkspolizei), VIII (Observation), IX (Untersuchungsorgan), XVIII (Wirtschaft) und XIX (Verkehrswesen), zudem die Abteilungen M (Postüberwachung), 26 (Telefonüberwachung) und XXII (Terrorabwehr), zudem die ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung der Ausreisebewegung) und die ZAIG. Zur jeweiligen Auftragserteilung; ebenda, S. 446–453.

[194] Dazu und zum Folgenden: DA 2/85 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit v. 20.2.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 5083, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 129), S. 440.

Die dritte Steigerungsstufe war, dass der Leiter der HA XX persönlich einwilligen musste. Das galt etwa bei

»– Werbung von Führungskräften feindlich-negativer Gruppierungen,
– Einleitung von Ermittlungsverfahren zu in der Öffentlichkeit bekannten und anderen operativ bedeutsamen Personen,
– inhaltlich und zeitlich konzentrierte[n] Maßnahmen gegenüber mehreren im Sinne der politischen Untergrundtätigkeit wirksam gewordenen Personen«.

Auf der vierten Steigerungsstufe wurde der Kompetenzbereich der HA XX überschritten:

»Bei strafrechtlichen, strafprozessualen oder anderen rechtlichen Maßnahmen hat er [der Leiter der HA XX, Generalleutnant Paul Kienberg] die notwendige Abstimmung mit dem Leiter der Hauptabteilung IX [Generalmajor Rolf Fister, zuständig für die Vorbereitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren] herbeizuführen und bei besonders bedeutsamen Maßnahmen die Bestätigung durch meinen Stellvertreter, Genossen Generalleutnant Mittig, einzuholen.«

Über »Grundsatzfragen und -entscheidungen« hinsichtlich der »politischen Untergrundtätigkeit« schließlich hatte der Stellvertretende Minister, Generalleutnant Rudi Mittig, zu befinden.[195] Das System hinter dieser Abfolge ist unschwer zu erkennen: Je wahrscheinlicher die Gefahr war, dass Repressionsmaßnahmen zu öffentlichem Aufsehen und damit zu politischen Problemen führen würden, desto höher in der Hierarchie waren entsprechende Entscheidungskompetenzen angesiedelt.

In einer zentralen Dienstkonferenz zu der neuen Dienstanweisung hat Rudi Mittig im März 1985 die aus Sicht des MfS entscheidenden Punkte noch einmal erläutert und zugleich einige Grundregeln für den Umgang mit der Bürgerrechtsbewegung festgelegt. Als Einstieg für seine Beschreibung der »feindlichen Einflussnahme in die DDR« hatte er die 3. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung gewählt, die im Juli 1984 im italienischen Perugia stattgefunden hatte. Das Beispiel war gut gewählt, denn in der Tat war dort, nachdem es der westlichen Friedensbewegung nicht gelungen war, den Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern, über »Entspannung von der Basis her« (Mient Jan Faber) diskutiert worden. Es waren erstmals vitale Kontakte zwischen westlichen Friedensbewegten und östlichen Bürgerrechtlern geknüpft worden.[196] Aus Sicht des MfS war das äußerst beunruhigend und der Prozess sei, so Mittig, seither weitergegangen. Inzwischen sei es zu einer »Institutionalisierung« des dort »begründeten engeren Zusammenwirkens feindlicher Kräfte aus Spalterkreisen der westlichen Friedensbewegung, militanten Kräften der Partei ›Die Grünen‹, antisozialistischen Emigranten aus sozialistischen Ländern, ehemaligen DDR-Bürgern und trotzkistischen Elementen in neuen Feindorganisationen, wie dem ›Europäischen Netzwerk für den Ost-West-Dialog‹ oder der Westberliner ›Initiative für den Ost-West-Dialog‹« gekommen.[197] Wie nun damit umgehen? Die »Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit« sei, erklärte Mittig, »eingeordnet in die langfristige Abwehrstrategie des MfS gegen die abenteuerliche Konfronta-

---

[195] Vgl. ebenda, S. 434.

[196] Vgl. Bickhardt, Stephan: Entspannungspolitik von unten. Aktivitäten von nichtstaatlichen Gruppen und ihre Nachwirkungen. In: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1999, Bd. VIII/1, S. 758 f. u. 762 f.; Mehlhorn, Ludwig: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. VII/2, S.1409–1436, hier 1425 f.

[197] Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 6.

tionspolitik des Imperialismus«.[198] Damit wurde einerseits darauf angespielt, dass sich das Vorgehen der Staatssicherheit der politischen Zielvorgabe durch die SED unterzuordnen hatte, den Differenzierungsprozess zwischen »realistischen« und »abenteuerlichen« Kräften in den westlichen Staaten zu befördern. Dass die eigene Differenzierungsbereitschaft der Staatssicherheit auch jetzt noch eher gering war, ist daran abzulesen, dass Mittig als übergreifende gegnerische Strategie das »von maßgeblichen politischen Kreisen in der BRD entwickelte Konzept vom ›Wandel durch Einwirkung‹« meinte erkannt zu haben.[199] Ob in ironischer Verfremdung oder aus Versehen: Gemeint war offenbar Egon Bahrs Konzept des »Wandels durch Annäherung«. Bahr aber gehörte in dieser Zeit auch nach den Kriterien der SED gewiss zu den »realistischen Kräften«. Sein Konzept, gegen das das MfS keine wirksamen Mittel hatte, hat in den achtziger Jahren in der Tat Früchte getragen, obwohl die SPD – mit wenigen Ausnahmen – in jener Zeit Kontakte mit Bürgerrechtlern mied.[200]

Andererseits gab es eine klare Grenze taktisch bedingter Zurückhaltung der Staatssicherheit:

> »Unsere Hauptstoßrichtung ist darauf zu konzentrieren, dass es auch nur einer dieser Gruppierungen nicht gelingt, sich als legale Einrichtung zu etablieren. Das wäre gleichbedeutend mit einem Durchbruch im Sinne des politischen Pluralismus nach bürgerlichem Muster im Sinne der sogenannten Liberalisierung und Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse. Unsere große Verantwortung besteht darin, antisozialistische und oppositionelle Elemente unwirksam zu machen [...], ehe sie eine Massenbasis und Masseneinfluss erreicht haben.«[201]

Von einer Legalisierung von Bürgerrechtsgruppen war die DDR-Führung seinerzeit gewiss noch weit entfernt, aber faktisch gab es eine ganze Reihe solcher Gruppen. Mittig warnte deshalb: »Angesichts des anhaltenden permanenten Wirkens innerer feindlich-negativer Kräfte [...] dürfen wir nicht dahin kommen, dass wir uns daran gewöhnen.«[202] Die Bürgerrechtsaktivisten strafrechtlich zu belangen, war in den meisten Fällen aus Gründen der politischen Opportunität nicht möglich: »Zweifellos ist die Auseinandersetzung mit diesen Kräften und ihren aktuellen Angriffen in der gegenwärtigen Situation vor allem eine politische Frage, also vorrangig auch mit politischen Mitteln und Methoden zu führen.«[203] Durch die Partei sollte dafür Sorge getragen werden, dass etwa durch geeignete

---

198 Ebenda, S. 3.

199 Ebenda, S. 7.

200 Der Kern der Argumentation in Bahrs berühmtem Vortrag im Juli 1963 in Tutzing lautete: »Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, dass die Zone dem sowjetischen Einflussbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, dass jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, dass Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zurzeit dort herrschenden verhassten Regime erreichbar sind.« »Wir haben gesagt, dass die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell soweit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung.« Dem lag »das Vertrauen darauf [zugrunde], dass unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird«. Der Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Egon Bahr, in der Evangelischen Akademie Tutzing, 15.7.1963, dokumentiert in: AdG (Anm. 12), S. 10700.

201 Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 4.

202 Ebenda, S. 14.

203 Ebenda.

Experten »mit den im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräften [...] politische Gespräche und Auseinandersetzungen geführt« werden, die aber »keinesfalls Dialoge« sein dürften, »die den Anschein erwecken könnten, dass sie als gleichberechtigte Partner gegenüberstünden.«[204] Eine Aufgabe der Staatssicherheit sei in diesem Zusammenhang die Weitergabe ausgewählter Informationen an die Partner des operativen Zusammenwirkens, an »Partei- und Staatsorgane«, um »die vielfältigen gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten anderer Organe, Einrichtungen und Organisationen voll auszuschöpfen«.[205] Sie waren auch nützlich, wenn versucht wurde, Bürgerrechtler durch Schikanen zu zermürben wie die Verhängung von Ordnungsstrafen, vorbeugende Aussprachen, »Belehrungen«, »demonstrative Kontrollhandlungen« und »Beobachtungen«, »legendierte Bindung an den Arbeitsplatz« usw.[206]

Direkte Beiträge der Staatssicherheit zur Sicherung des Systems waren vor allem die Unterwanderung der Bürgerrechtsorganisationen durch IM. Sie hatten »alle Indizien und Anhaltspunkte für die Verletzung strafrechtlicher und anderer rechtlicher Normen zu dokumentieren, um zu einem geeigneten Zeitpunkt darauf zurückgreifen zu können«. Besonders erwünscht waren – wie Mielke schon im September 1984 erläutert hatte – Informationen, die Delikte betrafen wie »Spionage und andere Landesverratsverbrechen sowie bestimmte Delikte der allgemeinen Kriminalität, deren Verfolgung und Bekämpfung auch in der internationalen Öffentlichkeit als legitim und notwendig anerkannt wird«.[207] Diese Kautel zeigt einmal mehr, dass der Handlungsspielraum des MfS inzwischen durch die medialen und politischen Folgen der Anwendung eines offen politischen Strafrechts im Westen eingeschränkt wurde.

Die IM sollten neben dem Ausspionieren ihres Umfelds »als Faktor der Desorientierung, Destruktion und Dezentralisierung innerhalb feindlich-negativer Zusammenschlüsse« dienen, also »Zersetzung« betreiben.[208] Verboten war ihr Einsatz als Agents provocateurs: »Es gibt Anlass noch einmal darauf hinzuweisen, dass durch eine kluge Instruierung und Steuerung der IM auf jeden Fall vermieden werden muss, dass diese selbst zu Organisatoren feindlich-negativer Aktivitäten werden.«[209] Das war der Grund dafür, dass die Anwerbung von »Führungskräften feindlich-negativer Gruppierungen«, die ohnehin sehr

---

[204] Ebenda, S. 20.

[205] Ebenda, S. 51.

[206] Ebenda, S. 21 f.

[207] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 179.

[208] Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 15 f. Zur »Zersetzung« als Repressionsmethode vgl. die Richtlinie 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) vom Januar 1976; BStU, MfS, BdL/Dok. 3234, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 129), S. 245–298, hier 285–288; zum Forschungsstand vgl. Gieseke, Jens: »Zersetzung« – Interpretationen und Kontroversen der Stasi-Historiographie am Beispiel einer geheimpolizeilichen Methode. In: Bensussan, Agnes; Dakowska, Dorota; Beaupre, Nicolas (Hg.): Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989. Essen 2004, S. 149–172.

[209] Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 16. Ebenso Mielke: »Grundsätzlich ist […] zu verhindern, dass IM zu Inspiratoren und Organisatoren insbesondere von öffentlichkeitswirksamen Handlungen und Aktionen werden, dass sie selbst als Provokateure auftreten und dabei straffällig werden.« Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 198.

schwierig war,[210] äußerst vorsichtig gehandhabt wurde: Sie musste, wie erwähnt, bei dem Leiter der HA XX beantragt werden. Das MfS selbst solle sich zudem von den Bürgerrechtlern nicht »provozieren« lassen. So sei

> »die verstärkt praktizierte Methode des Verfassens von Pamphleten [...] offensichtlich darauf ausgerichtet, Druck auf die Partei- und Staatsführung auszuüben, die staatlichen Organe zur Einleitung entsprechender Repressivmaßnahmen gegen die Verfasser zu provozieren und damit den Anlass für neue gezielte Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen die DDR unter der Flagge der Menschenrechte zu schaffen, einen Solidarisierungseffekt sowohl im Ausland als auch unter politisch negativen und feindlichen Kräften im Innern der DDR zu erzeugen sowie die mit solchen subversiven Aktivitäten in Erscheinungen getretenen Personen aufzuwerten und bekannt zu machen.«[211]

Viele Elemente dieser taktischen Vorgaben sind vier Jahre später, im zweiten Halbjahr 1989 wiederholt worden. Vermochte ihre Realisierung schon Mitte der achtziger Jahre das kontinuierliche Wachstum der Bürgerrechtsbewegung nicht zu verhindern, so erwiesen sie sich dann als vollends untauglich. Noch aber war es nicht so weit, weil wesentliche Faktoren, die den revolutionären Umbruch möglich machten, noch nicht zur Entfaltung gekommen waren.

3 Institutionelle Anpassung

Auch im institutionellen Gefüge des Ministeriums für Staatssicherheit kam es in den achtziger Jahren zu einigen Veränderungen, teils in Anpassung an veränderte Umweltbedingungen, teils in dem aktiven Bemühen, den Apparat weiter zu perfektionieren. Einige Beispiele sind bereits genannt worden wie die Zentralisierung der politischen Repression durch Übertragung der »Federführung« in all diesen Fragen auf die Hauptabteilung XX und eine entsprechende Kompetenzübertragung an die HV A bei der Sammlung von Indizien für den Fall eines Überraschungsangriffs mit Atomraketen (RJaN). Weitere Zentralisierung war eine Tendenz, die auch in anderen institutionellen Anpassungsprozessen wirksam war.

Von elementarer Bedeutung war in dieser Beziehung die Besetzung der Leitungspositionen. Erich Mielke blieb dem Ministerium fast bis zum Ende erhalten, aber auf der zweiten Führungsebene kam es sowohl im Bereich der Absicherung der Diktatur wie der Spionage zu einschneidenden Veränderungen. So konnte Generalleutnant Bruno Beater, der besonders für die innere Repression zuständige 1. Stellvertretende Minister für Staatssicherheit, wegen einer schweren Erkrankung seit Anfang 1980 seinen Dienst nicht mehr wahrnehmen. Er starb am 9. April 1982. Das Amt des 1. Stellvertreters wurde nicht wiederbesetzt. Zwar rückte zur gleichen Zeit der bisherige Leiter der Bezirksverwaltung Frankfurt/O., Gerhard Neiber, in die Führung des Ministeriums auf,[212] aber die stellvertretenden Minister (Markus Wolf, Rudi Mittig und Neiber) waren nun formal gleichgestellt. Die Position des Ministers war damit noch stärker herausgehoben. Eine Reihe von Diensteinheiten, für die bisher Beater verantwortlich gewesen war, wurde ihm zugeordnet.[213]

---

[210] Mielke hatte zu diesem Aspekt erklärt: »Die Erfahrungen der operativen Praxis der letzten Jahre zeigen, dass sich das Herausbrechen und die Werbung von fest in feindlich-negativen Gruppierungen integrierten Personen […] häufig sehr kompliziert darstellt und zumeist scheiterte.« Ebenda, S. 200.

[211] Mittig: Referat zur zentralen Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 10.

[212] Vgl. Protokoll der Sitzung des Kollegiums am 30.1.1980; BStU, MfS, SdM 1567, Bl. 1–3.

[213] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (Anm. 160), S. 428 f.

Damit unterstanden Mitte der achtziger Jahre 19 der 44 Diensteinheiten direkt Erich Mielke, darunter die Hauptabteilungen II (Abwehr), IX (Untersuchung), Kader und Schulung und Personenschutz, die Abteilung X (internationale Verbindungen) und die ZAIG. Das bedeutete eine weitere Zentralisierung, wenngleich im Lauf der Jahre Generaloberst Rudi Mittig langsam in die Rolle des für innere Repression wichtigsten Stellvertreters hineinwuchs. Er war für neun Diensteinheiten zuständig, darunter die Hauptabteilungen XVIII (Wirtschaft), XIX (Verkehrswesen) und XX (Teile des Staatsapparates, Kirche und Opposition). Generalleutnant Gerhard Neiber unterstanden acht Diensteinheiten, unter anderem die Hauptabteilungen I (Abwehr in der NVA), VI (Reiseverkehr), VII (MdI/DVP) und VIII (Observation). Der Stellvertreterbereich von Generalleutnant Wolfgang Schwanitz umfasste (ab 1986) vor allem die technischen Diensteinheiten wie die Abteilungen Nachrichten und Bewaffnung, und die Abteilung 26 (Telefonüberwachung). Einen eigenen Bereich bildete die Hauptverwaltung A (Aufklärung), die inzwischen Generaloberst Werner Großmann leitete.[214]

Großmann war zu der Zeit, als die referierte Übersicht erstellt worden ist, noch jung im Amt, aber auch nicht ganz neu. Im Januar 1983 hatte Markus Wolf, er war in diesem Monat 60 Jahre alt geworden, Mielke um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten.[215] Der damals 76-jährige Mielke mag das als dezenten Hinweis auf sein eigenes Alter empfunden haben, auf jeden Fall war er nicht der Mann, dem Wunsch eines Untergebenen einfach stattzugeben. Dennoch reagierte er unmittelbar: Vielleicht um Wolf zu verdeutlichen, dass auch er nicht unentbehrlich sei, wurde bereits in der nächsten Sitzung des MfS-Kollegiums sein Stellvertreter Werner Großmann von Mielke »zugezogen« und zum Mitglied dieses Gremiums berufen.[216] Wolf aber, klagt sein Nachfolger im Rückblick, sei bald kaum mehr im Amt erschienen und habe ihm als seinem 1. Stellvertreter die Arbeit überlassen.[217] Drei Jahre später entschied Mielke über das Ausscheiden des legendären HVA-Chefs: Am 1. Juni 1986 wurde Markus Wolf wahrscheinlich aus disziplinarischen Gründen mit sofortiger Wirkung beurlaubt und Werner Großmann zu seinem Vertreter bestellt.[218] Er folgte ihm im November 1986 auch offiziell als Leiter der HV A.[219] Zumindest aus Sicht mancher Mitarbeiter der HV A bedeutete auch das eine gewisse Zentralisierung: Großmann, der sich nach eigenem Bekunden erheblich schlechter als sein Vorgänger gegen den autoritären Führungsstil des Ministers zur Wehr zu setzen vermochte,[220] hatte der verstärkten Einbindung seines Verantwortungsbereichs in die innere Repression und die Ausrichtung des gesamten MfS auf die Funktion einer Geheimpolizei – falls er das gewollt haben sollte – wenig entgegenzusetzen.[221]

---

214 Vgl. Büro der Leitung, Abt. 4: Unterstellungsverhältnis ab 15.11.1986; BStU, MfS, BdL 166, Bl. 72–74.

215 Vgl. Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg (Anm. 54), S. 426.

216 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Kollegiums am 8.4.1983; BStU, MfS, SdM 1570, Bl. 53–57. Ein Indiz ist, dass der betreffenden Akte ein undatierter Zettel ohne Autorenangabe beigefügt ist, auf dem – wahrscheinlich als rechtlicher Hinweis für Mielke – zu lesen ist: »Entsprechend der Ordnung über die Bildung von Kollegien haben die Minister das Recht, die Zusammensetzung der Kollegien zu bestimmen und demzufolge Mitglieder des Kollegiums zu berufen. Genosse Generalmajor Großmann wäre von der Entscheidung des Ministers für Staatssicherheit zu unterrichten und zugleich zur aktiven Mitarbeit in dieser Funktion zu verpflichten.« Ebenda, Bl. 21.

217 Vgl. Großmann: Bonn im Blick (Anm. 47), S. 113 f. Zum 1. Stellvertretenden Leiter der HV A wurde Großmann am 1.10.1983 ernannt; vgl. BStU, MfS, KS 4624/83.

218 Handschriftliche Notiz von der Kollegiumssitzung am 2.7.1986 (Autor unbekannt); BStU, MfS, SdM 1572, Bl. 48.

219 Vgl. Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des MfS am 14.11.1986; BStU, MfS, ZAIG 8701, Bl. 3–48, hier 14.

220 Vgl. Großmann: Bonn im Blick (Anm. 47), S. 113.

221 Vgl. Richter, Peter; Rösler, Klaus: Wolfs Westspione. Ein Insider-Report. Berlin 1992, S. 86 f., 134 u. 142.

Diese – wenngleich begrenzte – Dynamik in der unmittelbaren Führungsspitze war eher untypisch. Das bürokratische Beharrungsvermögen, das dem Apparat eigen war, dominierte auch in den achtziger Jahren. Es wurde durch eine neue Konstellation sogar noch verstärkt: Auch die Staatssicherheit musste der angespannten wirtschaftlichen Situation Rechnung tragen. Die Zuweisungen aus dem Staatshaushalt wuchsen weniger üppig, als in den Jahrzehnten zuvor. Waren sie in den siebziger Jahren (von 1970 bis 1979) noch um 86 Prozent gestiegen, so wuchsen sie von 1980 bis 1989 um 33 Prozent.[222] Aber nur in einem Jahr, nämlich 1983 (als die wirtschaftlichen Probleme einen Höhepunkt erreichten), waren sie tatsächlich knapp rückläufig. Deutlicher war der Rückgang der Zuwachsraten beim Personalbestand: In den achtziger Jahren wuchs das Personal um 21 Prozent auf schließlich 91 015 Mitarbeiter Ende Oktober 1989, während von 1970 bis 1979 noch ein Zuwachs von 67 Prozent zu verzeichnen gewesen war.[223] Dabei handelte es sich in den achtziger Jahren nur noch zum geringeren Teil um echten Zuwachs, etwa in der für die Postkontrolle zuständigen Abteilung M, deren Mitarbeiterzahl in den Bezirksverwaltungen in den achtziger Jahren verdoppelt wurde.[224] Überwiegend handelte es sich um Mitarbeiter, die zuvor außerhalb des Stellenplans geführt worden waren (etwa die über 4 000 Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter, die HIM), die im Jahr 1983 überprüft, abgeschaltet oder etwa zur Hälfte in den Stellenplan aufgenommen wurden, um die Personalentwicklung zentral besser unter Kontrolle zu bekommen.[225]

Tabelle 1: Entwicklung des Personalbestandes des MfS 1979–1989

Jahr	Zentrale Diensteinheiten und Wachregiment	Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen	gesamt
1979	39 359	32 868	72 227
1980	41 248	33 890	75 138
1981	43 090	35 439	78 529
1982	44 918	36 577	81 495
1983	45 410	37 274	82 684
1984	45 336	38 124	83 460
1985	46 158	38 987	85 145
1986	48 004	42 573	90 577
1987	48 197	42 357	90 554
1988	47 526	42 731	90 257
1989	47 847	43 168	91 015

Mielke hatte in seiner Rede auf der zentralen Parteiaktivtagung im Mai 1981 – wie schon oft in früheren Reden – erklärt, dass es so wie bisher nicht weitergehen könne, und dass »endlich überall Klarheit darüber geschaffen werden [muss], dass es nicht möglich ist, für jede zusätzliche politisch-operative und fachliche Aufgabe zusätzliche Kader sowie mate-

[222] Berechnet nach den Angaben bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (Anm. 160), S. 558.

[223] Berechnet nach den Angaben bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 159), S. 98–101.

[224] Von 848 (1980) auf 1 661 (1989); Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005, S. 45. Vgl. die Information der HA Kader und Schulung für das Kollegium des MfS vom Juli 1986 über Probleme und Erfordernisse zur Entwicklung des Kaderbestandes; BStU, MfS, SdM 1964, Bl. 39–44.

[225] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (Anm. 160), S. 393 f.

rielle und finanzielle Fonds einzusetzen«. Auch das MfS müsse sich »im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten« bewegen.[226] Da diese Möglichkeiten schrumpften, war die Mahnung dieses Mal ernst zu nehmen und zeitweilig wurde sogar ein Stellenstopp verkündet. In einem Schreiben an die Dienststellenleiter verfügte Mielke im Januar 1983: »Der Bestand an Mitarbeitern per 28.2.1983 ist grundsätzlich nicht zu überschreiten.«[227] Auf einer Dienstberatung der Hauptabteilung Kader und Schulung, bei der Oberst Günter Möller als neuer Hauptabteilungsleiter eingeführt wurde, nannte Mielke neben »Reduzierungen der geplanten materiellen und finanziellen Mittel« das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge als weiteren Grund für die Notwendigkeit einer restriktiveren Einstellungspolitik.[228] Doch diese Vorgaben haben, nicht zuletzt wegen hinhaltenden Widerstands im Apparat, nur eine Verlangsamung des Personalwachstums bewirkt.[229] Eine externe Kontrollinstanz zur Durchsetzung solcher aus gesamtstaatlicher Sicht notwendigen Maßnahmen existierte faktisch nicht: Dem Chef der Staatlichen Plankommission wurden Angaben zur Personalstärke des MfS noch Anfang 1989 verweigert.[230] Selbst Erich Honecker behauptete später, dass er vor seinem Sturz die Zahl der Stasi-Hauptamtlichen »auf so ungefähr 35 000 Mitarbeiter schätzte«.[231] Falls das zutrifft, war der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, der zu eingehender Kenntnis verpflichtet gewesen wäre, nicht wesentlich besser informiert, als westliche Experten vor dem Umbruch.[232] Unter dieser Voraussetzung konnte er auf die Personalentwicklung schwerlich direkt Einfluss nehmen.

Die Zeiten exponentiellen Wachstums waren dennoch vorbei und auch die Staatssicherheit musste versuchen, erweiterten Aufgaben durch Effektivitätssteigerung und interne Personalverschiebungen gerecht zu werden. Als Richtlinie diente dabei, dass Personal auf bürokratischen Positionen (zum Beispiel in den »Rückwärtigen Diensten«) abgebaut und »zugunsten der politisch-operativen Arbeit am Feind« eingesetzt würde.[233] In die gleiche Richtung wies, dass eventueller Personalzuwachs von der höheren auf die unteren territorialen Ebenen verlagert werden sollte.[234] So ist von 1983 (dem Jahr des »Stellenstopps«) bis 1989 die Mitarbeiterzahl in der Zentrale, dem Ministerium, nur noch um

---

[226] Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 96 f.

[227] Schreiben Mielkes v. 25.1.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7921. Erste Relativierungen dieser Aussage finden sich bereits in dem Schreiben selbst. Vgl. zu Mielkes Anweisung Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. Anm. 159), S. 43 f.

[228] Erich Mielke: Referat auf der Dienstberatung in der HA Kader und Schulung am 31.1.1983; BStU, MfS, ZAIG 4815, Bl. 1–29, hier 14.

[229] Vor den Leitungskadern der HA Kader und Schulung hatte Mielke gewarnt: »In diesem Kreis ist sicher klar, dass die unumgängliche Einschränkung der Erweiterung des Kaderbestandes auf nicht geringe Widerstände bei manchen Leitern stoßen wird. [...] Zu sehr hat sich mancher daran gewöhnt, dass der Kaderbestand von Jahr zu Jahr wuchs.« (Mielke: Referat auf der Dienstberatung am 31.1.1983, Bl. 16 f.) Der Stellvertretende Minister für Staatssicherheit Rudi Mittig monierte am 29.7.1983 in einem Schreiben an die Leiter der Diensteinheiten, dass Mielkes Anweisung vom 25.1.1983 nicht genügend beachtet worden sei; BStU, MfS, BdL/Dok. 7922.

[230] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (Anm. 160), S. 392 f.

[231] Andert, Reinhold; Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin 1990, S. 369.

[232] Karl Wilhelm Fricke schätzte Anfang der 80er Jahre, unter Berufung auf ungenannte Experten, die Personalstärke der Staatssicherheit auf etwa 26 000 (tatsächlich betrug sie im Jahr 1981 genau 78 529). Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung Strukturen Aktionsfelder. Köln 1982, S. 51.

[233] Vgl. Schreiben Mielkes v. 25.1.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7921.

[234] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (Anm. 160), S. 395.

5 Prozent gewachsen. In den Bezirksverwaltungen (einschließlich der ihnen untergeordneten Kreis- und Objektdienststellen) war immerhin noch ein Wachstum von 16 Prozent zu verzeichnen.[235] Verglichen mit früheren Jahrzehnten, in denen gerade die Zentrale immer mehr aufgebläht wurde, war das eine neue Tendenz.

Das Überwachungssystem sollte in den achtziger Jahren noch einmal ausgebaut werden. Aus den genannten Gründen konnte das nicht in erster Linie durch zusätzliches Personal erfolgen. Entscheidendes Instrument war der Übergang zur elektronischen Datenverarbeitung bei der Erfassung, Recherche und Auswertung der gesammelten Informationen. Dieser Schritt war bereits in den sechziger Jahren (noch unter Einsatz westlicher Rechentechnik) eingeleitet worden und in den siebziger Jahren mit den ersten komplexen Datensammlungen und dem Übergang zu der im Ostblock unter Nutzung von IBM-Technik entwickelten ESER-Rechentechnik (Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik) ausgebaut worden, sodass am Ende dieses Jahrzehnts mit der praktischen Nutzung begonnen werden konnte.[236] Zu diesem Zweck wurde am 20. Mai 1980 die »Dienstanweisung Nr. 1/80 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS« erlassen.[237] In dieser Dienstanweisung wurden die verschiedenen »Informationsspeicher«, das heißt die Erfassungsarten von Informationen aufgelistet und ihre jeweilige Funktion geregelt: die »Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien« (VSH), die »Sichtlochkarteien« (SLK) und die »Zentralen Materialablagen« (ZMA) der einzelnen operativen Diensteinheiten von den Hauptabteilungen bis zu den Kreisdienststellen. In den VSH-Karteien wurden zum Beispiel Personen erfasst, »zu denen Informationen vorliegen, [zu denen] durch die speicherführenden Diensteinheiten politisch-operative Maßnahmen durchgeführt wurden bzw. aus anderen Gründen ein politisch-operatives Interesse besteht, aber vorerst keine aktive Erfassung in der Abteilung XII [Auskunft, Speicher, Archiv] erfolgte«.[238] In der ZMA wurden in diesem Zusammenhang stehende Dokumente und andere Unterlagen aufbewahrt, in den Sichtlochkarteien wurden Informationen nach Sachbegriffen erfasst.[239]

Für die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung aber war eine andere Erfassungsart relevant: die in der ZAIG, im Verantwortungsbereich von Werner Irmler,[240] als Bereich 3 neu eingerichtete Zentrale Personendatenbank des MfS (ZPDB). Sie diente »zur zentralisierten Speicherung und der allseitigen Verarbeitung von Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen«.[241] Mielke (bzw. seine Redenschreiber von der ZAIG) versprach sich von der Einführung der ZPDB »eine höhere, teilweise völlig neue Qualität der Erfassung, Speicherung, Verarbeitung und Wiedergewinnung operativ

---

[235] Berechnet nach den Angaben bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 159), S. 101.

[236] Die oben genannten Angaben basieren auf Hinweisen des führenden Spezialisten auf diesem Gebiet, Stefan Konopatzky. Ihm sei dafür gedankt.

[237] BStU, MfS, BdL/Dok. 5221, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 129), S. 328–343.

[238] DA 1/80 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, dokumentiert in: ebenda, S. 331.

[239] Vgl. Engelmann, Roger: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1994, S. 41 f.

[240] Irmler war für neue methodische Ansätze in der Datenverarbeitung aufgeschlossen. Das Thema seiner Kollektivdissertation an der Hochschule des MfS lautete: Die Weiterentwicklung und Qualifizierung der prognostischen Tätigkeit als Bestandteil des Systems der Führungs- und Leitungstätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit (22.12.1970); BStU, MfS, JHS 21804.

[241] DA 1/80 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, S. 334.

bedeutsamer Informationen«.[242] Ziel war nicht die Vorgangsführung in Papierform zu ersetzen, sondern »mittels der ZPDB eine sog[enannte] Erstauskunft über das jeweilige Objekt zu ermöglichen«[243] und durch die Verknüpfung von Informationen geheimpolizeiliche Analysen zu ermöglichen. Informationen aus dezentralen Datenspeichern wurden nur zum Teil auch in die ZPDB – auf einem umständlichen bürokratischen Weg über die jeweiligen Auswertungs- und Kontrollgruppen der operativen Diensteinheiten – eingespeichert.[244] Angaben zu Personen allerdings, die etwa verdächtige Westkontakte, einen Ausreiseantrag gestellt, den Wehrdienst verweigert oder an den »Wahlen« nicht teilgenommen hatten, oder die in irgendeiner Weise als Kritiker des Systems aufgefallen waren, mussten grundsätzlich in die ZPDB eingespeichert werden.[245]

Die Einrichtung der ZPDB führte in einzelnen Bereichen zu ganz erheblicher Zunahme des Informationsaufkommens. Ein Beispiel dafür ist die »F 17«, die »Zentrale Objektdatei« der Abteilung XII zur Erfassung von »Feindobjekten« im westlichen Ausland. Sie wurde 1988 aufgelöst, um Doppelungen mit der ZPDB zu verhindern.[246] Das bedeutete zugleich eine erhebliche Expansion. Die »F 17« bestand damals aus circa 22 000 Karteikarten. In der ZPDB waren zur gleichen Zeit und zum gleichen Zweck erfasst: »weit über 100 000 Objekte des Operationsgebietes [also des westlichen Auslands, vor allem der Bundesrepublik], ca. 50 000 Kfz des Operationsgebietes [und] mehr als 400 000 Adressen des Operationsgebietes«, die nun »nach beliebigen Gesichtspunkten recherchierbar« waren.[247]

In den achtziger Jahren wurde angestrebt, Rechentechnik auch dezentral einzusetzen, gemäß dem »strategischen Grundkonzept«: »zentralisierte Erfassung und Speicherung, dezentrale Nutzung«.[248] Es wurden einerseits »Datenendstellen« der ZPDB in Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen eingerichtet, andererseits sollten die dezentralen VSH-Karteien schrittweise auf EDV umgestellt werden. Doch es gab finanzielle Probleme. Erst im Herbst 1989 sollten deshalb in den Bezirksverwaltungen Frankfurt/O., Leipzig und Suhl die erwähnten Datenendstellen freigeschaltet werden; für Neubrandenburg und Schwerin (als den letzten Kandidaten) war dieser Schritt erst 1990 vorgesehen.[249] Und die Beschaffung einer Vielzahl von Personalcomputern konnte auf unterer Ebene wegen der

---

242 Referat auf der Zentralen Aktivtagung zur Auswertung des X. Parteitages der SED im MfS (Potsdam-Eiche, 15.5.1981); BStU, MfS, BdL/Dok. 7191, Bl. 236.

243 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 136.

244 Vgl. DA 1/80 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, S. 339–341; 1. DB zur DA 1/80 v. 20.5.1980 zur Organisation, Bereitstellung, Aufbereitung, Indexierung, Erfassung, Speicherung und Änderung bedeutsamer Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen für die Zentrale Personendatenbank des MfS, mit 10 Anlagen zur 1. DB (BStU, MfS, BdL/Dok. 5222); Siegfried Seidel: Erarbeitung der Anforderungen an die zweckmäßige Organisation des Informationsflusses von operativ bedeutsamen Einzelinformationen in den KD (Kreisdienststellen) des MfS; Diplomarbeit v. 15.12.1982; BStU, MfS, JHS MF VVS 001-317/82.

245 Vgl. Anlage 6 zur 1. DB zur DA 1/80 v. 20.5.1980; BStU, MfS, BdL/Dok. 5222.

246 Vgl. Schreiben des Leiters der ZAIG, Irmler, an die Leiter der Diensteinheiten v. 5.5.1988; BStU, MfS, ZAIG 7580, Bl. 1–3.

247 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 139.

248 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (8.12.1988); BStU, MfS, ZAIG 4697, Bl. 13–174, hier 149.

249 Ebenda, Bl. 141 f. Dass diese Prognose dem Endstand entsprach, geht aus einem Schreiben des Leiters des Verfassungsschutzes der DDR, Engelhardt, an Staatssekretär Halbritter v. 20.12.1989 hervor; BStU, MfS, Staatliche Überlieferung zum MfS/AfNS in Auflösung Nr. 8, Bl. 49–52.

»objektiv zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Ressourcen« nur mit »erhebliche[n] Einschränkungen erfolgen«.[250] Zu den finanziellen Problemen kam die Angst vor einem Systemabsturz. Bei völliger Umstellung auf EDV hätte ein solches Missgeschick die Staatssicherheit weitgehend lahmlegen können. Da aber »die operative Handlungsfähigkeit der Diensteinheiten unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten« sei, so der Leiter der ZAIG unter Berufung auf den Minister, »können wir uns nicht nur auf die Anwendung der EDV stützen, sondern müssen uns auf ›EDV-unabhängige‹ – und schlimmstenfalls sogar stromunabhängige – Mittel, vereinfacht ausgedrückt, stützen können.« Deshalb durfte auch künftig »auf die Führung eines manuellen VSH-Speichers – vor allem in den Kreisdienststellen – nicht verzichtet werden«.[251] Das gleiche galt für die Sichtlochkarteien, in denen Informationen verschlagwortet wurden.

Diese doppelte Erfassung (VSH bzw. SLK und ZPDB) führte fast zwangsläufig zu Ungenauigkeiten, weil es zu »Mängeln und Versäumnissen« bei der zusätzlichen Einspeicherung vor allem von Schlagworten in die ZPDB kam. Bei einer Tagung der Leiter der Auswertungs- und Kontrollorgane (AKG) klagte Irmler im Jahr 1988, dass bei einer Kontrolluntersuchung in mehreren Bezirksverwaltungen »Differenzen zwischen SLK und ZPDB von 20 % bis zu fast 50 % auftraten – und das teilweise bei Recherchen nach OV [Operativen Vorgängen] und OPK [Operativen Personenkontrollen]!« Angesichts dieses Umstands drohe »die Nutzung der ZPDB für analytische Aufgaben eine Illusion oder ein Lotteriespiel« zu werden.[252]

Priorität hatte freilich die Überwachung von Personen und hier machte die Staatssicherheit in den achtziger Jahren ganz erhebliche Fortschritte. So verdoppelte sich die Zahl der Überprüfungen – wahrscheinlich überwiegend im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen und Reiseanträgen – bei der Abteilung XII, die für die zentralen Karteien (so die »F 16«-Personkartei, die bereits 1972 auf Magnetbändern erfasst worden war,[253] und die »F 22«-Vorgangskartei) zuständig war, von 1980 bis 1986 auf 12,8 Millionen, mit weiter wachsender Tendenz im Folgejahr. Von den überprüften Personen wurden 70 bis 75 Prozent als »nicht erfasst« beauskunftet.[254] Im Umkehrschluss bedeutet das, dass bei über drei Millionen Anfragen in irgendeiner Form Informationen vorlagen.

Der Hunger der Staatssicherheit nach personenbezogenen Informationen war vor allem in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage »Wer ist wer?« und mit der wachsenden Zahl unterschiedlichster Kontakte zwischen Ost und West geradezu unersättlich. Das MfS beanspruchte Zugriff zu den Personalunterlagen aller anderen staatlichen Institutionen,[255] vor allem aber zur Personendatenbank der DDR (PDB).

---

[250] Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (8.12.1988); BStU, MfS, ZAIG 4697, Bl. 13–174, hier 137.

[251] Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 145.

[252] Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (8.12.1988); BStU, MfS, ZAIG 4697, Bl. 13–174, hier 96 f.

[253] Information von Stefan Konopatzky, 18.10.2006.

[254] Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (4.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 193–243, hier 200 f. u. 203.

[255] Die Nutzung dieser Informationsspeicher hatte »aufgabenbezogen« und »konspirativ« zu erfolgen; die Übersicht der infrage kommenden Dateien ist außerordentlich umfangreich (Anlage 2 der Ordnung 9/83). Vgl. Ordnung 9/83 zur Nutzung ausgewählter Informationsspeicher staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS – Speichernutzungsordnung andere Organe v. 10.11.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 8051. Wie das Ganze zu verstehen ist, wird besonders deutlich an den Erläuterungen zur Nutzung der »Informationsspeicher der Staatlichen Krankenhäuser und Kliniken« durch Kreisdienststellen und Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit. Unter »Nutzungsbedingungen«

Diese Datenbank war in den Jahren 1977 bis 1983 im Ministerium des Innern (MdI) eingerichtet worden und enthielt nicht nur die Grunddaten aller aktuellen und ehemaligen (verstorbenen oder ausgereisten) DDR-Bürger, sondern zunehmend auch andere Informationen etwa zum Ausbildungsgang und zum Beschäftigungsverhältnis.[256] Die Datenbank wurde im MdI geführt und auf dem neuesten Stand gehalten – täglich wurden etwa 50 000 Informationen der Meldeämter, der Volkspolizei, der Justizbehörden usw. eingespeist –, aber der »Hauptnutzer« war seit 1985 das MfS,[257] wohl auch weil sich die »Qualität« dieser Informationen »in der Mehrzahl deutlich positiv von den Informationen aus MfS-spezifischen Quellen unterscheidet«.[258] So wurden allein im 1. Halbjahr 1987 durch Stasi-Dienststellen 4,7 Millionen Datensätze aus der PDB abgerufen.[259] Obwohl die Personendatenbank des MdI auch andere Aufgaben hatte, könnte man fast sagen, dass es sich um ein Outsourcing der Staatssicherheit handelte. Dessen Funktionalität wurde durch die Arbeitgruppe PDB in der ZAIG und durch acht Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) des MfS abgesichert, die in der zuständigen Diensteinheit des Ministeriums des Innern (der AG PDB im MdI) unter Legende für die Interessen ihrer Herkunftsinstitution tätig waren.[260] Fragt man, hinsichtlich welcher DDR-Bürger das MfS Zugriff zu Informationen hatte, kann es ab Mitte der achtziger Jahre nur die Antwort geben: zu allen. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass sie auch alle operativ bearbeitet oder das MfS sich auch nur für sie interessiert hätte. Aber die Staatssicherheit war jenem Negativbild des Datenschutzes sehr nahegekommen, das im Westen als der »gläserne Bürger« bezeichnet wird.

Über die tatsächliche Überwachungsdichte ist allein mit dem Blick auf die zentralen Datenspeicher des MfS schon deshalb kein zureichend genaues Bild zu gewinnen, weil die Lage vor Ort entscheidend war, und weil die Informationen, die dort, etwa in den Kreisdienststellen der Staatssicherheit, gesammelt wurden, nur teilweise Eingang in die zentra-

---

wird gewarnt: »Bei der Nutzung ist unbedingt zu beachten, dass Auskünfte der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.« Das ist aber offenbar nur als Anweisung zu besonders hoher Konspiration gemeint, denn unter »Auskunftserteilung« heißt es: »Mitgeteilt werden Angaben zur Krankengeschichte, zur Behandlung der Patienten, zu verabreichten Medikamenten.« (Anlage 2, S. F 02). Im August 1989 wurde diese Ordnung abgelöst durch eine ähnliche neue »Ordnung Nr. 4/89« zur Nutzung ausgewählter Informationsspeicher staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS – Speichernutzungsordnung andere Organe v. 16.8.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 2252. Vgl. zur Gesamtproblematik des MfS im Gesundheitswesen und Verletzungen der ärztlichen Schweigepflicht Süß, Sonja: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Hg. BStU. Berlin 1998; Weil, Francesca: Zielgruppe Ärzteschaft. Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2008.

256 Vgl. Ordnung 18/85 zur Nutzung der Personendatenbank der DDR durch die Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (Nutzungsordnung – PDB) v. 4.9.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 5106; Leiter der ZAIG, Irmler: Arbeitshinweise zur Ordnung 18/85 v. 4.9.1985 – Nutzungsordnung PDB – über die Aufzeichnung von Auskunftsersuchen an die Personendatenbank der DDR (PDB) durch Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5107; Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 158.

257 Vortrag des Leiters des Bereiches EDV der ZAIG [Oberst Harry Bochmann] zu Grundsatzfragen der Arbeit mit der Zentralen Personendatenbank des MfS (ZPDB), der Personendatenbank der DDR (PDB) sowie der Nutzung des Sonderspeichers 11/79 (gehalten auf dem Weiterbildungslehrgang der Leiter der A/I-Organe der Kreisdienststellen/Objektdienststellen im Januar und März 1989); BStU, MfS, ZAIG 7052, Bl. 29 f. Begonnen wurde die Nutzung durch MfS-Diensteinheiten bereits 1982/83; vgl. MfS: Zentrale Planvorgabe für die Jahresplanung 1984 v. 25.10.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7801, S. 146.

258 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 134.

259 Vgl. ebenda, Bl. 156.

260 Vgl. Wiedmann (Bearb.): Organisationsstruktur 1989 (Anm. 70), S. 48.

len Dateien fanden. Der Anspruch des Ministers war in dieser Beziehung klar. In einer Rede im Jahr 1982 hatte Mielke gefordert:

»Der Leiter der Kreisdienststelle muss alles wissen und richtig beurteilen, was sich aktuell im Kreis entwickelt und die politisch-operative Lage bestimmt. Jede operativ bedeutsame Handlung, jedes Vorkommnis und jede Erscheinung, viele Fragen der Entwicklung der Produktion, der Versorgung, der Reaktion der Bevölkerung, des Auftretens operativ interessanter und vorbeugend zu sichernder Personen usw. müssen im Zusammenhang mit allen anderen Erkenntnissen zur politisch-operativen Lage im Kreis, zur Lage in der DDR und zur internationalen Lage beurteilt werden.«[261]

Selbstverständlich war das eine Überforderung, aber der Informationsstand war auf regionaler Ebene schon sehr beachtlich. In seinem mehrfach zitierten Referat hat der ZAIG-Chef Irmler im Jahr 1987 unter dem Siegel besonderer Verschwiegenheit dazu einige Zahlen genannt.

»Bezogen auf die Einwohnerzahl der Kreise sind in den VSH-Karteien der Kreisdienststellen zu durchschnittlich ca. 50 % der Personen Informationen erfasst, d. h. zu jeder zweiten Person liegen gespeicherte Informationen vor. In den letzten Jahren hat der Umfang der ZMA in den Kreisdienststellen erheblich zugenommen. So sind zu durchschnittlich ca. 40 % der in den Kreisen wohnhaften sowie 65 % der in den VSH-Karteien erfassten Personen Informationen in den ZMA abgelegt.«[262]

Anders ausgedrückt war demnach jeder zweite DDR-Bürger unter irgendeinem Aspekt in der VSH-Kartei einer MfS-Kreisdienststelle erfasst. Und in zwei Dritteln dieser Fälle (bzw. zu jedem dritten DDR-Bürger) war zusätzlich zu Einzelaspekten Material in einer »Zentralen Materialablage« vorhanden. Die Überwachungsmaßnahmen des MfS folgten zwar deklaratorisch einem »Schwerpunktprinzip«, weil man sich nicht verzetteln wollte, aber die Schwerpunkte wurden in den achtziger Jahren so uferlos, dass die Überwachung doch ziemlich flächendeckend wurde.[263]

Was brachten alle diese Informationen? Werner Irmler, dessen ZAIG das analytische und konzeptionelle Zentrum des MfS war, hat im Jahr 1987 in seiner Rede vor den Leitern der Auswertungs- und Kontrollgruppen der operativen Diensteinheiten dazu einige aufschlussreiche Hinweise gegeben. Einerseits hat er, wie zuvor zitiert, den breiten Informationsstand vor Ort gewürdigt. Andererseits waren die einzelnen Informationen, auch nach seiner Ansicht, für sich genommen meist wenig aussagekräftig. Um die Entwicklung der Lage zu begreifen, musste man sie analysieren und in einen breiteren Zusammenhang einordnen. Vor allem seit in zentralen Bereichen der inneren Sicherheit mit offener Repression nur noch mit erheblichen Einschränkungen agiert werden durfte, ging es darum, den SED-Apparat so zu informieren, dass die Partei adäquat reagieren und die Entwicklung steuern konnte. Die »Parteiinformationen« der Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen waren in dieser Beziehung aber nur von begrenztem Nutzen: zu viele unverbundene Einzelinformationen und zu wenig gedankliche Durchdringung des Materials. »Nach wie vor ist es uns nicht gelungen, im erforderlichen Maße Informationen komplexeren Charakters zu erarbeiten; also z. B. zu informieren über komplexe Aufgabenstellungen, über

---

[261] Schlusswort auf der Problemberatung zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und der Führung und Leitung (Berlin, 2.7.1982); BStU, MfS, BdL/Dok. 7036, S. 38 f.

[262] Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 112.

[263] Zur generellen Problematik vgl. Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2006, Kap. 5 »Flächendeckende Überwachung«, S. 134–161.

größere Problemkreise, über verallgemeinerungswürdige Erkenntnisse, über gleiche oder ähnlich gelagerte Vorkommnisse, Handlungen und Erscheinungen [….].«[264]

Für diese Mängel gab es mehrere Gründe. Zum einen die aktuelle Situation in den AKG-Gruppen, deren Hauptaufgabe eigentlich war, die von den operativen Mitarbeitern gelieferten Informationen zusammenzufassen und zu analysieren. Von den AKG-Mitarbeitern aber war, wegen des fortschreitenden Übergangs zu einem zentralisierten EDV-System, inzwischen jeder zweite damit beschäftigt, Informationen für die Weitergabe an andere Diensteinheiten und für die Einspeisung in die ZPDB zu erfassen.[265] Zum zweiten die Überlastung etwa der Kreisdienststellen mit Überprüfungen, sodass selbst Mielke im Jahr 1988 zu der Einsicht kam, es sei eine »zwingende Notwendigkeit, die Anzahl der operativen Ermittlungen insgesamt spürbar zu reduzieren«.[266]

Drittens hatte die Staatssicherheit in den achtziger Jahren offenbar mit sinkender Motivation gerade ihrer IM-führenden Mitarbeiter zu kämpfen. Dafür gibt es einige Indizien. In den Kreisdienststellen wurde über die Hälfte aller inoffiziellen Mitarbeiter geführt, aber deren Qualität ließ aus Sicht der Stasi-Führung deutlich zu wünschen übrig. Das war schon an der IM-Struktur ablesbar.[267] Im Jahr 1985 etwa waren 55 Prozent von ihnen Inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit (IMS) und 21 Prozent Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS), also IM zu Sicherung eines bestimmten »Verantwortungsbereiches«, die in ihrem beruflichen oder Wohnumfeld Augen und Ohren für die Staatssicherheit offenhalten sollten, aber in der Regel zu keiner aktiven Agententätigkeit verpflichtet waren und im Fall der GMS auch aus ihrer SED-Verbundenheit kein Hehl machten. Etwa aus den Betriebsleitungen konnten sie zwar durchaus relevante Informationen liefern, aber für das Ausspähen systemkritischer Kreise waren sie kaum geeignet.[268] Weitere 15 Prozent waren IMK, also IM, die eine bestimmte Örtlichkeit (ein Zimmer in einer Wohnung, einen Raum in einem Betrieb oder einer staatlichen Institution) für konspirative Treffen zur Verfügung stellten, selbst aber keine Informationen erarbeiteten. Nur von den restlichen 9 Prozent war mehr zu erwarten: Von den 3 Prozent Führungs-IM (FIM), die selbst andere IM führten, den 4 Prozent IME (IM im besonderen Einsatz oder Experten-IM), die Einschätzungen und Gutachten lieferten, und schließlich den IMB zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der »Feindtätigkeit« stehender Personen. Sie machten ganze 2 Prozent des Gesamtbestandes aus. Mielke äußerte sich auf der KD-Konferenz sehr unzufrieden über diese Situation und monierte, »dass zu wenig inoffizielle Potenzen [...] zum Erkennen feindlich-negativer Personen sowie zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen vorhanden sind«.[269]

---

264 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 71.

265 Ebenda, Bl. 111.

266 Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) v. 26.10.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 7844, S. 226.

267 Berechnet nach Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistik. Berlin 2008, S. 244.

268 Zu den einzelnen IM-Kategorien und ihren jeweiligen Aufgaben vgl. Richtlinie 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) v. 8.12.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 3278, dokumentiert in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 305–373. Dort werden in der Einleitung auch die einzelnen IM-Kategorien genauer erläutert (S. 62–83).

269 Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) v. 26.10.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 7844, S. 45 f.

Der Eindruck, dass eine gewisse Lustlosigkeit um sich griff, wird auch durch Irmlers Schilderung der Art der Zusammenarbeit mit den IM belegt. Die Treffen würden oft schlecht vorbereitet, den IM würden von den Führungsoffizieren keine schriftlichen Berichte abverlangt und ihre Informationen würden oft »allgemeinen Charakter tragen«. Die Führungsoffiziere schrieben ihre eigenen Berichte nicht selten in größerem zeitlichen Abstand, sodass sie eher den Charakter von »Gedächtnisprotokollen« hätten, in denen auch noch die Berichte mehrerer IM zusammengefasst wurden; sie seien »oft schablonenhaft und formal«, die MfS-Mitarbeiter würden »sie bereits aus ihrer subjektiven Sicht aufschreiben, also teilweise das hineinlegen, was vor allem ihrer eigenen Meinung bzw. Wertung entspricht«.[270] Besonderes Missfallen erregte zudem, dass bei den Treffen selbst elementare Vorschriften der Konspiration verletzt wurden: Es gebe die »zunehmende Tendenz, Treffs kaum noch nach 17.00 Uhr durchzuführen«, das heißt außerhalb der Arbeitszeit. Es leuchtet ein, dass die Stasi-Führung beunruhigt war, wenn zur Begründung von MfS-Mitarbeitern gesagt wurde: »Wir wollen auch unsere Freizeit haben, unser Leben genießen.«[271] Ebenso aufschlussreich wie diese Äußerung ist, wie die Führung des MfS dem Problem beizukommen versuchte. Der für diese Polizeibürokratie typische Stil wäre gewesen, eine entsprechende, geharnischte Weisung des Ministers zu erlassen. Stattdessen aber besann man sich auf die Wirksamkeit materieller Anreize. Es sei, erklärte Mielke, »offensichtlich notwendig, das moralische Ansehen und die soziale Stellung des operativen Mitarbeiters, der mit IM arbeitet, zu erhöhen. Darauf weisen vor allem bestimmte Erscheinungen hin, sich um die ohne Zweifel höheren Belastungen des operativen Dienstes herumzudrücken.« Der Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung sollte deshalb einen Vorschlag zur »materiellen Anerkennung der Tätigkeit IM-führender Mitarbeiter« erarbeiten.[272] Es dauerte noch etwas, aber im Jahr 1985 wurde dann tatsächlich für IM-führende Mitarbeiter »in Würdigung ihrer ständigen hohen Einsatzbereitschaft und persönlichen Belastungen eine monatliche Zulage von 150,- Mark« eingeführt.[273]

Aber auch diese Maßnahme scheint nicht viel bewirkt zu haben. Auf der zweiten zentralen Dienstkonferenz zu den Kreisdienststellen in den achtziger Jahren, die im Oktober 1988 stattfand, zeigte sich, dass durch bessere Besoldung das Motivationsproblem nicht zu lösen war. Mielke meinte dort, »Auffassungen« entgegenzutreten zu müssen, »dass die Kreisdienststellen zunehmend mit solchen Aufgaben belastet werden, die eigentlich mit der Arbeit am Feind kaum noch etwas zu tun hätten.«[274] Und weiter:

> »Es werden immer wieder Auffassungen dahingehend vertreten, dass die Grenzen der operativen Belastbarkeit der Kreisdienststellen erreicht bzw. bereits überschritten seien und dass sich

---

270 Vgl. Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 39–45.

271 Zit. von Mielke in: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Potsdam-Eiche, 11.10.1982); BStU, MfS, ZAIG 4810, Bl. 1–209, hier 191.

272 Schlusswort [Mielkes] auf der Problemberatung zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und der Führung und Leitung (Berlin, 2.7.1982); BStU, MfS, BdL/Dok. 7036, S. 61 f. Auf die Bedeutung dieses Stilbruchs hat mich ein ehemaliger Leitungskader der ZAIG und späterer Mitarbeiter in der BStU, der inzwischen verstorbene Gerd Bäcker, aufmerksam gemacht.

273 Schreiben des Leiters der HA Kader und Schulung, Möller, an die Leiter der Diensteinheiten v. 2.3.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 8199.

274 Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) v. 26.10.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 7844, S. 43.

> die Kreisdienststellen angeblich immer weiter von den ›eigentlichen tschekistischen Aufgabenstellungen‹ entfernen würden.«[275]

Ausgangspunkt war die Frage nach den Gründen für die mangelhafte Verarbeitung der gesammelten Informationen. Selbstverständlich müssen in diesem Zusammenhang auch die ideologischen Stereotype genannt werden, denen die MfS-Auswerter verpflichtet waren. Schon die nicht hinterfragbare Behauptung, dass jede innere Opposition von außen induziert und gesteuert war, verhinderte jedes tiefere Verständnis der sich anbahnenden Krise.

In diesem Zusammenhang kam noch ein weiterer Punkt hinzu. Jeder etwas qualifiziertere Stasi-Auswerter steckte in einem unlösbaren Dilemma. Einerseits sollte er die Informationen analytisch aufbereiten, andererseits aber durfte er der SED nicht in die Quere kommen. Irmler etwa mahnte, die Stasi-Mitarbeiter müssten in ihren Berichten an die SED unbedingt vermeiden, sich »Einschätzungen anmaßen zu wollen, für die allein die Partei verantwortlich ist – das ist in besonderem Maße bei der Abfassung solcher Informationen zu beachten.«[276] Hinsichtlich der Parteiinformationen zur Stimmung in der Bevölkerung, einem politisch besonders brisanten Bereich, wurde er noch deutlicher:

> »Wir schätzen die Reaktion der Bevölkerung ausschließlich unter sicherheitspolitischen Aspekten ein und dürfen nicht für uns in Anspruch nehmen, die politisch-ideologische Situation im gesamten Verantwortungsbereich einschätzen zu wollen. Stets muss deutlich werden, dass wir über die Reaktion der Bevölkerung informieren und keine eigenständigen Wertungen vornehmen.«[277]

Trotz ihres Strebens nach Omnipräsenz und Omnipotenz hat die Staatssicherheit doch nicht versucht, in Konkurrenz zur SED zu treten. Diese Selbstbeschränkung sicherte ihrem Minister eine lange Amtszeit, hat aber zugleich bedingt, dass auch diese Institution teilhatte an der allen Teilen des Systems durch die Partei auferlegten Unmündigkeit.

II In der Sackgasse (1987–1989)

Waren die achtziger Jahre schon bis dato für die Staatssicherheit schwierig gewesen, so wurden sie ab Anfang 1987 wirklich kompliziert. Der Grund war diesmal die Entwicklung in der Sowjetunion, genauer in Moskau. Im März 1985 wurde dort ein neuer, relativ junger und dynamischer Generalsekretär der KPdSU gewählt worden. Das war ursprünglich kein Grund zur Beunruhigung – eher im Gegenteil. Das Ende des langen Siechtums der sowjetischen Führung konnte in der DDR, einem Satellitenstaat an exponierter Stelle, nur begrüßt werden.[278] Auch gab es anfangs wenig Anzeichen dafür, dass Michail Gorbatschow mehr machen würde, als den Apparat aus seiner Lethargie zu reißen und einige drängende Probleme anzupacken.[279] In den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit war zudem

---

275 Ebenda, S. 47.

276 Referat des Leiters der ZAIG auf der AKG-Leiter-Tagung (3.12.1987); BStU, MfS, ZAIG 4696, Bl. 10–186, hier 80.

277 Ebenda, Bl. 88.

278 Laut einem Stimmungsbericht der ZAIG haben »insbesonders progressive Bürger« die Wahl eines »relativ jungen«, aber dennoch »erfahrenen Genossen« begrüßt. Vgl. ZAIG: Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Ableben der Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Tschernenko, und zur Wahl des Genossen Gorbatschow in diese Funktion v. 15.3.1985; BStU, MfS, ZAIG 4190, Bl. 2–5.

279 Vgl. Mommsen, Margareta: Wohin treibt Rußland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie. München 1996, S. 65.

das Verhältnis zur Bundesrepublik »auf Eis gelegt«[280], wegen der Übereinstimmung der Politik der Bundesregierung mit der Außen- und der Rüstungspolitik der Reagan-Administration und der Verengung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber der Bundesrepublik auf die »Raketenfrage«[281]. In dem Dreieck Moskau – Ostberlin – Bonn konnte Honecker darauf hoffen, dass die DDR weiterhin eine starke Beziehung mit der Sowjetunion verbinden würde, ohne deshalb im Verhältnis zur Bundesrepublik gravierende Abstriche machen zu müssen. Tatsächlich kam es anders.

1 Zwischen Moskau und Bonn

Erste Risse deuteten sich in einem Gespräch zwischen Honecker und Gorbatschow im April 1986 an. Die Unterredung fand am Rande des XI. Parteitages der SED statt, nach der Rede Gorbatschows vor den Parteitagsdelegierten,[282] die vor allem Abrüstungsfragen gewidmet gewesen war. Mit Blick auf die sowjetische Reformpolitik bemerkte Gorbatschow, er habe bei »Honecker eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich der inneren Entwicklung der Sowjetunion« gespürt – eine Beobachtung, die dem SED-Chef jedoch angeblich völlig unverständlich war. Im Rückblick mutet eher merkwürdig an, dass Gorbatschow behauptete, »am meisten beunruhige ihn das Wirken zentrifugaler Kräfte in der sozialistischen Gemeinschaft«, und er konstatierte, »auf festen Positionen des klassischen Sozialismus stehen im Grunde genommen nur die Sowjetunion und die DDR und evtl. noch die ČSSR«.[283] Das erklärte er ohne kritische Konnotation (zumindest nach dem von der SED gefertigten Protokoll). Da er sich über diesen »klassischen Sozialismus« wenig später höchst unfreundlich äußern sollte, könnte es darum gegangen sein, den deutschen Genossen zu testen.[284] In Fragen der Kooperation ihrer Staaten beklagten beide den übergroßen Hang der jeweils anderen Seite zur Geheimhaltung, etwa hinsichtlich der technologischen Entwicklung, und waren sich zugleich einig, dass die beiden Staatssicherheitsdienste, KGB und MfS, vorbildlich zusammenarbeiteten. Von diesem Bereich abgesehen, war es eine bemerkenswerte Bestätigung solcher Vorbehalte, dass Honecker sowohl hinsichtlich des Entwicklungsstandes der Mikroelektronik wie der Verschuldung der DDR im Westen unwidersprochen wirklichkeitsfremde Behauptungen aufstellte.[285] Zu einem offenen Konflikt aber kam es bei einem alten Thema: Honeckers Wunsch, die BRD zu besuchen. Gorbatschow hatte zwar seinerzeit, im Jahr 1984, zu denjenigen Spitzenpolitikern der KPdSU gehört, die versucht hatten, ihm ein solches Vorhaben auszureden, aber inzwi-

---

280 Gorbatschow, Michail: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 702.

281 Vgl. Bender: Die »Neue Ostpolitik« (Anm. 11), S. 233.

282 Gorbatschow, Michail: Grußansprache an den XI. Parteitag der SED. Berlin (Ost) 1986.

283 Hierzu und zum Folgenden: Information über das Treffen des Genossen E. Honecker mit Genossen M. S. Gorbatschow am 20.4.1986 in Berlin; aus dem Bestand »Büro Honecker« im Bundesarchiv, dokumentiert in: Küchenmeister, Daniel (Hg.): Honecker Gorbatschow. Vieraugengespräche. Berlin 1993, S. 78–105.

284 Dagegen spricht allerdings die Bemerkung Gorbatschows im gleichen Gespräch, »dass in erster Linie seitens der UdSSR die Beziehungen mit der DDR, und er habe auch die ČSSR genannt, zu entwickeln seien«. Treffen von Honecker mit Gorbatschow am 20.4.1986, S. 85.

285 Hinsichtlich der Mikroelektronik behauptete Honecker, bei Zeiss Jena bereite man »den Übergang zur Produktion von 1 Mega-bit bis 4 Mega-bit vor«. Tatsächlich war die Serienproduktion von 1-Megabit-Chips erst für das Jahr 1992, von 4-Megabit-Chips für 1994/95 vorgesehen (so die Einschätzung des Entwicklungsstandes der DDR-Mikroelektronik in einem Papier der SED-Kreisleitung in der Akademie der Wissenschaft vom September 1989, referiert bei Buthmann: Kadersicherung [Anm. 95], S. 28). Die Verschuldung im westlichen Ausland bezifferte er mit 3,5 (netto) bzw. 9,5 Mrd. $ (brutto). Sie lag 1985 tatsächlich bei 4,0 (netto) bzw. 13,0 Mrd. $ (brutto), 1986 bei 4,2 (netto) bzw. 13,1 Mrd. $ (brutto). Vgl. Volze, Armin: Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen. In: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Am Ende des realen Sozialismus; 4). Opladen 1999, S. 151–183, hier 181.

schen propagierte er selbst verbesserte Beziehungen zu den Staaten Westeuropas, ein »europäisches Haus«,[286] zu denen ein nachbarschaftlicher Besuch eigentlich gepasst haben müsste. Aber weit gefehlt. Gorbatschow selbst wollte, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen, auf absehbare Zeit nicht dorthin fahren. Ein solches Vorhaben des SED-Generalsekretärs, zu dem es in Ostberlin bereits konkrete Pläne für den Juli 1986 gab, betrachtete er als Desavouierung seines eigenen Attentismus. Selbst Honeckers Einwand, damit »stehe auch die Frage der Autorität der DDR« zur Disposition, vermochte den sowjetischen Generalsekretär nicht umzustimmen. Das war seinerzeit noch ein Problem des Imageverlustes im Westen, denn tatsächlich ist Honecker dann (noch) nicht gefahren.

In den folgenden Monaten hatte sich die Situation insofern geändert, als in der Führung der KPdSU lange über die Vorbereitung eines ZK-Plenums diskutiert wurde, auf dem es um »Kaderfragen« und »Demokratisierung« gehen sollte.[287] Die Fronten begannen sich zu klären. Die veränderte Medienpolitik unter dem Signum von Glasnost eröffnete einen neuen Diskursraum. Nicht nur Schriftsteller und Publizisten meldeten sich zu Wort, sondern in Form von Leserbriefen auch einfache Bürger, und kritisch thematisiert wurden zum Beispiel auch die Zustände in der Armee und das Wirken der sowjetischen Staatssicherheit, des KGB.[288] Die DDR blieb, schon dank der Berichterstattung in den westlichen Medien, von all dem nicht unberührt.

Als sich Honecker und Gorbatschow im Oktober 1986 erneut, diesmal in Moskau (zur Einweihung eines Thälmann-Denkmals) trafen, hielt sich der SED-Generalsekretär nicht mehr länger zurück. Bitter beklagte er unter Berufung auf einen Stasi-Bericht Äußerungen des sowjetischen Schriftstellers Jewgeni Jewtuschenko in Westberlin. Dessen Feststellung, die Schriftsteller seien »das Gewissen der Nation«, widersprach nicht nur seiner Prätention, dass diese Rolle der Partei zukomme, sondern er fürchtete auch, dass »die Abweichler in der DDR sich das sehr schnell zunutze machen«.[289] Bezogen auf die sowjetische Diskussion insgesamt lag er damit zweifellos richtig. Bei einem Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten im November 1986 sind die Differenzen noch deutlicher geworden. Gorbatschow hat dort die zwingende Notwendigkeit von Reformen in diesen Staaten proklamiert, wenn sie nicht im internationalen Wettbewerb unterliegen wollten. Honeckers Beitrag aber galt vor allem dem Zweck darzulegen, dass die SED-Führung bereits alles Notwendige getan hätte.[290]

Zum Bruch Honeckers mit der neuen sowjetischen Führung kam es im Januar 1987, nachdem Gorbatschow auf einem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU die Perestroika zu einer politischen Reform ausweitete.[291] Gewissermaßen als Vorbereitung darauf und

---

[286] Vgl. Küchenmeister (Hg.): Honecker Gorbatschow (Anm. 283), S. 16.

[287] Vgl. Brown: Der Gorbatschow-Faktor (Anm. 4), S. 270–279; Gorbatschow: Erinnerungen (Anm. 280), S. 297 f.

[288] Vgl. Mommsen: Wohin treibt Rußland? (Anm. 279), S. 73.

[289] Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU am 3.10.1986; SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/2937, dokumentiert in: Küchenmeister (Hg.): Honecker Gorbatschow (Anm. 283), S. 140–165, hier 162.

[290] Dazu ausführlicher Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Hg. BStU. Berlin 1999, S. 87–89.

[291] Gorbatschow schreibt in seinen Memoiren, nach dem Januar-Plenum 1987 seien die Differenzen Honeckers mit der sowjetischen Führung »nicht mehr zu verbergen« gewesen; Gorbatschow: Erinnerungen (Anm. 280), S. 930. Vgl. Nepit, Alexandra: Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows. Der Versuch der Parteiführung, das SED-Regime durch konservatives Systemmanagement zu stabilisieren. Baden-Baden 2004, S. 151–156. In einer einschlägigen Analyse diagnostiziert Küchenmeister als den entscheidenden Grund für den Bruch zwischen Gorbatschow und Honecker, dass letzterer sich in der neuen europapolitischen Konzeption des sowjetischen Generalsekretärs und insbesondere durch die en-

als Geste gegenüber der sowjetischen Intelligenzija, die tatsächlich als ermutigendes Zeichen rezipiert worden ist, hatte er im Dezember 1986 die Verbannung von Andrej Sacharow aufgehoben und persönlich in Gorki angerufen, um ihm das mitzuteilen.[292] Für den KGB, der den Bürgerrechtler seit mehr als zwei Jahrzehnten verbissen verfolgt hatte, muss das ein böser Schlag gewesen sein.[293]

Ausweitung der sowjetischen Reformpolitik

In der Rede Gorbatschows vor dem Januar-Plenum des ZK war der berühmteste Satz, der, weil zugleich Programm, sprichwörtlich geworden ist: »Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen.«[294] Der Text der Rede war allerdings insgesamt in sich widersprüchlicher als diese Aussage. Es war ein durch und durch reformistisches Manifest: An den Grundstrukturen des Systems, insbesondere an der Ein-Parteien-Herrschaft sollte nichts geändert werden, aber die bestehenden Institutionen sollten demokratisiert und mobilisiert werden, und eine kritische Öffentlichkeit sollte sich entfalten, um den Apparaten Beine zu machen. Eine klare institutionelle Alternative zu den Verhältnissen in der DDR war das noch nicht, wohl aber das Programm einer alternativen Politik. Vielleicht am gefährlichsten für den Legitimationsanspruch des SED-Apparates waren verschiedene sehr eingängige Sätze, die man auch als Kommentare zur aktuellen Situation in der DDR lesen konnte und die als Parolen einer Demokratisierungsbewegung bestens geeignet waren. So die Kritik an der herrschenden Ideologie:

> »Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus blieben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der dreißiger und vierziger Jahre, als die Gesellschaft völlig andere Aufgaben löste. […] Die Ursachen für diese Lage liegen weit zurück. Sie wurzeln noch in jener historischen Situation, in der aufgrund bekannter Umstände aus der Theorie und der Gesellschaftswissenschaft die lebendige Diskussion und schöpferisches Denken verschwanden und autoritäre Einschätzungen und Betrachtungen zu unantastbaren Wahrheiten wurden, die man nur noch kommentieren konnte.«[295]

Ebenso musste die Charakterisierung der offiziellen Medien einem DDR-Bürger bekannt vorkommen: »Die Welt der alltäglichen Realitäten und die Welt des zur Schau gestellten Wohlergehens klafften immer weiter auseinander.«[296] Und die Richtungsangabe für das weitere Vorgehen konnte auch als Demokratisierungsprogramm gelesen werden:
»Die Hauptsache besteht darin, dass Offenheit, Kritik, Selbstkritik und Demokratie für unsere Vorwärtsbewegung, für die Lösung enormer Aufgaben erforderlich sind. Ohne das aktive Mitwirken des Volkes werden wir diese Aufgaben nicht lösen können.«[297]

---

geren Beziehungen zwischen Moskau und Bonn an den Rang gedrängt gefühlt habe. Vgl. Küchenmeister, Daniel: Wann begann das Zerwürfnis zwischen Honecker und Gorbatschow? Erste Bemerkungen zu den Protokollen ihrer Vier-Augen-Gespräche In: Deutschland Archiv 26(1993)1, S. 30–40. Das ist, vor allem im Zusammenhang mit der Datierung dieses Bruchs auf den Herbst 1986, nicht überzeugend. Es bedurfte erst noch der Bundestagswahlen im Januar 1987, damit der sowjetischen Führung klar wurde, dass die Hoffnung, die konservativ-liberale Koalition werde abgewählt, Wunschdenken war, und dass sie sich für ihre neue Westpolitik mit dieser Regierung ins Benehmen setzen musste.

[292] Vgl. Scherrer, Jutta: Requiem für den Roten Oktober. Russlands Intelligenzija im Umbruch 1986–1996. Leipzig 1996, S. 11–18.

[293] Vgl. Lourie, Richard: Sacharow. Biographie. München 2003.

[294] Gorbatschow, Michail: Rede und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU. Moskau am 27. u. 28.1.1987. Berlin (Ost) 1987, S. 76.

[295] Ebenda, S. 9 f.

[296] Ebenda, S. 13.

[297] Ebenda, S. 77.

Es handelte sich um kein revolutionäres Programm, wohl aber um einen radikalen Politikwechsel nach Jahren einer lähmenden Stagnation, die nicht nur für die Sowjetunion unter Breschnew und Tschernenko charakteristisch war. Vom SED-Propagandaapparat wurde dieser Paradigmenwechsel mit minimaler Berichterstattung über das Plenum und Verzicht auf jegliche positive Würdigung quittiert.[298]

Ein Stimmungsbild der Reaktionen in der Bevölkerung erarbeitete die ZAIG.[299] Der Bericht war nur für den Minister und seine Stellvertreter bestimmt; die SED-Führung gehörte nicht zu seinen Adressaten.[300] Er ist zum einen deshalb von besonderem Interesse, weil er einige Tage bevor Honecker Stellung bezogen hat gefertigt worden ist. Der Neigung, so zu berichten, wie das »oben« erwartet wurde, konnte deshalb mangels entsprechender Orientierung kaum nachgegeben werden. Zum anderen liegt seine Bedeutung darin, dass fast ausschließlich Reaktionen »progressiver Kräfte«, das heißt die Reaktionen von Stützen des Systems, thematisiert wurden, während die Zustimmung »feindlich-negativer« nur kurz erwähnt wurde.

Berichtet wurde Folgendes: Die in der DDR veröffentlichten Auszüge aus Gorbatschows Rede würden »von breitesten Kreisen der Bevölkerung mit außerordentlich großem Interesse gelesen und geben Anlass für vielfältige, häufig stark emotional geprägte Diskussionen«. Es »dominiert eindeutig Zustimmung zur Politik der KPdSU«. Nur die Genossen im Ministerium des Innern äußerten »Befürchtungen«, die sowjetische Reformpolitik könne »den Nährboden bilden für eine Zunahme der Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte«. Die positiven Reaktionen bezogen sich nicht nur auf Sympathien für die Ereignisse in der Sowjetunion, vielmehr sei »charakteristisch für nahezu alle Diskussionen über das KPdSU-Plenum […] die unmittelbare Bezugnahme zur Lage in der DDR«. In vielen Diskussionsrunden »kommen die Beteiligten unter Bezugnahme auf die jeweilige Situation im eigenen Tätigkeitsbereich häufig zu dem Schluss, dass es in der DDR ähnliche Erscheinungen gebe wie in der UdSSR.« Ein Aspekt stand dabei im Vordergrund:

> »Breiten Raum nehmen die Diskussionen um die Schaffung einer offeneren und kritischeren Atmosphäre in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ein. Sie wird als die wichtigste Lehre aus dem KPdSU-Plenum und als zwingend notwendige Aufgabe gesehen. […] In unmittelbarem Zusammenhang damit stehen auch vielfältige kritische Bemerkungen zur Informationspolitik der DDR. […] Teilweise wird spekuliert, die Partei- und Staatsführung der DDR wünsche offensichtlich nicht eine derartige Offenheit.«

Man musste am Abend des 28. Januar 1987 nur die Aktuelle Kamera gesehen haben, um zu einem solchen Schluss zu kommen. Da sich die SED aber offiziell noch nicht festgelegt hatte, war es auch für brave Parteimitglieder möglich, Erwartungen zu äußern, die implizit Kritik enthielten:

> »Eine Vielzahl von Parteimitgliedern, Funktionären, Mitarbeitern von staatlichen Organen u. a. progressiven Kräften äußert die Erwartung, dass die Parteiführung der SED möglichst rasch zum KPdSU-Plenum Stellung nehmen möge. Diesbezügliche erste Wertungen erwarte man bereits in der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Kreissekretären.«
> »Verärgerung und Unverständnis riefen die in Einzelfällen durch Parteifunktionäre und staatliche Leiter gegebenen Orientierungen hervor, sich nicht mit der Auswertung des Januarplenums

[298] Dazu ausführlicher Süß, Walter: Größere Eigenständigkeit im Dienste des Status quo. Die DDR und ihre Blockführungsmacht. In: Glaeßner, Gert-Joachim (Hg.): Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft. Festschrift für Hartmut Zimmermann. Opladen 1988, S. 186–213, hier 186 f. u. 203–206.

[299] ZAIG: Erste Hinweise über Reaktionen der Bevölkerung auf das Plenum des ZK der KPdSU v. 3.2.1987; BStU, MfS, ZAIG 4217, Bl. 1–15.

[300] Vgl. den Verteiler; BStU, MfS, ZAIG 4217, Bl. 1.

der KPdSU zu befassen, da es sich ausschließlich um Probleme der UdSSR bzw. der KPdSU handele. [… D]amit werde die Stimmung unter der Bevölkerung bewusst ignoriert«.

Die erwähnte »Beratung« bestand aus einem langen Monolog Honeckers vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen Anfang Februar 1987. In seiner Rede wurde das jüngste ZK-Plenum der KPdSU mit keinem Wort erwähnt.[301] Man kann das als Kommentar durch Verschweigen bezeichnen. Das hat keinen Aufstand in der SED ausgelöst, dazu waren die Genossen wohl zu diszipliniert, aber es steht zu vermuten, dass spätestens von nun an ein Riss durch die Mitgliedschaft ging, der im Herbst 1989 offen zutage trat.[302]

Erich Mielke sprach in der folgenden Woche vor dem erweiterten Kollegium des MfS, offiziell zur Auswertung von Honeckers Rede, tatsächlich aber um zu versuchen, der Spitze des Ministeriums in der veränderten Konstellation Orientierung zu geben.[303] Das ist ihm erkennbar schwer gefallen, denn er selbst steckte in einem Dilemma, weil der »Moskau-Flügel« im Politbüro seinen Bezugspunkt verloren hatte. Er konnte jetzt allenfalls – gemeinsam mit Honecker – darauf hoffen, dass die dogmatischen Kräfte in der sowjetischen Führung in absehbarer Zeit wieder den Kurs bestimmen würden. Als sich im folgenden Jahr eine solche Entwicklung kurzfristig abzuzeichnen schien, hat sich das SED-Politbüro denn auch auf deren Seite geschlagen – was anschließend überaus peinlich war.[304]

Offene Kritik an der sowjetischen Führung hatte nach wie vor als unzulässig zu gelten: »Sicherlich kann man über dieses und jenes auch geteilter Meinung sein […]. Wir können uns aber nicht dazu aufschwingen, zu diesem oder jenem Beschluss der KPdSU eine andere Meinung kundzutun.«[305] Zudem betrachtete Mielke weiterhin die »nukleare Kriegsgefahr« als vorrangiges Problem. Deshalb müsse versucht werden, »mäßigenden Einfluss« der westeuropäischen Staaten auf den Kurs der Reagan-Administration, der »nicht oder nur schwer berechenbar« sei, zu erreichen.[306] Dass Gorbatschow in dieser Beziehung Erfolge vorzuweisen hatte, wurde auch von Mielke nicht infrage gestellt.

---

[301] Rede Honeckers vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen. In: Neues Deutschland v. 7./8.2.1987, S. 3–13; als »parteiinternes Material«: BStU, MfS, SED-KL 4185, Bl. 1–65.

[302] Einen merkwürdigen Verarbeitungsmechanismus dieser Frustration offenbart ein ebenfalls interner Bericht zur Reaktion auf die Honecker-Rede. Dort wird behauptet, diese habe »große Resonanz« und »mehrheitlich Zustimmung« gefunden, dann aber wird hinzufügt: »Es sei erfreulich festzustellen, dass sich die neue Linie, die Genosse Gorbatschow in der KPdSU durchsetzt, auch in unserer Partei andeute. […] Dennoch äußerte sich eine Anzahl von Bürgern unterschiedlichster Bevölkerungskreise enttäuscht darüber, dass anstehende Probleme […] nicht in ähnlich scharfer Form wie auf dem KPdSU-Plenum angesprochen worden seien.« Es scheint, als ob sie es nicht glauben wollten. ZAIG: Erste Hinweise über die Reaktion der Bevölkerung auf das Referat des Generalsekretärs […], Erich Honecker, auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 6.2.1987 v. 17.2.1987; BStU, MfS, ZAIG 4218, Bl. 1–7.

[303] Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des MfS zur Auswertung der Rede von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der SED (6.2.1987) am 13.2.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8389.

[304] Zu denken ist an ein stalinistisches Manifest der Gegenreform in Gestalt eines »Leserbriefs«, zu dessen Publikation die Dogmatiker in der Moskauer Führung eine Auslandsreise Gorbatschows genutzt hatten. In der DDR war es, nach einigem Zögern, nachgedruckt worden. »Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben«. Brief der Leningrader Dozentin Nina Andrejewa. In: Neues Deutschland v. 2./3.4.1988, S. 11 f. Das SED-Zentralorgan musste dann auch die scharfe Replik des Reformerflügels aus der Feder von Alexander Jakowlew dokumentieren. Die Prinzipien der Umgestaltung: Revolutionäres Denken und Handeln! In: Neues Deutschland v. 9./10.4.1988, S. 11 f.

[305] Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des MfS zur Auswertung der Rede von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der SED (6.2.1987) am 13.2.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8389, S. 37.

[306] Ebenda, S. 14 u. 29 f.

Die Schwierigkeit bestand in den innenpolitischen Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik. Das Januar-Plenum der KPdSU habe eine »Vielzahl von Fragen auch unter Genossen, unter den ehrlichen und treuen Freunden der Sowjetunion« und selbst »in den Diensteinheiten unseres Ministeriums« aufgeworfen.[307] Mielkes Antwort auf diese Fragen entsprach vollkommen der Parteilinie: In der Sowjetunion hätten sich »Entwicklungsprobleme« angehäuft, die es in der DDR nicht gebe, weil man hier seit 1971 (dem Jahr des Amtsantritts von Honecker) auf »die herangereiften Probleme« angemessen reagiert habe.[308] Mit einem Zitat aus Honeckers Rede vor den Kreissekretären[309] machte er den grundsätzlichen Ansatz klar:

»Indem das Sowjetvolk die Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und das Volk der DDR die des XI. Parteitages der SED verwirklichen, erfüllen sie getreu den Idealen des Roten Oktober ihre Pflicht für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens.«[310]

Obwohl das selbst für Anhänger des Regimes keine befriedigende Antwort war, wurde damit doch deutlich genug signalisiert, dass weitere Diskussionen unerwünscht seien. Wer sich dem nicht fügte, der war angeblich den Einflüsterungen der Gegenseite erlegen:

> »Das Januarplenum hat […] den Gegner, […] die Zentren der politisch-ideologischen Diversion und andere feindliche Organisationen und Kräfte auf den Plan gerufen. Von ihnen wird eine massive Kampagne entfacht, in der zwei Bestrebungen besonders deutlich sichtbar werden: zum einen, uns in einen Gegensatz zur KPdSU und zur UdSSR zu bringen; zum anderen, unsere Entwicklung – unter Berufung auf die Beschlüsse der KPdSU – zu verleumden, uns gewissermaßen zu einer Kurskorrektur zu veranlassen, also von unserem bewährten Entwicklungsweg abzubringen.«[311]

Die Transformation der Herausforderung aus dem Osten in westliche Diversion mochte im Kreis von Mielkes Untergebenen noch Gehör finden, außerhalb würde diese Argumentationskrücke kaum überzeugen. Das vermutete er wohl selbst. Wiederum wurde »der Gegner« bemüht, um seine eigenen Befürchtungen zu verdeutlichen: Er habe »starkes Interesse daran, welche Auswirkungen, welche Meinungen es besonders unter Parteimitgliedern und -funktionären, im Staatsapparat und in den Betrieben zum neuen Kurs der KPdSU, besonders zum Januar-Plenum [gibt], wo sich Möglichkeiten bieten für seine subversiven, auf die politische Destabilisierung gerichteten Ziele.«[312] Das Misstrauen selbst gegen die Stützen des Regimes wird hier erneut deutlich. Der Umstand, dass in der Hegemonialmacht Sowjetunion inzwischen solche Entwicklungen möglich waren, musste als Aktuali-

---

307 Ebenda, S. 36.

308 Ebenda, S. 36 u. 73.

309 BStU, MfS, SED-KL 4185, Bl. 10.

310 Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des MfS zur Auswertung der Rede von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der SED (6.2.1987) am 13.2.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8389, S. 35. Diese Formulierung hat Mielke offenbar so gut gefallen, dass er sie bei der Vorstellung des neuen Leiters der KGB-Vertretung in der DDR, Generalmajor Titow, in abgewandelter Form wiederholte: »Indem das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR die Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und das Ministerium für Staatssicherheit die konsequente Umsetzung der Beschlüsse unseres Parteitages maximal unterstützen, erfüllen wir gemeinsam getreu den Idealen des Roten Oktober unsere Pflicht für die Festigung des Bruderbundes zwischen unseren Ländern, für die Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens.« Anlage 2 zum Protokoll der Kollegiumssitzung am 30.3.1987; BStU, MfS, SdM 1572, Bl. 165–182, hier 178.

311 Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des MfS zur Auswertung der Rede von Erich Honecker vor den 1. Sekretären der SED (6.2.1987) am 13.2.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8389, S. 40.

312 Ebenda, S. 52.

sierung des immer vorhandenen Misstrauens wirken. Die zuvor geschilderten ersten Reaktionen auf das Januarplenum haben das sicherlich bekräftigt.

Die Freilassung von Sacharow und »weiterer Personen dieses Schlages« betrachtete Mielke als »gravierend«, aber auch dazu formulierte er nur verdeckte Kritik: Man könne darüber »geteilter Meinung sein«. Vor allem gehe es aber darum, dass diese Maßnahmen »von den oppositionellen, antisozialistischen Kräften aufgegriffen werden, um […] unsere Handlungsfähigkeit gegen derartige Bestrebungen möglichst zu begrenzen. Darin liegen wesentlich größere Gefahren, als sie von dieser oder jener Person ausgehen.«[313] Zugleich versuchte Mielke aber, die Abwertung der sowjetischen Reformpolitik mittels der Behauptung, in der DDR werde alles Notwendige schon längst in die Tat umgesetzt, selbst noch an diesem Punkt durchzuhalten. Er behauptete nämlich, wenn dort »neue Methoden im Umgang mit Feinden, mit Oppositionellen praktiziert werden«,[314] so habe das für die DDR im Grunde genommen schon vorher gegolten: »Wie Ihr wisst, wenden wir bereits seit längerem bei der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit in erster Linie politische Mittel und Methoden an.«[315] Der rationale Kern dieses Arguments, den der Stasi-Minister an dieser Stelle nicht benannt hat, war die Abkehr von der offenen politischen Strafjustiz bei der Bekämpfung bekannterer Oppositioneller und der Übergang zu Methoden der verdeckten »Zersetzung«, mithilfe von »Partnern des operativen Zusammenwirkens«. Dieser Methodenwandel gewann jetzt noch an Bedeutung, weil nach seiner Einschätzung »das Raffinierte« im Vorgehen der Bürgerrechtler darin bestand, »dass unter Berufung auf das ›neue Denken‹ die angebliche Notwendigkeit eines Umdenkungsprozesses auch in innenpolitischen Fragen abgeleitet wird«.[316]

Für die Einschätzung des Vorgehens der Staatssicherheit ist diese Argumentation aus mehreren Gründen von Bedeutung: Erstens ist die Kennzeichnung der naheliegenden positiven Bezugnahme von Oppositionellen auf Perestroika und Glasnost als »raffiniert« nur dann verständlich, wenn nicht der Einfallsreichtum der Bürgerrechtler gemeint war, sondern die politischen Schwierigkeiten, in die sie die Machtorgane mit ihrer Argumentationsstrategie brachten. Damit wurde ein gravierendes Legitimationsproblem angesprochen: Mielke wusste aus dem ZAIG-Bericht von Anfang Februar, dass viele Parteimitglieder genauso dachten. Wenn sie sich dem inzwischen verordneten Schweigen fügten, bedeutete das, dass Bürgerrechtler und kritische Kirchenleute aussprachen, was jene nicht zu sagen wagten. Dies war für die von der Staatssicherheit angestrebte Marginalisierung der »feindlich-negativen Kräfte« ausgesprochen kontraproduktiv und es wurde damit ein Signal an die Stasi-Mitarbeiter gegeben, offene Repressionsmittel gegen diesen Personenkreis noch vorsichtiger einzusetzen.

Diese Einschränkung galt allerdings nicht für die Menschengruppe, die der Staatssicherheit in jenen Jahren am meisten Kopfzerbrechen bereitet hat: DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik ausreisen wollten. Zudem kam es in den folgenden beiden Jahren nicht zu einer linear fortschreitenden Abschwächung offener Repression, sondern zu einer ziemlich widersprüchlichen Entwicklung. Darauf wird zurückzukommen sein. Wesentlich bedingt war das durch die andere Bezugsgröße der Außenpolitik der DDR: das Verhältnis zur Bundesrepublik.

---

313 Ebenda, S. 136 f.
314 Ebenda, S. 136.
315 Ebenda, S. 147.
316 Ebenda, S. 135.

Honeckers Reise in die Bundesrepublik

Dank der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik entstand im Jahr 1987 eine Situation, in der Erich Honecker einen lange gehegten Wunsch von erheblicher Bedeutung verwirklichen konnte: Bereits 1981 war er vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeladen worden; nun sollte er endlich als Gast in der Bundesrepublik empfangen werden (7.–11.9.1987), wenngleich nur zu einem »Arbeitsbesuch«.[317] Auf Details und diplomatische Feinheiten bei der Vorbereitung dieses Besuchs soll nicht eingegangen werden.[318] An dieser Stelle mag der Blickwinkel der Staatssicherheit genügen. Er ist hier besonders interessant, weil er über ein ganz anderes Problem Auskunft gibt: das Verhältnis zwischen Mielke und Honecker. Beide haben bekanntlich die politisch brisanteren Angelegenheiten der Staatssicherheit regelmäßig am Rande der dienstäglichen Sitzungen des Politbüros unter vier Augen besprochen. Da von diesen Gesprächen keine Aufzeichnungen überliefert sind und Mielke darauf in seinen Reden nur in Andeutungen Bezug nahm (in Formulierungen wie »gemäß zentraler Entscheidung«), fehlt ein entscheidendes Glied zur Rekonstruktion der politischen Steuerung der Geheimpolizei. Angesichts dieser Quellenlage verdient Mielkes Rede von Ende August besondere Beachtung. Es ist mehr als plausibel, dass bei der Vorbereitung von Honeckers Staatsbesuch der Stasi-Chef von seinem Generalsekretär sehr bestimmte Anweisungen bekommen hat. Hier soll nur über die Vorbereitungen in der DDR berichtet werden. Bei einer Sitzung des erweiterten MfS-Kollegiums am 27. August 1987 gab Mielke Verhaltensanweisungen zur Aktion »Dialog 87«.[319]

Dieser Besuch, erklärte er, sei »gegenwärtig die wichtigste, die Hauptaufgabe«, denn damit werde »vor aller Welt sehr nachdrücklich […] die Existenz zweier voneinander unabhängiger, souveräner deutscher Staaten dokumentiert«.[320] Deshalb sei die oberste Maxime für die Staatssicherheit, »dass unser Vorgehen keinerlei Anlass geben darf für eine Beeinträchtigung des politischen Grundanliegens des Besuches«.[321] Strafverfahren, die Anlass zu Protesten bieten könnten, mussten verschoben werden. Der Schießbefehl[322] wurde ausgesetzt: Die Grenztruppen sollten angewiesen werden, »die Schusswaffe [...] nur im äußersten Fall – bei unmittelbarer Gefahr für das Leben der grenzsichernden Kräfte – an[zu]wenden«.[323] Sowohl bei der Bekämpfung der »politischen Untergrundtätigkeit« wie bei der Zurückdrängung von »Übersiedlungsersuchen« war Folgendes zu beachten:

> »Es darf uns auf diesen Gebieten nichts passieren, was den Erfolg des Besuches beeinträchtigen und den gegnerischen Kräften Munition liefern kann. Alles ist der politischen Zielstellung des

---

[317] Zu Vorgeschichte und Verlauf des Besuchs aus zeitgenössischer Sicht vgl. Winters, Peter Jochen: Erich Honecker in der Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv 20(1987)10, S. 1009–1016.

[318] Vgl. dazu Korte: Deutschlandpolitik (Anm. 102), S. 324–375. Der Termin war bereits im März/April 1987 informell vereinbart worden, im Juli 1987 wurde er offiziell, damit war auch die Staatssicherheit gefordert; vgl. Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten v. 3.7.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8746. Zu den umfassenden Vorbereitungen, die vor allem dem Zweck dienten, Protestaktionen im Zusammenhang mit dem Besuch zu verhindern, vgl. Befehl 12/87 v. 10.8.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8747.

[319] Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 7–47.

[320] Ebenda, Bl. 7 u. 12.

[321] Ebenda, Bl. 39.

[322] Die Angehörigen der Grenztruppen waren angewiesen, Grenzverletzer »festzuhalten oder zu vernichten«; vgl. ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 148–154. Vgl. auch einschlägige Dokumente in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998, S. 468 f., 472 f., 480 u. 535 f.

[323] Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 45.

> Besuches unterzuordnen – das gilt für die gesamte Arbeit sowohl im Operationsgebiet als auch im Innern der DDR. Im Interesse des störungsfreien Verlaufs des Besuches ist deshalb auch erforderlich, vorbeugend zu verhindern, dass durch den Gegner Festnahmen oder gerichtliche Hauptverhandlungen in der DDR ausgenutzt werden können.«[324]

Mit Blick auf die »feindlich-negativen Kräfte« war sogar hinzunehmen, dass Honecker »ein kurzes Gespräch mit Gert Bastian und Petra Kelly« führen würde; was Mielke davon hielt, deutete er mit dem Zusatz an: »Beide sind uns hinlänglich bekannt.«[325]

Der Zumutungen noch nicht genug, fand parallel zum Honecker-Besuch, in der Zeit vom 1. bis zum 18. September, der Olof-Palme-Friedensmarsch durch die DDR statt. Diese Veranstaltung sei, so Mielke, im Zusammenhang mit Honeckers Reise zu sehen und weise deshalb »einige Besonderheiten« auf.[326] So würden »die evangelischen Kirchen in der DDR sich […] mit eigenen Losungen und Symbolen«, so dem bekannten Symbol Schwerter zu Pflugscharen« beteiligen – ein Symbol, das sonst umgehend Volkspolizei und Staatssicherheit auf den Plan rief. Zudem seien »ca. 100 Gäste aus dem Ausland« zu erwarten, darunter – obwohl bestehende Einreiseverbote aufrechterhalten würden – »Spalterkräfte, Trotzkisten und sogenannte Spontis – militante Kräfte«. Ihnen ginge es um das »Hineintragen sozialismusfeindlicher Inhalte, Schwerpunkt: Menschenrechtsproblematik« und den »Nachweis der Existenz und des Wirkens einer sogenannten staatlich unabhängigen Friedensbewegung in der DDR«.[327] Die Stasi-Mitarbeiter sollten solche Umtriebe nicht etwa verhindern, sondern hatten, »strikt nach dem Grundsatz zu handeln, jegliches direkte Eingreifen zur Unterbindung von Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte zu vermeiden«. Die SED würde für »ein deutliches Übergewicht progressiver Kräfte« sorgen und eine »offensive ideologische Auseinandersetzung« führen. Das Resümee: »Alles ist so zu organisieren und durchzuführen, dass der Olof-Palme-Friedensmarsch zu einem politischen Erfolg für die Friedenskräfte wird und politisch negative Wirkungen auf den Besuch [Honeckers in der BRD] möglichst ausgeschlossen werden.«[328] So wurde tatsächlich weitgehend verfahren und mit dem Friedensmarsch kam es zu »den ersten legalen Demonstrationen der Opposition in vielen Orten der DDR«.[329]

Ebenfalls im Zusammenhang mit Honeckers Reiseplänen stand die Abschaffung der Todesstrafe[330] (die in der DDR zuletzt 1981 vollstreckt worden war) und eine umfassende Amnestie, die am 17. Juli angekündigt und ab Oktober 1987 realisiert werden sollte.[331] Es war die umfassendste Amnestie in der Geschichte der DDR: Über 80 Prozent aller Häftlinge, 22 300 der insgesamt 28 000 Strafgefangenen, von denen etwa 4 Prozent nach

---

[324] Ebenda, Bl. 47.

[325] Ebenda, Bl. 21. Beide waren bei einer Dienstkonferenz zur »politischen Untergrundtätigkeit« als Kern von »militanten Führungskräften der Bundespartei ›Die Grünen‹« bezeichnet worden, die für »die gegnerischen Hauptaktivitäten« verantwortlich seien. [Rudi Mittig:] Referat zur Dienstkonferenz am 20.3.1985: Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 des Genossen Minister zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 5082, S. 9.

[326] Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 54.

[327] Ebenda, Bl. 55–57.

[328] Ebenda, Bl. 60–63.

[329] Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR (Anm. 180), S. 690.

[330] Beschluss des Staatsrats über die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR v. 17.7.1987; GBl. DDR I, S. 192.

[331] Offiziell wurde sie aus Anlass des 38. Jahrestages der DDR verkündet; Befehl 11/87: Aufgaben und Maßnahmen zur Durchsetzung der vom Staatsrat der DDR am 17.7.1987 beschlossenen allgemeinen Amnestie aus Anlass des 38. Jahrestages der Gründung der DDR v. 17.7.1987; BStU, MfS, BdL/Dok. 8703.

Ermittlungsverfahren des MfS verurteilt worden waren,[332] würden freigelassen werden.[333] Unter den betreffenden Personen waren viele wegen Diebstahls Verurteilte, aber auch schwere Gewaltverbrecher und ebenso Menschen, denen die Flucht aus der DDR misslungen war. Die tatsächlichen Entlassungszahlen waren sogar noch höher als angekündigt.[334]

Laut Mielke war das Ziel dieser Maßnahme, die »innere Stabilität der DDR […] international zu demonstrieren« und »auch in Bezug auf die Menschenrechtsproblematik stärker in die Offensive zu kommen«.[335] Das Amnestievorhaben hatte in der Gesellschaft wegen der Freilassung einer großen Zahl von Kriminellen keine Begeisterung, sondern Beunruhigung ausgelöst.[336] Auch in der Staatssicherheit gab es offenbar starke Bedenken, denn der Minister warnte: »Die Beschlüsse der Partei sind für uns Gesetz. […] In keinem Dienst- und Parteikollektiv darf zugelassen werden, dass über die Notwendigkeit und Richtigkeit der Amnestie diskutiert und […] lamentiert wird.«[337] Und selbst die inhaftierten Übersiedler waren eher bestürzt als erfreut, weil sie mit dem Ende ihrer Haft in die DDR entlassen werden würden, nicht wie erhofft in die Bundesrepublik.[338] Damit wuchs die Zahl derjenigen, die innerlich mit der DDR gebrochen hatten, sie aber nicht verlassen konnten, und deshalb ein schwer kalkulierbares Unruhepotenzial bildeten. Mielke gab deshalb die Anweisung:

> »Wird im Ergebnis des Differenzierungsprozesses erarbeitet, dass der Amnestierte trotz Ausschöpfung aller Möglichkeiten nicht von der Übersiedlungsabsicht Abstand nimmt, nicht zu disziplinieren ist und keinen Nutzen mehr für die Gesellschaft bringt, sind im besonderen Ausnahmefall […] Vorschläge zur Übersiedlung gemäß meiner Dienstanweisung Nr. 2/83 an den Leiter der ZKG [Zentralen Koordinierungsgruppe] zu übersenden.«[339]

Am Ende seiner Ausführung auf der Kollegiumssitzung kam Mielke noch auf die Lage in der Sowjetunion zu sprechen und verwies auf »antisowjetische Demonstrationen«, die wenige Tage zuvor im Baltikum stattgefunden hatten. Das MfS habe die Genossen in den anderen sozialistischen Staaten immer davor gewarnt, dass »die politisch-ideologische Diversion unterschätzt wird«. Daran zu erinnern, gebe es nun aber auch in der DDR »einen sehr aktuellen Grund«: Am heutigen Tag werde »das gemeinsame Dokument der Aka-

---

332 Errechnet nach den Angaben bei Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 72.

333 Vgl. dazu und zum Folgenden Raschka: Justizpolitik (Anm. 183), S. 233–248.

334 Aus dem Strafvollzug wurden 24 621 Personen entlassen, weitere 2 741 bereits Verurteilte mussten die Haft nicht antreten. Aus der Untersuchungshaft wurden 1 753 Personen entlassen, ihre Strafverfahren wurden eingestellt. Vgl. Amnestie wurde abgeschlossen. In: Neues Deutschland v. 14.12.1987.

335 Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 64 f.

336 Dass dies in vielen Einzelfällen berechtigte Befürchtungen waren, ist daran ablesbar, dass bis Juni 1988 von amnestierten Straftätern 23 Morde, 109 Vergewaltigungen und 94 Fälle von Kindesmissbrauch begangen wurden. Vgl. Raschka: Justizpolitik (Anm. 183), S. 245.

337 Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 68 f.

338 Vgl. Raschka: Justizpolitik (Anm. 183), S. 246 f.; Fricke, Karl Wilhelm: Bilanz der DDR-Amnestie ’87. In: Deutschland Archiv 21(1988)2, S. 117–119.

339 Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 78. In der erwähnten DA war für bestimmte Ausnahmefälle, in denen Übersiedlungsersuchende allzu unbequem wurden, die Erteilung einer Ausreisegenehmigung durch den Minister vorgesehen. Vgl. DA 2/83 zur Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen, sowie für die vorbeugende Verhinderung, Aufklärung und wirksame Bekämpfung damit im Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 13.10.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7770, dokumentiert in: Lochen; Meyer-Seitz (Hg.): Die geheimen Anweisungen (Anm. 157), S. 119 f.

demie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD ›Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‹ veröffentlicht«.[340] Trotz dieser Ankündigung ist Mielke auf das SED-SPD-Papier[341] nicht weiter eingegangen, aber der Kontext, in dem er es erwähnt hat, war auch ein Kommentar. Mehr wäre für ihn seinerzeit auch kaum möglich gewesen, da das Papier von Honecker gelobt und vom Politbüro in einer Sitzung gebilligt worden war. An dieser Sitzung hatte er selbst wegen Urlaubs nicht teilgenommen.[342]

Warum die SED-Führung sich auf dieses Papier eingelassen hat, wäre eine längere Erörterung wert: ein Papier, in dem sich beide Seiten gegenseitig »Reformfähigkeit« bescheinigten, obwohl sie doch gar keine Reformnotwendigkeit in der DDR sah und selbst den Terminus sonst vermied, in dem »offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme« und »umfassende Informiertheit der Bürger« proklamiert und der »Abbau von Feindbildern« verlangt wurde. Die These von Reißig klingt einleuchtend, dass die führenden Genossen die innenpolitische Brisanz dieses Dokuments gar nicht begriffen haben, weil sie allein auf die friedenspolitischen Aspekte und die Vertiefung der Beziehungen zur SPD fixiert waren.[343]

Die skizzierten Entwicklungen im Umfeld von Honeckers Reise in die Bundesrepublik hätten Anzeichen für eine beginnende Tauwetterperiode in der DDR sein können. Niemand befürchtete wahrscheinlich stärker als die Staatssicherheit, dass sie so verstanden würden, hätte das doch eine nicht mehr zu kontrollierende Eigendynamik auslösen können. Aber so weit kam es vorerst nicht. Schon bald, nachdem mit dem Besuch in Bonn »der Höhepunkt in der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen« (Erich Honecker[344]) erreicht worden war, ging es abwärts.

2 Unterdrückung von Reformhoffnungen

Innenpolitisch war die Periode 1987 bis Sommer 1989 und damit auch der repressive Handlungsspielraum der Staatssicherheit keineswegs einheitlich. 1987 war ein Jahr, in dem Hoffnungen auf Veränderung der erstarrten Verhältnisse aufkamen und die Wirkungsmöglichkeiten der Sicherheitsorgane eingeschränkt wurden. In den Jahren danach bemühte sich die SED-Führung, alle weitergehenden Erwartungen zu enttäuschen. Die Repression nahm wieder zu, aber zugleich mehrten sich die Anzeichen, dass die Fügsamkeit der Bürger im Nachlassen begriffen war. Auch verdichteten sich die deutsch-deutschen Kontakte, unter anderem durch die steigende Zahl von Westreisen. Hinter den Kulissen aber bemühte sich die Staatssicherheit, den jeweiligen politischen Vorgaben zu folgen und zugleich ihren »Sicherungsauftrag« zu erfüllen.

Das SED-SPD-Papier hatte dazu beigetragen, dass wieder Reformhoffnung aufkeimte. In der Bundesrepublik war das Papier kurzzeitig kontrovers diskutiert worden, hatte aber keine größere Bedeutung erlangt. Für die DDR als einer ideologisch legitimierten Diktatur waren dagegen auch Feinheiten der Terminologie von Relevanz, die Risse in der Herrschaftsideologie öffneten. Der »Abbau von Feindbildern« etwa oder die These von der »Friedensfähigkeit des Imperialismus« rührten an zentrale Dogmen der einzig wahren Lehre. Zudem bestand eine historische Situation, in der wegen der wachsenden Gegensätze

[340] Erich Mielke: Ausführungen auf der erweiterten Kollegiumssitzung v. 27.8.1987; BStU, MfS, ZAIG 8705, Bl. 2–112, hier 110.

[341] Dokumentiert in: Deutschland Archiv 21(1988)1, S. 86–91.

[342] Vgl. Reißig, Rolf: Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Frankfurt/M. 2002, S. 89–93.

[343] Vgl. ebenda, S. 91 f.

[344] Andert; Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör (Anm. 231), S. 343.

zwischen sowjetischer Vormacht und deutschem Satellitenstaat von aufmerksamen Bürgern auf jedes Zeichen geachtet wurde, das ein Ende der Abgrenzungspolitik der SED-Führung zu dem östlichen Reformprozess signalisieren könnte. Ähnlich wie in den ersten Tagen nach dem Januar-Plenum der KPdSU wurde die Veröffentlichung des SED-SPD-Papiers im »Neuen Deutschland« von Parteimitgliedern als Signal missverstanden, dass ihre Führung möglicherweise dem sowjetischen Vorbild folgen würde. Die Stasi berichtete, dass gerade von »Mitgliedern und Funktionären älterer Jahrgänge« diese Entwicklung mit Sorge beobachtet würde, weil es Ziel der SPD sei, in der DDR »destabilisierende Wirkungen zu erreichen«.[345] Unter Mitgliedern der Intelligenz dagegen, so die Hauptabteilung XX, wurde das Papier als erfreuliches Zeichen dafür interpretiert, dass die SED nun langsam auf den sowjetischen Reformkurs einschwenken würde.[346]

Distanzierung von Glasnost und Perestroika

Solche Hoffnungen zu enttäuschen wurde wiederum der ZK-Sekretär für Ideologie, Kurt Hager, vorgeschickt. Er hatte bereits im April 1987 in einem Interview versucht, mit seiner berühmten Tapeten-Metapher die Irrelevanz der sowjetischen Reformpolitik für die DDR und damit die Vergeblichkeit damit verknüpfter Erwartungen zu verdeutlichen.[347] Jetzt war sein Part, in einer Rede vor Parteifunktionären die ideologischen Kompromisse, auf die sich die SED-Verhandlungsdelegation von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften eingelassen hatte, zu relativieren und zurückzunehmen.[348] Das hat nicht sofort gewirkt, aber als sich entsprechende Signale aus dem ZK-Apparat mehrten, erstickten einmal mehr die Diskussionen über die Zukunft des eigenen Systems.[349]

Zu der symbolischen Politik, die in diesen Wochen betrieben wurde, gehörten wütende Attacken im »Neuen Deutschland« und in der »Jungen Welt« (der Tageszeitung der FDJ) auf den antistalinistischen Film »Die Reue« von Tengis Abuladse, der in der DDR nicht aufgeführt wurde, aber im Oktober 1987 im Westfernsehen ausgestrahlt worden war.[350] Die Polemik gegen diesen bedeutenden Film (dessen Regisseur dafür ein halbes Jahr später in der UdSSR mit dem »Lenin-Preis« ausgezeichnet wurde) war eine überaus deutliche Abgrenzung von der beginnenden Aufarbeitung der Vergangenheit in der Sowjetunion, die selbstverständlich in erster Linie an das eigene Publikum gerichtet war. Die Zeit, in der ein derartiges Zeichen allgemein schweigsam hingenommen wurde, war allerdings bereits vorbei. Eine Fülle empörter Leserbriefe ging etwa an die »Junge Welt«. Mit kurzer

[345] Vgl. ZAIG: Hinweise über beachtenswerte Aspekte aus der Reaktion der Bevölkerung auf das von der SED und der SPD gemeinsam erarbeitete Dokument: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit v. 24.9.1987; BStU, MfS, ZAIG 4230, Bl. 1–9.

[346] Vgl. die Zusammenfassung bei Reißig: Dialog durch die Mauer (Anm. 342), S. 120–123.

[347] Hager hatte auf eine entsprechende Frage geantwortet: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?« Interview mit Kurt Hager. In: Stern v. 9.4.1987; nachgedruckt (in erweiterter Fassung) in: Neues Deutschland v. 10.4.1987, S. 3.

[348] Hager, Kurt: Referat auf einer Parteiaktivtagung des Bezirksparteiorganisation Frankfurt (Oder). In: Neues Deutschland v. 28.10.1987.

[349] Reißig: Dialog durch die Mauer (Anm. 342), S. 123–203.

[350] Erstausstrahlung im ZDF am 13.10.1987; die Rezensionen erschienen in: Junge Welt v. 28.10.1987 und in: Neues Deutschland v. 31.10.1989. Bereits im Mai 1987 war »Die Reue« mit dem Großen Preis der Jury in Cannes ausgezeichnet worden. Vgl. zu Abuladses Film und zum damaligen Stand der Auseinandersetzung in der Sowjetunion Davies, Robert: Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie. München 1991, S. 117–119 u. 160–180. Zur damaligen Stimmung in der DDR vgl. Kleinschmid, Harald: Rückzugsgefechte der alten Männer. In: Deutschland Archiv 20(1987)11, S. 1121–1123.

Verzögerung landeten sie, nachdem sie beantwortet worden waren, im Original in der Hauptabteilung XX des MfS.[351]

Auf dem wenig später, vom 24. bis zum 26. November 1987, stattfindenden X. Schriftstellerkongress der DDR, hat sich selbst der Verbandspräsident Hermann Kant von der halbamtlichen Polemik vorsichtig distanziert.[352] Vor allem aber ist von anderen auf diesem Kongress der Verlust beklagt worden, den das Hinausdrängen kritischer Kollegen bedeutete, und es wurde scharfe Kritik an der Zensur geübt. Günter de Bruyn forderte ebenso ihre Abschaffung wie Christoph Hein, der überaus klare Worte fand:

> »Die Zensur der Verlage und Bücher, der Verleger und Autoren ist überlebt, nutzlos, paradox, menschenfeindlich, volksfeindlich, ungesetzlich und strafbar. [...] Das Genehmigungsverfahren, die Zensur muss schnellstens und ersatzlos verschwinden, um weiteren Schaden von unserer Kultur abzuwenden, um nicht unsere Öffentlichkeit und unsere Würde, unsere Gesellschaft und unseren Staat weiter zu schädigen.«[353]

So scharf formulierte sonst keiner, aber besonders in den (nichtöffentlichen) Arbeitsgruppen des Kongresses wurde auch von verschiedenen anderen Rednern deutliche Kritik geübt an der Distanzierung von der sowjetischen Stalinismusdebatte, an der stupiden veröffentlichten Meinung und an dem Unwillen zu selbstkritischer Reflexion. Dass diese Texte im darauffolgenden Jahr in der DDR veröffentlicht werden konnten, ist auch ein Zeichen dafür, dass die Dinge knapp unter der Oberfläche in Bewegung geraten waren.[354]

In einer anschließenden Auswertung durch Kurt Hager und Ursula Ragwitz, der Abteilungsleiterin für Kultur im ZK-Apparat, wurde in gewohnter Manier fast nur das zur Kenntnis genommen, was dem eigenen Weltbild entsprach, und widersprechende Beobachtungen an den Rand gedrängt: Der Kongress habe »das enge Vertrauensverhältnis« der Schriftsteller zur SED bestätigt, wenngleich »es vereinzelte Versuche gab, bestimmte oppositionelle Stimmungen in den Kongress zu tragen«. Es hätten doch tatsächlich »Günter de Bruyn im Plenum und Christoph Hein in einer Arbeitsgruppe behauptet, dass es bei uns eine Zensur gäbe«.[355] Die Staatssicherheit mochte in einer Stellungnahme zu diesem Papier der Behauptung nicht widersprechen, dass es »ein parteiverbundener Kongress war«, gab sich aber stärker beunruhigt: »Der Inhalt einiger Diskussionsbeiträge im Plenum bzw. in den Arbeitsgruppen folgte in der Tendenz Grundlinien der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR«, so bei der »demagogische[n] Berufung auf die Politik der UdSSR« und »klassenindifferente[n] Debatten um bürgerliche Freiheiten und Rechte«. Es sei »damit zu rechnen, dass die von negativen Kräften auf dem Schriftstellerkongress vertretenen Argumentationslinien in wachsender Breite aufgegriffen und Wirkungen erzielt werden«.[356] Diese Vermutung sollte sich als zutreffend erweisen. So wurde aus den Be-

---

[351] Vgl. BStU, MfS, HA XX 10786, Bl. 1–197.

[352] Es war freilich nicht mehr als eine Nebenbemerkung in einer sonst apologetischen Rede; vgl. Kant, Hermann: Rede. In: X. Schriftstellerkongress der Deutschen Demokratischen Republik. Plenum. Hg. v. Schriftstellerverband der DDR. Berlin (Ost) u. Weimar 1988, S. 21–52, hier 47; vgl. zusammenfassend Kleinschmid, Harald: Probelauf für Glasnost – Zum X. Schriftstellerkongress der DDR. In: Deutschland Archiv 21(1988)1, S. 53–59.

[353] Hein, Christoph: Redebeitrag. In: X. Schriftstellerkongress (Anm. 352), S. 224–247.

[354] Die Berichterstattung in den DDR–Medien über den Kongress allerdings war ein bodenloses Beispiel für die dort kritisierten Methoden; vgl. die Dokumentation in: Deutschland Archiv 21(1988)1, S. 103–108.

[355] Kurt Hager und Ursula Ragwitz: Information über den X. Schriftstellerkongress der DDR. Vorlage für das Sekretariat des Zentralkomitees der SED v. 4.12.1987; BStU, MfS, HA XX AKG 852, Bl. 52–59.

[356] Meinungsäußerung zur Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED zum X. Schriftstellerkongress v. 7.12.1987; handschriftlicher Vermerk: *bestätigte Fassung!*; o. Verf.; BStU, MfS, HA XX AKGB 852, Bl. 48–51. Mit gleicher Tendenz der Bericht der Abteilung XX/7 der BVfS Berlin, dem die Berichte von

zirksverwaltungen für Staatssicherheit in Gera und in Rostock über die Rezeption des Kongresses in den dortigen Schriftstellerverbänden berichtet, dass gerade die kritischen Stellungnahmen zur Zensur und zur Distanzierung von der sowjetischen Reformpolitik auf Zustimmung gestoßen sind. An dem Kongress wurde vor allem bemängelt, dass er als »Aushängeschild« fungiert habe, während sich faktisch wenig zum Positiven verändere.[357]

Attacke gegen Bürgerrechtler

Parallel zum Schriftstellerkongress setzte die Staatssicherheit ein ganz anderes Zeichen: Am Eröffnungstag des Kongresses durchsuchte sie einen der bekanntesten Treffpunkte der Bürgerrechtsbewegung, die »Umweltbibliothek« in der Berliner Zionskirche, und nahm vier Personen fest. Die Erlaubnis, gegen den »grenzfall«, der Zeitschrift der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), vorzugehen, hatte die Parteiführung, wahrscheinlich Honecker selbst, erst nach langem Zögern erteilt.[358] Das Ganze wurde zu einem Desaster: Der Versuch, die Drucker des »grenzfalls« auf frischer Tat zu ertappen, scheiterte, und angesichts einer Solidaritätswelle im In- und Ausland mussten die Staatsorgane alle Bürgerrechtsaktivisten nach wenigen Tagen freilassen und die Ermittlungsverfahren einstellen.[359]

Dieser Misserfolg hinderte SED und Staatssicherheit nicht daran, im Januar 1988 einen ähnlichen, freilich sehr viel größeren Versuch zu starten. Anlass war ein Vorhaben von Ausreisewilligen aus der Gruppe »Staatsbürgerschaftsrecht«, die alljährliche Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar zu nutzen, um ihrem Anliegen maximale Aufmerksamkeit zu verschaffen.[360] Aus Sicht der Staatssicherheit zeichnete sich hier das lange befürchtete Zusammengehen von Bürgerrechtsgruppen und Ausreisewilligen ab. Der rationale Kern solcher Befürchtungen war, dass seit 1987 Antragsteller auf Ausreise Kontakt zu Bürgerrechtlern suchten, in der Hoffnung auf Verständnis und Hilfe in ihrer schwierigen Situation, aber auch weil sie sich aus solcher Nähe eine Beförderung ihres Anliegens vor der Staatsmacht erwarteten. Insbesondere oppositionelle Pfarrer boten auch diesen Gruppen in ihren Gemeinden Rat und ein Schutzdach für Gesprächskreise. Ausreisewillige beteiligten sich an Friedensgottesdiensten, die einen stark bürgerrechtlichen Gehalt hatten, und ebenso an Demonstrationen, die von Oppositionellen organisiert wurden. Auch haben manche Bürgerrechtsorganisationen sich für Ausreisewillige geöffnet, so etwa die Initiative Frieden und Menschenrechte, die im Herbst

---

sieben IM zugrunde liegen: Information über den X. Schriftstellerkongress der Deutschen Demokratischen Republik vom 24. Nov. bis 26. Nov. 1987 v. 2.12.1987; BStU, MfS, HA XX AKG 852, Bl. 60–62.

357 Vgl. die beiden Berichte der Abteilungen XX/7 der BVfS Rostock und Gera v. 18.12.1987 bzw. v. 11.4.1988; BStU, MfS, HA XX AKG 852, Bl. 26–28 u. 41–45.

358 So im Nachhinein ein anonymer Mitarbeiter der HA XX, der berichtete, sie hätten sich mehr als ein Jahr lang darum bemüht, von der SED-Führung die Erlaubnis zur Verhängung einer Ordnungsstrafe wegen der Veröffentlichung des »grenzfalls« zu erhalten. Im November 1987 seien sie dann angewiesen worden, strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten. Interview in: Wilkening, Christina: Staat im Staate. Auskünfte ehemaliger Stasi–Mitarbeiter. Berlin 1990, S. 52–87, hier 59 f.

359 Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von »aktuell« bis »Zwischenruf«. In: Ders. (Hg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Berlin 2002, S. 21–105, hier 91 f.; Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR (Anm. 180), S. 694–696; Weißhuhn: Reinhard: Der Einfluß der bundesdeutschen Parteien auf die Entwicklung widerständigen Verhaltens in der DDR der achtziger Jahre. Parteien in der Bundesrepublik aus der Sicht der Opposition in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. VII, S. 1853–1949, hier 1905 f.

360 Vgl. ebenda, S. 1908 f.

1987 die erwähnte Gruppe »Staatsbürgerschaftsrecht« eingerichtet hatte.[361] Auf der anderen Seite gab es gerade in den Bürgerrechtsgruppen starke Vorbehalte gegen zu enge Kooperation, obwohl die Legitimität des Anspruchs, das Land auf eigenen Wunsch verlassen zu können, als Menschenrecht respektiert wurde. Man befürchtete aber, dass das eigene Ziel, im Land zu bleiben und die Verhältnisse demokratisch zu verändern, überdeckt würde, und fühlte sich zum Teil durch fremde Interessen funktionalisiert.[362]

Zurück zur Januardemonstration: Der Plan, sie mit einer Aktion für Ausreisefreiheit zu verbinden, kam der SED-Bezirksleitung Berlin zu Ohren, wahrscheinlich über die Berliner Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, deren IM in diesem Milieu sehr aktiv waren. Aus Sicht der Parteikader war das Blasphemie.[363] Entsprechend alarmiert reagierten sie. Die Sicherheitsorgane wurden beauftragt Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Günter Schabowski, informierte Honecker.[364] Es sollten »Filtrierungspunkte« eingerichtet werden, »mit dem Ziel, Personen mit provokatorischen Sichtelementen herauszulösen und zuzuführen«. So geschah es und einiges mehr.[365] Dabei lösten die über hundert Festnahmen genau den Skandal aus, der hatte vermieden werden sollen. Es kam zu einer ersten Solidarisierungswelle, in kirchlichen »Fürbittandachten« wurde die Freilassung der Inhaftierten gefordert, und in der Bundesrepublik protestierten die SPD-Bundestagsfraktion und die Grünen gegen die Repression.[366] Aber offenbar hatte die SED-Führung beschlossen, diesmal hart zu bleiben, ja sogar noch schärfer zu reagieren. Zwar wurden die meisten verhafteten Ausreisewilligen in die Bundesrepublik abgeschoben, aber einige festgenommene Bürgerrechtler blieben in Haft.

Von der Staatssicherheit wurde die Aktion als Beweis dafür gesehen, dass Ausreise- und Bürgerrechtsbewegung künftig enger kooperieren würden. Bestätigt sah sie sich durch ein abgehörtes Telefongespräch, das in den entscheidenden Tagen zwischen Roland Jahn, einem ihrer »Hauptfeinde« im Westen, und Wolfgang Rüddenklau von der »Umweltbibliothek« geführt wurde, in dem es genau um diesen Punkt ging. Roland Jahn war ein für die DDR-Opposition sehr engagierter Journalist aus Westberlin, der 1983 aus Jena in den

---

361 Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR (Anm. 180), S. 671–677.

362 Wolfgang Rüddenklau von der »Umweltbibliothek« berichtet eine in dieser Beziehung interessante Anekdote: Etwa ein Drittel ihrer Bücher sei von Übersiedlungswilligen ausgeliehen (und nicht zurückgegeben) worden, weil die meinten, wenn solche Bücher bei Hausdurchsuchungen gefunden würden, dann werde der Staat schneller darauf verzichten, sie zurückzugewinnen. Vgl. Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. Mit Texten aus den »Umweltblättern«. Berlin 1992, 2.Aufl., S. 176.

363 In einem Kommentar im Zentralorgan der SED wurde argumentiert: »Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt.« Autor des Kommentars war Heinz Kamnitzer (1917–2001), Präsident des PEN-Zentrums und außerdem als IMB »Georg« inoffiziell für das MfS, HA XX/7, tätig. Kamnitzer, Heinz: Die Toten mahnen. In: Neues Deutschland v. 28.1.1988. Zum Autor vgl. Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Handbuch. Bonn 2000 (Sonderausgabe), S. 408; Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 803 u. 810–814.

364 Vgl. Abteilung Parteiorgane des ZK der SED: Information über beabsichtigte Provokation von Antragstellern in Berlin, 14.1.1988; SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2039/312 (Büro Krenz), Bl. 41–44.

365 Zusammenfassend aus der Perspektive der Sicherheitsorgane: Information 28/88 v. 18.1.1988 über die Unterbindung von unter Missbrauch der Kampfdemonstration der Berliner Werktätigen am 17.1.1988 geplanten provokatorisch-demonstrativen antisozialistischen Aktivitäten; BStU, MfS, ZAIG 3632, Bl. 1–7.

366 Vgl. Weißhuhn: Der Einfluß der bundesdeutschen Parteien (Anm. 359), S. 1943; die tageszeitung v. 18., 19. u. 21.1.1988.

Westen abgeschoben worden war.[367] Er hatte versucht, seinem Ostberliner Gesprächspartner klarzumachen, dass man jetzt die Kräfte von Bürgerrechts- und Ausreisegruppen bündeln müsse, war bei Rüddenklau jedoch auf taube Ohren gestoßen.[368] Das hat die Staatssicherheit ignoriert.

Am nächsten Tag, dem 25. Januar 1988, wurden weitere Personen verhaftet, die von der Staatssicherheit schon lange dem »harten Kern« der Bürgerrechtsbewegung zugerechnet wurden (Freya Klier, Bärbel Bohley, Wolfgang und Regine Templin, Werner Fischer und Ralf Hirsch).[369] Die Begründung war, sie hätten »nachrichtendienstliche Verbindungen« zu Roland Jahn unterhalten. Entsprechend wurde auch der SED-Apparat informiert.[370] Der Vorwurf des »Verdachts auf landesverräterische Beziehungen« gegen Oppositionelle war in dieser Zeit ungewöhnlich.[371] Da das Gesetzbuch für entsprechende Straftatbestände bis zu 12 Jahre Gefängnis vorsah, sollten die Inhaftierten offenbar damit eingeschüchtert und dazu bewegt werden, einen Ausreiseantrag zu stellen. Außerdem wurden zehn Demonstrationsteilnehmer in Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verurteilt. Man kann annehmen, dass die Führung der Staatssicherheit, die seit Jahren darüber schwadroniert hatte, dass entsprechende Informationen gesammelt werden müssten, um zu einem politisch geeigneten Zeitpunkt zuschlagen zu können, sich am Ziel eines ihrer Wünsche glaubte.[372] Doch wieder kam es anders. In vielen Teilen der DDR wurden Fürbittgottesdienste für die Inhaftierten veranstaltet, so unter anderem in Berlin, Cottbus, Dresden, Eisenach, Erfurt, Finsterwalde, Freiberg, Fürstenwalde, Greifswald, Güstrow, Halle, Jena, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg, Naumburg, Potsdam, Saalfeld, Schwedt, Spremberg, Torgau, Weimar, Wismar und Zwickau.[373] Allein zu den Veranstaltungen in Berlin kamen mehrere Tausend Teilnehmer. Zudem protestierten Vertreter aller bundesdeutschen Parteien und auch die Bundesregierung schaltete sich über den zuständigen Staatssekretär Rehlinger ein.

Dann folgte die Kehrtwendung: Am 2. Februar, einem Dienstag, an dem das Politbüro zusammentraf, wurde bekannt gegeben, dass Stefan Krawczyk und Freya Klier in die Bundesrepublik ausreisen konnten.[374] Zuvor waren sie mithilfe ihres Anwalts, Wolfgang Schnur alias IM »Dr. Ralf Schirmer«, zu einem entsprechenden Antrag erpresst worden. Zwei Tage später folgten die anderen, die man sogar ohne Ausreiseantrag freilassen musste.

---

367 Zu Roland Jahns Rolle vgl. Kowalczuk: Von »aktuell« bis »Zwischenruf« (Anm. 359), S. 37–40 u. 587. Rüddenklau war einer der wichtigsten Aktivisten in der Ostberliner Bürgerrechtsszene; vgl. Müller-Enbergs; Wielgohs; Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? (Anm. 363), S. 719.

368 Rüddenklau berichtet über das Telefongespräch mit Jahn auf Basis einer Abschrift, die er in seinen MfS-Akten gefunden hat. Tatsächlich hat die »Umweltbibliothek« anschließend den Kontakt mit Ausreisewilligen abgebrochen. Vgl. Rüddenklau: Störenfried (Anm. 362), S. 172 f. u. 176 f.

369 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 27.1.1988.

370 Vgl. Egon Krenz: Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros v. 29.1.1988; Anlage: Zur Festnahme von Personen wegen des begründeten Verdachts landesverräterischer Beziehungen; SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2039/312 (Büro Krenz), Bl. 50–57.

371 Im Jahr 1983 war allerdings gegen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe von »Frauen für den Frieden« ebenfalls nach § 99 StGB ermittelt worden.

372 Erinnert sei etwa an Mielkes Äußerung: »Wir müssen jederzeit wissen, wo sie sich aufhalten, damit, wenn in der gegebenen Situation die Befehle erteilt werden, die notwendigen Maßnahmen eben auch mit aller Konsequenz und mit vollem Erfolg durchgesetzt werden können.« Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984; BStU, MfS, BdL/Dok. 132, S. 163.

373 Vgl. Information 66/88 v. 3.2.1988 über die aktuelle Situation im Zusammenhang mit der Realisierung strafprozessualer Maßnahmen gegen feindlich-negative Personen; BStU, MfS, ZAIG 3639, Bl. 5–13; Der Spiegel v. 1.2.1988, Nr. 5, S. 25; Frankfurter Rundschau v. 1.2.1988.

374 DDR auf dem Wege in die BRD verlassen. In: Neues Deutschland v. 3.2.1988.

Einzige Bedingung: zeitweiliger Aufenthalt in der Bundesrepublik oder im westlichen Ausland. Bärbel Bohley erklärte nach ihrer Ankunft im Westen:

> »Unter der Voraussetzung, dass wir Staatsbürger der DDR bleiben und uns eine Wiedereinreise in die DDR nach spätestens sechs Monaten möglich ist, haben wir einen Reisepass der DDR beantragt. Dieser wurde uns gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der DDR genehmigt. Aufgrund der besonderen Umstände haben wir diesem Kompromiss zugestimmt.«[375]

Diese Ereignisse wurden in der Staatssicherheit am 9. März 1988 in einer erweiterten Kollegiumssitzung erörtert.[376] Mielke stand vor der schwierigen Aufgabe, den Misserfolg der ganzen Aktion so zu erklären, dass möglichst wenig am MfS hängen blieb. Als dramaturgischen Einstieg behauptete er, der »Gegner«, ohne ihn konkret zu benennen, würde »ein engeres, möglichst einheitliches und abgestimmtes Zusammenwirken« zwischen Übersiedlungswilligen, Oppositionellen und »reaktionären kirchlichen Kreisen« anstreben.[377] Die reale Befürchtung der Staatssicherheit, es könne zwischen risikobereiten Übersiedlungswilligen, die über eine gewisse »Massenbasis« in der DDR verfügten, und den bisher noch marginalisierten Bürgerrechtlern zu einem Bündnis kommen, wurde so in einen virtuellen Strategen auf der Gegenseite projiziert. Offenbar hatte Mielke mit dieser Argumentation die Zustimmung Honeckers (umschrieben als »zentrale Entscheidung«) gewonnen, »nicht nur gegen die Provokateure vom 17. Januar 1988, sondern auch gegen einige ihrer Hintermänner strafprozessuale Maßnahmen durchzuführen. Der Schlag richtete sich also vor allem gegen Mitglieder des Führungskerns«.[378] Dieser Schlag war ins Wasser gegangen. Folgende Gründe nannte Mielke: Erstens habe »der Gegner« (offenbar mit Erfolg) versucht, »die Ergebnisse der Reise des Genossen Honecker in die BRD […] in Misskredit zu bringen«.[379] Zweitens habe es »internationale Reaktionen« von Kräften gegeben, mit denen die DDR »auch künftig im Interesse der Fortsetzung unserer außenpolitischen Linie zusammenarbeiten« muss. Damit waren vermutlich die SPD und die Grünen gemeint. Und drittens sei »ein gewisser Solidarisierungseffekt« unter den »feindlich-negativen Kräften« erfolgt: »Er widerspiegelte sich in einer ständig wachsenden Zahl von Teilnehmern der sogenannten Solidaritätsandachten und Fürbittgottesdienste, in zahlreichen Eingaben und sogenannten Protesterklärungen an zentrale Partei- und Staatsorgane (mehr als 800), in ca. 150 Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung«.[380]

Damit räumte Mielke ein, dass die Staatssicherheit vor einer Solidaritätsbewegung von Bürgerrechtlern und kritisch engagierten Kirchenleuten, die in der Bundesrepublik Unterstützung fand, auf Weisung der SED-Führung zurückweichen musste. Das war neu, wenngleich in den ganzen achtziger Jahren galt, dass bei offener Repression Gesichtspunkte politischer Opportunität vom MfS strikt zu beachten waren.

Selbstverständlich bedeutete das nicht, dass die Sicherheitsorgane die Waffen ins Korn geworfen hätten. Vielmehr sollte die Schlappe wieder wettgemacht werden. Schon im Vorfeld der Kollegiumssitzung hatte die Hauptabteilung XX/5 einen Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) »Heuchler« zur Überwachung der in den Westen ausgereisten Bürger-

---

375 Zit. nach: Der Tagesspiegel v. 7.2.1988.

376 Zuvor hatte aus aktuellem Anlass am 25.2.1988 bereits eine zentrale Dienstberatung stattgefunden, auf der jedoch fast nur die Ausreiseproblematik thematisiert worden war. Darauf wird noch zurückzukommen sein. (BStU, MfS, BdL/Dok. 5996).

377 Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums am 9.3.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8600, S. 43.

378 Ebenda, S. 44.

379 Ebenda, S. 47.

380 Ebenda, S. 47–49.

rechtler eröffnet.[381] Die in der DDR verbliebenen Berliner Bürgerrechtler wurden von nun an mit erheblichem Kräfteeinsatz in der Aktion »Störenfried« bearbeitet.[382] Den meisten Westreisenden war bekanntlich die Rückkehr garantiert worden. Das war, wie im Zusammenhang mit Bärbel Bohley erwähnt, die Bedingung für ihre Zustimmung zu dieser Kompromisslösung. Auf staatlicher Seite war es eine »zentrale Entscheidung« gewesen. Für Mielke galt es nun, »unter Federführung der Hauptabteilung XX, in engster Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung A, der Hauptabteilung II und der ZKG, eine zielgerichtete, komplexe und zentral abgestimmte Bearbeitung durchzuführen«, »um weitere Beweise für ihr Zusammenwirken mit den politischen Kräften der BRD, den Geheimdiensten und anderen Feindzentren« zu beschaffen. Es gelte, »die erforderlichen Grundlagen zu schaffen, um auch den mit Reisepass ausgereisten Feinden die Staatsbürgerschaft der DDR abzuerkennen«. Mielke fügte hinzu: »Dieser Hinweis ist aber nur für diesen Kreis bestimmt, dem wohl klar sein dürfte, dass diese Personen auch in Zukunft in der DDR nichts mehr zu suchen haben.«[383] Das kann man als verdeckte Distanzierung von Honeckers Entscheidung lesen. Tatsächlich ist auch dieses Vorhaben gescheitert: Ein halbes Jahr später konnten Bärbel Bohley und Werner Fischer allen geheimdienstlichen Bemühungen zum Trotz wieder einreisen, weil die DDR-Führung um ihre Verhandlungsposition auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien fürchtete.[384]

Als Lehre aus diesen Ereignissen war vom Stasi-Chef im März 1988 nicht etwa generell größere Zurückhaltung verordnet worden, sondern vielmehr verschärfte Repression. Es seien »gegen Initiatoren, Organisatoren und Rädelsführer von Zusammenschlüssen bzw. von provokativ-demonstrativen Zusammenrottungen […] in differenzierter Form strafrechtliche Maßnahmen durchzuführen. Das gilt sowohl bezogen auf Übersiedlungsersuchende als auch auf Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit.«[385] Es handelte sich dabei um keine leeren Drohungen. Tatsächlich wurde 1988 zu dem Jahr in dieser Dekade, in dem die meisten Verhaftungen und (nach 1984) Verurteilungen vorgenommen worden sind. Bei den Ermittlungsverfahren konstatierte später die dafür unmittelbar zuständige Hauptabteilung IX »den höchsten Stand seit 1961«.[386]

In der folgenden Tabelle 2 sind auf Basis der »politischen« Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR die Verfahren erfasst, die in den Jahren 1980 bis 1988 zu einer Verurteilung geführt haben. Das heißt, dass sowohl die »Täter« (zumindest in ihrer überwiegenden Mehrheit) wie die Strafverfolgung politisch motiviert waren. Sie machten etwa 90 Prozent der Ermittlungstätigkeit des MfS aus.[387] Dabei wird hier das Anliegen, in die Bundesrepublik überzusiedeln, unabhängig von der individuellen Motivation, als politisch

---

[381] Vgl. Auerbach, Thomas: Abteilung 5. In: Die Hauptabteilung XX (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2008, S. 119 f.

[382] Vgl. Rüddenklau: Störenfried (Anm. 362), S. 11. In den Archivbeständen der BStU findet sich zu dieser Stasi-Aktion, die bis in den Spätherbst 1989 fortgesetzt wurde, eine Fülle von Akten.

[383] Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums am 9.3.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8600, S. 69–70.

[384] Der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Mittig, teilte in einem Schreiben vom Juli 1988 mit, dass »zentral entschieden« worden sei, die Wiedereinreise zu gestatten: »Eine Verweigerung der Wiedereinreise würde von gegnerischen Kräften als eine willkürliche und gesetzwidrige Ausbürgerung aus der DDR dargestellt und zu einer internationalen Diskriminierung der DDR, insbesondere im Zusammenhang mit dem aktuellen Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Wien ausgenutzt werden.« Schreiben Mittigs an die Leiter der Diensteinheiten v. 27.7.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8398.

[385] Erich Mielke: Referat auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums am 9.3.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8600, S. 71.

[386] Joestel, Frank (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung. BStU. Berlin 2004, S. 79.

[387] Vgl. ebenda, S. 15.

betrachtet, weil erst das (nach internationalen Rechtsakten, die von der DDR unterzeichnet worden waren) illegitime staatliche Verbot, ein solches Vorhaben zu realisieren, den Straftatbestand schuf. Ein Fremdkörper ist in dieser Übersicht der Straftatbestand der »Spionage«, dessen justizielle Verwendung in den achtziger Jahren – anders als in früheren Jahrzehnten – im Fall des § 97 StGB einen tatsächlichen geheimdienstlichen Bezug voraussetzte. Nach § 98 (»sonstige Spionage«) wurde gegen »Geheimnisträger« ermittelt, die in den Westen zu fliehen versuchten; sie machten in den achtziger Jahren etwa zwei Fünftel aller »Spionagefälle« aus (siehe Anhang). Dieser Straftatbestand wurde mit aufgenommen, weil die »Spionageabwehr« das zentrale Legitimationsargument für das MfS war (mit Ausnahme der HV A, die selbst Spionage betrieb). Angesichts der Größe des Ministeriums und des unentwegten Gebrauchs des Topos von den »imperialistischen Geheimdiensten« zur Verschleierung innerer Widersprüche sind es bemerkenswert kleine Zahlen, die 1988 sogar in den einstelligen Bereich rutschten. Offenbar hatte die Bekämpfung echter »Westagenten« für das Tagewerk der meisten Stasi-Mitarbeiter allenfalls marginale Bedeutung, was zu ihrer wachsenden Frustration beigetragen hat.

Tabelle 2: Verurteilungen nach MfS-Ermittlungsverfahren 1980–1988 (Zusammenfassung)[388]

Tatbestand	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Spionage (§§ 97, 98)	23	23	21	31	20	28	18	12	7
Informationsdelikte (§§ 99, 100, 219)	239	233	303	465	911	459	317	221	211
Fluchthilfe und Flucht (§§ 105, 132, 213)	800	736	703	637	782	623	584	780	1 191
Straftaten gegen die staatliche Ordnung (§§ 106, 214, 218, 220)	377	349	298	427	970	683	726	613	969
Verurteilungen aus MfS-EV insgesamt (einschließlich hier nicht erfasster §§)	1 696	1 608	1 569	1 862	2 933	2 056	1 900	1 844	2 572

Die Tabelle zeigt zwei Höhepunkte politischer Strafverfolgung: die Jahre 1984 und 1988. In beiden Jahren versuchte man, wachsendem Druck von Ausreisewilligen durch Repression entgegenzuwirken. Verfahren gegen Ausreisewillige machten den ganz überwiegenden Teil der Strafverfolgung aus, weit mehr als an dieser Statistik ablesbar ist. Denn nicht nur die unter »Fluchthilfe und Flucht« genannten Tatbestände kamen gegen sie zur Anwendung, sondern ganz überwiegend auch die hier als »Informationsdelikte« klassifizierten Straftatbestände der »landesverräterischen Nachrichtenübermittlung«, womit vor allem die Meldung von Ausreisewilligen bei westlichen staatlichen und humanitären Einrichtungen pönalisiert wurde, oder der »landesverräterischen Agententätigkeit«, die schon eine entsprechende Kontaktaufnahme unter Strafe stellte. Und auch hinter den »Straftaten gegen die staatliche Ordnung« verbargen sich meist Proteste gegen nicht genehmigte Ausreiseanträge.

[388] In Tabelle 6 auf S. 3 werden die Deliktgruppen nach den Paragraphen des DDR-Strafgesetzbuches aufgeschlüsselt und näher erläutert. Dort finden sich auch Quellenangaben zu den aus Jahresanalysen der HA IX entnommenen Zahlen.

Der Abschreckungseffekt der Strafverfolgung wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durch mehrere Faktoren vermindert: Erwähnt wurde bereits die Praxis des Häftlingsfreikaufs, die das Risiko einer Haftstrafe für die Betroffenen etwas besser kalkulierbar machte. Verstärkt worden ist dieser Effekt noch dadurch, dass anstelle der mit besonders hohen Strafen bewehrten Tatbestände des 2. Kapitels des Strafgesetzbuches (»Verbrechen gegen die DDR«) zunehmend ähnliche Tatbestände aus dem 8. Kapitel (»Straftaten gegen die staatliche Ordnung«) zur Urteilsbegründung herangezogen wurden. Zudem sank in diesem Bereich der Anteil der Freiheitsstrafen. So wurden zum Beispiel im Jahr 1980 noch 84 Prozent der nach § 213 (Ungesetzlicher Grenzübertritt) Angeklagten zu Freiheitsentzug verurteilt, im Jahr 1988 waren es nur noch 26 Prozent. Und schließlich stieg – trotz drakonischer Strafandrohungen – der Anteil der kürzeren Freiheitsstrafen (ein bis zwei Jahre Gefängnis) auf über 90 Prozent.[389]

Die zusammenfassenden MfS-Unterlagen zu den Verurteilungen unterscheiden nicht zwischen Ausreisewilligen und Oppositionellen, die im Lande bleiben und es verändern wollten. Aber in einer Jahresanalyse der Hauptabteilung IX wurde immerhin der Anteil jener neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren benannt, die sich gegen Personen richteten, die eine Übersiedlung zu erreichen oder über die Grenze zu flüchten versucht hatten: Sie machten 1986 72 Prozent, 1987 76 Prozent und 1988 83 Prozent aller Ermittlungsverfahren des MfS aus.[390] Die Zahlen waren bei den Bürgerrechtlern erheblich geringer: Im Jahre 1988 wurden von der Hauptabteilung IX des MfS gegen insgesamt 3 668 Personen Ermittlungsverfahren eingeleitet, davon gegen 1 869 Personen wegen (versuchter) Flucht oder Beihilfe dazu und gegen weitere 1 291 Personen »wegen Straftaten zur Erzwingung der Übersiedlung«, aber nur gegen 38 Personen wegen des Vorwurfs »politischer Untergrundtätigkeit«.[391] In letzterer Zahl enthalten sind auch jene zwölf Personen, gegen die nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration wegen »landesverräterischer Nachrichtenübermittlung« (§ 99 StGB) ermittelt worden war, die dann aber in den Westen ausreisen konnten.[392] Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch, dass im Mai 1989 eine Bestandsaufnahme oppositioneller Gruppen durch das MfS angefertigt worden ist. Danach existierten damals circa 160 Bürgerrechtsgruppen, die meisten von ihnen auch schon im Vorjahr.[393] Obwohl selbstverständlich mit § 218 StGB (Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele) ein einschlägiger Straftatbestand existierte, ist (anders als gegen Ausreisewillige) keine einzige mit einem entsprechenden Strafverfahren belangt worden. Festnahmen, vor allem bei Demonstrationen, gab es aber auch noch Ende der achtziger Jahre. Und wer irgendwo in der Provinz – ohne organisatorischen Zusammenschluss in einer Bürgerrechtsgruppe, die die Sache publik machen konnte – eine Einzelaktion startete, der riskierte selbst noch im Jahr 1989, dass er in Untersuchungshaft genommen wurde. Übersichtsdarstellungen der Hauptabteilung XX zu »Delikten schriftlich-negativer Äußerungen« von Januar bis Juli 1989 in der gesamten DDR sind in dieser Beziehung aufschlussreich. Bei diesen Delikten handelte es sich um das Anbringen von Losungen an Gebäuden, das Verteilen von Zetteln oder Flugblättern und den Versand von Eingaben mit despektierlichen, zu einem geringen Teil auch drohenden und grob beleidi-

---

389 Vgl. (auf Basis von statistischen Unterlagen der Generalstaatsanwaltschaft der DDR) Raschka: Justizpolitik (Anm. 183), S. 316–319.

390 Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner (Anm. 386), S. 86 (Jahresanalyse der HA IX für das Jahr 1988).

391 Ebenda, S. 21 f., 39 u. 57.

392 Vgl. ebenda, S. 39 f.

393 Vgl. Information 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, 23.5.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 8932.

genden Äußerungen zur herrschenden Politik und ihren Akteuren. Das Spektrum der Slogans war außerordentlich breit: »Glasnost und Perestroika machen jetzt die Freiheit wahr« (eine Parole, die als »herabwürdigende Äußerung gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR« betrachtet wurde), Proteste gegen die Scheinwahlen am 7. Mai, Forderungen nach Reisefreiheit, aber auch neonazistische Parolen (»Juden vergasen«, »Skinhead Power«). Insgesamt wurden 371 solche Aktionen festgestellt (davon 23 % neonazistische Propagandadelikte) und 131 Täter ermittelt.[394] Gegen die knappe Hälfte wurden Ermittlungsverfahren mit Haft eingeleitet. Auffällig ist jedoch, dass in den eher seltenen Fällen, in denen zwischen der jeweiligen Person und einer Bürgerrechtsgruppe, die bereits bearbeitet wurde, ein Zusammenhang festgestellt wurde, der ermittelte Tatbestand dem Vorgang zugefügt wurde, gegen den Betreffenden aber keine weiteren strafrechtlichen Maßnahmen ergriffen wurden. In längerer Perspektive war daran wohl durchaus gedacht, weil das Ziel Operativer Vorgänge in der Überprüfung und Sammlung von Beweismitteln für Strafverfahren bestand. Dafür fehlte es aktuell jedoch an den politischen Voraussetzungen. Die Hauptabteilung XX hat von Januar bis September 1989 sieben Operative Vorgänge abgeschlossen. Davon keinen mit einem Ermittlungs- oder Strafverfahren (1988 waren es noch sechs gewesen).[395]

Die Hauptmethoden bei der Bekämpfung der Bürgerrechtsbewegung waren in den späten achtziger Jahren kurzfristige Festnahmen, die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren, die Unterwanderung mit inoffiziellen Mitarbeitern und der Versuch, einzelne Bürgerrechtsaktivisten und vor allem ihre Gruppen zu »zersetzen«. Hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Methode kam der Leiter der Hauptabteilung XX/9, die für die Bekämpfung des »politischen Untergrunds« und damit für die wichtigsten Oppositionsgruppen vor allem in Ostberlin zuständig war, im August 1989 zu einem ernüchternden Resümee:

> »Die politisch-operative Arbeit zur Zersetzung bzw. offensiven Beeinflussung von feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen muss trotz zunehmender Versuche und erhöhter Anstrengungen weitgehend noch als unzureichend eingeschätzt werden. Es fehlt an geeigneten Personen (IM und offizielle Kräfte), die für diese Aufgabe gezielt eingesetzt werden können. […] Es zeigt sich, dass die harten Kräfte des politischen Untergrundes eine verfestigte feindliche Haltung haben und nicht erziehbar sind. Die im politischen Untergrund angesiedelten IM sind nicht bzw. kaum zur Zersetzung und positiven Beeinflussung der Personenzusammenschlüsse und Gruppierungen geeignet.«[396]

Mitarbeiter von Bezirksverwaltungen gelangten zu ähnlichen Einsichten. Die Methoden des MfS erwiesen sich gerade in diesem Bereich als immer weniger effektiv.[397] Hinzu kam, dass trotz der zuvor geschilderten umfassenden und gerade in den achtziger Jahren erheblich ausgeweiteten Informationssammlung durch die Staatssicherheit, dieses System

---

[394] Vgl. HA XX AKG: Übersicht[en] über den Anfall von Delikten schriftlich-negativer Äußerungen in den Monaten Januar bis Juli 1989; BStU, MfS, HA XX AKG 133.

[395] Drei wurden wegen »Nichtbestätigung der Verdachtshinweise« eingestellt, eines wegen hohen Alters, eines wegen Inaktivität der Betreffenden (die sich das MfS ausnahmsweise nicht selbst als Erfolg zurechnete) und zwei wurden durch aktive Maßnahmen des MfS beendet (eines durch eine Einreisesperre gegen einen Westberliner und eines durch »operative Maßnahmen«, die künftig ein »gesellschaftsgemäßes Verhalten« erwarten ließen). Vgl. »Lageberichte« der HA XX in: BStU, MfS, HA XX AKG 133. Zu 1988 vgl. ZAIG/2: Übersicht über Entwicklungstendenzen bei EV, IM, OV und OPK im Jahre 1988 und damit verbundene politisch-operative Probleme v. 24.2.1989; BStU, MfS, ZAIG 13910, Bl. 90–106, hier 101.

[396] HA XX/9, Oberst Reuter: Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1990; BStU, MfS, HA XX/AKG 177, Bl. 36–46, hier 43 f. Zur HA XX/9 vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Abteilung 9 »Politische Untergrundtätigkeit«. In: Die Hauptabteilung XX (Anm. 381), S. 150–172 (Kap. 9).

[397] Dazu ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 129–141.

offenbar erhebliche Lücken aufwies. Die wachsende Zahl von Personen, die von einer Westreise nicht zurückgekehrt sind, ist in dieser Hinsicht ein deutliches Indiz. Aber selbst bei der im Detail ausspionierten Bürgerrechtsbewegung gab es erhebliche Defizite. So konstatierte die Hauptabteilung XX/9 zwar, dass ihr geplante Aktionen von Bürgerrechtlern »überwiegend rechtzeitig bekannt« geworden seien, aber zugleich musste sie feststellen, dass »bei öffentlichen Aktionen, wie z. B. den Wahlaktionen am 7. Juni und 7. Juli 1989 zunehmend Personen in Erscheinung treten, die bisher noch nicht im Blickfeld des MfS standen, jedoch zu provokativen Aktionen bereit sind«.[398] Die Zahl gerade solcher Personen sollte sich in den folgenden Monaten exponentiell vermehren.

»Sozialismus in den Farben der DDR«

Der Reformprozess in der Sowjetunion hatte im Laufe des Jahres 1988 erheblich an Tempo gewonnen; Erwartungen in der SED-Spitze, die Tage der Reformer in Moskau seien gezählt, waren nach der XIX. Parteikonferenz der KPdSU offenkundig unrealistisch. Zugleich eskalierten in der zweiten Jahreshälfte die Differenzen zwischen der DDR und der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Endphase der Wiener KSZE-Konferenz. Es ging dabei um Fragen, die an die Substanz des kommunistischen Herrschaftssystems rührten und die man nicht einfach in stillschweigendem Dissens belassen konnte (darauf wird noch zurückzukommen sein). Als deutliche Zeichen verschärfter Abgrenzung wurden deshalb im November 1988 zwei Maßnahmen ergriffen: Das sowjetische Journal »Sputnik« wurde anlässlich einer kritischen Darstellung des Hitler-Stalin-Paktes faktisch verboten.[399] Zudem wurde die Aufführung von fünf neuen sowjetischen, antistalinistischen Filmen untersagt.[400] In beiden Fällen hat sich die SED-Führung hinter anderen Institutionen versteckt: dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen (das pikanter Weise von einem Mitglied der Block-CDU geleitet wurde) bzw. der Hauptverwaltung Film im Kulturministerium.

Die offene Distanzierung durch Honecker selbst erfolgte auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees am 1./2. Dezember 1988.[401] In dem Bericht des Politbüros bezeichnete der SED-Generalsekretär die sowjetische Stalinismus-Debatte als »das Gequake wild gewordener Spießer, die die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten«.[402] Trotz dieser drastischen Wortwahl scheute er vor einem offenen Angriff auf die Spitze der KPdSU immer noch zurück. Solches »Gequake« ändere selbstverständlich nichts, wollte er glauben machen, an der engen Beziehung zwischen beiden Parteien, wobei man einander deshalb nicht »kopieren« müsse. Die Distanzierung erfolgte darüber hinaus eher indirekt: durch Schilderung der angeblichen wirtschaftlichen Erfolge der DDR (während allgemein bekannt war, dass die Perestroika-Politik in dieser Beziehung noch keine vorweisbaren Ergebnisse gebracht hatte), die in der Behauptung gipfelten, dass der Lebensstandard in der DDR »im Grunde genommen« sogar höher sei als in der Bundesrepublik – eine Formulierung, die an Radio-Jerewan-Witze erinnerte. Die Krönung von Honeckers Abgrenzung von dem sowjetischen Reformprozess war die Pro-

[398] HA XX/9, Oberst Reuter: Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1990; BStU, MfS, HA XX/AKG 177, Bl. 36–46, hier Bl. 40 u. 42.

[399] Offiziell hieß es, es sei »von der Postzeitungsliste gestrichen« worden. Mitteilung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen. In: Neues Deutschland v. 19./20.11.1988.

[400] Vgl. Der Tagesspiegel v. 22.11.1988.

[401] Dazu ausführlicher in Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 100–105.

[402] Erich Honecker: Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: Neues Deutschland v. 2.12.1988, S. 3–10.

klamierung eines »Sozialismus in den Farben der DDR«. Das war ein nationalkommunistischer Schwenk, für den in der DDR die nationalstaatliche Basis fehlte und der gerade für Parteigenossen, die auf das »Vaterland des Sozialismus« eingeschworen waren, mehr als befremdlich wirken musste. Um die Entschlossenheit definitiv deutlich zu machen, dass er keinen reformerischen Politikwechsel vorzunehmen bereit sei, wurden von Honecker zum Abschluss Tagesordnung und Rednerliste des XII. Parteitages der SED eineinhalb Jahre im Voraus bekannt gegeben: Er würde im Mai 1990 stattfinden; Hauptredner sollte Erich Honecker sein.

Diese Abgrenzungsmanöver kamen gerade in den systemnäheren Bevölkerungsgruppen teilweise nicht gut an. In »Hinweisen« der ZAIG für die MfS-Führung wurde berichtet, dass auf das »Sputnik«-Verbot »heftig, teilweise außerordentlich aggressiv« reagiert werde. Eine »Vielzahl z. T. langjähriger Mitglieder und Funktionäre der SED sowie befreundeter Parteien u. a. progressiv und gesellschaftlich engagierter Bürger« würde es als Ausdruck der verfehlten »Informationspolitik insgesamt« betrachten. Das Hauptargument sei, »damit werde die Bevölkerung der DDR politisch entmündigt«.[403]

Weniger starke Emotionen löste das ZK-Plenum aus. Das »Sputnik«-Verbot wurde weiterhin kritisiert, aber die sonstigen Abgrenzungsmanöver scheinen wenig Beachtung gefunden zu haben.[404] Zu der Behauptung hinsichtlich des »im Grunde genommen« höheren Lebensstandards allerdings gebe es »sehr kritische bis zweifelnde Auffassungen«. Und die vorzeitige Ankündigung des nächsten Parteitages wurde nicht als Kontinuitätsgarantie rezipiert. An sie wurden vielmehr »in nahezu allen Bevölkerungskreisen Erwartungshaltungen hinsichtlich Kaderveränderungen in der Partei- und Staatsführung der DDR« geknüpft. Verbunden war das mit Hoffnungen, die als »spekulative Meinungsäußerungen« bezeichnet wurden, die Vorbereitung des Parteitages würde zu einer »Korrektur der ökonomischen Strategie« und zur »Ausarbeitung einer neuen ›ideologischen Linie‹ aufgrund der komplizierten außenpolitischen Lage und der Entwicklung in den sozialistischen Ländern« genutzt. Das zeigt einen Erwartungsdruck, der offenbar gebremst wurde durch die Annahme, notwendige Veränderungen würden von oben kommen. Es ist passend, dass zur gleichen Zeit, zu der die erwähnten Verbote ausgesprochen wurden, auch das neue Programm des Ostberliner Kabaretts »Die Distel« abgesetzt worden ist. Sein Titel war: »Keine Mündigkeit vorschützen«.[405]

Die Sicht der Staatssicherheit auf das »Sputnik«-Verbot brachte Erich Mielke im Anschluss an das ZK-Plenum auf den Punkt:

> »Und wenn nun noch Neunmalkluge kommen und sagen, sie sind ja mündig, so müssen wir sagen, wir als Ministerium für Staatssicherheit sind für die Bekämpfung konterrevolutionärer Pamphlete da. Und wir können auch nicht gestatten, dass dann der ›Sputnik‹ benutzt wird für die Veröffentlichung solcher konterrevolutionärer Pamphlete.«[406]

---

[403] ZAIG: Hinweise zu einigen bedeutsamen Aspekten der Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR v. 30.11.1988; BStU, MfS, ZAIG 4244, Bl. 1–7. Vgl. auch (auf Basis von SED-Unterlagen) Nepit: Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows (Anm. 291), S. 281–283.

[404] ZAIG: Erste Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung auf die 7. Tagung des ZK der SED v. 13.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 4245, Bl. 2–8.

[405] Offiziell wurde es »aus technisch-organisatorischen Gründen« abgesetzt, tatsächlich sollen darin zu viele Anspielungen auf die Perestroika enthalten gewesen sein. Vgl. Der Tagesspiegel v. 22.11.1988.

[406] Genosse Minister im Anschluss an sein Referat auf der Dienstkonferenz am 13.12.1988; BStU, MfS; ZAIG 8622, Bl. 1–7, hier 3.

Sein Stellvertreter Rudi Mittig berichtete vor der SED-Kreisleitung im MfS über das Plenum des ZK, dessen Mitglied er war. Er stellte eine direkte Verbindung zwischen dem »imperialistischen Feind« und der sowjetischen Perestroika her:

> »Im Zentrum des Interesses [der »imperialistischen Führungskreise« und »Geheimdienste«] stehen dabei die Entwicklungsprozesse in der Sowjetunion, die Reform- und Umgestaltungsprozesse in den anderen sozialistischen Ländern. […] Durch die missbräuchliche Verwendung des Vokabulars ›Glasnost‹ und ›Perestroika‹ erhofft man sich generell eine größere ideologische Wirksamkeit der Freiheits- und Menschenrechtsdemagogie [...] sowie die Initiierung neuer Konfliktpotenziale.«[407]

Das zu verhindern, war eine vorrangige Aufgabe des MfS. Aber auch im Staatssicherheitsdienst selbst war mit dem »Sputnik«-Verbot eine Linie überschritten. Es kam zu vielen Diskussionen und vereinzelten Protestschreiben von Mitarbeitern.[408] Die SED-Kontrollkommission, die für solche Dinge zuständig war, versuchte die Kritiker aus der Partei zu werfen. Dafür war die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Parteigrundorganisationen notwendig. Doch mehr als eine formale Disziplinierung (Selbstkritik und anschließende »Rüge«) war dort nicht zu erreichen, weil zu viele genauso dachten. Die schizoide Position, in der sich alle Parteimitglieder wegen der wachsenden Kluft zwischen SED und KPdSU befanden, war nun auch im MfS zu spüren. Dort war sie weniger sichtbar, weil die innere Repression noch stärker war als in anderen Institutionen, aber zugleich tiefgehender, weil die »deutschen Tschekisten« eine besonders enge Bindung an ihre sowjetischen Lehrmeister hatten.

Reise, Ausreise, Flucht

Die Hauptproblemfelder für die Staatssicherheit waren in den Jahren unmittelbar vor dem Umbruch Reisefreiheit und Ausreise. Die Zahl der Antragsteller auf Übersiedlung, die in der DDR mit wachsender Ungeduld auf eine Genehmigung warteten, während Staatsorgane und Partei versuchten, sie zu einer Rücknahme ihres Vorhabens zu bewegen, nahm stetig zu. Daran änderte auch nichts, dass in einzelnen Jahren Antragsrücknahmen und erteilte Genehmigungen die Zahl der Erstanträge überstieg, weil der Überhang an älteren Anträgen nie vollständig abgebaut worden ist, wie aus Tabelle 3 hervorgeht.

Im Februar 1987 war diese Situation Gegenstand einer zentralen Dienstberatung im MfS. Mielke verwies darauf, dass im Vorjahr die Zahl der Erstanträge um 85 Prozent gestiegen war und der Anteil derjenigen, die zu einer Rücknahme ihres Antrags bewegt werden konnten, geringer geworden war.[409] Als Erklärung für das Problem hatte er nicht mehr zu bieten als Honeckers dürftige These aus dessen Ansprache vor den SED-Kreissekretären in der Vorwoche: Die Übersiedlungswilligen seien des Gegners »demagogischen Losungen auf den Leim« gegangen. Unter Berufung darauf forderte Mielke gemeinsames Vorgehen mit Partei und Leitungskadern.[410] Die Anstrengungen zur Rückgewinnung sollten gesteigert, die Zahl der Genehmigungen verringert werden, auch um die »Sogwirkung« bereits im Westen lebender ehemaliger DDR-Bürger auf in der DDR verbliebene Verwandte, Freunde und Kollegen zu verringern. Tatsächlich wurden die Genehmigungen 1987 auf weniger als die Hälfte reduziert, zugleich überschritt die Zahl derjenigen, die weiter zu warten hatten, die Hunderttausender-Grenze. Das hatte zur Konsequenz, dass der

---

407 Rudi Mittig: Referat auf der Sitzung der SED-Kreisleitung am 15.12.1988 zu Aufgaben der Kreisparteiorganisation in Auswertung der 7. Tagung des ZK der SED; BStU, MfS, SED-KL 797, Bl. 15–75, hier 32 f.

408 Zum Folgenden ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 105–114.

409 Hinweise für die Dienstbesprechung am 12.2.1987; BStU, MfS, ZAIG 8702, Bl. 3–16

410 Mielke bezog sich auf unveröffentlichte Passagen in Honeckers Rede v. 6.2.1977, ausführlich zit. in: ebenda, Bl. 6–8.

Druck im Kessel stieg. Die zuvor geschilderten Bemühungen von Ausreisewilligen in Kontakt mit Bürgerrechtsgruppen zu kommen, charakteristisch gerade für das Jahr 1987, waren vermutlich eine direkte Folge ihrer zunehmend als verzweifelt empfundenen Lage.[411]

Tabelle 3: Ausreisewillige ohne Genehmigungsvoraussetzungen nach DDR-Recht (in Tausend)[412]

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Erstantragsteller	9,8	12,3	13,5	14,8	57,6	27,3	50,6	43,2	42,4
Rücknahme des Antrags	4,7	5,0	6,5	5,6	17,3	11,3	10,8	12,8	11,7
genehmigte Übersiedlungen (inkl. Freikauf)	4,4	9,2	7,8	6,7	29,8	17,4	16,0	7,6	25,3
Antragsteller, die auf Genehmigung warten	21,5	23,0	24,9	30,4	50,6	53,0	78,6	105,1	113,5

Mit der Aktion bei der Januar-Demonstration 1988 hatten Partei und Sicherheitsorgane die Quittung für diese Politik erhalten. Entsprechend alarmiert waren sie. Deshalb hat Mielke für den 25. Februar kurzfristig eine Dienstberatung einberufen, wo er berichtete, dass vom Politbüro ein härteres Vorgehen beschlossen worden sei.[413] Man ahnt, wie es zu dieser Entscheidung gekommen war, die Honeckers Westpolitik durcheinander brachte. Die zentrale Behauptung des Stasi-Chefs war, dass Opposition und militante Ausreisewillige künftig – so wie im Vorfeld des 17. Januar – enger zusammenarbeiten würden, womit »teilweise eine völlig neue Dimension« erreicht würde: »Alles zielt darauf ab, ein permanentes mobiles Kräftepotenzial zu installieren, das jederzeit mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen gegen den Staat vorgehen kann.«[414] Das Ganze sei vom »Gegner« entsprechend geplant.[415] Das war im Übrigen ein Aspekt, der bei der thematisch ähnlich gelagerten Dienstbesprechung ein Jahr zuvor noch nicht einmal angesprochen worden war. Dass die Zusammenarbeit bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Bürgerrechtskreisen umstritten war und weiteres Zusammengehen eher blockiert hat,[416] wurde in dieser Darstellung nicht erwähnt. Das hätte nicht in eine Argumentation gepasst, die auf verschärfte Repression als Lösung setzte. Das Ziel sei, erklärte Mielke, »durch Festnahmen

---

411 Eine eindringliche Schilderung einer solchen Situation aus der Sicht eines Betroffenen gibt Riemann, Dietmar: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise. Hg. BStU. Göttingen 2005.

412 Stichtag ist jeweils der 31.12. Nicht in den Zahlen enthalten sind – nach damaligem DDR-Recht genehmigungsfähige – Anträge von Rentnern auf Übersiedlung und Anträge auf »Wohnsitzänderungen« zur Zusammenführung von Eltern mit ihren minderjährigen Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen und Ehegatten; außerdem sind diese Zahlen allein auf die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin als Ausreiseziel bezogen; zusammengestellt aus Jahresanalysen der ZKG von Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anm. 155), S. 50.

413 Das SED-Politbüro habe in seiner Sitzung am 16.2.1988 gefordert, strafrechtliche Maßnahmen gegen aktive Übersiedlungsersuchende zu ergreifen, die »mit staatsfeindlichen Handlungen« ihr Anliegen durchzusetzen versuchten. Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 16. Im Arbeitsprotokoll dieser Politbüro-Sitzung wird dazu vermerkt: »Bei provokatorischem Verhalten [von ›Antragstellern auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR‹] gegenüber den Organen sind die gesetzlichen Bestimmungen in Anwendung zu bringen.« Anlage zum Politbüro-Protokoll 7/88 v. 16.2.1988; SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A 3096, Bl. 14.

414 Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 12 f.

415 Vgl. ebenda, S. 10.

416 Vgl. Rüddenklau: Störenfried (Anm. 362), S. 171–177 u. 203–239.

und Verurteilungen einen hohen vorbeugenden Effekt auszulösen«: »Die rechtlichen Möglichkeiten […] sind so anzuwenden, dass dem Rechtsverletzer und seinem Umfeld deutlich gemacht wird, dass mit provokativen Handlungen und anderen Rechtsverletzungen eine Übersiedlung nicht zu erreichen ist.«[417] Zudem sollten Antragssteller im Alter von 18 bis 26 Jahren zur Ableistung des Wehrdienstes einberufen werden.[418] Während die Vorgabe, verstärkt mit strafrechtlicher Repression zu taktieren, im Jahr 1988 tatsächlich realisiert worden ist (siehe Tabelle 2), wurde das Ziel gründlich verfehlt, die Zahl der Übersiedlungsgenehmigungen zu verringern.[419] Sie verdreifachte sich 1988 (siehe Tabelle 3).[420] Ähnlich erging es einem weiteren Vorhaben, das Mielke in dieser Rede erwähnte: der Senkung der Flüchtlingszahlen vor allem bei Westreisenden.[421]

Im Zusammenhang mit einer Ende 1988 erlassenen Reiseverordnung wurde das Problem im MfS im Dezember 1988 mit einer Dienstanweisung und auf einer zentralen Dienstbesprechung neuerlich thematisiert.[422] Obwohl das Hauptziel war, die Übersiedlungswelle zurückzudrängen, findet sich in dieser Beziehung dort nicht viel Neues: Noch stärker sollten die »Partner des operativen Zusammenwirkens« angehalten werden, entsprechende Absichten frühzeitig zu erkennen, um »begünstigende Bedingungen und Umstände für die Herausbildung von Absichten zur Antragstellung« auszuräumen und Ausreisewillige für die DDR zurückzugewinnen.[423] Weiterhin wurde vor einem Zusammengehen von entschlossenen Ausreisewilligen und Bürgerrechtsgruppen gewarnt.[424] Relativ neu war ein anderer Aspekt, der zusätzlich in einer eigenen Verordnung geregelt wurde: Alle staatlichen Stellen wurden angewiesen, beim Vorgehen gegen Ausreisewillige nicht offen zu agieren. Künftig war strikt untersagt, Antragstellern auf Ausreise aus diesem Grund ihren Arbeitsplatz zu kündigen.[425] Die Mitarbeiter der Staatssicherheit sollten so agieren, dass keinesfalls Rechtsverstöße nachweisbar waren. In der Dienstanweisung 2/88 heißt es dazu: »Die Gründe für Einsprüche gegen beabsichtigte Genehmigungen und gegen beabsichtigte Ablehnungen ständiger Ausreisen haben objektiv, stichhaltig, operativ bedeutsam und unter Beachtung der Erfordernisse, die sich aus der Verordnung ergeben,

---

[417] Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 17 u. 19.

[418] Ebenda, S. 24.

[419] Ebenda, S. 37.

[420] Neben politischen Gründen hat dabei vermutlich auch eine Rolle gespielt, dass in dieser Rede zwei Ausnahmetatbestände beibehalten wurden: Übersiedlungsersuchende, die als nicht zurückzugewinnen und als Gefahr für die innere Sicherheit betrachtet wurden, sollte man in Einzelfällen weiterhin gehen lassen, und auf der anderen Seite »Personen, die bereits seit mehreren Jahren Übersiedlungsersuchen laufen haben, ständig bei Inneres vorsprechen, also unbedingt übersiedeln wollen, sich aber insgesamt ordentlich verhalten und ihrer Arbeit nachgehen«; Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 42 f.

[421] Ebenda, S. 51.

[422] DA 2/88 zur Zurückdrängung von Antragstellern auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit in Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 10.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5355; Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717.

[423] DA 2/88 zur Zurückdrängung von Antragstellern auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit in Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 10.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5355, S. 12.

[424] Ebenda, S. 5.

[425] In einer Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates aus den gleichen Tagen wurde deklariert: »1.6 Arbeitsrechtliche Maßnahmen oder andere restriktive Maßnahmen aufgrund der Antragstellung auf ständige Ausreise sind nicht zulässig.« Verordnung 192/88 des Vorsitzenden des Ministerrates v. 8.12.1988, Anlage 1 zur DA 2/88; BStU, MfS, BdL/Dok. 5355.

belegbar zu sein. Sie sind aktenkundig zu dokumentieren.« Es sind solche Informationen zu sammeln, die »offiziell als Versagungsgründe angewandt werden können und einer möglichen gerichtlichen Nachprüfung standhalten.«[426]

Bei der Dienstberatung zu dieser Reiseverordnung kam Mielke auch auf den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu sprechen, dessen Entscheidungen zu respektieren der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow gefordert hatte. Der Stasi-Chef machte kein Hehl daraus, was er persönlich davon hielt: »Uns ist zur Genüge die Rolle dieses Gerichtshofes bekannt, der fast ausschließlich Recht im Interesse der herrschenden imperialistischen Kreise spricht. Bekannt ist auch, welche Rolle der Gegner der Menschenrechtsdemagogie beimisst, welche antisozialistischen Ziele er damit verfolgt.«[427] Aber alles Räsonieren half nichts: Die Standards, die die SED-Diktatur zu beachten gezwungen war, waren im Wandel begriffen.

Nicht alle Ausreisewilligen warteten, bis ihnen endlich eine Genehmigung erteilt wurde. Manche wagten auch die direkte Flucht über die Grenze zur Bundesrepublik, ehe die Möglichkeit des Umwegs über bundesdeutsche Botschaften und die ungarische Grenze das damit verbundene Risiko überflüssig machte. Der Befehl für die Angehörigen der Grenztruppen, Grenzverletzer festzunehmen oder zu vernichten, war, wie erwähnt, anlässlich von Honeckers Besuch in der Bundesrepublik ausgesetzt worden. Danach war kein Flüchtiger mehr an der Grenze erschossen worden – bis zum 5. Februar 1989, als in Berlin-Treptow der 20-jährige Chris Gueffroy den Versuch, die Mauer zu überwinden, mit dem Leben bezahlte.[428] Das erregte erhebliches öffentliches Aufsehen, auch weil man so kurz nach dem Abschluss der KSZE-Konferenz ein solch brutales Vorgehen nicht mehr für möglich gehalten hatte. Von Honecker kam daraufhin Anfang April die Anweisung, von der Schusswaffe nur noch bei Gefahr für Leib und Leben der Grenzsoldaten Gebrauch zu machen.[429] Bekannt gegeben worden ist die neue Befehlslage damals aus naheliegenden Gründen nicht. Mielke hat die Spitze seines Ministeriums Ende April 1989 auf einer zentralen Dienstbesprechung eingewiesen:

> »Entsprechend einer Weisung des Ministers für Nationale Verteidigung sind Schusswaffen nur anzuwenden, wenn das Leben von Grenzsicherungskräften oder anderen Personen, wie z. B. Geiseln, durch Grenzverletzer oder bewaffnete Überfälle von außen bedroht ist und die Gefahr auf keine andere Art und Weise beseitigt werden kann. Die Schusswaffe ist auch anzuwenden zur Verhinderung von Fahnenfluchten. Diese Weisung gilt natürlich auch für Angehörige des MfS, die ungesetzliche Grenzübertritte zu verhindern haben.«[430]

So der Text des Redemanuskripts. Faktisch (das bezeugt die Tonbandaufnahme von dieser Rede) kam der alte Stasi-Chef zwischendurch, wie so manchmal, ins Schwadronieren. Ganz offenkundig passte ihm die neue Regelung nicht, aber schließlich stellte er fast resigniert

[426] DA 2/88 zur Zurückdrängung von Antragstellern auf ständige Ausreise nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit in Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen v. 10.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5355, S. 30 f. In der DA 2/83 zur Zurückdrängung der Ausreisebewegung v. 13.10.1983 hatte dieser Aspekt noch keine Rolle gespielt.

[427] Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717, S. 11.

[428] Vgl. www.chronik-der-mauer.de/index.php/opfer/Todesopfer.

[429] Ausführlicher in Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 148–154.

[430] Ausführungen des Genossen Minister auf der zentralen Dienstbesprechung 28.4.1989; BStU, MfS, ZAIG 8677, Bl. 1–177, hier 171 f. Zu Rolle und Funktion des MfS bei der Grenzsicherung vgl. Tantzscher, Monika: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005.

fest: »Wo noch etwas mehr revolutionäre Zeiten waren, da war es nicht so schlimm. Aber jetzt, nachdem alles so neue Zeiten sind, muss man den neuen Zeiten Rechnung tragen.«[431]

Von Januar bis September 1989 sind, ehe sich andere Möglichkeiten eröffneten, insgesamt 400 Personen direkt über die DDR-Grenze geflohen.[432] Fast 4 000 Personen wurden wegen entsprechender »Vorbereitungs- und Versuchshandlungen« festgenommen (eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von knapp 80 %), aber nach dem Tod von Chris Gueffroy wurde niemand mehr an dieser Grenze erschossen. Das bedeutet, dass der »Schießbefehl« im April 1989 faktisch aufgehoben worden ist.

Tabelle 4: Reisen aus der DDR in die BRD in »dringenden Familienangelegenheiten« in den achtziger Jahren[433]

Jahr	Anzahl (in Tsd.)
1980	40
1981	37
1982	46
1983	64
1984	61
1985	66
1986	244
1987	1 200
1988	1 100

Die Hauptform »illegaler« Ausreise war in den achtziger Jahren der Verbleib im Westen anlässlich einer genehmigten Reise. Die Staatssicherheit überprüfte zwar die Antragsteller im Vorfeld, aber angesichts der schieren Masse, konnte sie damit nicht immer erfolgreich sein. Folglich war ihre Leitung bestrebt, die Zahl der Reisegenehmigungen zu verringern. Da aber Honeckers Westpolitik gerade mit Konzessionen in diesem Bereich operierte, fehlte es lange an den entsprechenden politischen Voraussetzungen. Doch im Gefolge der Turbulenzen um die Januar-Demonstration schien es aus Sicht der Staatssicherheit endlich soweit zu sein. Auf der Dienstberatung im Februar 1988 kündigte Mielke eine Revision der Genehmigungspraxis für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten an, über die im Politbüro gesprochen worden sei. Ab April 1988 seien restriktivere Regelungen geplant.[434] Das wäre eine Umkehr der bisherigen Entwicklung gewesen. Die Erweiterung der Genehmigungsgründe für Westreisen im Jahr 1982 ist erwähnt worden. Das hatte da-

---

[431] Vgl. Tonbandmitschnitt der Rede am 28.4.1989; BStU, MfS, ZAIG/Tb/3.

[432] Information über die Entwicklung und Lage auf dem Gebiet des Reiseverkehrs, der ständigen Ausreisen und des ungesetzlichen Verlassens der DDR, Anlage 1 zu der Vorlage betreffs Regelungen von Bürgern der DDR in das Ausland (Entwurf) von E. Krenz, E. Mielke, F, Dickel und O. Fischer für die Politbüro-Sitzung am 27.10.1989; BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 73–82, hier 80.

[433] Zahlen auf Basis von zeitgenössischen Angaben des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (die bei weitgehend gleicher Tendenz niedriger waren als interne MfS-Zahlen) nach Plück, Kurt: Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. V/3, S. 2015–2064, hier 2025.

[434] Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 48.

mals zu einem nicht unwesentlichen Zuwachs geführt. Der einschneidendste Wandel aber hatte, wie aus Tabelle 4 hervorgeht, im Vorjahr stattgefunden.

Nachdem die Zahl der Genehmigungen für Privatreisen unterhalb des Rentenalters 1983 um etwa 40 Prozent gewachsen war, ist sie im folgenden Jahr (nach der Kritik an mangelnder Wachsamkeit bei dem Treffen Honeckers mit Tschernenko im August 1983) leicht gesunken, anschließend aber wieder auf das vorherige Niveau gestiegen. Der Durchbruch kam im Vorfeld von Honeckers Besuch in der Bundesrepublik, möglicherweise im Austausch gegen eine Aufwertung des Besuchsprogramms, etwa durch einen Empfang beim Bundespräsidenten.[435] Im Dezember 1985 waren durch eine »zentrale Entscheidung«, die nur intern bekannt gegeben wurde, die zulässigen Antragsgründe ausgeweitet worden.[436] Die Genehmigungen wuchsen nun geradezu exponentiell und hatten im Jahr 1987 das Dreißigfache des Standes von 1980 erreicht. So sollte es nach Meinung vieler Bürger weitergehen. Zumindest war das der Aspekt des Honecker-Besuchs im Frühherbst 1987, der nach Einschätzung der Staatssicherheit die DDR-Bürger unmittelbar nach Abschluss dieses Besuches vor allem interessierte:

> »Absoluten Schwerpunkt bilden Erwartungen über weitere Erleichterungen bzw. Verbesserungen im Reiseverkehr für Bürger in das nichtsozialistische Ausland. […] Beachtenswert sind dabei die von unterschiedlichen Personenkreisen getroffenen Feststellungen, die DDR komme künftig nicht umhin, einheitliche, für alle DDR-Bürger gleichermaßen geltende Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet zu erlassen und Ablehnungen von Reisen zu begründen.«[437]

Solche Erwartungen waren seinerzeit durch das offizielle Kommuniqué noch geschürt worden,[438] wurden dann aber erst einmal enttäuscht. Nun war geplant – wie Mielke im

---

[435] So unter Bezug auf das Moskauer Treffen von Honecker und Kohl im März 1985 der gewöhnlich hervorragend informierte Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Winters: Erich Honecker in der Bundesrepublik (Anm. 317), S. 1010. Im 2. Band seiner Erinnerungen geht Helmut Kohl auf dieses Treffen ein: Dort sei in Fragen des Besucher- und Reiseverkehrs ein »Durchbruch« gelungen. Welche Gegenleistungen dafür in Aussicht gestellt wurden, erwähnt er nicht. An späterer Stelle berichtet er jedoch, der Besuch sei an seiner ursprünglichen Weigerung fast gescheitert, Honeckers Wunsch zu entsprechen, dass er vom Bundespräsidenten in dessen Amtssitz empfangen werde. Vgl. Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 322 f. u. 547 f. In der Niederschrift zu dem Moskauer Gespräch im SED-Archiv werden beide Aspekte nicht erwähnt. vgl. Niederschrift über das Gespräch zwischen Erich Honecker und Helmut Kohl am 12.3.1985 in Moskau; SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/273, dokumentiert in: Nakath; Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn (Anm. 29), S. 215–220. In Kortes Rekonstruktion von Vorbereitung und Ablauf dieses Gesprächs auch auf der Basis von Aufzeichnungen der bundesdeutschen Seite werden beide Aspekte nicht erwähnt; allerdings verweist er darauf, dass die Frage der Ausweitung von (Aus-)Reisemöglichkeiten zu dem Teil der Geheimdiplomatie gehörte, der in den schriftlichen Unterlagen manchmal ausgespart wurde. Vgl. Korte: Deutschlandpolitik (Anm. 102), S. 219–227, bes. 224 u. 334.

[436] Der Text dieser Regelung liegt nicht vor, in einem Papier aus dem Büro Krenz wird sie aber referiert. Demnach wurden einige zusätzliche konkrete Antragsgründe genannt (wie etwa alle Geburtstage naher Verwandter ab dem 70sten), vor allem aber wurde noch eine vage formulierte Erweiterung hinzugefügt: »Über diese Genehmigungsgründe hinaus können bei Vorliegen von besonders humanitären Fällen Genehmigungen in dringenden Familienangelegenheiten erteilt werden.« Vgl. Regelungen der Privatreisen nach nichtsozialistischen Staaten und Berlin (West) [o. Verf., o. D.]; SAPMO-BA, DY 30 IV 2/2039/307, Bl. 15–19 (Büro Krenz); vgl. auch Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript) am 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717, S. 50.

[437] ZAIG: Weitere Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung auf den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Honecker, in der BRD (2. Zusammenfassung v. 16.9.1987); BStU, MfS, ZAIG 4229, Bl. 18–29, hier 24.

[438] Dort waren hinsichtlich des Reise- und Besucherverkehrs »weitere Verbesserungen und Erleichterungen« in Aussicht gestellt worden. Gemeinsames Kommuniqué v. 8.9.1987, dokumentiert in: Deutschland Archiv 20(1987)10, S. 1111–1115.

Februar 1988 ankündigte –, dass »eine beachtliche Zahl von Bürgern zukünftig keine Genehmigung mehr für eine Privatreise erhalten wird.« Es war auch ihm klar: »Das ist mit erheblichen politischen Auswirkungen verbunden.«[439] Ob solche »Auswirkungen« in Kauf genommen werden sollten, war eine politische Frage und damit Sache der SED-Führung. Die tat sich damit offenbar etwas schwer, denn vorerst wurde das Verfahren des Vorjahres weiter praktiziert. Die Genehmigungszahlen sanken – wenn überhaupt – nur unwesentlich.[440] Die Zahl der »Verbleiber« im Westen wuchs 1988 gegenüber dem Vorjahr noch einmal um über 50 Prozent.

Tabelle 5: Erfolgreiche Fluchtversuche aus der DDR 1980–1988 (auf Basis von MfS-Statistiken)[441]

Jahr	Flüchtlinge 1 (»Verbleiber«)	Flüchtlinge 2 (»Sperrbrecher)«
1980	2 683	424
1981	2 602	298
1982	2 282	283
1983	2 259	228
1984	3 459	192
1985	3 324	160
1986	4 450	210
1987	5 964	288
1988	9 115	590

Aus Sicht der Staatssicherheit war schon all das beunruhigend, aber noch aus einem anderen Grund konnte es nicht so weitergehen: Mit dem bevorstehenden Abschluss der KSZE-Folgekonferenz in Wien kam die DDR unter Druck, die Reiseregelungen rechtlich zu formalisieren. Deshalb hatte man sich im November 1988 dazu durchgerungen, eine neue »Reiseverordnung« zu verabschieden, die Ausreisewillige und Reisende in dringenden Familienangelegenheiten gleichermaßen betraf.[442] Gerade für letztere Personen war das Dokument ambivalent. Unter dem Aspekt des Rechtsentwicklung war die Reiseverordnung durchaus ein Fortschritt: Nach welchen Kriterien in den Jahren zuvor vom bürokratischen Apparat Reisen genehmigt oder abgelehnt worden waren, war für die Antragsteller in der Regel nicht durchschaubar. Da selbst intern keine klaren Vorgaben existierten, musste das Ergebnis vielfach von einer willkürlichen Entscheidung abhängen. Jetzt wurden die Kriterien immerhin genannt und es bestand die Möglichkeit, ihre Anwendung ge-

[439] Erich Mielke: Referat auf der Dienstbesprechung am 25.2.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 5996, S. 51.

[440] Nach den in Tabelle 4, S. 78, zitierten bundesdeutschen Zahlen sank die Zahl der Reisenden 1987 zu 1988 von 1,2 auf 1,1 Mio.; den MfS-internen Berechnungen zufolge aber stieg die Zahl der Westreisenden sogar noch einmal von 1 297 399 im Jahr 1987 auf 1 339 582 bis 30.11.1988; vgl. Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717, S. 58.

[441] Als »Verbleiber« wurden DDR-Bürger bezeichnet, die eine Reise zum Verbleib im Westen nutzten, als »Sperrbrecher« Personen, die über die Grenze flüchteten. Zahlen nach Eisenfeld, Bernd: Flucht und Ausreise, Macht und Ohnmacht. In: Kuhrt, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 381–419, hier 398–400, auf Basis von »Jahresanalysen der ZKG«.

[442] Veröffentlicht wurde die Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland v. 30.11.1988 am 14.12.1988; GBl. DDR 1988, I, Nr. 25, S. 271–274.

richtlich überprüfen zu lassen (was trotz der »Parteilichkeit« der DDR-Gerichte das MfS in Beweisnot brachte). Zugleich wurden die meisten negativen Entscheidungen aus der Anonymität des Apparats in die relative Öffentlichkeit der lokalen Dienststellen der Volkspolizei verlagert. Diese bescheidenen rechtlichen Fortschritte wurden allerdings durch zwei negative Aspekte weit überlagert: Die merkwürdige Zweiteilung der Gesellschaft wurde beibehalten, dass es Menschen gab, die Verwandtschaftsbeziehungen in den Westen hatten und deshalb reisen durften, und solche, die über keine solchen Beziehungen verfügten (oder sie aus Karrieregründen verschwiegen), und deshalb dableiben mussten. Zudem wurde die Grenze zwischen ihnen verschoben: Die »schwägerschaftlichen« Beziehungen, das heißt Verwandtschaftsverhältnisse des Ehegatten, sollten nicht mehr als Begründung gelten. Das bedeutete, dass entsprechende Genehmigungen nun manchen Personen verweigert werden würde, die vorher hatten reisen dürfen.

Bei einer Dienstbesprechung der MfS-Spitze am Tag vor der Veröffentlichung der Reiseverordnung stand der zuerst genannte Aspekt deutlich im Vordergrund. Da den Bürgern nun Rechte eingeräumt wurden, hatten es die Sicherheitsorgane künftig, Mielkes Erläuterung zufolge, schwerer:

> »An die rechtlichen Begründungen für die Versagung von Reisen sind höchste Anforderungen zu stellen, da Antragsteller […] bei einer ablehnenden Entscheidung zu Reisen durch die DVP [Deutsche Volkspolizei] schriftlich unter Mitteilung der rechtlichen Gründe zu informieren sind. Sie haben die Möglichkeit, mit dem Rechtsmittel der Beschwerde die Entscheidungen anzufechten […]. Die dem Pass- und Meldewesen bei der Wahrnehmung des Einspruchsrechtes des MfS mündlich zu übermittelnden rechtlichen Gründe für die Versagung müssen deshalb auf objektiven und beweiskräftigen Informationen beruhen – sie haben auch einer gerichtlichen Nachprüfung standzuhalten. Mit Verdachtshinweisen, Vermutungen o. ä. Hinweisen, die im Bereich der Möglichkeit angesiedelt sind, kann nicht operiert werden. Es gilt nur der Beweis.«[443]

Und auch die konspirativ, etwa mit IM oder durch Abhören des Telefons, gesammelten Informationen waren in dieser Beziehung unbrauchbar:

> »Es geht auf keinen Fall, dass Ablehnungen pauschal unter Bezugnahme besonders auf den Schutz der nationalen Sicherheit erfolgen,[444] wenn zu anderen Gründen nicht genügend offiziell beweiskräftiges Material vorliegt. Wir haben zu beachten, dass der Gegner besonders solche Ablehnungen hochspielen wird und vor allem wir als MfS in diesem Zusammenhang im Blickpunkt stehen werden.«[445]

Hier zeigt sich die zivilisierende Rolle des Rechts und der internationalen Öffentlichkeit selbst im Fall des Stasi-Chefs. Auf der anderen Seite hatte sich sein Ministerium in Fragen der praktischen Handhabung durchgesetzt. Mit den »neuen Verordnungen [...] werden in der Praxis eingetretene Ausuferungen – durch ungerechtfertigte Erweiterungen und nicht immer einheitliche Anwendung der internen Festlegungen, insbesondere durch die Anerkennung aller möglichen erweiterten Verwandtschaftsverhältnisse und weitergehenden Anlässe, die in Wirklichkeit gar keine besonderen humanitären Gründe sind – wieder eingegrenzt«.[446] Die Genugtuung darüber sollte allerdings nicht lange vorhalten.

---

443 Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717, S. 75 f.

444 Eine solcher pauschaler »Versagungsgrund« war in § 13 Absatz 1 der Verordnung vorgesehen.

445 Erich Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Diensteinheiten des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 8717, S. 77.

446 Ebenda, BS. 61.

Am 1. Januar 1989 trat die neue Reiseverordnung in Kraft. Ihr wichtigster Effekt war, dass in den ersten beiden Monaten 1989 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Januar/Februar 1988 die Zahl der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten (von Reisenden unterhalb des Rentenalters) um 19,1 Prozent zurückgegangen ist.[447] Die Staatssicherheit berichtete Ende Januar 1989 in ersten internen »Hinweisen« über die Reaktionen in der Bevölkerung.[448] Wie meist standen die Reaktionen »progressiver Bürger« am Anfang. Sie hätten sich positiv über die höhere »Rechtssicherheit« geäußert; Mitarbeiter der Volkspolizei hätten begrüßt, dass sie nun »in den Gesprächen mit den Bürgern auf eine gültige, allen zugängliche Rechtsvorschrift verweisen können«. Es scheint sich aber auch in diesen Kreisen niemand gefunden zu haben, der die neuerlichen Einschränkungen, auf die die Staatssicherheit gedrängt hatte, dankbar zur Kenntnis genommen hätte. Nichts dergleichen wurde jedenfalls erwähnt. Vielmehr wurde auch von »vielen progressiven Kräften« beklagt, dass »die ›Spaltung‹ der DDR-Bevölkerung in zwei ›Klassen‹ – mit bzw. ohne Beziehungen/Kontakte in das nichtsozialistische Ausland – weiter vertieft« worden sei. Unter den Personen, die bisher in »dringenden Familienangelegenheiten« hatten reisen dürfen, denen jetzt aber keine Reisegenehmigung mehr erteilt werden sollte, machte sich Empörung breit:

> »In zunehmend unsachlicher, z. T. aggressiver Form oft verbunden mit gegenüber den Angehörigen der Deutschen Volkspolizei heftig vorgetragenen Vorwürfen der Engstirnigkeit und Herzlosigkeit, bringen diese Personen ihre Enttäuschung und ablehnende Haltung zu der erlassenen Rechtsvorschrift zum Ausdruck.«

Auf der anderen Seite sähen sich die Mitarbeiter der Volkspolizei »einem erheblichen Druck seitens der Bürger ausgesetzt«, sodass es ihnen »zunehmend schwerer falle, den Anforderungen gerecht zu werden«. »Häufig würden sie zum ›Prellbock‹ und ›Blitzableiter‹ für spontane Reaktionen solcher Personen, deren Anträge abgelehnt wurden.« Bedingt wurde diese neue Konstellation durch die zuvor erwähnte Verlagerung des Entscheidungsprozesses in die Volkspolizeikreisämter. Sie ist an zwei Zahlen abzulesen: Der Anteil jener Anträge, die von der Volkspolizei wegen fehlender Antragsgründe gar nicht erst angenommen wurden, steigerte sich von Januar 1988 auf Januar 1989 von 12,7 Prozent auf 40,9 Prozent (in absoluten Zahlen: von 17 916 auf 67 323), während der Anteil der Ablehnungen entgegengenommener Anträge von 8,9 Prozent auf 2,1 Prozent sank (d. h. von 10 900 auf 2 038).[449]

In einem Bericht an den ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Egon Krenz, schilderte Innenminister Dickel, dass die Bezirksdirektionen für Volkspolizei aus fast allen Bezirken eine »angespannte« Lage meldeten. Die Bürger seien nicht bereit, Ablehnungen hinzunehmen, verwiesen auf die KSZE-Konferenz in Wien, die ganz andere Erwartungen geweckt habe, und würden unter Berufung darauf fordern, die Reiseverordnung zu »präzisieren«.[450] Eher ungewöhnlich war, dass diese Klagen auf offene Ohren trafen. Krenz leitete den Bericht weiter an den Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, Wolfgang Her-

---

[447] Abteilung Sicherheitsfragen beim ZK der SED: Informationen und Schlussfolgerungen zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros v. 9.11.1988: Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland v. 3.3.1989; SAPMO-BA, DY 30 IV C 2/12/52, Bl. 363–379, hier 365.

[448] ZAIG: Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung auf die Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland v. 30.11.1988 v. 27.1.1989; BStU, MfS, ZAIG 4246, Bl. 1–11, dokumentiert in: Die Stasi im Jahr 1989. Eine Dokumentation der BStU (CD-ROM). Berlin (2006).

[449] Vgl. Abteilung Sicherheitsfragen beim ZK der SED: Information und Schlussfolgerungen zur Durchführung des Beschlusses des Politbüros v. 9.11.1988 »Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland [Entwurf]« v. 28.2.1989; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/2039/307, Bl. 51–67, hier 53.

[450] Vgl. Schreiben von Dickel an Krenz vom 10.2.1989, mit Anlage: Information über Privatreisen nach § 7 Abs. 1 und 7 der Verordnung vom 30.11.1989; ebenda, Bl. 42–50.

ger, verbunden mit der Aufforderung, eine Vorlage für den Generalsekretär zu erarbeiten.[451] Herger schlug vor, zu der früheren Praxis zurückzukehren: die Genehmigungsgründe wieder zu erweitern und sich an den Genehmigungszahlen des Vorjahres zu orientieren. Honecker stimmte dem zu und so wurde eine Durchführungsbestimmung zur Reiseverordnung erlassen, die vor allem das Reisen zu Familienfeiern des Ehepartners wieder ermöglichte.[452] Das Grundproblem war damit freilich nicht gelöst: Westreisen waren weiterhin genehmigungspflichtig und unterhalb des Rentenalters an verwandtschaftliche Beziehungen und familiäre Anlässe gebunden.

Gemessen an den Zielen, die die Staatssicherheit ursprünglich mit der neuen Reiseverordnung verbunden hatte, war das Ergebnis ein Desaster. Das ist an den Zahlen für Westreisen und für Übersiedlungsgenehmigungen in jenen Monaten des Jahres 1989 abzulesen, ehe die Endkrise des Regimes offen zum Ausbruch kam. Vor der Öffnung der ungarischen Grenze wurden vom 1. Januar bis zum 10. September 1989 150 331 Anträge auf Übersiedlung gestellt, davon etwa 60 000 echte Neuanträge (im ganzen Jahr 1988 waren es 42 400 gewesen).[453] Zu einer Rücknahme ihres Antrags konnten nur noch 2 659 Personen bzw. 1,8 Prozent der Antragsteller bewegt werden (gegenüber 8,4 % im Jahr 1988). Es harrten noch immer 109 304 Personen auf eine Genehmigung, obwohl bereits 64 978 Übersiedlungen genehmigt worden waren (1988 insgesamt 25 300).[454] Dass zudem erheblich mehr Personen nur auf eine entsprechende Chance warteten, ist daran abzulesen, dass von den »Botschaftsflüchtlingen«, die den Weg in den Westen über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau suchten – zum damaligen Zeitpunkt über 15 000 – mehr als 80 Prozent zuvor gar keinen Ausreiseantrag gestellt hatten. Das Gleiche gilt vermutlich für jene 17 352 Personen, die bis Ende September von genehmigten Reisen ins westliche Ausland nicht in die DDR zurückgekehrt sind. Ihre Zahl hat sich im 3. Quartal 1989 gegenüber dem 1. Quartal vervierfacht. Hinzu kamen zum damaligen Zeitpunkt etwa 30 000 Flüchtlinge über Ungarn.[455]

Auch bei den touristischen Reisen in den Westen eskalierte die Entwicklung: Bis Ende September wurden circa 1,3 Mio. Genehmigungen für Privatreisen in den Westen an Personen unterhalb des Rentenalters erteilt. Das war ein Zuwachs von 16 Prozent.[456] An der angespannten Gesamtlage hatte sich dadurch trotzdem wenig geändert: Den Genehmigungen für private Westreisen standen 387 178 Anträge gegenüber, die nicht entgegengenommen worden waren.[457] Die Reaktion der betreffenden Antragsteller war unverändert. Innenminister Dickel berichtete an den ZK-Apparat, jene Bürger hätten sich über die rechtlichen Regelungen genauestens informiert, würden aber die Ablehnungsgründe nicht

---

451 Dazu ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 146–148.

452 Vgl. 1. DB zur Reiseverordnung v. 30.11.1988; GBl. DDR I Nr. 8 v. 28.3.1989, dokumentiert in: Deutschland Archiv 22(1989)4, S. 354. In Kraft trat die Neuregelung am 1.4.1989.

453 Wegen der neuen Reiseverordnung, die am 1.1.1989 in Kraft getreten war, mussten auch bereits vorliegende, ältere Anträge neu gestellt werden.

454 Zahlen nach ZAIG-Wochenbericht 37/89 (Anlage 3) v. 11.9.1989; BStU, MfS, ZAIG 8198, Bl. 22–24, und nach Tabelle 3, S. 75.

455 Information über die Entwicklung und Lage auf dem Gebiet des Reiseverkehrs, der ständigen Ausreisen und des ungesetzlichen Verlassens der DDR, Anlage 1 zu der Vorlage betreffs der Regelungen von Bürgern der DDR in das Ausland (Entwurf) von E. Krenz, E. Mielke, F. Dickel und O. Fischer für die Politbüro-Sitzung am 27.10.1989; BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 73–82, hier 78–80.

456 Ebenda, Bl. 77.

457 Weitere 1,7 % der entgegengenommenen Anträge wurden abgelehnt. Was das in absoluten Zahlen bedeutet, ist nicht klar, weil die Basiszahl in dieser Quelle nicht genannt wird. In den ersten beiden Quartalen des Jahres 1989 wurden insgesamt 13 731 Anträge abgelehnt. Vgl. Schreiben von Innenminister Dickel an ZK-Sekretär Krenz v. 11.7.1989; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2039/307, Bl. 122–125.

akzeptierten, sich »häufig unsachlich« äußern und versuchen, »eine Änderung der Entscheidung [zu] erzwingen«.[458]

Die Geschichte der Reiseverordnung ist hier ausführlicher geschildert worden, weil sie exemplarisch ist für das letzte Jahr der SED-Politbürokratie: Das Regime hatte mit dieser Regelung fast alle Teile der Bevölkerung frustriert: Die Oppositionellen hielten ohnehin nichts davon und betrachteten die positiven (rechtlichen) Aspekte als Augenwischerei. Loyale, äußerlich unauffällige Bürger, die die erweiterten Möglichkeiten der vorangegangenen Jahre genutzt hatten, waren vielfach enttäuscht worden. Und jene, die dem System näherstanden, keine verwandtschaftlichen Beziehungen in den Westen mehr unterhielten oder »Geheimnisträger« waren, fühlten sich weiterhin benachteiligt. Irgendein Ergebnis im Sinne der Stabilisierung des Regimes aber war nicht erkennbar. Im Gegenteil. Dank veränderter internationaler Rahmenbedingungen war es in eine Lage geraten, in der es durch wachsenden Unmut aus den Reihen der bisher schweigenden Mehrheit zum Rückzug gezwungen werden konnte.

3 Schwindender Zusammenhalt im »sozialistischen Lager«

Das Ministerium für Staatssicherheit war dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR unterstellt und damit, ebenso wie vor allem das Verteidigungsministerium, eingebunden in die Militärplanung der DDR, die selbst Teil der Planung der Warschauer Vertragsorganisation war. Infolge von Gorbatschows Umorientierung der West- und Sicherheitspolitik im Zeichen eines Neuen Denkens kam es in diesem Bereich ab dem Jahr 1987 zu einschneidenden Veränderungen.

Eine neue Militärdoktrin und die Mobilmachungsplanung

Parallel zu den auf einen sowjetischen Vorschlag hin beginnenden Verhandlungen über eine Beseitigung der Nuklearraketen mittlerer Reichweite in Europa wurde anlässlich eines Treffens des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts (einem Gipfeltreffen der Staats- und Parteichefs) im Mai 1987 in Ostberlin eine neue Militärdoktrin verkündet.[459] Zwei Begriffe standen dabei im Zentrum: dass es sich um eine »defensive« Doktrin handle und dass die »Hinlänglichkeit« von Streitkräften und Rüstung der verbindliche Maßstab werden solle. Die Auseinandersetzung um Definition und Interpretation dieser Begriffe zwischen dem sowjetischen Generalstab und den Reformern um Gorbatschow, die – was neu war – von zivilen Sicherheitsexperten unterstützt wurden, kann hier nicht nachgezeichnet werden.[460] Von Bedeutung für die DDR und damit auch für die Staatssicherheit war vor allem der Defensivcharakter dieser Doktrin, der eine strategische Umorientierung bedeutete. Bisher war von der Annahme ausgegangen worden, dass im Falle eines Krieges, der – wie in solchen Szenarien üblich – von der anderen Seite begonnen worden war, die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten unmittelbar mit einer Gegenoffensive antworten, den Krieg auf das Territorium des Feindes tragen und ihn dort vernichtend schlagen würden.[461]

---

[458] Ebenda.

[459] Text in: Kulikow, Viktor G.: Doktrin des Friedens. Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Berlin (Ost) 1988, S. 73–76.

[460] Vgl. dazu ausführlich Umbach, Frank: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991. Berlin 2005 (MGFA, Militärgeschichte der DDR, 10), S. 363–385 u. 421–430.

[461] Vgl. Jones, Christopher: Gorbačevs Militärdoktrin und das Ende des Warschauer Paktes. In: Diedrich, Torsten; Heinemann, Winfried; Ostermann, Christian (Hg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991. Berlin 2009, S. 245–271; Mastny, Vojtech: Neue Forschungsresultate zum Kalten Krieg aus osteuropäischen Archiven. In: Spillmann, Kurt R.; Wenger, Alfred (Hg.):

Zwei Probleme bei dieser Art von »Defensive« sind offenkundig: Erstens ist die Vorbereitung darauf für den Gegner von der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht zu unterscheiden – im Nuklearzeitalter aber kann ein Irrtum in dieser Beziehung für beide Seiten tödlich enden. Und zweitens erforderte diese Strategie vor allem konventionelle Überlegenheit, die enorme Rüstungsanstrengungen voraussetzte, die im sowjetischen Fall längst an die Substanz der Volkswirtschaft gegangen waren. Eine Defensivstrategie dagegen bedeutet, dass man erst einmal das eigene Territorium verteidigt und den angreifenden Gegner daraus wieder zu vertreiben versucht, um den Status quo ante bellum wiederherzustellen. Die sowjetische Generalität konnte die neue Doktrin als Vorgabe der politischen Führung nicht offen zurückweisen. Aber sie war von dieser Konzeption alles andere als begeistert und leistete bei ihrer Umsetzung in der Verteidigungsplanung hinhaltend Widerstand. Bis zum Ende der UdSSR vermochte sie nicht, sich von der Vorstellung zu lösen, aus der Defensive dann doch zum Gegenangriff überzugehen (ebenso wie in den achtziger Jahren nicht die NATO, aber die US-Armee). Das Ringen mit der politischen Führung ging darum, wie lange die Streitkräfte damit warten mussten und wer die Kompetenz für das Signal zum Gegenangriff habe. Aber wie man sich in Moskau auch entscheiden würde, es bedeutete auf jeden Fall, dass das Territorium der DDR in einer ersten Phase zum Kriegsschauplatz werden würde. In Ostberlin – wie in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten auch – war das doppelt schwer kalkulierbar, weil sich das sowjetische Militär nicht in die Karten schauen ließ. Trotz zahlreicher gemeinsamer Manöver wurden die »Verbündeten« nie in die tatsächlichen operativ-strategischen Pläne des sowjetischen Oberkommandos eingeweiht.[462] In der Hauptverwaltung A des MfS wurde der Wandel der Militärdoktrin als sowjetische Absicht interpretiert, die DDR im Falle eines Krieges mit den NATO-Staaten aufzugeben.[463]

Für die Vorbereitung auf den Kriegsfall gab es in der DDR seit Mitte der sechziger Jahre eine Mobilmachungsplanung, in der der Staatssicherheit ein wichtiger Platz zugewiesen war. Diese Planung hatte immer einen Doppelcharakter: Vorbereitung auf den Kriegs- bzw. Verteidigungsfall und Vorbereitungen auf die Unterdrückung innerer Unruhen, damit das Regime nicht noch einmal so hilflos agieren würde wie am 17. Juni 1953. Einerseits hatte sich in jener Beziehung durch die neue Militärdoktrin etwas geändert, andererseits war die innere Lage der DDR zu Beginn des Jahres 1988 zwar weitgehend ruhig, aber nicht stabil. Am 26. Februar 1988 fand eine »Dienstbesprechung zur Mobilmachungsarbeit im MfS« statt. Was war der Anlass dieser »Besprechung«, die aus einem langen Monolog Mielkes bestand? Im Rückblick, im Wissen um die Ereignisse im folgenden Jahr könnte man glauben, dass sich die Staatssicherheit für die letzte Schlacht wappnen wollte: die innere »Konterrevolution« zu zerschlagen. Allerdings war den Akteuren die weitere Entwicklung damals nicht bekannt – und keine Seite rechnete ernsthaft mit einem nahen revolutionären Umsturz, auch nicht die Staatssicherheit. Die andere Möglichkeit ist, dass es um die Stellung der DDR in dem durch die neue Militärdoktrin veränderten Kriegsszenario ging und um die Konsequenzen, die sich daraus für die Staatssicherheit ergaben. Heinz Busch berichtet als ehemaliger HVA-Offizier, dass genau das der Punkt war und dass sie dazu dem Minister zuzuarbeiten hatten.[464] Ob sich Mielke auch die Befürchtungen in der HV A zu eigen gemacht hat, ist unklar; seine Ausführungen auf der Dienstbesprechung waren in dieser Beziehung etwas verklausuliert. Aber der Text von Mielkes

Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung; 54). Zürich 1999, S. 7–17.

462 Vgl. Umbach: Das rote Bündnis (Anm. 460), S. 427.

463 So Heinz Busch, Referatsleiter in der Abteilung VII (Auswertung) der HVA; Busch: Die Militärspionage der DDR (Anm. 47), S. 99.

464 Ebenda, S. 91–94.

Rede bestätigt die Zuordnung des früheren HVA-Offiziers. Nach einigen salbungsvollen Worten zu zwei Jahrzehnten »Mobilmachungsarbeit« im MfS kam Mielke auf den Anlass der aktuellen Veranstaltung zu sprechen:

> »Die Beschlüsse der Partei sowie die Entwicklung der internationalen Lage, die neuesten Erkenntnisse in der Militärpolitik und -strategie [...] zwingen dazu, die Bedingungen, Aufgaben und Anforderungen der Mobilmachungsarbeit neu zu durchdenken und zu bestimmen. Besonders auch die grundsätzlichen Entscheidungen zur Militär- und Sicherheitspolitik, vor allem die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Mai 1987 in Berlin angenommenen Dokumente, erfordern – wie in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR – auch im Ministerium für Staatssicherheit eine Präzisierung der Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand.«[465]

Verglichen mit anderen Reden Mielkes war diese verhältnismäßig wenig alarmistisch. Er erklärte sogar, »dass Abrüstung real und möglich ist«, und betonte, dass es sich bei der Änderung der Mobilmachungsplanung um »eine langfristige Konzeption« handle.[466] Ein Grund für größere Gelassenheit dürfte gewesen sein, dass wenige Wochen zuvor ein wesentlicher Abrüstungsschritt gelungen war: Am 8. Dezember 1987 hatten der amerikanische Präsident Reagan und der sowjetische Parteichef Gorbatschow bei einem Gipfeltreffen in Washington ein Abkommen über die Beseitigung aller landgestützten Mittelstreckenraketen unterzeichnet.[467] Das waren jene nuklear bestückten Raketensysteme (sowjetische SS-20 und amerikanische Pershing II und Marschflugkörper), deren Stationierung zu Beginn des Jahrzehnts in Europa auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bis hin zum damaligen Kreml-Chef Andropow zu akuten Kriegsängsten geführt hatten.

Das neue Szenario, von dem Mielke ausging, war, dass im Kriegsfall »das gesamte Territorium der DDR sicherlich von Anfang an zum Frontgebiet und vor allem im grenznahen Raum zur unmittelbaren Kampfzone« würde, auch sei »damit zu rechnen, dass bei einer Aggression zumindest Teile des Territoriums der DDR vom Gegner besetzt werden könnten«.[468] Die unmittelbare Konsequenz würde in einem solchen Fall der Übergang zum »Territorialprinzip« der Leitung sein. Die straff zentralistische Struktur des MfS wäre nicht mehr aufrechtzuerhalten: »Die im jeweiligen Territorium zu lösenden tschekistischen Aufgaben müssen im Prinzip ausschließlich durch die jeweiligen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen selbst gelöst werden.« Anstelle der Zentrale in Ostberlin wären die regionalen Dienststellen dann den Einsatzleitungen unter dem Kommando des 1. Sekretärs der SED-Bezirks- bzw. Kreisleitung unterstellt.[469] Solche Überlegungen sprechen eindeutig dafür, dass es sich konzeptionell nicht um eine verkappte Bürgerkriegsplanung, sondern tatsächlich um Vorbereitungen auf einen Kriegsfall handelte.[470] Allerdings sind zwei Einschränkungen zu machen: Erstens ging in dem Mobilmachungsszenario dem of-

---

[465] Mielke, Erich: Referat auf der Dienstbesprechung zur Mobilmachungsarbeit im MfS am 26.2.1988 (Manuskript); BStU, MfS, BdL/Dok. 5352, Bl. 6.

[466] Ebenda, Bl. 8 u. 18.

[467] Vgl. AdG (Anm. 12), S. 31696–1.

[468] Mielke, Erich: Referat auf der Dienstbesprechung zur Mobilmachungsarbeit im MfS am 26.2.1988 (Manuskript); BStU, MfS, BdL/Dok. 5352, Bl. 15 f.

[469] Ebenda, Bl. 26 f.; vgl. Statut der Einsatzleitungen v. 2.10.1981; BStU, MfS, BdL/Dok. 8960.

[470] Zum gleichen Kontext gehören die Überlegungen, die in dieser Rede hinsichtlich einer Vernichtung besonders brisanter Akten angestellt worden sind; vgl. Mielke, Erich: Referat auf der Dienstbesprechung zur Mobilmachungsarbeit im MfS am 26.2.1988 (Manuskript); BStU, MfS, BdL/Dok. 5352, Bl. 79 f. Solche Passagen wurden nach 1990 gelegentlich als scheinbarer »Beweis« dafür angeführt, dass die Staatssicherheit den revolutionären Umbruch und ihren eigenen Untergang vorausgesehen habe. Das ist unhistorisch gedacht. Offenbar ging es darum zu verhindern, dass diese Unterlagen dem militärischen Feind in die Hände fallen.

fenen Krieg eine »Spannungsperiode« voraus und zweitens war der Übergang zwischen äußerem und innerem Feind in diesem Denken fließend. Galten die »feindlich-negativen Kräfte« schon in tiefsten Friedenszeiten als von westlichen »Zentren« gesteuert, so wurden sie im Vorfeld des Krieges offenkundig als eine potenzielle 5. Kolonne des Gegners betrachtet.

Schon seit den sechziger Jahren waren »Vorbeugungsmaßnahmen« entwickelt worden, um solche »Kräfte«, von denen man annahm, sie würden sich auf die Seite des Kriegsgegners schlagen oder auch nur die eigene Verteidigungsbereitschaft beeinträchtigen, frühzeitig auszuschalten.[471] Personen mit einer »gefestigten feindlich-negativen Einstellung«, also einer stetig kritischen Haltung gegenüber den Verhältnissen in der DDR, wurden grundsätzlich diesem Personenkreis zugerechnet.[472] Mielke forderte in seiner Rede im Februar 1988, die Beantwortung der Frage »Wer ist wer?« auf aktuellem Stand zu halten, einschließlich von »Überlegungen […], wie wir dieser Personen habhaft werden können«.[473] Ende des Jahres 1988 war geplant, in einem solchen Fall insgesamt 2 901 Personen festzunehmen und in Untersuchungshaft- oder Strafvollzugseinrichtungen zu verbringen und weitere 10 539 Personen in Isolierungslager zu sperren. Außerdem sollten 887 als unzuverlässig geltende staatliche Leiter verstärkt überwacht und zu weiteren 70 245 Personen Informationen, etwa über den aktuellen Aufenthaltsort, gesammelt werden.[474]

Es gibt keinerlei Indizien, die dafür sprechen würden, dass die MfS-Planung im Februar 1988 sich nur eines äußeren Anlasses (der neuen Militärdoktrin) als interner Camouflage bedient hat und in Wirklichkeit darauf zielte, ganz ohne äußeren militärischen Anlass die immer lästiger werdende Opposition dauerhaft zu zerschlagen. Aber selbstverständlich wären wesentliche Teile dieser Vorbereitungen und zwar insbesondere die Rolle, die die Staatssicherheit bei der Mobilmachung spielen sollte, auch in einem solchen Zusammenhang verwendbar gewesen. Man denke nur an die Internierungslager, die in Polen im Winter 1981/1982 nach der Ausrufung des Kriegsrechts mit Tausenden von Regimegegnern gefüllt worden waren, denen wahrscheinlich ähnliche Planungen zugrunde lagen.[475] Im Herbst 1989 sollte sich diese Frage konkret stellen.

Die KSZE-Folgekonferenz in Wien

Auswirkungen des KSZE-Prozesses auf den Handlungsspielraum der Machthaber in der DDR sind bereits mehrfach angesprochen worden. Mit der Wiener Folgekonferenz (1986–1989) haben sich in dieser Beziehung bedeutende Veränderungen ergeben, die verdienen, etwas genauer beleuchtet zu werden. Zu Beginn der Konferenz im September 1986 hatte als Gastgeber der österreichische Außenminister ein »Auseinanderklaffen von Wort und

---

471 Vgl. Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X (Anm. 190), S. 102–115; zur Vorgeschichte der Mobilmachungsplanung Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002 (MGFA, Militärgeschichte der DDR, 4).

472 In einem Dokument vom 20.1.1986 wurden die einzelnen Kategorien von Verdächtigen und die »Kennziffern«, unter die sie zu subsumieren waren, detailliert ausgelistet; BStU, MfS, AGM 1817, dokumentiert in: Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X (Anm. 190), S. 18–23.

473 Mielke, Erich: Referat auf der Dienstbesprechung zur Mobilmachungsarbeit im MfS am 26.2.1988 (Manuskript); BStU, MfS, BdL/Dok. 5352, Bl. 55.

474 Vgl. Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X (Anm. 190), S. 24.

475 Zur Planung der Operation »Wiosna« (Frühling) zur Verhängung des Kriegsrechts und der Internierung von Oppositionellen durch eine kleine Gruppe beim polnischen Generalstab unter Einbeziehung von Offizieren des Innenministeriums vgl. Kramer, Mark: Colonel Kuklinski and the Polish Crisis, 1980–1981. In: Cold War International History Project Bulletin, 11 (Winter 1998), S. 48–59.

Tat« beklagt, das an der Glaubwürdigkeit des KSZE-Prozesses zehre.[476] Obwohl seit der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975 manches in Bewegung geraten war, war dem doch besonders mit Blick auf die inneren Verhältnisse im Ostblock schwerlich zu widersprechen. Daran hatten die Sicherheitsapparate der kommunistischen Diktaturen gewiss einen beträchtlichen Anteil. Zu Beginn der achtziger Jahre hatte Juri Andropow, seinerzeit noch Chef des KGB, mit Blick auf die KSZE-Konferenz in Madrid seinem Kollegen Mielke versichert: »Es gibt *keine* Zugeständnisse in den Fragen der Menschenrechte. Unsere Delegation hat in dieser Hinsicht konkrete Weisungen.«[477] Die Konferenz und damit der gesamte KSZE-Prozess hatte damals wegen der unnachgiebigen Haltung sowohl der Sowjetunion wie der USA am Rande des Scheiterns gestanden und war vor allem von den westeuropäischen Staaten gerettet worden.[478] Inzwischen hatte sich die weltpolitische Lage etwas entspannt; vor allem gab es eine neue, reformfreudige sowjetische Führung. Dennoch dauerte die Konferenz, die ursprünglich für acht Monaten konzipiert war, schließlich über zwei Jahre. Das war durch einschneidende Umorientierungen auf östlicher Seite bedingt, die den internen Abstimmungsbedarf erhöhten, und durch eine abwartende Haltung mancher westlicher Staaten angesichts dieser Entwicklungen.

Die SED-Führung hatte der DDR-Delegation im Oktober 1986 für die Verhandlungen die »Direktive« mit auf den Weg gegeben, vor allem Abrüstungsfragen und Fragen der wirtschaftlichen und technologiepolitischen Zusammenarbeit zu thematisieren, während alle Versuche zurückgewiesen werden sollten, die »bürgerlichen Freiheiten zum Gradmesser für die Verwirklichung der Menschenrechte zu machen«, möglichst »offensiv« und unter Verweis auf die »sozialen Probleme« in den kapitalistischen Ländern.[479] Das Konzept sollte sich als nicht tragfähig erweisen, vor allem nachdem die sowjetische Delegation, verstärkt seit Frühjahr 1988, dazu übergegangen war, ihrerseits die bürgerlichen Freiheiten als Zeugnis des eigenen Reformwillens zu betonen. Im Mai 1988 hatten die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten den Entwurf eines Abschlussdokuments vorgelegt. Von nun an war klar, dass die Entwicklung in eine Richtung gehen würde, die die SED-Führung zu vermeiden versucht hatte. Bei einem Treffen der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten im Oktober 1988 forderte die DDR, dem Abschlussdokument nicht zuzustimmen, blieb damit aber isoliert, weil die anderen Staaten auf eine schnelle Verabschiedung drängten.[480] Es folgten Rückzugsgefechte in einzelnen Punkten. Selbst die Stasi-Führung sah sich gezwungen, auf einer Dienstkonferenz im Oktober 1988 zu erklären:

> »Wir sind für die Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki in allen ihren Bestandteilen, auch für den weiteren Ausbau und die Vertiefung der Zusammenarbeit in Menschenrechts- und humanitären Fragen, auf den Gebieten der Kontakte und Informationen. […] Wir sind gegen solche von den NATO-Staaten angestrebten Regelungen, mit denen sie sich umfassende Möglichkeiten für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Staaten und für die Mobilisierung und Formierung innerer feindlicher oppositioneller Kräfte verschaffen wollen. Darum aber geht es diesen Kreisen.«[481]

---

[476] Zit. nach: KSZE-Vorkonferenz in Wien v. 6.10.1986, AdG (Anm. 12), S. 30333.

[477] Notiz über die Gespräche des Genossen Minister [Mielke] mit dem Vorsitzenden des KfS [Komitee für Staatssicherheit], Genossen Andropow, am 11.7.1981 in Moskau; BStU, MfS, ZAIG 5382, Bl. 1–19, hier 11.

[478] Vgl. Schlotter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt (Anm. 60), S. 76–79.

[479] Vgl. Crome, Erhard; Franzke, Jochen: Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986 bis 1989. In: Deutschland Archiv 26(1993)8, S. 905–914, hier 906 f.

[480] Vgl. Bericht über die 17. turnusmäßige Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29.10.1988 in Budapest; BA, DC/20-I/3 / 2739, S. 136–143.

[481] Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststellen und deren Führung und Leitung (Manuskript) v. 26.10.1988; BStU, MfS, BdL/Dok. 7844, S. 23.

Es war das alte Doppelspiel: Wohlfeile verbale Zugeständnisse in humanitären Fragen zu machen und Kritik an ihrer fehlenden Umsetzung dann als »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« zurückzuweisen. Aber das funktionierte nicht mehr. Der entscheidende Grund war, dass die Warschauer-Pakt-Staaten nicht mehr einheitlich agierten. Nur die DDR und Rumänien folgten noch einer Blockadepolitik, während auf der anderen Seite Ungarn, Polen und vor allem die Sowjetunion zu erheblichen Zugeständnissen und praktischen Veränderungen bereit waren. Aber auch der Widerstand der SED-Führung wankte, schließlich reduzierte er sich aus der Fülle von Regelungen auf wenige Aspekte. Honecker machte seine Zustimmung zum Abschlussdokument vom Wegfall zweier Punkte aus dem Entwurf abhängig: Aus finanziellen Gründen verweigerte er die geforderte Streichung des Mindestumtausches;[482] aus innenpolitischen Gründen lehnte er die Zulassung von Bürgerrechtsgruppen ab.[483] Es bedurfte eines Besuchs des sowjetischen Delegationsleiters in Ostberlin, um dem SED-Chef das Zugeständnis abzuringen: falls in dieser Hinsicht nichts mehr zu ändern sei, dennoch zuzustimmen.[484] Auf Basis einer Vorlage Honeckers beschloss das Politbüro einige Tage später:

> »Dem Leiter der DDR-Delegation auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen wird für den Fall, dass er als einziger den Konsens verweigern müsste, erlaubt, gegen die Aussagen zu ›Helsinki-Gruppen‹ und Mindestumtausch [...] keine Einwände zu erheben. […] Innerstaatlich gilt wie bisher unverändertes Festhalten an Mindestumtausch-Regelungen und keine Legalisierung der ›Helsinki-Gruppen‹.«[485]

Auf der letzten Sitzung der Wiener Konferenz vom 17. bis 19. Januar 1989 wurde das Abschlussdokument in unveränderter Form angenommen, auch mit der Stimme der DDR. Zuvor aber war noch ein Zeichen gesetzt worden: Am 12. Januar sind in Leipzig elf Personen verhaftet worden, die Flugblätter mit einem Demonstrationsaufruf gedruckt hatten. Drei Tage später wurden bei einer kleinen Demonstration in der Leipziger Innenstadt 53 Teilnehmer vorübergehend festgenommen und von der Volkspolizei »belehrt«. Mielke berichtete darüber ausführlich an die Mitglieder des Politbüros.[486] In Wien musste sich die DDR-Delegation wegen der Leipziger Geschehnisse heftige Vorwürfe gefallen lassen. Der Versuch von Außenminister Oskar Fischer, das als »Einmischung in die inneren Angele-

---

[482] Die betreffende Passage: »Sie [die Unterzeichnerstaaten] werden die Möglichkeiten für eine schrittweise Herabsetzung und schließliche Abschaffung aller etwaiger Erfordernisse an Reisende, Landeswährung über tatsächliche Ausgaben hinaus zu erwerben, in Erwägung ziehen und dabei den Personen den Vorrang geben, die zum Zweck von Familienbegegnungen reisen.« Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Wien 1989, S. 28.

[483] In der Sprache der Diplomatie lautete diese Vorgabe: »Sie [die Unterzeichnerstaaten] bestätigen, dass Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine maßgebliche und positive Rolle zukommt, zur Erreichung der Ziele ihrer Zusammenarbeit sowie zur vollen Verwirklichung der Schlussakte beizutragen. Zu diesem Zweck werden sie das Recht von Personen, die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern und sich mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuschließen, achten.« Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Wien 1989, S. 12.

[484] Dazu ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 90 f.

[485] Vorlage Honeckers v. 6.1.1989 in: Arbeitsprotokoll der Politbüro-Sitzung am 10.1.1989; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A 3186; vgl. Crome; Franzke: Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz (Anm. 479), S. 911 f.

[486] ZAIG-Information 25/89: Über Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte in Leipzig im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg v. 16.10.1989; BStU, MfS, ZAIG 3734, Bl. 1–7.

genheiten« zurückzuweisen, machte einen geradezu hilflosen Eindruck.[487] Weit aufschlussreicher, weil in die Zukunft weisend, war eine interne Schilderung des Vorgangs durch den Leiter der Untersuchungsabteilung des MfS, Generalmajor Fister. Er kam zu dem Schluss: »Es war klar, dass wir die Beschuldigten nicht längere Zeit in Haft behalten konnten, zumal bereits die ›Kerzen der Mahnwachen gezündet‹ wurden.«[488]

Außenminister Fischers Argumentation war nicht zuletzt deshalb abwegig, weil sich die Wiener Konferenz – auch mit Zustimmung der DDR – auf neue Mechanismen der Durchführungskontrolle verständigt hatte. Bis dahin hatte sich die Kontrolle des KSZE-Prozesses darauf beschränkt, dass zu Beginn jeder Konferenz eine Debatte über die Umsetzung der beschlossenen Grundsätze stattfand.[489] Wechselseitige Vorwürfe und Verwahrung gegen besagte »Einmischung« prägten das Bild. Künftig konnten in Menschenrechtsfragen Teilnehmerstaaten andere Teilnehmerstaaten zu »konkreten Fällen« um Auskunft bitten, und die waren zur Antwort verpflichtet. Es war ausdrücklich zulässig, darüber andere Teilnehmerstaaten »auf diplomatischem Weg« zu informieren und solche Angelegenheiten auf Folgekonferenzen öffentlich zu machen.[490] Das blieb auch in der DDR nicht ohne Auswirkungen.

Nachdem, wie in Wien vereinbart, auch im »Neuen Deutschland« das Abschlussdokument veröffentlicht worden war,[491] schickte Mielke ein warnendes Schreiben an alle Diensteinheiten: »Höchste Wachsamkeit« sei erforderlich, denn es sei mit »Versuchen des Gegners« zu rechnen, »Teile der Bevölkerung der DDR unter Berufung auf entsprechende Passagen des abschließenden Dokumentes zu beunruhigen und zu verunsichern«.[492] Beunruhigt war vor allem die Staatssicherheit. Deshalb wurde am 1. Februar 1989 kurzfristig eine Kollegiumssitzung einberufen, auf der Mielke Interpretationsrichtlinien zu dem Abschlussdokument verkündete. Trotz schwerer Bedenken habe die DDR-Führung dem zugestimmt, weil sie sonst auch im sozialistischen Lager isoliert worden wäre.[493] Er nannte noch einige Punkte mehr als die beiden zuvor erwähnten (Mindestumtausch, Helsinki-Gruppen), die inakzeptabel seien: das Recht auf Freizügigkeit, die Zulassung von Umweltschutzgruppen, die freie Wahl seiner Informationsquellen durch jeden Bürger, die Förderung unkontrollierter Kontakte über die Grenzen hinweg und die freie Betätigung von Journalisten.[494] Anstelle des nun überholten Arguments, man verwahre sich gegen eine »Einmischung in innere Angelegenheiten«, glaubten SED und MfS eine neue Vertei-

---

487 Vgl. Ende des Wiener Folgetreffens, AdG (Anm. 12), S. 32958. Dort ist offenkundig irrtümlich von Dresden als Ort des Geschehens die Rede.

488 Redebeitrag von Generalmajor Fister, o. D. [wahrscheinlich auf der Dienstkonferenz der HA IX am 6.2.1989]; BStU, MfS, HA IX 8746, Bl. 103–115, hier 111.

489 Selbstverständlich hatten auch die Aktivitäten westlicher Menschenrechtsorganisationen, der Medien und die Lageberichte mancher Regierungen eine solche Kontrollfunktion, aber sie mussten nicht »offiziell« zur Kenntnis genommen werden und waren aus östlicher Sicht »politisch-ideologische Diversion«. Zu denken ist dabei etwa an die regelmäßigen Berichte von Amnesty International und an die »Country Reports on Human Rights Practices«, die das Außenministerium der USA seit 1977 veröffentlichte.

490 Vgl. Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Wien 1989, S. 38.

491 Auszugsweise in: Neues Deutschland v. 21./22.1.1989; zur entsprechenden Verpflichtung vgl. Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Wien 1989, S. 8.

492 Schreiben Mielkes v. 23.1.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 5585.

493 Vgl. Erich Mielke: Ausführungen auf der Beratung des Kollegiums des MfS (1.2.1989); BStU, MfS, ZAIG 5342, Bl. 3–64, hier 9 u. 27.

494 Vgl. ebenda, Bl. 29–36 u. 42–46.

digungslinie gefunden zu haben: Die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten, »dass sie das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen, seine Praxis und Politik zu bestimmen, achten werden«.[495] Trotz dieses vermeintlichen Schlupfloches war auch dem Stasi-Chef bewusst, dass die SED-Diktatur nicht ganz so billig davonkommen würde. Die neue Reiseverordnung war bereits mit Blick auf das Abschlussdokument ausgearbeitet worden (wenngleich sie dessen Vorgaben keineswegs genügte).[496] Vor allem sei damit zu rechnen, dass »Repressionsmaßnahmen« und »strafrechtliche Verfolgung« von Bürgerrechtlern »zu massiven feindlichen Verleumdungen führen«.[497] Die Linie IX (Untersuchung) wurde deshalb angewiesen, bei »politisch sensiblen Sachverhalten« die »Festnahme von Verdächtigen« möglichst zu vermeiden und »strenge Maßstäbe an die Prüfung der Unumgänglichkeit der Untersuchungshaft« zu legen.[498] Zudem könne die DDR der Verpflichtung nicht ausweichen, »Auskunft auch über alle Ermittlungsverfahren an anfragende KSZE-Staaten zu geben«. Dabei musste so verfahren werden, dass kein »politischer Schaden« entsteht, und dass er, Mielke, gegenüber Honecker bzw. »der Partei- und Staatsführung« die Ergebnisse vertreten konnte.[499]

Am stärksten von allen Diensteinheiten des MfS waren die Untersuchungsabteilungen, die Linie IX, von den Verpflichtungen des Wiener Abschlussdokumentes tangiert. Zugleich wirkte sie in die Staatssicherheit hinein, weil sie dafür zuständig war, jeweils zu prüfen, ob die Ermittlungsergebnisse anderer Diensteinheiten genügend Aussicht auf Erfolg für ein Strafverfahren hatten. Sie stand mit ihrer Tätigkeit an der Grenze zwischen der Konspiration des Apparats und der Öffentlichkeit, zwischen geheimpolizeilicher Zweckrationalität auf der einen und rechtlichen Normen und der Justiz auf der anderen Seite. Gewiss war diese Justiz parteilich, das wurde von den Justizfunktionären verlangt.[500] Nun aber verschob sich das Regelsystem. Mielke hat deshalb die Hauptabteilung IX beauftragt, »weitergehende Überlegungen anzustellen«.[501] Erste Ergebnisse solcher Überlegungen präsentierte wenige Tage später Hauptabteilungsleiter Fister in seiner bereits zitierten Rede. Zwar sei mit dem Abschlussdokument nicht unmittelbar geltendes, innerstaatliches Recht gesetzt worden, argumentierte er, aber das bedeute nicht, dass man sich darüber hinwegsetzen könne, denn »davon wie jeder Staat den getroffenen politischen Vereinbarungen entspricht, davon wird seine internationale Ausstrahlung, werden die Wirkungen seiner Politik maßgeblich bestimmt. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich weitreichende

---

[495] Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Wien 1989, S. 5. Nicht zitiert hat Mielke, dass der Text folgendermaßen fortgesetzt wird: »In Ausübung dieser Rechte werden sie gewährleisten, dass ihre Gesetze und Verordnungen, ihre Praxis und Politik mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen übereinstimmen und mit den Bestimmungen der Erklärung über die Prinzipien und mit anderen KSZE-Verpflichtungen in Einklang gebracht werden.«

[496] Vgl. Erich Mielke: Ausführungen auf der Beratung des Kollegiums des MfS (1.2.1989); BStU, MfS, ZAIG 5342, Bl. 9 u. 27. Mit dem Abschlussdokument hatte die DDR dem zugestimmt, »dass es jedermann freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren« (Bl. 27).

[497] Ebenda, Bl. 32.

[498] Ebenda, Bl. 50.

[499] Ebenda, Bl. 48.

[500] Vgl. Vollnhals, Clemens: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 132–136 u. 142–145.

[501] Erich Mielke: Ausführungen auf der Beratung des Kollegiums des MfS (1.2.1989); BStU, MfS, ZAIG 5342, Bl. 50.

Konsequenzen für unsere politische und operative Arbeit.«[502] Zwischen den sozialistischen Staaten existiere kein Konsens in Menschenrechtsfragen mehr. In Wien sei »faktisch ein internationales Kontroll- und Überwachungsorgan hinsichtlich der Einhaltung und Verwirklichung der Verpflichtungen zu Menschenrechten« geschaffen worden. Dabei gehe es vor allem um »Fragen der Strafverfolgungspraxis, der Untersuchungs- und Strafhaft sowie innerstaatliche Verwaltungsentscheidungen«. Wichtig war die Schlussfolgerung, die der Hauptabteilungsleiter für Untersuchung daraus zog, weil an ihr das Wirksamwerden internationaler Rechtsnormen ablesbar ist: »Wenn innerstaatliche Entwicklungen, Entscheidungen und Handlungen stärker dem öffentlichen Interesse bzw. der Kontrolle ausgesetzt sind, dann erfordert das, bei allen Maßnahmen, die den inoffiziellen, konspirativen Bereich verlassen, die Nachprüfbarkeit der Gesetzlichkeit zu sichern.«

Er fügte hinzu: »Dieser Zusammenhang ist besonders immer dann zu beachten, wenn wir aus operativen Überlegungen Entscheidungen anderer Organe anregen.« Für Insider war das verständlich. Es bedeutete: Wenn die Staatssicherheit etwa Einfluss auf Staatsanwaltschaft und Gerichte nahm, dann sollte sie mit Blick auf internationale Komplikationen für diese Institutionen mitdenken. In den folgenden Wochen stellte man in den einzelnen Referaten der Hauptabteilung IX weitere Überlegungen an.[503] Mittelfristig sollte dieser Denkanstoß noch einmal für eine kurze Periode im Herbst 1989 fruchtbar werden, als den Diensteinheiten des MfS abverlangt wurde, Konzeptionen für eine Reform der Staatssicherheit zu entwickeln. Aber auch schon davor finden sich Anzeichen für praktische Konsequenzen aus dieser Umorientierung. In den ersten acht Monaten des Jahres 1989 ist die Zahl der vom MfS bearbeiteten Ermittlungsverfahren wegen Straftaten zum Erreichen einer Ausreise im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres signifikant zurückgegangen und zwar von 897 auf 145.[504] Dabei handelte es sich um die Vorwürfe, die für die Kriminalisierung Ausreisewilliger typischerweise verwendet wurden (Landesverrat, Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit, Öffentliche Herabwürdigung u. a.). Die entsprechende Rechtspraxis bis Ende 1988 war nun auch nach Auffassung der Untersuchungsabteilung des MfS mit international gültigen Rechtsnormen unvereinbar und deshalb politisch zunehmend problematisch.

Im April 1989 hatte Mielke Gelegenheit, seiner Frustration über die Entwicklung des »sozialistischen Lagers« gegenüber einem hochgestellten sowjetischen Kollegen Ausdruck zu verleihen. Das MfS hatte Besuch aus Moskau, von einem stellvertretenden KGB-Vorsitzenden, dem Chef der Auslandsaufklärung, Generalmajor Leonid Schebarschin.[505] Bei einem Treffen beklagte Mielke sich bitter über den Verlauf der KSZE-Konferenz und ihre Ergebnisse. In Wien seien »große Zugeständnisse an den Westen gemacht« worden, »besonders in Fragen der Menschenrechte und sogenannten humanitären Probleme [...], menschliche Kontakte [...], Information, Kultur und Bildung«. Es sei zu einer »weitere[n] Differenzierung zwischen den sozialistischen Ländern, besonders zwischen der UdSSR und der DDR, aber auch zwischen anderen Ländern« gekommen. Dadurch würden auch in der DDR »innere feindliche, oppositionelle Kräfte ermuntert und inspiriert«. In diesem Zusammenhang konstatierte er tiefgreifende Differenzen zwischen den Sicherheitsorganen

---

[502] Redebeitrag von Fister, o. D. [wahrscheinlich 6.2.1989]; BStU, MfS, HA IX 8746, Bl. 103–115.

[503] Vgl. Raschka: Justizpolitik (Anm. 183), S. 282–287.

[504] Für diese Berechnung auf Basis von Unterlagen aus der Akte BStU, MfS, HA IX 1072, die einschlägige Monatsberichte der ZAIG enthält, danke ich Frank Joestel.

[505] Der Text dieses Streitgesprächs ist an anderer Stelle vollständig veröffentlicht worden, deshalb soll hier nur ein Aspekt skizziert werden. Vgl. Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, ediert von Walter Süß. In: Deutschland Archiv 26(1993)9, S. 1015–1034; im Internet ist der Text nachzulesen unter http://www.bstu.de/mfs/kalender/1989/index.htm, Dokumentenliste/7.4.1989.

beider Staaten; Feindbild und Methoden würden immer unterschiedlicher. Das Schlimmste aber war – nach Mielkes Auffassung –, dass die sowjetische Führung nicht mehr entschlossen scheine, um jeden Preis an der Macht festzuhalten. Damit aber drohe vollständiger Machtverlust. Die Bedeutung dieses Gesprächs liegt darin, dass es zeigt: Der Führung der DDR-Staatssicherheit musste schon im Frühjahr 1989 klar sein, dass sie bei einem Versuch, die Lage mit scharfer Repression unter Kontrolle zu bringen, nicht mit sowjetischer Unterstützung würde rechnen können. Das engte ihre künftigen Aktionsmöglichkeiten außerordentlich ein. Die Kooperation zwischen beiden Staatssicherheitsdiensten im laufenden geheimdienstlichen Geschäft wurde jedoch fast bis zum Jahresende fortgesetzt.

4 Die Lage im Sommer 1989

Es wurden verschiedene Faktoren wirksam, ehe es zur offenen Krise kam. Die Sicht der Staatssicherheit auf die Lage am Vorabend der Krise wurde in einer Rede Mielkes vor der SED-Kreisleitung im Juni 1989 herausgearbeitet.[506] Der Stasi-Chef ging keineswegs davon aus, dass es mit der Diktatur zu Ende gehen würde – das konnte er sich wohl gar nicht vorstellen. Wenn es ganz schlimm käme, rechnete er zumindest mit wirtschaftlicher Unterstützung durch die Sowjetunion, die die DDR nicht fallen lassen würde.[507] Aber dennoch beherrschten ihn und die engere Führung des MfS offenbar ungute Vorahnungen. Das war durch mehrere Beobachtungen und Vermutungen bedingt.

Es gebe, so Mielke, einen »strategischen Plan des Gegners«, der aus fünf Elementen bestehe: Erstens seien die NATO-Staaten, vor allem die USA, bemüht, aus einer »Politik der Stärke« heraus zu agieren. Zweitens planten sie die »Propagierung und Infiltrierung der bürgerlichen Ideologie, der westlichen Demokratie, Freiheit und Werte in die sozialistischen Länder hinein in neuen Dimensionen«.[508] Drittens nutzten sie den KSZE-Prozess für diese Ziele, wobei mit dem Wiener Folgetreffen eine »neue Qualität« der Einmischung erreicht worden sei, verbunden mit der Institutionalisierung von Kontrollmechanismen speziell zur »menschlichen Dimension« der KSZE. Viertens gebe es eine »gezielte Differenzierungspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern«.[509] Und fünftens würden die NATO-Staaten versuchen, »die sozialistischen Länder auf die ›Preisliste‹ der Verbesserungen der Beziehungen zwischen den USA bzw. Westeuropa und der Sowjetunion zu setzen«, und durch »das Inaussichtstellen vorteilhafter Beziehungen die Sowjetunion zu veranlassen, die DDR ›fallen zu lassen‹«.[510]

---

[506] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025.

[507] Gerhard Schürer, der Chef der Staatlichen Plankommission, berichtet in seinen Memoiren über ein Gespräch, das er im Juni 1989 mit Mielke geführt habe. Dabei sei es um die katastrophale Finanzlage der DDR gegangen. Mielke habe ihn mit dem Verweis auf sowjetische Hilfe zu beruhigen versucht: »man wird uns schon nicht im Stich lassen«; Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie. Frankfurt/O. 1996, S. 147. Schürer, langjähriger Kandidat des Politbüros, war der einzige aus diesem Gremium, der schon 1988 von Honecker offen einen scharfen Kurswechsel forderte – ohne Erfolg. Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. Opladen 1996, S. 66–71; Nepit: Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows (Anm. 291), S. 301–304.

[508] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 31.

[509] Ebenda, S. 40.

[510] Ebenda, S. 43 f. Mielke wollte glauben machen, in letztgenanntem Punkt seien alle Bedenken durch ein Gespräch zwischen Honecker und Gorbatschow am Vortag in Moskau ausgeräumt worden (ebenda, S. 46). Tatsächlich hat sich Gorbatschow bei diesem Treffen gegenüber dem SED-Chef äußerst konziliant gegeben. Vgl. Niederschrift zum Arbeitstreffen von Honecker mit Gorbatschow am 28.6.1989 in Moskau. In: Küchenmeister (Hg.): Honecker Gorbatschow (Anm. 283), S. 208–239.

Ob die Staatssicherheit von diesem »strategischen Plan« durch ihre Agenten erfahren hat, geht aus Mielkes Rede nicht hervor. Auf jeden Fall wäre das nicht notwendig gewesen, denn in weniger ideologisch aufgeladener Sprache waren seine wesentlichen Elemente auch aufmerksamen Zeitungslesern bekannt, etwa im Zusammenhang mit der Berichterstattung über das Gipfeltreffen der NATO-Staaten Ende Mai 1989 in Brüssel.[511] Dort waren die begonnenen Veränderungen in Osteuropa mit bemerkenswerter Zuversicht kommentiert worden und es war kein Zweifel daran gelassen worden, dass die Verpflichtungen, auf die sich die Unterzeichnerstaaten des Wiener KSZE-Dokuments eingelassen hatten, unnachgiebig eingefordert werden würden.[512]

Mielke wollte glauben machen, dass die DDR-Führung sich dessen erwehren könne, indem sie – wie in früheren Zeiten – jeden Versuch zurückwies, »sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen«.[513] Aber das Problem war nicht nur, dass – wie erwähnt – die DDR-Delegation in Wien Prinzipien und Mechanismen einer solchen »Einmischung« zugestimmt hatte, sondern auch »das uneinheitliche Auftreten, Interessenunterschiede und differenzierte Vorgehensweisen der sozialistischen Länder«.[514] In einigen dieser Länder waren die Machtstrukturen bereits im Umbruch begriffen: In Polen habe Solidarność »Zugang zur Macht erhalten«; in Ungarn würden »revisionistische, auf den Sozialdemokratismus eingeschworene rechte Kräfte […] faktisch die Linie der Partei« bestimmen.[515] Und auch die Lage in der Sowjetunion gebe Anlass zur Beunruhigung.[516] Diese Entwicklungen würden auch in der DDR Auswirkungen haben: »[B]esonders die massierten Versuche antisozialistischer Kräfte in Polen und Ungarn, als legale Opposition die Macht der Arbeiterklasse auszuhöhlen und zu destabilisieren, haben auch die feindlichen, oppositionellen Kräfte und Gruppierungen bei uns ermuntert, mit dieser Zielstellung immer offener und provokatorischer in Erscheinung zu treten«.[517] Als Beleg für diese These verwies Mielke auf die Kommunalwahlen am 7. Mai, auf das Bemühen, »Wahlfälschung zu unterstellen und dafür angebliche Beweise zu konstruieren und Gerüchte in die Welt zu setzen«.[518]

Dieses Ereignis hätte aus anderen Gründen eine etwas ausführlichere Erläuterung verdient: Am 7. Mai 1989 war es verschiedenen Bürgerrechtsgruppen gelungen, eine Vielzahl von Wahlbeobachtungen zu organisieren und nachzuweisen, dass bei der Berechnung des

---

[511] Auf diese Tagung hat Mielke auch explizit Bezug genommen. Sie habe gezeigt, dass die USA und die anderen NATO-Staaten davon ausgingen, »dass die internationale Lage und die inneren Entwicklungsprozesse in einigen sozialistischen Ländern ›entschlossen‹ genutzt werden müssten, um das sozialistische Gesellschaftssystem von innen heraus mit massiver Unterstützung von außen zu destabilisieren und schrittweise zu beseitigen«; Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 18.

[512] Vgl. Declaration of the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, Brussels 29–30 May 1989. In: NATO On-line library (www.nato.int/home.htm); »Gipfelkonferenz in Brüssel« v. 30.5.1989, AdG (Anm. 12), S. 33365.

[513] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 40.

[514] Ebenda, S. 38.

[515] Ebenda, S. 82 u. 85.

[516] Vgl. ebenda, S. 74 u. 80 f. Mielke beschränkte sich darauf, gesellschaftliche Phänomene wie wachsenden Nationalismus in den nichtrussischen Republiken anzuprangern; die Reformpolitik der Gorbatschow-Führung erwähnte er in diesem Zusammenhang mit keinem Wort.

[517] Ebenda, S. 91.

[518] Ebenda, S. 92.

Ergebnisses massiv gefälscht worden war.[519] Selbstverständlich war die Staatssicherheit über das Vorhaben der Bürgerrechtler genau informiert gewesen. Die Hauptabteilung XX hatte Ähnliches schon frühzeitig befürchtet und deshalb davor gewarnt. Das eigentlich Beunruhigende hätte aus Sicht des MfS sein müssen, dass es nicht gelungen war, die gesellschaftliche Wahlkontrolle zu verhindern. Der entscheidende Grund dafür war die Existenz einer höherwertigen Priorität. Im Vorfeld hatte Mielke die Anweisung gegeben, dass »politisch-operative Maßnahmen zur unmittelbaren Sicherung der Kommunalwahlen [...] so durchgeführt und realisiert werden [müssen], dass sie für Außenstehende nicht erkennbar sind«.[520] In Ostberlin, wo viele Journalisten aus dem Westen tätig waren, hatte sich das als unmöglich erwiesen. In Leipzig, das außerhalb ihres Blickfeldes lag, waren dagegen am 7. Mai 72 Personen vorübergehend festgenommen worden. Aber auch das verhinderte die anschließende Blamage nicht. Die Aktionen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen hatten – neben schrumpfendem Handlungsspielraum der Staatssicherheit – noch eine weitere wichtige Entwicklung sichtbar gemacht: wachsendes Selbstbewusstsein aufseiten der Bürgerrechtler. In Mielkes Worten:

> »Feindliche, oppositionelle Kräfte wollen den Staat nicht nur zu einem politischen Dialog – den es mit diesen Kräften nicht geben wird – zwingen, erpressen und ein Mitentscheidungsrecht einklagen. Sie wollen in weitaus stärkerem Maße die staatlichen Organe öffentlich herausfordern, sie zu restriktiven Maßnahmen, zum Einsatz der staatlichen Machtmittel provozieren.«[521]

Ganze vier Monate später sollte sich die SED-Führung um einen solchen »Dialog« geradezu verzweifelt bemühen, aber vorerst hielt sich Mielkes Besorgnis in dieser Beziehung in Grenzen. Das hatte einen paradoxen Grund. Er ging weiterhin davon aus, dass die Bürgerrechtsbewegung vom Westen gesteuert würde: »Sie arbeiten [...] auf das engste mit dem Gegner zusammen und ordnen sich in seine strategischen Pläne ein.«[522] Was aber bedeuteten jene »Pläne«? Die NATO-Staaten würden »auf eine allmähliche dauerhafte Erosion des Sozialismus, auf einen langsamen, sich stetig vollziehenden Wandel der inneren politischen Strukturen und weniger auf schlagartige, konterrevolutionäre Umsturzversuche« setzen.[523] Das war zutreffend beobachtet.[524] Folglich gäbe es keinen Grund »pessimistisch« zu sein. Zur Bekräftigung zitierte er den »Genossen Honecker wörtlich«: »Natürlich können wir solche Kräfte nicht aus der Welt schaffen – aber ihren Aktionen muss rechtzeitig begegnet werden.«[525]

Das strategische Einfallstor in diesem Szenario bildeten logischerweise diejenigen, die den »Wandel der inneren politischen Strukturen« steuerten – die herrschenden Parteien. Verglichen mit der polnischen oder der ungarischen Partei oder inzwischen auch der KPdSU war die SED gewiss orthodox, aber auch ihre Mitglieder waren nicht gegen alle

---

[519] Dazu ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 117–127; Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.

[520] Ausführungen Mielkes auf der zentralen Dienstbesprechung am 28.4.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 9047, Bl. 71.

[521] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 95.

[522] Ebenda, S. 92.

[523] Ebenda, S. 21.

[524] Schlüsselsätze in der »Declaration« waren in dieser Beziehung: »We support the opening of Eastern societies and encourage reforms that aim at positive political, economic and human rights developments. […] We also recognize that it is essentially incumbent upon the countries of the East to solve their problems by reforms from within.« Declaration of the North Atlantic Council v. 29./30.5.1989, Punkt 27.

[525] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 98.

Versuchungen gefeit. Mielke erinnerte an die Entstehung der SED: Damals seien Sozialdemokraten in die Partei gekommen (dass viele von ihnen wenige Jahre später ausgeschlossen worden waren, erwähnte er nicht), auf die jetzt die bundesdeutsche SPD setze. In Punkt 2 des »strategischen Plans der Gegners« (»Infiltrierung der bürgerlichen Ideologie«) habe die bundesdeutsche Sozialdemokratie eine wichtige Funktion. Sie versuche »die verschiedenartigsten sozialdemokratischen Alternativvorstellungen und sozialreformistischen Gesellschaftskonzeptionen […] zu propagieren« und verfolge »auch Pläne, die darauf hinauslaufen, in der SED Fuß zu fassen und in ihr allmählich einen sozialdemokratischen Wandlungsprozess zu erreichen«.[526] Diese Aktivitäten würden »unter bestimmten Bevölkerungskreisen auch bei uns – auch bei einzelnen ehemaligen SPD-Mitgliedern und in den Blockparteien – nicht ohne Wirkung bleiben«.[527] Offenkundig war mit ideologischer Standhaftigkeit nicht mehr überall zu rechnen: »Manche, darunter auch Parteimitglieder, werden diesen Anforderungen nicht gerecht, halten den Belastungen nicht stand, resignieren oder wechseln sogar die Fronten des Klassenkampfes.«[528] Ein Beleg für diese These wäre aus Mielkes Perspektive vermutlich die Auseinandersetzung um das gemeinsame Papier von SPD und SED zum »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« gewesen, aber er hat es nicht erwähnt. Und schließlich war selbst auf die Genossen an der unsichtbaren Front kein wirklicher Verlass mehr:

> »Die gegenwärtige Lage erfordert es, davon auszugehen, dass wir es auch in den Sicherheitsorganen [der Verbündeten] mit Partnern zu tun haben können, für die der proletarische Internationalismus, die marxistisch-leninistische Weltanschauung und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind schon nicht mehr – oder nicht mehr allein – die Basis für die Zusammenarbeit bilden.«[529]

Mielke mag dabei an sein erst zwei Monate zurückliegendes Gespräch mit Generalmajor Schebarschin vom KGB gedacht haben, aber auch an schwindende Kooperationsbereitschaft und düstere Schilderungen von alten Kampfgefährten in der polnischen und in der ungarischen Staatssicherheit.[530]

Diese Lageeinschätzung war zwar höchst unvollständig, hatte aber Realitätsbezug. Mielkes Zuhörer werden sich freilich gefragt haben, was denn nun zu tun sei, um den Problemen beizukommen. In dieser Beziehung hatte der Stasi-Chef nicht mehr zu bieten als die Forderung, »ideologische Standhaftigkeit und feste Klassenpositionen bei jedem zu sichern und keine Schwankungen oder gar Zweifel zuzulassen«.[531] Die Botschaft war, dass man sich gar nicht erst auf die schiefe Ebene von Reformen begeben dürfe. Doch diese defensive Orientierung genügte nicht, um in den folgenden Monaten über die Runden zu kommen. Sie hat im Gegenteil die Probleme noch verschärft. Die Zweifel waren bald nicht mehr zu verdrängen.

---

[526] Ebenda, S. 33 f.
[527] Ebenda, S. 35.
[528] Ebenda, S. 106.
[529] Ebenda, S. 87.
[530] Vgl. Tantzscher, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 64–67; Süß, Walter: Selbstblockierung der Macht. Wachstum und Lähmung der Staatssicherheit in den siebziger und achtziger Jahren. In: Jarausch, Konrad; Sabrow, Martin (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999, S. 239–257, hier 242 f.
[531] Referat [Mielkes] auf der Sitzung der Kreisleitung der SED im MfS zur Auswertung der 8. Tagung des ZK – Manuskript – (29.6.1989); BStU, MfS, BdL/Dok. 6025, S. 132.

III Offene Krise, Entmachtung und Auflösung des MfS

Der Beginn der offenen Krise des politischen Machtsystems wird im Allgemeinen mit den »Besetzungen« der bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Prag und Budapest und der Fluchtwelle von Ungarn nach Österreich im Sommer 1989 datiert.[532] Gewiss war das der auslösende Faktor, der allerdings im Zusammenhang mit anderen aktuellen Entwicklungen zu sehen ist: Voraussetzung für die Möglichkeit der Fluchtwelle war der Beschluss der neuen ungarischen Führung, die Grenze zum Westen hin zu öffnen und DDR-Bürgern die Ausreise zu gestatten. Das war ein Bruch mit der bisherigen »Blocksolidarität«, dem tiefgreifende Differenzen zwischen dem Politikkonzept der ungarischen Reformer und den Dogmatikern in Ostberlin zugrunde lagen. Die ungarische Führung konnte zudem nur so agieren, weil die sowjetischen Reformer den kleineren Warschauer-Pakt-Staaten die Möglichkeit eröffnet hatten, künftig über ihren Entwicklungsweg selbst zu entscheiden. Das hatte sich schon länger abgezeichnet, zuletzt auf dem Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten im Juli 1989 in Bukarest, auf dem erstmals Dogmatiker und Reformer direkt aufeinander gestoßen waren.[533] Honecker hatte dieses Treffen (ein Lehrbeispiel für die Psychosomatik) wegen einer Gallenkolik vorzeitig verlassen müssen.

Die SED war in den entscheidenden Wochen führungslos, weil Honecker schwer erkrankt war und sein Stellvertreter Günter Mittag keine eigenen Entscheidungen zu treffen wagte. Wenige Tage vor der Öffnung der ungarischen Grenze wurde in einer Politbüro-Sitzung von Willi Stoph, dem Ministerpräsidenten, erstmals die Frage nach den inneren Ursachen der Ausreisebewegung angeschnitten; es wurde sogar ansatzweise diskutiert.[534] Mehrere Redner argumentierten, dass man sich diesem Problem stellen müsse, und Erich Mielke sah die Chance, endlich die Erkenntnisse der Staatssicherheit dazu in das höchste Machtgremium des SED-Staates einzubringen: »Wo sind also einige der Wurzeln bei uns? […] Ich werde die Ursachen in einigen Tagen auf den Tisch legen.«[535] Doch Günter Mittag, der die Sitzung leitete, war so wenig wie Erich Honecker gewillt, sich der Realität auch nur in Form einschlägiger Stasi-Berichte zu stellen. Er vertröstete Mielke auf unbestimmte Zeit und würgte die Diskussion ab. Auch in den folgenden Wochen wurde darüber in den Politbüro-Sitzungen nicht diskutiert. Dabei wäre das Papier, das Mielke angekündigt hatte, gerade für Mittag interessant gewesen. Unter der Überschrift »Wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem

---

532 Die Darstellung im III. und letzten Teil wird relativ kurz gehalten, weil eine ausführliche Gesamtanalyse bereits vorliegt: Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290); die wichtigsten, der Monographie zugrunde liegenden Dokumente sind im Internet nachzulesen (www.bstu.de/mfs/kalender/1989/index.htm) bzw. auf CD-ROM über die BStU zu beziehen (Die Stasi im Jahr 1989. Eine Dokumentation der BStU. Berlin 2006).

533 Dazu ausführlicher Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 170–174.

534 Von dieser Politbüro-Sitzung existiert (wahrscheinlich als Information für den erkrankten Honecker) ausnahmsweise ein längeres Protokoll, in dem einzelne Wortbeiträge zusammengefasst wurden: Politbürositzung am 5.9.1989; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2039/77, Bl. 1–9. Ein Jahr später hat Günter Schabowski diese Politbüro-Sitzung in einem Interview geschildert. Die Grundtendenz entspricht dem Protokoll, bei den D*ramatis Personae* allerdings gibt es wesentliche Unterschiede: Die Initiative habe Werner Krolikowski ergriffen, die Hauptkritik an den inneren Ursachen habe er selbst, Schabowski, vorgetragen, und abgewürgt worden sei die beginnende Debatte von Kurt Hager, der auf den grundsätzlichen Charakter der Probleme und die Abwesenheit des Generalsekretärs verwiesen habe. Egon Krenz hat im Übrigen an dieser Sitzung nicht teilgenommen, weil er von Honecker in den Urlaub geschickt worden war. Vgl. Schabowski, Günter: Das Politbüro. Ende eines Mythos. Hg. v. Frank Sieren und Ludwig Koehne. Reinbek 1990, S. 63–66.

535 Politbürositzung am 5.9.1989; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2039/77, Bl. 8.

nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR« war es eine vernichtende Bilanz der wirtschaftlichen und politischen Zustände.[536] Dass es um die »Motive« von Menschen ging, die die DDR endgültig verlassen wollten, änderte nichts an der Schärfe dieser Kritik, denn es waren besonders Menschen, die – nach Einschätzung der Staatssicherheit – »bisher gesellschaftlich aktiv waren« und die »mehrheitlich nicht aus einer grundsätzlich feindlichen Einstellung heraus« handelten. Sie seien »müde« geworden und »resigniert« und sie glaubten nicht, dass sich die Verhältnisse noch einmal zum Besseren wenden würden. Die fehlende Reisefreiheit, die Versorgungsprobleme und der Mangel an höherwertigen Konsumgütern, der katastrophale Verschleiß in der Industrie und das autoritäre Verhalten der Leitungskader waren Punkte, die genannt wurden – und dass das alles in den Medien übertüncht werde durch realitätsferne »Zweckpropaganda«. Kontrastiert wurde dieses Bild von den Ausreisewilligen mit dem der Bundesrepublik (die viele inzwischen aus eigener Anschauung kannten) als positiver Alternative und mit den Reformprozessen in Ungarn, Polen und der Sowjetunion, die zeigten, dass Veränderungen möglich wären.[537] In früheren Jahren hatte das MfS als Ursache für das Streben, die DDR zu verlassen, die »Sogwirkung« bereits übergesiedelter DDR-Bürger und die »politisch-ideologische Diversion« des Gegners ausgemacht, deren Wirksamkeit durch »begünstigende Bedingungen« in Form des Fehlverhaltens einiger Leitungskader befördert würde.[538] Nun waren selbst aus Sicht der ZAIG weite Teile der DDR-Wirklichkeit zu »begünstigenden Bedingungen« geworden.

Günter Mittag wollte davon offenbar nichts wissen und die anderen Politbüro-Mitglieder fügten sich dem. Sie hofften Ungarn durch ein kurzfristig einberufenes Treffen der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten zur Räson bringen zu können.[539] Das Gleiche hatten sie ein Jahr zuvor mit Blick auf die KSZE-Konferenz in Wien versucht. Auch jetzt scheiterte der Versuch, die alten Mechanismen zur Durchsetzung der Blockdisziplin zu nutzen, weil sie nicht mehr der sowjetischen Politik entsprachen. Mit Blick auf die Fluchtwelle war Mittags Vorgabe für die Sicherheitsorgane, sie sollten versuchen, »das Loch zuzumachen« und »die Ausreisen [zu touristischen Zwecken] nicht mehr so global durchzuführen wie bisher« – mit einer Einschränkung: »Diese interne Regelung darf allerdings nicht unsere Partei und die Masse der Bevölkerung betreffen. Wir würden sie verärgern.«[540] Daraufhin wurden von der Staatssicherheit verschiedene verdeckte Maßnahmen ergriffen, wie die verstärkte Überprüfung von Antragsstellern auf ein Reisevisum und die Einrichtung von »Filtrierungspunkten« an den Grenzübergängen, um aus dem Touristenstrom potenzielle Flüchtlinge herauszugreifen.[541] Der Effekt war eher gering: Im September 1989 haben dennoch über 41 000 Personen die DDR »ungesetzlich«

[536] ZAIG: Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR v. 9.9.1989; BStU, MfS, ZAIG 4256, Bl. 27–37.

[537] Vollständiger Text in: Die Stasi im Jahr 1989 (CD-ROM), unter Dokumentenliste/9.9.1989.

[538] Vgl. etwa Hinweise für die Dienstbesprechung am 12.2.1987; BStU, MfS, ZAIG 8702, Bl. 3–16.

[539] Der Vorschlag war von Außenminister Oskar Fischer eingebracht worden. Er hatte sich zuvor schon eine Abfuhr im sowjetischen Außenministerium geholt, hielt aber unverdrossen daran fest und das Politbüro bestätigte ihn. Vgl. Politbürositzung am 5.9.1989 SAPMO-BA, DY 30, IV 2/2039/77, Bl. 1; Arbeitsprotokoll der Politbüro-Sitzung am 5.9.1989; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A /3238.

[540] Mitschrift von Wolfgang Herger zur Sitzung des SED-Politbüros am 12.9.1989, dokumentiert in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!« Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Berlin 1994, S. 146–154, hier 147.

[541] Vgl. Maßnahmeplan zum rechtzeitigen Erkennen und zur vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs von Reisen nach der bzw. durch die Ungarische Volksrepublik, 13.9.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 8983.

verlassen.[542] In dieser Situation gab es prinzipiell zwei Möglichkeiten: entweder eine unhaltbar gewordene Rechtslage an die Realität anzupassen oder die Grenze zu schließen (was freilich die Masse der Bevölkerung »verärgern« würde). Beide Varianten wurden im Herbst 1989 erprobt.

Im Apparat gab es nicht nur lähmende Ignoranz. Noch vor der endgültigen Öffnung der ungarischen Grenze, die am 11. September erfolgte, hatte Mitte August der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen im ZK-Apparat und wichtigste Berater von Egon Krenz, Wolfgang Herger, zu einer Besprechung geladen. Teilnehmer waren der amtierende Innenminister, Generalleutnant Lothar Ahrendt, hochrangige Mitarbeiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen und Oberst Günter Hackenberg, stellvertretender Bereichsleiter in der ZAIG des MfS. Diese Besprechung hat deshalb historische Bedeutung, weil aus ihr über einige Umwege knapp drei Monate später jene Vierergruppe hervorgegangen ist, die den Politbüro-Beschluss zur Öffnung der Mauer formuliert hat. Gegenstand war eine »grundlegende Veränderung des Systems des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens (APEV) für Privatreisen nach sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten sowie nach Westberlin«. Ein Ziel war, dass der »erforderliche Prüfungs- und administrative Aufwand reduziert werden kann«. Die Vorgaben Hergers gingen aber erheblich darüber hinaus: »Unter Zugrundlegung der Festlegungen der KSZE-Folgekonferenz in Wien sind des weiteren Varianten (einschließlich Maximalvarianten) auszuarbeiten, wie dieser Reiseverkehr erweitert werden kann unter Beachtung der damit verbundenen politischen, ökonomischen und anderen Konsequenzen.«[543]

Bis diese Vorgaben Früchte tragen konnten, dauerte es noch etwas. Vorerst wurde die zweite Variante erprobt: die Grenzschließung. Nachdem Honecker Ende September in sein Amt zurückgekehrt war, wurden ihm über Krenz erste Vorschläge Hergers vorgelegt, der eindeutig die Einführung weitgehender Reisefreiheit präferierte.[544] Doch der SED-Generalsekretär und nach ihm das Politbüro entschieden sich stattdessen für die härteste Variante, vor deren innenpolitischen Folgen selbst das MfS gewarnt hatte:[545] die Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei. Über die Reaktion der Bevölkerung berichtete anschließend die ZAIG an die Spitze des MfS: »Breiteste Kreise der Bevölkerung vertreten den Standpunkt, es wäre im Interesse der Beruhigung der Lage im Innern der DDR besser gewesen, anstelle solcher restriktiver Maßnahmen Entscheidungen zu treffen, die die volle Freizügigkeit im Reiseverkehr für alle DDR-Bürger gewährleisten.«[546]

Dem war vorausgegangen, was Herger für den Fall einer Grenzschließung prognostiziert hatte: Es war zur Explosion gekommen. Ausreisewillige, die an der Grenze zurückgewiesen worden waren, hatten sich im nahegelegenen Dresden erbitterte Auseinandersetzungen mit Volkspolizei und Staatssicherheit geliefert. Es war eine Generalprobe auf eine gewaltsame Lösung der Krise und sie ging für das Regime schlecht aus. Tagelang dauerten die Auseinandersetzungen, immer mehr Bürger beteiligten sich und die Angehörigen der Sicherheitskräfte waren zunehmend demoralisiert. Gegen den Widerstand des regionalen Stasi-Chefs kam es schließlich nach fünf Tagen zu einer friedlichen Lösung, mithilfe

---

[542] Vgl. [ZAIG:] Hinweis zu weiteren Aspekten im Zusammenhang mit dem Verlassen der DDR, 3.10.1989; BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 89–91.

[543] Vgl. ZAIG: Vermerk v. 17.8.1989; BStU, MfS, ZAIG 7438, Bl. 1–3.

[544] Vgl. Vorschläge zur generellen Lösung des Problems der illegalen Ausreisen v. 3.10.1989; BStU, MfS, Rechtsstelle 101, Bl. 2 f. Krenz hatte sich diesem Vorschlag nicht angeschlossen, sondern einen faulen Kompromiss formuliert; vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 243.

[545] Vgl. Hinweise zu den unterbreiteten Varianten v. 4.10.1989; BStU, MfS, Rechtsstelle 101, Bl. 4–6.

[546] ZAIG: Hinweise auf weitere Reaktionen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der zeitweiligen Aussetzung des pass- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und der ČSSR für Bürger der DDR, 6.10.1989; BStU, MfS, ZAIG 4257, Bl. 2–5.

von Geistlichen der evangelischen und der katholischen Kirche und dank der Einsicht, zu der sich nach einigem Zögern der SED-Bezirkschef Hans Modrow und der Dresdner Oberbürgermeister Berghofer durchgerungen hatten. Das war ein Modell, aber noch keine Entscheidung für die DDR insgesamt.[547]

Honecker hatte sich am 3. Oktober für die sofortige Grenzschließung vor allem deshalb entschieden, weil er die seit vielen Monaten vorbereiteten Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR vom 6. bis zum 8. Oktober hatte retten wollen. Tatsächlich aber dominierten an jenem Wochenende Bilder von prügelnden Volkspolizisten aus Ostberlin und vielen anderen Städten, während die offiziellen Feierlichkeiten und die damit verbundene Selbstbeweihräucherung der SED-Herrschaft vor dem aktuellen Hintergrund provozierend wirkten. Es entstand die Gefahr weiterer Eskalation. Um die Lage unter Kontrolle zu bekommen, wurden am 8. Oktober einzelne Elemente der Mobilmachungsplanung genutzt, ohne jedoch den Mobilmachungsfall zu erklären:[548] Die Aktualisierung der Festnahmelisten wurde von Mielke angewiesen und von Honecker wurde den Bezirkseinsatzleitungen befohlen, sofort zusammenzutreten, um »weitere Krawalle […] von vornherein zu unterbinden«.[549]

Diese Befehlslage hatte nicht lange Bestand, denn am gleichen Tag begannen die Vorbereitungen von Egon Krenz und Günter Schabowski, um Honecker durch das Politbüro zu einem Kurswechsel zu zwingen. Ausgelöst worden war der Entschluss dazu durch Schweigen. Als der wichtigste Gast bei den Feierlichkeiten, Michail Gorbatschow, die Politbüro-Mitglieder bei einer gemeinsamen Sitzung gemahnt hatte, es sei nun drängend, eine »Wende« in der Politik herbeizuführen, hatte keiner aus dieser »Avantgarde« den Mut aufgebracht, die Gelegenheit zu nutzen, um Klartext zu sprechen.[550] Immerhin hat diese Peinlichkeit bei einigen Angehörigen des innersten Machtzirkels die Einsicht entscheidend befördert, dass nun gehandelt werden musste.[551] Zuerst aber versuchten die Honecker-Kritiker, sein Einverständnis für eine Kurskorrektur zu gewinnen. Das war vergeblich. Es kam nur eine höchst widersprüchliche »Erklärung« des Politbüros dabei heraus, deren politische Bedeutung sich weitgehend darauf beschränkte, dass der Begriff »Dialog« hinsichtlich der innenpolitischen Lage in positiver Konnotation verwendet wurde.[552] Die Auseinandersetzungen im engeren Führungszirkel waren dennoch von Bedeutung, weil sie in diesen Tagen den Willen lähmten, der Protestbewegung durch Gewalt Herr zu werden. Mielke hatte am Vormittag des 8. Oktober noch gefordert, »jegliche Demonstrationen im Zusammenwirken mit den Einsatzkräften der Volkspolizei offensiv aufzulösen«,[553] widersprach aber am Nachmittag des gleichen Tages zumindest nicht, als es

---

[547] Dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 245–279; Bahr, Eckhard: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden. Leipzig 1990.

[548] Dazu hätte Honecker in seinen Funktionen als SED-Generalsekretär und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates »erhöhte Gefechts-/Einsatzbereitschaft« erklären müssen. Vgl. die Direktive des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates über die Verteidigungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik – Direktive Verteidigungsbereitschaft – v. 2.7.1980; BA, Militärarchiv Freiburg, VA-01/39522, Bl. 108–140.

[549] Vgl. Schreiben Honeckers an die SED-Bezirksleitungen v. 8.10.1989 und Telegramm Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten v. 8.10.1989; beide BStU, MfS, BdL/Dok. 6921.

[550] Vgl. Stenographische Niederschrift des Treffens der Genossen des Politbüros des ZK der SED mit dem Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow, am Sonnabend, dem 7.10.1989 in Berlin-Niederschönhausen; SAPMO-BA, DY 30 J IV/971, o. Pag., 26 S.

[551] Vgl. Schabowski: Das Politbüro (Anm. 534), S. 73–77; Krenz, Egon: Herbst ’89. Berlin 1999, S. 77 f.

[552] Erklärung des Politbüros« v. 11.10.1989. In: Neues Deutschland v. 12.10.1989.

[553] Zit. nach: einem Schreiben des damaligen stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit Wolfgang Schwanitz an den Generalstaatsanwalt der DDR, Dr. Harrland, o. D. in Antwort auf dessen Schreiben v. 18.12.1989; BStU, BF, Information und Dokumentation, 17 S., hier S. 5.

um eine friedliche Lösung in Dresden ging.[554] Inzwischen war er in das Vorhaben eingeweiht worden, einen Richtungswechsel zu erzwingen.

Kulminations- und Umschlagspunkt war der 9. Oktober in Leipzig, für den, wie schon seit Wochen, wieder eine Montagsdemonstration angekündigt worden war. Ursprünglich hatten SED-Bezirksleitung, Volkspolizei und Staatssicherheit die Absicht, diese Demonstration gewaltsam zu zerschlagen. Zwei unvorhergesehene Entwicklungen machten dieses Vorhaben zunichte: Die schiere Masse der 70 000 Demonstranten aus allen Schichten der Bevölkerung verwandelte den Versuch offener Repression in ein unkalkulierbares Risiko. Dieses Risiko wollten die politisch Verantwortlichen in Leipzig nicht ohne ausdrückliche Rückendeckung aus »Berlin« eingehen. Dort aber war insbesondere Egon Krenz, der als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen der entscheidende Ansprechpartner gewesen wäre, mit internen Auseinandersetzungen beschäftigt. So blieb die Leipziger SED-Führung auf sich gestellt und dank des Drucks der Bürgerbewegung siegte die Vernunft. Der »9. Oktober« war der Durchbruch zur friedlichen Revolution. Von nun an gehörte die Straße den Demonstranten.[555]

Eine Woche später wurde Honecker in der Politbürositzung am 17. Oktober gestürzt. Der »Moskauer Flügel« existierte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, aber jene Politiker, die ihm zuzurechnen gewesen waren, nahmen aktiv teil: Willi Stoph stellte den Antrag auf die Ablösung des Generalsekretärs. Werner Krolikowski beklagte als dritter Redner den Stand der Beziehungen zur UdSSR.[556] Und Erich Mielke erklärte (laut den Notizen von Schürer): »Wir können doch nicht anfangen mit Panzern zu schießen. Erich [es ist] Schluss: Ich akzeptiere das.« Mielke hatte schon vor dieser Sitzung Einfluss auf ihren Verlauf genommen, indem er am Vortag Egon Krenz und Wolfgang Herger eine Exklusivinformation zur Reaktion der Bevölkerung auf die »Erklärung« des Politbüros hatte zukommen lassen. Dem Text hatte er eine Notiz (nur für Krenz) beigefügt: »Wie ernst die Lage ist wird hiermit natürlich noch deutlicher, besonders, da es jetzt schon um die Fragen der Arbeiter geht.«[557] Die Befürchtung, dass der Funke auf die Arbeiterschaft überspringen könnte, war der entscheidende Grund dafür, dass sich Mielke den Honecker-Gegnern angeschlossen hat. Zugleich wollte er damit offenbar noch etwas Druck auf den lange zaudernden Krenz für sein Verhalten bei der Sitzung am nächsten Tag ausüben. Honecker sah sich zu seiner Überraschung plötzlich nur noch von Kritikern umgeben und war darüber mit einer gewissen Berechtigung tödlich beleidigt.[558] Am Ende des Scherbengerichts machte er noch eine bissige Bemerkung in Richtung des Stasi-Chefs. Sie ist für das Agieren der Staatsmacht in den achtziger Jahren über das konkrete Beispiel hinaus aufschlussreich: »Mielke wollte immer Pfarrer verhaften lassen.« (Die implizite Botschaft war: Das kann

---

[554] In einem Telefongespräch mit Modrow hatte er es ihm überlassen, über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Vgl. Fernschreiben des Leiters der BVfS Dresden, Böhm, an das MfS Berlin v. 10.10.1989; BStU, MfS, Neiber 616, Bl. 139–143, hier 140.

[555] Dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 301–326; Dietrich, Christian; Schwabe, Uwe (Hg.): Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989. Dokumentation. Leipzig 1994; Hollitzer, Tobias: »Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag«. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. Hg. BStU. Berlin 1999, S. 39–59; Kuhn, Ekkehard: Der Tag der Entscheidung. Leipzig 9. Oktober 1989. Berlin, Frankfurt/M. 1992; Jetzt oder nie – Demokratie. Hg. v. Neuen Forum Leipzig. Leipzig 1989; Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen 1991.

[556] Es existiert von dieser Sitzung kein Wortprotokoll, aber eine Mitschrift in Stichworten von Gerhard Schürer, dokumentiert in: Hertle: Der Fall der Mauer (Anm. 507), S. 430–437.

[557] Notizzettel beschriftet mit »Genossen Krenz«; BStU, MfS, SdM 699, Bl. 1.

[558] Vgl. Andert; Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör (Anm. 231), S. 30–32.

nur er, Honecker, untersagt haben.) Dass Mielke gegen diese Behauptung protestiert hätte, ist nicht überliefert. Vermutlich war sie im Kern zutreffend.

Mielke hat sich in diesen Tagen nicht vom Saulus zum Paulus gewandelt. Er hatte nur eine etwas realistischere Sicht der Lage als der nun ehemalige Generalsekretär. Das wird aus seinem Versuch erkennbar, die politische »Wende« den Spitzen der Staatssicherheit zu erklären. Krenz hatte in seiner Antrittsrede proklamiert, dass die Konflikte zwischen Machtapparat und Gesellschaft »politisch lösbar« seien.[559] Was das für die Staatssicherheit bedeutete, hat Mielke auf einer Dienstbesprechung am 21. Oktober erläutert.[560] Er ließ keinen Zweifel daran, dass die neue Taktik der Krisenbewältigung auch für die Staatssicherheit verbindlich war, und forderte ein zweigleisiges Vorgehen, um die Bürgerbewegung zu spalten: Aufgabe der Partei und der Massenorganisationen sei es, sich um jene Personen in der Protestbewegung zu bemühen, die sich ihr aus »Unzufriedenheit« angeschlossen hatten und dem System nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber standen. Mit ihnen sollte ein »Dialog« geführt werden, um sie »zurückzugewinnen«. Für die Systemgegner, zu denen er alle Bürgerrechtsorganisationen zählte, war die Staatssicherheit zuständig. Sie sollte diese Organisationen mit inoffiziellen Mitarbeitern unterwandern, um von innen heraus ihre weitere Radikalisierung zu verhindern, sie zu blockieren und zu lähmen. Außerdem sollten weiterhin Informationen über die Hauptakteure gesammelt werden, um gewappnet zu sein, vielleicht doch noch zu einem günstigeren Zeitpunkt mit offener Repression zuzuschlagen.[561]

Krenz hatte angekündigt, die SED werde wieder in die »politische Offensive« kommen. Mit als »Foren des Dialogs« bezeichnete Diskussionsveranstaltungen bemühten sich in den folgenden Wochen die regionalen SED-Funktionäre, die öffentliche Stimmung zu drehen. Die Staatssicherheit versuchte, durch ihre Dienststellen vor Ort solche Veranstaltungen im Sinne der Partei abzusichern und zu beeinflussen.[562] Über das Ergebnis berichtete – durchaus repräsentativ – ein SED-Bezirkssekretär bei einer Besprechung in Berlin: »Das Kräfteverhältnis entwickelt sich gegen uns. Die durchgeführten Foren entwickeln sich zu Gerichtsverhandlungen. Die Genossen kommen sich dort wie Angeklagte vor.«[563] Angesichts des erneuten politischen Scheiterns der SED gab es in den Sicherheitsapparaten kurzzeitig Überlegungen, zu offener Repression zurückzukehren, vielleicht sogar den Ausnahmezustand auszurufen.[564] Die Parteiführung unter Krenz war dazu jedoch nicht bereit; schließlich hatten auch die polnischen Genossen und vor allem Michail Gorbatschow davon dringend abgeraten. Die Großdemonstration in Ostberlin am 4. November

---

559 Das Protokoll des 9. Plenums des ZK der SED am 18.10.1989 ist dokumentiert in: Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees. Berlin 1997, S. 103–133; die Rede von Krenz; ebenda, S. 106–119.

560 Referat zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED und den sich daraus ergebenden ersten Schlussfolgerungen für die Tätigkeit des MfS (21.10.1989); BStU, MfS, ZAIG 4885, Bl. 3–76.

561 Dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 359–362.

562 Exemplarischen Charakter hatte in dieser Beziehung eine von der SED am 23.10.1989 in Schwerin organisierte »Dialogveranstaltung«, die vollkommen aus dem Ruder lief. Vgl. ebenda, S. 367–372.

563 Redebeitrag von Johannes Chemnitzer, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg, in: Information über die Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED am 27.10.1989; Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros am 31.10.1989, 19 S., hier S. 7; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/2/2356.

564 In einer Vorlage von Mielke, Innenminister Dickel, Wolfgang Herger (Abteilungsleiter Sicherheit) und Klaus Sorgenicht (Abteilungsleiter Staat und Recht im ZK-Apparat) vom 30.10.1989 für das Politbüro, das die Beratung darüber jedoch vertagt hat; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/2A/3252, o. Pag., S. 8a.

und schließlich die Maueröffnung in der Nacht vom 9. zum 10. November machten solche Optionen endgültig hinfällig.[565]

Der Fall der Westgrenzen der DDR hat in seinem Verlauf selbst die unmittelbaren Akteure im Machtapparat überrascht.[566] Aber die Einführung von Reisefreiheit gehörte zu den Programmpunkten, mit denen Egon Krenz als neuer SED-Generalsekretär die Lage im Land beruhigen wollte. Mehrfach gab es dazu in der zweiten Oktoberhälfte Vorlagen für das Politbüro, die vom Ministerium für Staatssicherheit mit erarbeitet worden waren, in denen bereits weitgehende Reisefreiheit vorgesehen war.[567] Am 1. November wurde die Grenze zur Tschechoslowakei wieder geöffnet – eine Möglichkeit das Land zu verlassen, die sofort von Tausenden Ausreisewilligen genutzt wurde.[568] Als am 6. November der Entwurf eines neuen Reisegesetzes bekannt gegeben wurde, war die Resonanz in der Öffentlichkeit dennoch vernichtend: Wahrgenommen wurden nur die Einschränkungen, wie die Begrenzung auf 30 Tage im Jahr. Die Zeiten, in denen Zugeständnisse der Machthaber dankbar begrüßt wurden, waren vorbei. Da Druck von außen, von der tschechoslowakischen Führung, hinzu kam, wurde von der SED-Führung beschlossen, eine Neuregelung für die ständige Ausreise kurzfristig einzuführen. Die Vorbereitung eines entsprechenden Beschlusses wurde einer vierköpfigen Gruppe von Mitarbeitern der Ministerien für Staatssicherheit und des Innern übertragen.[569] Die vier Obristen haben die Frage touristischer Privatreisen in ihren Entwurf mit aufgenommen, aus Gründen der inneren Logik und der praktischen Umsetzbarkeit. Damit war die Weiche zu dem Dammbruch am 9. November gestellt. Auf weitere Einzelheiten wie Schabowskis berühmte Pressekonferenz mit ihrem folgenreichen Missverständnis über den Zeitpunkt der Grenzöffnung kann hier nicht eingegangen werden. Für die Geschichte des MfS sind mehrere Aspekte von Wichtigkeit: Erstens war die Staatssicherheit von Anfang an über den Prozess nicht nur informiert, sondern auch in ihn involviert. Zweitens hat die Grenzöffnung innerhalb des Ministeriums zwar Irritationen verursacht, aber insgesamt gesehen wenig Resonanz ausgelöst, obwohl selbst die in der Grenzsicherung tätigen MfS-Angehörigen wegen des insgesamt chaotischen Ablaufs davon erst aus dem Radio erfahren hatten. Das ist drittens umso erstaunlicher, als die Staatssicherheit mit der offenen Grenze die Kontrolle über die DDR-Bürger weitgehend verloren hat. Aber offenbar war die Demoralisierung schon weit vorangeschritten.

Der Massendemonstration am 4. November in Ostberlin waren in der zweiten Oktoberhälfte eine Vielzahl von Demonstrationen in den Bezirken vorausgegangen, die oft Dienststellen des MfS zum Ziel hatten. Das hatte dort Verunsicherung ausgelöst. Mielke hatte deshalb Ende Oktober die Anweisung gegeben, wichtige Unterlagen aus den Kreisdienst-

---

565 Zur Massendemonstration am 4. November und die Rolle der Staatssicherheit dabei vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 385–413.

566 Die Maueröffnung wird akribisch in dem Standardwerk von Hertle: Der Fall der Mauer (Anm. 507) geschildert.

567 Vgl. etwa Egon Krenz, Erich Mielke, Gerhard Schürer, Friedrich Dickel und Oskar Fischer: Vorlage für das Politbüro v. 20.10.1989 zu Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland; Anlage zum Arbeitsprotokoll der Politbüro-Sitzung am 24.10.1989; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2A/3250.

568 Dem lag ein Politbüro-Beschluss zugrunde, den Wolfgang Herger entworfen hatte; vgl. Vorlage im Umlaufverfahren von Wolfgang Herger für das SED-Politbüro: Aufhebung der zeitweiligen Aussetzung des pass- und visafreien Reiseverkehrs in die ČSSR v. 27.10.1989; BStU, MfS, SdM 664, Bl. 42–45; ČSSR-Reisen wieder pass- und visafrei. Mitteilung des Ministeriums des Innern der DDR. In: Neues Deutschland v. 28./29.10.1989.

569 Vgl. Hertle: Der Fall der Mauer (Anm. 507), S. 210–230, und die Interviews mit Gerhard Lauter (einem Mitglied der Vierergruppe) und Wolfgang Herger, ebenda, S. 322–352; Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 426–430 u. 434–439; vgl. auch Ders.: Weltgeschichte in voller Absicht oder aus Versehen? Öffnung der Mauer vor einem Jahr. In: Das Parlament v. 9./16.11.1990, S. 8 f.

stellen in die Bezirksverwaltungen auszulagern, weil er offenbar Besetzungen befürchtete.[570] Damit begann in den Kreisdienststellen auch die Vernichtung von Aktenbeständen. Aber erst der November sollte zum entscheidenden Monat für den institutionellen Verfall der Staatssicherheit werden.

Der Rücktritt der Regierung am 7. November bedeutete auch das Ende der 32-jährigen Amtszeit von Erich Mielke. Einige Tage blieb er noch im Amt und hatte am 13. November sogar Gelegenheit, vor der Volkskammer zu sprechen. Kein Ereignis in diesem Herbst, nicht einmal die Maueröffnung, hatte derart verheerende Wirkungen auf die Stimmung der Stasi-Mitarbeiter wie der Auftritt Mielkes, bei dem er sein Tun damit rechtfertigte, dass er »alle Menschen« »liebe«.[571] Die Wirkung auf das Betriebsklima in der Staatssicherheit war katastrophal. Aus den Dutzenden von Protestschreiben, die damals von Stasi-Mitarbeitern verfasst worden sind, sei nur eines zitiert, um die Stimmung zu charakterisieren:

> »unserem Ministerium wurde durch den eigenen Minister ein lebensgefährlicher Stoß, hoffentlich nicht der Todesstoß, versetzt! Anstatt von Stund an als Mitarbeiter des MfS wieder mit erhobenem Kopf leben zu können, zwingt uns dieser Auftritt, den Kopf noch tiefer zu nehmen, wenn wir uns in der Öffentlichkeit bewegen. Unser Ministerium […] wurde der Lächerlichkeit preisgegeben.«[572]

Indem Mielke die Geheimpolizei »lächerlich« gemacht hatte, hatte er sie um ihren angsteinflößenden Nimbus gebracht und ihre Mitarbeiter radikal demotiviert.

Mitte November kam Hans Modrow als Regierungschef ins Amt. In der Regierungserklärung wurde bekannt gegeben, dass das Ministerium für Staatssicherheit zu einem »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS) umgewandelt werden würde.[573] Damit begann in der Stasi-Zentrale der Übergang von der »alten Generalsriege« zu einer Gruppierung, die man als »Stasi-Technokraten« bezeichnen könnte. Sie meinten, die proklamierte »Erneuerung« sei eine Chance zur Effektivierung des Sicherheitsapparates. In einem Schreiben kündigte der neue Amtsleiter, Wolfgang Schwanitz, eine Umverteilung der Zuständigkeiten an der Spitze des AfNS und die Einrichtung von Reformkommissionen an und er forderte die Diensteinheiten auf, eigene Vorschläge zu erarbeiten.[574] Aus 21 zentralen Diensteinheiten trafen entsprechende Papiere ein, wobei sich die meisten auf effizienzsteigernde Maßnahmen beschränkten oder gar nur die bisherige Tätigkeit mit etwas verändertem Vokabular fortschrieben.[575] Nur die Papiere aus der Juristischen Hochschule des MfS und aus der Hauptabteilung IX (Untersuchung) gingen darüber hinaus und ließen das Bemühen erkennen, die eigene Institution mit einer demokratisierten DDR kompatibel zu machen. So wurde in zwei Papieren aus der Hauptabteilung IX die weitgehende Abschaffung des politischen Strafrechts und die Ausgliederung der Untersuchungsabteilung aus dem Gefüge der Staatssicherheit als Beitrag zur Durchsetzung von Gewaltenteilung gefordert.[576] Bei diesen Vorschlägen wurde offenbar auf die abteilungsinternen Diskussionen im Frühjahr 1989 über die juristischen Folgen des Wiener KSZE-Abschlussdokuments zurückgegrif-

---

570 Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten v. 31.10.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 5033.

571 Text in: 11. Tagung am 13.11.1989, in: Volkskammer, Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 262 f.

572 Leitung der SED-Grundorganisation 12 der Parteiorganisation III: Offener Brief der GO 12 an die Kreisleitung v. 15.11.1989; BStU, MfS, HA III 5361, Bl. 40–42, hier 40.

573 Vgl. 12. Tagung am 17./18.11.1989, in: Volkskammer, Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 272–281 u. 367.

574 Schreiben von Schwanitz an die Leiter der Diensteinheiten v. 18.11.1989; BStU, MfS, BdL/Dok. 8991.

575 Dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 533–544.

576 Vgl. HA IX: Erste Überlegungen für die Ausarbeitung eines 6. StÄG [Strafrechtsänderungsgesetzes] v. 10.11.1989; BStU, MfS, HA IX 2386, Bl. 14–26; HA IX, Generalmajor Fister: Vorschläge zu Verantwortung, Aufgaben und Arbeitsweise eines künftigen Untersuchungsorgans v. 20.11.1989, mit Begleitschreiben v. 22.11.1989; BStU, MfS, ZAIG 7117, Bl. 10–17.

fen. Ein sehr umfangreiches, aber kaum strukturiertes Papier aus der Juristischen Hochschule ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil darin gefordert wurde, dass das Amt für Nationale Sicherheit künftig keine exekutiven Kompetenzen mehr haben und damit von einer Geheimpolizei in einen Geheimdienst umgewandelt werden sollte.[577] Für die künftige Ausrichtung des Amtes haben diese Papiere kaum mehr Bedeutung erlangt, weil die gesamte Diskussion der Mitarbeiter in diesen Wochen von einem Thema dominiert wurde: dem beginnenden Personalabbau. Über dessen Umfang gab es keine klaren Vorstellungen, aber eine erkennbare Tendenz. War Mitte des Monats November noch eine Zahl genannt worden, die einen Abbau von etwa 10 Prozent der Stellen bedeutet hätte, so stieg in den folgenden zwei Wochen diese Vorgabe bereits auf etwa 50 Prozent des Personalbestandes.[578] Das bedeutete für alle Mitarbeiter eine elementare Verunsicherung.

Hinzu kam, dass der neue Stasi-Chef Schwanitz in dem erwähnten Schreiben einen Kurswechsel im Kernbereich »tschekistischen« Selbstverständnisses verkündet hatte: beim Feindbild, das so keine Geltung mehr habe. Künftig seien »Andersdenkende« und »Verfassungsfeinde« zu unterscheiden. Die »Andersdenkenden« sollten unbehelligt bleiben. Man kann an dieser Unterscheidung zu recht kritisieren, dass sie höchst unbestimmt war. Aber das hatte auch sein Gutes: Die einfachen Stasi-Mitarbeiter, die ohnehin verwirrt waren, interpretierten solche Anweisungen vielfach als Aufforderung zu »operativer« Untätigkeit. Zugleich wurde diese Anweisung als umfassende Erlaubnis verstanden, die Unterlagen zu beseitigen, die die Unterdrückung jener »Andersdenkenden« belegten.

Außerhalb Ostberlins, in den Regionen, waren die Stasi-Mitarbeiter unmittelbarer mit der Realität konfrontiert als ihre Zentrale. Sie hatten deshalb weniger Illusionen hinsichtlich der Tiefe und der Radikalität des Umbruchs. Man hatte dort zunehmend das Gefühl, dass »Berlin« keine Ahnung und kein Konzept hätte. Es gab kein sinnstiftendes »Feindbild« mehr und keinen klaren »Kampfauftrag«. Die bisher abverlangten Rollen und Verhaltensweisen verloren ihre Selbstverständlichkeit. Plötzlich sollten nicht mehr nur die internen Dienstanweisungen und Befehle verbindlich sein, sondern die für alle Bürger gültigen Gesetze. In Reaktion darauf waren sie schon seit Ende Oktober vor allem damit beschäftigt, Akten zu vernichten und Spuren zu verwischen. Der Rückzug war eingeleitet, jedoch nicht schnell genug: Anfang Dezember 1989 besetzten empörte Bürger viele Kreisdienststellen und manche Bezirksverwaltungen. Sie wollten die Aktenvernichtung stoppen und die Geheimpolizei endgültig lahmlegen. Obwohl die lokalen Stasi-Offiziere die Anweisung aus Ostberlin hatten, ihre Dienstobjekte unbedingt zu verteidigen, haben sie das nirgendwo ernsthaft versucht. Es gab nichts mehr, wofür es sich gelohnt hätte, den Kopf hinzuhalten.[579]

---

[577] AfNS, JHS Potsdam: Erste hypothetische Aussagen zur Stellung, Kompetenz und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) v. 23.11.1989; BStU, MfS, ZAIG 13956, Bl. 70–128.

[578] Vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 544–554.

[579] Zur Entwicklung in den Regionen vgl. Niemann, Andreas; Süß, Walter: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1); BStU (BF informiert, 12), 1996; Löhn, Hans-Peter: »Unsere Nerven lagen allmählich blank«. MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), BStU (BF informiert 13), 1996; Horsch, Holger: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), BStU (BF informiert, 19) 1997; Höffer, Volker: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), BStU (BF informiert, 20), 1997; Stein, Eberhard: »Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), BStU, (BF informiert, 22), 1999; Hollitzer: »Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag« (Anm. 555); Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Hg. v. Günther Heydemann, Gunther

Unter dem Druck der Volksbewegung und angesichts einer fortschreitenden Skandalisierung der Privilegien und Herrschaftsmethoden ihrer alten Führung ging die SED Anfang Dezember in offenen Zerfall über.[580] Das Politbüro trat zurück und wurde durch einen »Arbeitsausschuss« ersetzt.[581] Die »führende Rolle« der SED wurde aus der Verfassung gestrichen, ihr Machtmonopol war dahin. Politische Entscheidungen wurden nun, etwa durch die Medien und selbst durch die Volkskammer, ersten Kontrollen unterworfen, und es entstanden konkurrierende Institutionen in Form der Runden Tische.

Die »Parteisoldaten« von der Staatssicherheit aber waren nicht länger »Schild und Schwert« der SED. In einem Redeentwurf für den Chef der Staatssicherheit war bereits Mitte November festgehalten worden, dass »die führende Rolle der Partei« »nicht mehr gegeben« sei.[582] Seither dienten Parteiversammlungen im AfNS vor allem dazu, der eigenen Frustration Ausdruck zu verleihen, sich von der Honecker-Führung zu distanzieren und die Privilegien der Stasi-Generalität anzuprangern. Als drei Wochen später, bei der ersten Sitzung des zentralen Runden Tischen selbst die Vertreter der SED für die Auflösung der Staatssicherheit gestimmt hatten, musste auch dem letzten Stasi-Mitarbeiter klar sein, dass eine Epoche zu Ende ging.[583] Am folgenden Tag, dem 8. Dezember, hat Ministerpräsident Modrow in einem Gespräch unter vier Augen dem Stasi-Chef Schwanitz verkündet, dass die Staatssicherheit aufgelöst werden würde. In künftige Dienste, die durchaus noch geplant waren, würden keine Führungskader aus dem Amt für Nationale Sicherheit übernommen werden.[584] Am 14. Dezember traf der Ministerrat eine entsprechende Entscheidung, verbunden mit dem Vorhaben, einen mit etwa 10 000 Mitarbeitern sehr viel kleineren »Verfassungsschutz« und einen »Nachrichtendienst« einzurichten.[585] Angesichts dieser Konstellation, die manche für »Verrat« hielten, war vollkommen diffus, welchem Leitbild die verwaisten »Tschekisten« anstelle des Dienstes für die SED folgen sollten. Sie mussten jetzt sogar mit einem Machtwechsel rechnen und konnten sich tiefgreifenden Reformen nicht mehr verweigern. Allerdings waren sie noch des Glaubens, dass Geheimdienste in irgendeiner Form weiterexistieren würden. Für den einzelnen Stasi-Angehörigen war nun Zurückhaltung das Gebot der Stunde, um wenigstens die Chance zu haben, in einen neuen Dienst übernommen zu werden.

Zu Jahresbeginn 1990 kam es zu einer neuerlichen Mobilisierung der Bürgerbewegung gegen die Staatssicherheit. Ausgelöst wurde sie durch Meldungen über materielle Privilegien für ausscheidende Mitarbeiter. Auf Demonstrationen, in Bürgerkomitees und an Runden Tischen wurde mit zunehmender Vehemenz gegen die Schaffung einer Stasi-Nachfolgeorganisation unter dem Namen »Verfassungsschutz« protestiert. Die ehemaligen Blockparteien in der Regierung bereiteten sich bereits auf den absehbaren Wahlkampf

---

Mai und Werner Müller. Berlin 1999 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 73), Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 605–634.

580 Dazu ausführlich Süß, Walter: Der Untergang der Staatspartei. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 284–306.

581 Vgl. das Protokoll der 12. und letzten Sitzung des SED-Zentralkomitees am 3.12.1989. In: Hertle; Stephan (Hg.): Das Ende der SED (Anm. 559), S. 461–481.

582 Hinweise für Dienstbesprechung am 15.11.1989; BStU, MfS, ZAIG 8682, Bl. 1–23, hier 4.

583 Vgl. Protokoll der Diskussion über diesen Beschluss in der ersten Sitzung des zentralen Runden Tisches am 7.12.1989, abgedruckt in: Thaysen, Uwe (Hg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. 5 Bde., Wiesbaden 2000, hier Bd. 1, S. 66–88.

584 Vgl. Entscheidungen zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, 8.12.1989; BStU, MfS, ZAIG 14279, Bl. 62 f.

585 Ministerrat: Beschluss über die Bildung des Nachrichtendienstes der DDR und des Verfassungsschutzes der DDR v. 14.12.1989; BStU, MfS, SdM 1508, Bl. 146–152; vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 674–684.

vor und sahen eine Möglichkeit, mit dem Thema »Staatssicherheit« die SED-PDS vorzuführen. Sie drohten damit, die Regierung zu verlassen, wenn die Stasi nicht restlos aufgelöst würde.[586] Unter diesem Druck stimmte Modrow am 12. Januar 1990 einer ersatzlosen Auflösung des »Verfassungsschutzes« zu; am 13. Januar 1990 verabschiedete der Ministerrat einen Auflösungsbeschluss.[587] Die neue Stasi-Führungsmannschaft beugte sich diesem Beschluss, weil sie fürchtete, ein Zerbrechen der Regierung Modrow würde das schnelle Ende der DDR bedeuten.[588] Ohne DDR aber wäre auch jede Hoffnung dahin gewesen, dass nach den Wahlen neue Dienste aufgebaut würden und man dabei auf ihre Fachkenntnisse zurückgreifen werde. Blickt man in die anderen ehemals staatssozialistischen Länder, so war diese Vorstellung gar nicht abwegig. Nur gab es dort keine ungelöste nationale Frage wie im deutschen Fall. Erst einmal hatte man sich dem Auflösungsbeschluss zu fügen. Dem entsprechend wurde das Ende der Zusammenarbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern definitiv angewiesen.[589] Die Entscheidung zur Auflösung war bereits gefallen, als dann am 15. Januar 1990 die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg von Vertretern regionaler Bürgerkomitees übernommen und von aufgebrachten Berliner Bürgern gestürmt wurde. Sie wurde der Kontrolle der Volkspolizei und eines eilig konstruierten Bürgerkomitees unterstellt.[590]

Die bereits begonnene Auflösung der Staatssicherheit gewann nun erheblich an Dynamik. Am 18. Januar erteilte Modrow dem amtierenden Leiter des »AfNS in Auflösung« Heinz Engelhardt den Auftrag, »das ehemalige Amt für Nationale Sicherheit in allen seinen Gliederungen aufzulösen«. Das bedeutete, dass nun auch der »Nachrichtendienst« (die ehemalige HV A), der bisher ausgespart worden war, in den Auflösungsprozess einbezogen wurde.[591] Am 8. Februar wurde dann der Auflösungsprozess ziviler Kontrolle unterstellt, nachdem dem Kabinett Modrow Vertreter der Bürgerrechtsorganisationen als Minister ohne Geschäftsbereich beigetreten waren. Diese Aufgabe wurde einer dreiköpfigen Gruppe, bestehend aus zwei Vertretern des zentralen Runden Tisches, Werner Fischer und Georg Böhm, und dem ehemaligen Zivilschutzbeauftragten Fritz Peter als Regierungsvertreter, übertragen.[592] Zudem wurde ein staatliches Komitee gebildet, um den Auflösungsprozess voranzutreiben.[593] Die letzten Mitarbeiter wurden am 31. März 1990 entlassen. Gut 200 Mitarbeiter der HV A wurden noch bis 30. Juni weiterbeschäftigt, um die Selbstauflösung ihrer Abteilung abzuschließen. Zu Ende war die Geschichte damit noch nicht ganz. In dem staatlichen Komitee arbeiteten Bürgerrechtler neben ehemaligen hauptamtlichen und zu diesem Zeitpunkt noch nicht enttarnten inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Die im Staatsapparat platzierten Offiziere im besonderen Auftrag verblieben dort ohne Auftrag, unter ihrer zivilen Legende. Und aus Köln berichtete ein Topagent an

[586] Vgl. die einschlägige Debatte in der Volkskammer, Protokoll der 14. Tagung am 11./12.1.1990, in: Volkskammer, Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 361–363 u. 390–408; zur Interpretation der Redebeiträge Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 714–719.

[587] Ministerrat: Beschluss zur weiteren konstruktiven Zusammenarbeit der Regierung mit dem Runden Tisch v. 13.1.1990; BA, DC 20-I/3 / 2892, Bl. 43–47.

[588] Vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 290), S. 719–722.

[589] Das erfolgte bei einer Dienstbesprechung der Leitung des Verfassungsschutzes/AfNS in Auflösung am 12.1.1990 durch dessen Chef Heinz Engelhardt. Vgl. ebenda, S. 721.

[590] Dazu ausführlicher ebenda, S. 723–729; vgl. zudem den Veranstaltungsbericht, ergänzt durch Interviews mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern: »Ende der Dienstzeit in der Normannenstraße. Die Besetzung der Stasi-Zentrale – Ein Mythos?« auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de/veranstaltungen) (3.6.2009).

[591] »Vollmacht«, unterzeichnet von Ministerpräsident Modrow, v. 18.1.1990; BA, DC 20 / 8973, Bl. 133.

[592] Beschluss des Ministerrates 13/4/90 v. 8.2.1990; BA, DC 20 / 9803.

[593] Vgl. Gill, David; Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Berlin 1991, S. 191–249.

seine ehemaligen Auftraggeber in Berlin, welche ehemaligen Stasi-Offiziere sich der Gegenseite jeweils offenbart hatten.[594] So blieb noch einiges zu tun, obwohl die Institution Staatssicherheit nicht mehr existierte.

Anhang

Der Versuch, Gesamtstatistiken zur politischen Strafverfolgung in der DDR zu erarbeiten, ist mit grundsätzlichen Problemen konfrontiert: Man ist auf die Zahlenangaben des MfS und der DDR-Justiz angewiesen. Zudem wurden diese Zahlen, wenn überhaupt, dann nach den Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR ausdifferenziert. In diesem StGB und mehr noch in einschlägigen Kommentaren werden kriminelle (auch in einer westlichen Rechtsstaatstradition als strafbar betrachtete Handlungen) und politisch motivierte Straftaten bewusst vermischt.[595] Es gibt jedoch zwei Interpretationshilfen: Zum einen ist aus einer Vielzahl von Ermittlungs- und Strafverfahren bekannt, welche Paragraphen vorzugsweise gegen Ausreisewillige und Oppositionelle (die beiden Hauptgruppen politisch motivierter »Straftäter«) angewendet wurden. Zum anderen haben sich Mitarbeiter der Staatssicherheit im Frühjahr 1989 bereits ähnliche Gedanken gemacht: Im Zusammenhang mit den neuen internationalen Überprüfungsregularien im KSZE-Prozess wurde die Hauptabteilung IX (die Untersuchungsabteilung) beauftragt, die bisherige »Strafrechtspraxis« zu analysieren. Ihre Mitarbeiter sollten benennen, welche Vorgehensweisen der DDR-Justiz (und im Hintergrund der Staatssicherheit) keiner Überprüfung auf Vereinbarkeit mit den Normen internationalen Rechts standhalten würden. Die Paragraphen, die in einschlägigen Positionspapieren genannt wurden, sind weitgehend mit den in der Tabelle genannten identisch.

Zu den einzelnen Deliktgruppen:

Spionage (§§ 97, 98): Nach dem Kommentar des DDR-Justizministeriums von 1984 wurde nicht nur die klassische Spionage im Dienste eines ausländischen Geheimdienstes sanktioniert, sondern auch die Nachrichtenübermittlung an nichtstaatliche Institutionen.[596] Doch in den achtziger Jahren findet sich in den Jahresanalysen der HA IX kein Beleg dafür, dass diese Paragraphen für Delikte ohne geheimdienstlichen Bezug zur Anwendung gekommen wären.[597]

---

594 Es handelte sich um den bereits erwähnten Klaus Kuron; vgl. Urteil gegen Markus Wolf v. 6.3.1993, Oberlandesgericht Düsseldorf IV-40/92, 3 StE 14/92-3 (3 Ref. 4), dokumentiert in: Marxen; Werle (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht (Anm. 90), S. 7–154, hier 101–111; Wagner: Spionageprozesse (Anm. 88), S. 222–232; Großmann: Bonn im Blick (Anm. 47), S. 87 u. 210; Richter; Rösler: Wolfs Westspione (Anm. 221), S. 165–167.

595 Vgl. Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hg. v. Ministerium der Justiz und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. 4., durchges. Aufl., Berlin (Ost) 1984.

596 Vgl. ebenda, S. 269–271.

597 Vgl. für 1988 Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner (Anm. 386), S. 33–37.

Tabelle 6: Verurteilungen nach MfS-Ermittlungsverfahren 1980–1988[598]

Tatbestand	§ StGB	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Spionage *davon:*		23	23	21	31	20	28	18	12	7
Spionage im Auftrag imperialistischer Geheimdienste	97	15	12	8	18	9	21	13	7	6
Sonstige Spionage	98	8	11	13	13	11	7	5	5	1
Informationsdelikte *davon:*		239	233	303	465	911	459	317	221	211
Landesverräterische Nachrichtenübermittlung	99	51	52	106	240	91	74	54	37	69
Landesverräterische Agententätigkeit	100	62	82	112	188	100	38	26	16	27
Landesverrat Agententätigkeit i. V. mit § 213	100/213	126	99	85	37	41	37	17	6	21
Ungesetzliche Verbindungsaufnahme	219	*	*	*	*	679	310	220	162	94
Fluchthilfe und Flucht *davon:*		800	736	703	637	782	623	584	780	1 191
Staatsfeindlicher Menschenhandel	105	35	39	40	17	18	11	11	3	5
Menschenhandel	132	34	15	9	7	6	6	16	9	13
Ungesetzlicher Grenzübertritt	213	731	682	654	613	758	606	557	768	1 173
Straftaten gegen die staatliche Ordnung *davon:*		377	349	298	427	970	683	726	613	969
Staatsfeindliche Hetze	106	91	52	41	22	15	6	4	8	0
Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit	214	*	*	*	*	561	388	432	376	777
Gesetzwidriger Zusammenschluss	218	*	*	*	*	98	31	10	20	*
Öffentliche Herabwürdigung	220	*	*	*	*	233	171	207	149	124
Sonstiges gegen die staatliche Ordnung*		286	297	257	405	63	87	73	60	68
Verurteilungen aus MfS-EV gesamt (einschließlich hier nicht erfasster §§)		1 696	1 608	1 569	1 862	2 933	2 056	1 900	1 844	2 572

598 Die Tabelle enthält nur die häufig vorkommenden und vordergründig politischen Delikte. Des Weiteren wurde mit § 225 (Unterlassen einer Anzeige), § 254 (Fahnenflucht) und mit kriminellen Tatbeständen des StGB politisch nichtkonformes Handeln geahndet – das jedoch ist statistisch nicht zu erfassen. Für die Erarbeitung dieser Statistik danke ich Frank Joestel, der sie auf Basis der Jahresanalysen der HA IX zusammengestellt hat. Quellenangaben in: Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner (Anm. 386), S. 107 f.

Informationsdelikte (§§ 99, 100, 219): Begriffe wie »landesverräterische Nachrichtenübermittlung« bzw. »Agententätigkeit« sind irreführend. Es ging um Kontakte zu ausländischen (westlichen) Personen und Institutionen (§ 100) und um die Übermittlung von innerstaatlich *nicht* der Geheimhaltung unterliegenden Informationen, deren Bekanntwerden dem Staat zum Nachteil gereichen konnte, vorwiegend von Ausreiseantragstellern, vereinzelt auch von Oppositionellen (z. B. Informationen zur Umweltverschmutzung).

Fluchthilfe und Flucht (§§ 105, 132, 213): Strafbedroht war sowohl die Beihilfe zur Flucht wie die Flucht selbst.

Straftaten gegen die staatliche Ordnung (§§ 106, 214, 218, 220): Diese Paragraphen wurden vorwiegend gegen Ausreisewillige angewendet. Zu § 106 (staatsfeindliche Hetze) wird im DDR-Kommentar erläutert: »Der Tatbestand dient dem Schutz vor subversiven feindlichen Angriffen, mit denen vor allem über die Verbreitung antisozialistischer Anschauungen und Lebensweisen die verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung geschädigt bzw. gegen sie aufgewiegelt werden soll.«[599] Als »Beeinträchtigung« (§ 214) galt etwa die Drohung mit »Nachteile[n] aller Art, die geeignet sind, die geordnete staatliche Tätigkeit – auch die eines einzelnen Mitarbeiters des Staatsapparates – zu beeinträchtigen«.[600] Dazu gehörte zum Beispiel, wenn ein Antragsteller auf Ausreise wegen der Ablehnung seines Antrags laut wurde. Als »Herabwürdigung« wurde es betrachtet, wenn etwa das Ansehen der »staatlichen Ordnung« oder die »führende Rolle der Partei« durch »Unwahrheiten oder unbeweisbare Behauptungen« in »Misskredit« gebracht wurden.[601] (Über den Wahrheitsgehalt entschieden selbstverständlich die staatlichen Organe).

*Sonstiges gegen die staatliche Ordnung**: Diese Kategorie beinhaltet 1980 bis 1983 alle Straftaten gegen die staatliche Ordnung außerhalb des § 213 StGB, das heißt die mit * markierten Tatbestände sowie die restlichen Delikte des 8. Kapitels StGB (Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung) wie die §§ 215 (Rowdytum), 217 (Zusammenrottung) und 217a (Androhung von Gewaltakten) und andere wie z. B. 212 (Widerstand gegen staatliche Maßnahmen), ab 1984 nur noch die restlichen Delikte des 8. Kapitels des StGB.

599 Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch. Hg. v. Ministerium der Justiz und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. Berlin (Ost) 1984, S. 282.
600 Ebenda, S. 477.
601 Ebenda, S. 490.

Verzeichnis der Tabellen

Abkürzungen

AdG	Archiv der Gegenwart (DDR)
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGM	Arbeitsgruppe des Ministers
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
APEV	Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren
A-Quellen	Abschöpfquellen
BA	Bundesarchiv
BdL	Büro der Leitung
BF	Bildung und Forschung
BKK	Bereich Kommerzielle Koordinierung
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BV/V	Bezirksverwaltung/Verwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency – Zentraler Nachrichtendienst; Auslandsnachrichtendienst der USA
COCOM	Coordinating Committee/Controling Commossion (for East-West Trade Policy) – Koordinierungsausschuss/Kontrollkommission (für Ost-West-Handelspolitik)
ČSSR	Československá Socialistická Republika – Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Dienstanweisung
DB	Durchführungsbestimmung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei (BRD)
DVP	Deutsche Volkspolizei
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
ESER	Einheitliches System der elektronischen Rechentechnik
EV	Ermittlungsverfahren
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
GBl.	Gesetzblatt
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije – Hauptverwaltung für Aufklärung; sowjetische Auslandsspionage
HA	Hauptabteilung

HA/Abt.	Hauptabteilung/Abteilung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
HWWA	Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
IBM	International Business Machines Corporation – US-amerikanisches IT- und Beratungsunternehmen
IFM	Initiative für Frieden und Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz oder Experten-IM
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist
JHS	Juristische Hochschule (des MfS)
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KL	Kreisleitung (der SED)
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kontaktperson
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
MAD	Militärischer Abschirmdienst (BRD)
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
NATO	North Atlantic Treaty Organization – Nordatlantikpakt
OG	Operativgruppe
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
O-Quellen	Objektquellen
OV	Operativer Vorgang
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PEN-Zentrum	Poets, Essayists, Novelists – Schriftstellervereinigung
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RJaN	Raketno-Jadernoe Napadenie – Raketenkernwaffenangriff
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

SDM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SLK	Sichtlochkarte(i)
SOUD	Sistema Objedinnjonnowo Utschota Dannych (o Protiwnike) – System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner
SS	Schutzstaffel
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StB	Statni Bezpecnost – Staatssicherheit der Tschechoslowakei
StGB	Strafgesetzbuch
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US	United States – Vereinigte Staaten
USA	United States of America – Vereinigte Staaten von Amerika
VP	Volkspolizei
VR	Volksrepublik
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZMA	Zentrale Materialablage
ZOS	Zentraler Operativstab
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZPDB	Zentrale Personendatenbank (MfS)

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Abteilung Bildung und Forschung

Lieferbare Titel aus den Publikationsreihen:

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden (MfS-Handbuch)

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr € 10,00

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr € 2,50

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 2,50

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 5,00

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr € 10,00

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 63 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 5,00

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, Teil III, 114 S., Berlin 2009, Schützgebühr € 5,00

Dokumente (Reihe A)

Günter Förster: Die Dissertationen an der »Juristischen Hochschule« des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 10,00

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Analysen und Berichte (Reihe B)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Bodo Wegmann und Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Aus der Veranstaltungsreihe der Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

BF informiert

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr € 2,50

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr € 5,00

Andreas Niemann und Walter Süß: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr € 2,50

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl., Schutzgebühr € 2,50

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Holger Horsch: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr € 2,50

Eberhard Stein: »Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr € 2,50

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr € 2,50

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 2,50

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr € 2,50

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 2,50

Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Berlin 2007, Schutzgebühr € 5,00.

Einzelpublikationen
(eigene und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen)

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 132 S., 9. Aufl., Berlin 2009

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG), 44 S., Berlin 2004

Siebenter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 150 S., Berlin 2005

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung, 75 S., Berlin 2001

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau: Fluchtbewegung und Machtsicherung, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 13,00, ISBN 3-86108-790-1

Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr € 10,00,

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 19,90, ISBN 3-86108-385-X

Petra Saar und Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr € 2,00

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 5,00.

* * *

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der BStU

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzbühr € 2,00

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, € 2,00, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der BStU

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM Bad Berka) in Zusammenarbeit mit der BStU

Fluchtgeschichten, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 51, 70 S., Bad Berka 2001, Schutzgebühr € 2,00

Mut zum Widerstand, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr € 2,00

Bestellungen sind zu richten an:
Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
e-mail: publikation@bstu.bund.de
Tel.: 030 2324-8803
01888 665-8803
Fax: 030 2324-8809
01888 665-8809

Über den Buchhandel zu beziehen:
Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten
– im Ch. Links Verlag, Berlin –

(alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar über www.linksverlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, € 15,50, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1996, € 17,50, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers »Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande« im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, € 12,00, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, € 34,80, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, € 24,50, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, € 19,50, ISBN 3-896153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 1997, € 10,00, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 34,80, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, € 19,50, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, € 12,50, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 1998, € 15,50, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 29,50, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 29,50, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 5. Aufl., Berlin 2004, € 10,00, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, € 15,50, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, € 24,50, ISBN 3-86153-227-1

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1024 S., Berlin 2008, € 39,30, ISBN 978-3-86153-441-9

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, € 24,90, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, € 10,90, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, € 22,90, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Der Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, € 17,90, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, € 29,90, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift »Sinn und Form«. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, € 11,90, ISBN 3-86108-398-1

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, € 32,90, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, € 29,90, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 383 S., Göttingen 2007, € 27,90, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,90 €, ISBN 978-3-525-35100-0

Unterreihe: Biografische Quellen

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 1: Peter Eisenfeld: »… rausschmeißen …«. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, € 24,90, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: »Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung«. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–57, 298 S., Bremen 2004, € 15,90, ISBN 3-86108-043-5

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, € 29,90, ISBN 3-525-35800-8

Veröffentlichungen in der Reihe »Archiv zur DDR-Staatssicherheit« im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, € 19,90, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, € 20,90, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Akteöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, € 19,90, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum »Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, € 12,90, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, € 19,90, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, € 19,90, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 €, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: »Internationale Verbindungen« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 €, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 €, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1106-8

Einzelpublikation

Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgegeben von Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczuk, 435 S., Berlin 2005, € 29,90, ISBN 3-86153-380-4